

Bavar.

1089

n

Bav. 1089<sup>n</sup> 8°

Grafatza

<36628357460015

<36628357460015

Bayer. Staatsbibliothek





# Die Gesetze:

## I.

vom 10. November 1861,

die Einführung des Strafgesetzbuches und des  
Polizeistrafgesetzbuches

für das Königreich Bayern betreffend;

## II.

vom 10. Juli 1861,

Die Aufhebung der Straffolgen

betreffend, nebst der Vollzugsverordnung vom 4. September 1861;

## III.

vom 10. November 1861,

den Vollzug der Freiheitsstrafen durch Einzelhaft

betreffend.

**Mit Auslegungsbehelfen,**

aus den

Motiven der Gesetzentwürfe und den Verhandlungen beider Kammern

gesammelt von

**Carl Barth,**

Bezirks-Gerichts-Assessor.

(Zweite Auflage.)

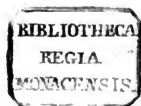
---

**Landshut 1862.**

Verlag von J. W. Böttke,

(Krüll'sche Universitäts-Buchhandlung.)

Druck von J. H. Rietzsch.



# Inhaltsverzeichnis.

## I

Gesetz vom 10. November 1851, die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Bayern betreffend.

<u>Allgemeine Bestimmungen</u> . . . . .	Art.	1—30
<u>Besondere Bestimmungen.</u>		
I. Zuständigkeit und allgemeine Bestimmungen über das Verfahren in Strafsachen . . . . .	„	31—37
II. Untersuchungshaft . . . . .	„	38—52
III. Wahrheitsbeweis in Verläumdungsfällen . . . . .	„	53—57
IV. Einige Bestimmungen in Betreff des Verfahrens in Preßstrafsachen . . . . .	„	58—60
V. Strafverfolgung wegen Ehrenkränkungen . . . . .	„	61—65
VI. Verfahren in Uebertretungssachen in den Landestheilen diesseits des Rheins . . . . .	„	66—78
VII. Einige besondere Bestimmungen für die Pfalz . . . . .	„	79—84
VIII. Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz . . . . .	„	85—121
IX. Kassationshof . . . . .	„	122—147
Schlußbestimmungen . . . . .	„	148

## II

<u>Gesetz vom 10. Juli 1861, die Aufhebung der Straffolgen betreffend</u> . . . . .	„	1—4
Königlich Allerhöchste Verordnung vom 4. September 1861,		

#### IV

den Vollzug des Gesetzes vom 10. Juli 1861, die Auf-  
hebung der Straffolgen betreffend . . . . . § 1—5

#### III.

Gesetz vom 10. November 1861, den Vollzug der  
Freiheitsstrafen durch Gefängnisse betref-  
fend . . . . . Art. 1—15

**I.**

**G e s e t z ,**

die Einführung des Strafgesetzbuches und des  
Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Bayern  
betreffend.



## Erklärung der in den Auslegungsbehelfen zum Einführungsgesetze gebrachten Abkürzungen.

- E.** — Entwurf eines Gesetzes, die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Bayern betreffend, dem Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten vorgelegt im Juni 1860. — Derselbe ist abgedruckt in den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten von 1859/61, Beilagen-Band II, S. 117 ff.
- M. j. Art.** — Motive zu Artikel . . . des Entwurfs. — Dieselben sind abgedruckt in den Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten von 1859/61, Beilagen-Band II, S. 123 ff.
- A. A.** — Abgeordneten-Ausschuß-Referat, d. h. Vortrag des Referenten des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten. — Die beigefügte Zahl bezeichnet die entsprechende Seite der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten von 1859/61, Beilagen-Band II.
- A. P.** — Abgeordneten-Ausschuß-Protokolle, d. h. Sitzungsprotokolle des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten. — Die beigefügte Zahl bezeichnet die entsprechende Seite der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten von 1859/61, Beilagen-Band III.
- R. R.** — Reichsraths-Ausschuß-Referat, d. h. Vortrag des Referenten des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe. — Die beigefügte Zahl bezeichnet die entsprechende Seite der Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe von 1860/61, Beilagen-Band I.

- R. P.** — Reichrathsanschuß - Protokolle, d. h. Sitzungsprotokolle des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe. — Die beigefügte Zahl bezeichnet die entsprechende Seite der Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräthe von 1859/61, und zwar, soferne die Ziffer II vorgelegt ist, des zweiten, außerdem des ersten Bandes.
- Gem. Prot.** — Gemeinschaftliche Protokolle, d. h. Protokolle über die gemeinschaftliche Sitzung der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern vom 12. Juni 1861. — Die beigefügte Zahl bezeichnet die entsprechende Seite der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten von 1859/61, Beilagen-Band III.



## **Zweck und Aufgabe des Einführungsgesetzes.**

(Aus der Einleitung zu den Motiven des Entwurfs.)

Durch das vorliegende Gesetz soll die Einführung der neuen Strafgesetzbücher vermittelt werden.

Ueber die Nothwendigkeit eines solchen Einführungsgesetzes kann im Allgemeinen ein Zweifel wohl nicht bestehen.

Der Zeitpunkt, an welchem die Gesetzbücher ins Leben zu treten haben, muß fixirt, — die Theile der bisherigen Strafgesetzgebung, welche mit diesem Zeitpunkte ihre Wirksamkeit verlieren, sowie diejenigen, welche auch künftig noch in Geltung bleiben sollen, müssen bezeichnet, — die bei jeder Gesetzveränderung von so umfassender Art uneuthbehrlichen transitorischen Bestimmungen müssen aufgestellt werden; alles das findet offenbar am Zweckmäßigsten seinen Platz in einem besonderen Einführungsgesetze.

Die Regelung dieser Punkte bildet aber nur die eine Hälfte der Aufgabe, welche das genannte Gesetz zu lösen hat.

Es kommt außerdem auch noch zu berücksichtigen, daß zur Zeit ein allgemeines Gesetzbuch über das Strafverfahren noch nicht existirt, auch der Entwurf eines solchen dermalen noch nicht vorgelegt werden kann, und daß daher bei dem engen Zusammenhange, welcher zwischen Strafrecht und Strafprozeß besteht, durch die vor der Hand einseitige Abänderung des bisherigen Strafrechts sehr viele Verbindungsfäden zerrissen werden müssen, welche daselbe mit den gegenwärtig geltenden Vorschriften des Strafprozesses verknüpfen.

Diese Verbindungen provisorisch und auf so lange, bis ein allgemeines Gesetzbuch über das Strafverfahren auch hier dem bestehenden Bedürfnisse abgeholfen haben wird, wieder anzuknüpfen und so die nothwendige Uebereinstimmung zwischen Verfahren und Strafgesetz einstweilen zu vermitteln, ist die zweite und nicht die unwichtigere Hälfte der Aufgabe des Einführungsgesetzes.

---

## **G e s e z,**

die Einführung des Strafgesetzbuches und des Polizeistraf-  
gesetzbuches für das Königreich Bayern betr.

Maximilian II. r.

Wir finden uns in der Absicht, der Strafrechtspflege in Un-  
serem Reiche eine zeitgemäße Verbesserung zuzuwenden, bewogen,  
nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zu-  
stimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Ab-  
geordneten das anbei folgende Strafgesetzbuch und Polizeistrafgeset-  
buch für das Königreich Bayern zu erlassen und über die Anwend-  
ung dieser neuen Gesetzbücher zu verordnen, was folgt:

### **Allgemeine Bestimmungen.**

Art. 1. (G. 1; R. 1.)\*)

Das neue Strafgesetzbuch und das neue Polizeistraf-  
gesetzbuch für das Königreich Bayern treten mit 1. Juli  
1862 im ganzen Umfange des Königreichs in Kraft.

---

\*) Da den Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Ab-  
geordneten, welche das meiste Interpretationsmaterial enthalten, nicht die  
Numerirung des Entwurfs, sondern, in erster sowohl als zweiter Lesung,  
die vom Referenten des Gef.-Geb.-Ausfch. der K. d. Abg. im Vortrage  
vom 8. Dezember 1860 (N. N. 304—322) gewählte Numerirung zu  
Grunde gelegt wurde, so schien es für Orientirung in den Verhandlungen  
förderlich, jedem Artikel nicht nur die Numer des entsprechenden Artikels  
aus dem Regierungsentwurfs (G.), sondern auch die entsprechende Numer  
aus erwähntem Referate (R.) beizufügen.

## Art. 2. (C. 2, 27, 29, 37; R. 2.)

Mit diesem Zeitpunkte verlieren alle dormalen geltenden Bestimmungen, deren Uebertretung bisher mit Strafe bedroht war <sup>1)</sup>, soweit sie nicht durch den Inhalt der neuen Strafgesetzbücher <sup>2)</sup> oder das gegenwärtige Gesetz als fort bestehend bezeichnet sind, ihre Gültigkeit und Wirksamkeit.

Insbefondere <sup>3)</sup> treten außer Kraft:

1. der erste Theil des Strafgesetzbuches für das Königreich Bayern vom Jahre 1813 und das in der Pfalz geltende französische Strafgesetzbuch (code pénal) nebst allen auf dieselben bezüglichen Gesetzen und Verordnungen;
2. das Gesetz vom 24. Dezember 1849, den Schutz der Telegraphenanstalten betr.;
3. von dem Gesetze zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 die Art. 2, 4—7, 10—36, 49 <sup>4)</sup> und 50;
4. das Gesetz vom 21. Mai 1851, die Verteilung von Militärpersonen oder von Landwehrmännern zur Untrene oder zum Ungehorsame betr.;
5. die gesetzlichen Vorschriften über Bestrafung des Zinswuchers <sup>5)</sup>, jedoch mit Aufrechterhaltung der auf diesen Gegenstand bezüglichen civilrechtlichen Bestimmungen <sup>6)</sup>;
6. das Gesetz vom 28. Mai 1852 über die gewerbmäßigen Güterzertrümmerungen;
7. das Gesetz vom 28. Oktober 1831, die Anwendung der Waffengewalt bei der Vollziehung der sanitäts- polizeilichen Maßregeln zum Schutze gegen die Verbreitung der asiatischen Cholera betr.;
8. Art. 298 des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches, soweit er die Verhängung einer Strafe gegen die ehebrevierische Frau enthält, dann die Art. 308 und 309 desselben Gesetzbuches;
9. die Art. 438, 439, 479 und 555 des in der Pfalz geltenden Handelsgesetzbuches — letzterer, soweit er von der gerichtlichen Verfolgung der Ehefrau des Falliten als Mitschuldiger eines betrügerischen Ban-

kerottes handelt, — ferner die Art. 556, 586 - 597 und 598 Ziff. 2 deselben Gesetzbuches;

10. die Art. 7 und 65 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, das Exekutionsverfahren in der Pfalz betr.

1. „Bestimmungen, deren Uebertretung bisher mit Strafe bestraft war“ — wurde statt des als ungenau erachteten Ausdrucks „Strafbestimmungen“ gesetzt, um klar auszudrücken, daß man den nicht ausdrücklich unter Strafe gestellten Inhalt der eine Strafandrohung enthaltenden Gesetze und Polizeiverordnungen nicht treffen wollte (A. P. 237 und 246) — natürlich, soweit dieselben nicht als Ganzes ausdrücklich aufgehoben sind; — so wurde insbesondere bei Verathung des Art. 52 des Pol. St. G. B. hervorgehoben, daß die Verordnung vom 12. Juli 1808, die Beförderung der Ehen auf dem Lande betr., mit Ausnahme der darin enthaltenen Strafbestimmung auch nach Einführung des Polizeistrafgesetzbuches noch volle Gültigkeit behaupte und daß überhaupt Art. 2 des Einführungsgesetzes auf civilrechtliche Bestimmungen, besonders über Nichtigkeit von Handlungen nicht bezogen werden könne (A. P. 116); bei Verathung über Art. 2 selbst wurde als selbstverständlich anerkannt, daß die Aufhebung der in den Civilrechten enthaltenen Strafbestimmungen (Rechnungsheile), z. B. der poena secundarum nuptiarum, nicht im Sinne des Eingangs des Art. 2 liege. (A. P. 247.)

2. „durch den Inhalt der neuen Strafgesetzbücher“ — ist ein Gesetz als fortsetzend bezeichnet, wenn darin irgendwo spezieller Bezug darauf genommen wird (R. R. 396), wie dieß z. B. bezüglich des Gesetzes über die Einrichtung des die Kunststraßen befahrenden Fahrwerkes, dann der Jagd-, Forst- und Wassergesetze der Fall ist. (Mot. zu Art. 2 und 3.)

3. „Ausbesondere.“ — Die Aufzählung in Abs. 2 ist daher keine exclusive, sondern nur eine exemplificative; es werden nur einzelne Bestimmungen ihrer besonderen Wichtigkeit oder der Deutlichkeit wegen aufgezählt (Mot. zu Art. 2 und 3, R. R. 396); so wurde z. B. der Antrag, als weitere Ziffer einzufügen: „die aus der Zeit der ersten Revolution stammenden, hieher in der Pfalz theilweise als gültig betrachteten französischen Verordnungen über das Alignement“ — wider zurückgezogen, nachdem anerkannt worden war, daß sich die Aufhebung derselben mit Rücksicht auf Abs. 1 und auf Art. 181 des Pol. St. G. B. von selbst verstehe. (A. R. 360, A. P. 322.)

4. „Art. . . . 49.“ — Vgl. Note 1 und 2 zu Art. 25 des P. St. G. B.

5. „die gesetzlichen Vorschriften über Bestrafung des Zinshuchers.“ — Hierbei hatte man nicht bloß die hiesigen bestehenden, namentlich das bayer. P. R. Thl. II. Kap. III. §. 21 Nr. 12 und die damit zusammenhängenden Verordnungen, sondern auch das in der Pfalz bestehende Spezialge-

seß über Bestrafung des Zinswuchers, nämlich Art. 4 des Ges. v. 3. September 1807 über den Zinsfuß im Auge. (R. R. 397, R. P. II. 24.)

6. „jedoch mit Aufrechterhaltung der . . . civilrechtlichen Bestimmungen.“ — Im G. lautete diese Ziffer lediglich: „die gesetzlichen Bestimmungen über Bestrafung des Zinswuchers.“

Der Ges. G. N. d. R. d. Abg. beschloß, allenfallsigen Zweifeln bezüglich der Fortdauer der civilrechtlichen Bestimmungen durch folgende Fassung vorzuzubringen: „die gesetzlichen Bestimmungen über Bestrafung des Zinswuchers nebst den die vertragsmäßige Festsetzung des Zinsfußes beschränkenden Vorschriften unter Aufrechterhaltung der übrigen, die Zinsen betreffenden civilrechtlichen Bestimmungen.“

Hiedurch sollten:

- 1) aufrecht erhalten werden die Bestimmungen über den gesetzlichen Zinsfuß, d. h. darüber, welcher Zinsfuß anzunehmen ist, wenn ein solcher von den Parteien nicht bestimmt, sondern nur die Verzinslichkeit im Allgemeinen stipulirt wurde, oder wenn die Verzinslichkeit nicht auf einem Vertrage, sondern auf Gesetz beruht, wie z. B. bei der Zinspflichtigkeit in Folge von mora; ferner die Bestimmungen darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen Zinsen von Zinsen berechnet werden dürfen, anatocismus, über das *alterum tantum* u. dgl. — Dagegen sollten
- 2) aufgehoben sein die in Civilgesetzen enthaltenen Beschränkungen der conventionellen Zinsfußes, wonach bei Rechtsgeschäften einen höheren als den in diesen Bestimmungen festgesetzten Zinsfuß zu stipuliren, und zwar in der Art verboten ist, daß wenn ein höherer stipulirt wird, dieser unter den Parteien abgeschlossene Vertrag nichtig ist und selbst das über das gesetzliche Maß bezahlte zurückgefordert werden kann; ferner das in der pfälzischen Gesetzgebung dem Schuldner eingeräumte Recht, zuviel bezahlte Zinsen am Kapitale in Abzug zu bringen oder mit der *condictio indebiti* zurückzufordern.

Dieser Fassung wurde jedoch von den anderen Faktoren nicht beigestimmt und deshalb schließlich die jetzige Fassung gewählt, nach welcher sowohl die verstehend unter 1 als auch die unter 2 angeführten civilrechtlichen Bestimmungen aufrecht erhalten bleiben. (R. P. 323, R. R. 397, Gem. Prot. 511 ff.)

Art. 3. (G. 8; R. 3.)

Aufrecht bleiben erhalten:

1. alle Bestimmungen in Bezug auf Suspension oder Einziehung von Gewerbe-rechten oder Privilegien;
2. alle Bestimmungen über Kontraventionen und Defraudationen<sup>1)</sup> in Bezug auf Regalien, auf Zoll-, Steuer-, Stempel-, Post-, Aufschlags- und ähnliche

- Gefälle<sup>2)</sup>, soweit nicht in den neuen Strafgesetzbüchern oder dem gegenwärtigen Gesetze Abänderungen getroffen sind<sup>3)</sup>; dann die Bestimmungen über unbefugte Verweigerung des Eintritts in einen Steuerausschuß;
3. alle Disciplinarbestimmungen, wobei jedoch gegen Staatsdiener, auf welche die Disciplinarstrafbestimmungen der IX. Verfassungsbeilage Anwendung finden, statt der in Art. 50 des französischen Dekrets vom 20. April 1810 bezeichneten Strafen<sup>4)</sup> auf Verweis, auf Geldbuße von fünf bis zu fünfzig Gulden oder auf ein- bis achttägigen Haus- oder Civilarrest zu erkennen ist, ferner die Strafbestimmungen, welche in den Gesetzen über das Civil- und Strafverfahren enthalten sind, sowie die Strafbestimmungen über Winkelegentie;
4. die in der für die Landestheile diesseits des Rheins geltenden Gemeindevahlordnung vom 5. August 1818 und in der pfälzischen vom 25. November 1818 enthaltenen Strafbestimmungen, soweit deren Vollzug dem Wahlausschuße zusteht, dann die Bestimmung des Art. 11 Ziff. 2 lit. c. des Gesetzes vom 28. Mai 1852 über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur;
5. alle zu Recht bestehenden<sup>5)</sup> Gesetze und Verordnungen, welche die Bestrafung militärischer Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen, Uebertretungen der Landwehrrordnung, dann das Kriegesrecht, den Kriegs- oder Belagerungszustand betreffen;
6. die gesetzlichen Bestimmungen über Standrecht, wobei dasjenige, was im Strafgesetzbuche für das Königreich Bayern vom Jahre 1813 Th. II. Art. 441 Ziff. 1 und Art. 443 von dem Auftruhre zweiten Grades gesagt ist<sup>6)</sup>, auf alle in dem neuen Strafgesetzbuche (Art. 104, 109, 139 und 154) vorgesehenen Fälle des Auftruhres, der staatsgefährlichen Zusammenrottung, des Aufstandes und der Störung

des öffentlichen Friedens Anwendung findet, in welchen die verbrecherische Unternehmung an Umfang oder Hartnäckigkeit so weit gediehen ist, daß die Ruhe nur durch außerordentliche Gewalt wieder hergestellt werden kann;

7. die Gesetze:

vom 25. August 1828 über die Ergänzung des stehenden Heeres;

vom 15. April 1840 über den Schutz des Eigenthums an Erzeugnissen der Literatur und Kunst;

vom 4. Juni 1848 über die Verantwortlichkeit der Minister;

vom 26. Februar 1850 über die Versammlungen und Vereine;

vom 4. Mai 1851 über das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung;

8. von dem Gesetze zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse (die Art. 1, 3, 8, 9, 37-48 und 51 bis 55, wobei die in den Art. 46 und 52 genannten Gesetzes enthaltene Allegation der Art. 4 und 27 nunmehr auf die Art. 84 und 150 des Strafgesetzbuches zu beziehen ist und die Bestimmungen des Art. 48 des genannten Gesetzes auf alle Fälle Anwendung zu finden haben, in welchen gegen den Herausgeber oder Verleger einer Zeitung oder periodischen Schrift wegen einer durch die Presse verübten strafbaren Handlung eine Verurtheilung erfolgt.

1. „alle Bestimmungen über . . . Defraudationen.“ - Bezüglich der Kompetenz siehe Note 2 zu Art. 34.

2. „Gefälle.“ - Es wurde ausdrücklich anerkannt, daß hierunter nicht etwa bloß Gefälle des Staates, sondern auch der Gemeinden, alle namentlich Pfaster- und Brudenzölle, Marktgefälle u. s. w. zu verstehen seien. (A. §. 326.)

3. „soweit nicht . . . Abänderungen getroffen sind“ - 3. <sup>21</sup> in Art. 206 des P. St. G. B., in Art. 14 des Einf. Ges. (A. §. 247.)

4. „statt der in Art. 50 .... bezeichneten Strafen.“ Hierdurch



sellern und die bisher neben den Strafbestimmungen der IX. Verf.-Zeit. in der Pfalz geltenden weit strengeren des Art. 50, insbesondere die Zulässigkeit der provisorischen Suspension mit Gehaltsentziehung beseitigt, dagegen die übrigen Artikel des Dekrets vom 20. April 1810, sowie die in Spezialgesetzen vielfach enthaltenen Disziplinarstrafbestimmungen unberührt bleiben. (N. F. 325, 451.)

5. „In Recht bestehenden“ — wurde in Ziff. 5 eingesetzt, um im Gesetze selbst die gegenwärtig bestehenden Zweifel über die Gültigkeit mehrerer hieher einschlagender Bestimmungen (vgl. Schr. des I. Staatsministeriums der Justiz vom 15. Juli 1860, N. N. 322) als fortbestehend zu bezeichnen. (N. F. 247.)

6. „was . . . gesagt ist.“ — Im St. G. B. v. 1813 Th. II. heißt es:

Art. 441 Ziff. 1: Das Staudrecht kann wegen folgender Verbrechen angeordnet werden:

- 1) wegen Aufruhrs im zweiten Grade (Theil I Art. 319), wenn dieser an Umfang oder Hartnäckigkeit so weit gediehen ist, daß die Ruhe nur durch außerordentliche Gewalt wieder hergestellt werden kann; —

Art. 443:

Im Falle eines Aufruhrs hat das Generalkommissariat (jetzt Kreisregierung, R. v. 2.) im Einverständnisse mit dem Appellationsgerichte des Kreises, oder auch, wenn höchste Gefahr auf dem Verzuge besteht, für sich selbst allein zu erklären, daß die Nothwendigkeit des Staudrechtes vorhanden sei.

7. In Ziffer 8 — wurden die Art. 2 und 6 des Preßgesetzes zwar nicht vertheilt; dagegen ist deren Inhalt theilweise unten in Art. 58—60 reproduziert. (Not. zu Art. 2 und 3)

#### Art. 4. (G. 28; N. 4.)

Statt der in den Art. 68, 156, 157, 192 und 193 des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches dem betreffenden Civilstandsbeamten angedrohten Strafen ist in den dort vorgesehenen Fällen auf die in Art. 391 des Strafgesetzbuches bestimmte Strafe zu erkennen, vorbehaltlich der Verbindlichkeit des schuldigen Beamten zum Erfasse des Schadens und Gewinnentganges, wo das Civilgesetzbuch eine solche Verbindlichkeit festsetzt.

Die Strafbestimmungen, welche in einigen der oben angeführten Artikel des Civilgesetzbuches gegen die Kontrahenten oder die Personen, unter deren Gewalt dieselben gehandelt haben, vorgeschrieben sind, treten außer Geltung.

## Art. 5. (G. — ; R. 5.)

Wo das gegenwärtige Gesetz den Ausdruck Uebertretungen gebraucht, sind darunter, falls nicht in dem betreffenden Falle etwas Anderes bestimmt ist, sowohl die nach den Grundsätzen des Strafgesetzbuches zu beurtheilenden Uebertretungen, als auch die Polizeiübertretungen zu verstehen.

## Art. 6. (G. — ; R. 6.)

Wo in einem der neuen Strafgesetzbücher, im gegenwärtigen Gesetze oder in einem neben den genannten Strafgesetzbüchern in Wirksamkeit verbleibenden Spezialgesetze der Ausdruck Monat gebraucht ist, sind darunter dreißig Tage zu verstehen<sup>1)</sup>.

1. „sind darunter 30 Tage zu verstehen.“ — Der Beisatz: „sofern nicht für einen einzelnen Fall ein Anderes bestimmt ist“, wurde gestrichen; die Bestimmung dieses Artikels ist daher auch dann anwendbar, wenn in einem Spezialgesetze eine entgegenstehende Bestimmung enthalten sein sollte. (N. F. 247.)

## Art. 7. (G. 4 ; R. 7.)

Handlungen, welche bisher nach einem der durch Art. 3 oder durch den Inhalt der neuen Strafgesetzbücher als fortbestehend bezeichneten Gesetze die Eigenschaft von Uebertretungen an sich trugen, behalten, insofern das gegenwärtige Gesetz nicht anders bestimmt, auch künftig diese Eigenschaft, wenngleich die hierfür in dem einschlägigen Gesetze angedrohte Strafe das höchste Strafmaß übersteigt<sup>1)</sup>, welches in den neuen Strafgesetzbüchern für Uebertretungsfälle bestimmt ist. Statt der etwa angedrohten Gefängnißstrafe<sup>2)</sup> ist jedoch auf Arreststrafe von gleicher Dauer zu erkennen.

Soweit nicht in dem betreffenden Spezialgesetze ein Anderes bestimmt ist oder nicht die sonstigen Bestimmungen desselben ein Anderes nöthig machen<sup>3)</sup>, finden auf diese Handlungen die allgemeinen Bestimmungen der in

Art. 1 genannten Gesetzbücher<sup>4)</sup>, und zwar je nach der Natur der Handlung jene des Strafgesetzbuches<sup>5)</sup> oder jene des Polizeistrafgesetzbuches Anwendung.

Die Vorschrift, daß bei Uebertretungen die an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe tretende Arreststrafe die Dauer von zweiundvierzig Tagen nicht überschreiten dürfe, findet auf Uebertretungen, die mit einer einhundert und fünfzig Gulden übersteigenden Geldstrafe bedroht sind, keine Anwendung. Doch soll die Arreststrafe nicht über drei Monate erstreckt werden, sofern nicht das betreffende Specialgesetz ausdrücklich etwas Anderes hierüber bestimmt.

1. „wenigstens . . . übersteigt.“ — Als selbstverständlich wurde hervorgehoben, daß Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz v. 28. Mai 1852, die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in den Landestheilen diesseits des Rheines betr., auch dann, wenn auf eine 150 fl. übersteigende Geldstrafe erkannt wird, mit Rücksicht auf Art. 6 und Art. 177, Abs. 1 des Pol. St. G. B. immer die Natur von Polizeibübertretungen an sich tragen. (M. P. 250.)

2. „Statt der etwa angedrohten Gefängnißstrafe.“ — Ältere Gesetze drohen auch zuweilen bloß „Freiheitsstrafe“ ohne nähere Bezeichnung an. Als in der Natur der Sache liegend wurde hervorgehoben, daß hier gleichfalls auf Arreststrafe, wenn es sich aber um ein Vergehen handelt, auf Gefängnißstrafe zu erkennen ist. (M. R. 402.)

Dieser Bemerkung wurde auch noch folgende angefügt: Die älteren Gesetze enthalten ferner bezüglich des Beweises zuweilen Präsumtionen, wodurch man der Beweisetheorie zu Hülfe kommen wollte, z. B. §. 13 Abs. 2 des Zollstrafgesetzes. Mit Beseitigung der Beweisetheorie fallen auch die Präsumtionen und der Richter ist nicht mehr hiedurch gebunden, sondern urtheilt bloß nach seiner durch die Verhandlung gewonnenen freien Ueberzeugung. (M. R. 402 u. 403.)

3. „oder nicht die sonstigen Bestimmungen desselben ein Anderes nöthig machen“ — wurde eingesetzt, weil man die Klausel: „Soweit nicht in dem betreffenden Specialgesetze ein Anderes bestimmt ist“ nicht als ausreichend erachtete, da namentlich bei kaiserlichen Dekreten im Specialgesetze häufig nicht ausdrücklich bestimmt, wohl aber aus dem Inhalte zu entnehmen sei, welche Natur die Handlung an sich trägt.

Es wurde, ohne Entgegnung, bemerkt, bei vielen, besonders bei kaiserlichen Dekreten, lasse sich keiner der beiden allgemeinen Theile vollständig anwenden; oft komme es nicht auf dolus und nicht auf Fahrlässigkeit an, sondern die Strafe trete ein, sobald nur die bedrohte Handlung objektiv geschehen sei; der Gefrahte sei auch nicht einmal immer der Handelnde selbst und habe dann nur gegen diesen einen Ersatzanspruch. (M. P. 249.)

4. „die allgemeinen Bestimmungen der in Art. I genannten Gesetzbücher.“ — Als selbstverständlich wurde erachtet, daß, sofern nicht in einem Spezialgesetze ausdrücklich was Anderes bestimmt ist, die in den neuen Gesetzbüchern festgestellten Prinzipien über die Umwandlung von Geldstrafe in Freiheitsstrafe auch auf die in Spezialgesetzen begrenzten Uebertretungen Anwendung zu finden haben. (A. F. 326.) Bezüglich der pfälz. Lagerverordnung vgl. Note 1 zu Art. 16.

5. „jene des Strafgesetzbuches“ — sind insbesondere in den Fällen des Art. 17 Abs. 1 und Art. 33 Abs. 2 anzuwenden. (A. F. 250.)

#### Art. 8<sup>1</sup>). (G. —; R. 8.)

Die in den §§. 55 und 68 des Herrergänzungsgesetzes vom 25. August 1828 vorgesehenen Handlungen sind Polizeübertretungen, die in §. 69—72, sowie die in §. 77 vorgesehenen sind Vergehen. Bezüglich der Desertion bleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

1. Zu Art. 8 bis 16 — wurde als selbstverständlich hervorgehoben, daß alle besonderen Bestimmungen dieser Spezialgesetze, welche nicht ausdrücklich abgeändert werden, bestehen bleiben. (A. R. 308.)

#### Art. 9. (G. —; R. 9.)

Die in Art. VI. und VIII. des Gesetzes vom 15. April 1840 über den Schutz des Eigenthums an Erzeugnissen der Literatur und Kunst vorgesehenen Handlungen sind in Zukunft<sup>1</sup>) Vergehen<sup>2</sup>).

1. „in Zukunft.“ — Eine rückwirkende Kraft hat dieser Artikel natürlich nicht (A. R. 404.)

2. „sind . . . Vergehen.“ — Als selbstverständlich wurde anerkannt, daß auch die Entschädigungsfrage künftig zur Kompetenz der Bezirksgerichte gehöre mit der Rekursionsprozeß in diesem Falle zulässig sei. (A. F. 250.)

#### Art. 10. (G. —; R. 10.)

Die in Art. 20 des Gesetzes vom 26. Februar 1850 über die Versammlungen und Vereine bezeichneten Handlungen sind Polizeübertretungen, die in Art. 21 und 22

bezeichneten Vergehen. Wird jedoch in den letzteren Fällen wegen Vorhandenseins mildernder Umstände auf Geldstrafe erkannt, so nimmt die Handlung mit der Verurtheilung die Natur einer Uebertretung an.

Art. 11. (G. — ; R. 11.)

An die Stelle der in Art. 39 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 angedrohten Geldstrafe bis zu 200 fl. tritt eine solche bis zu 150 fl.

Die in den Art. 37—41 und 43—48 des so eben angeführten Gesetzes vorgesehenen Handlungen sind Polizeiübertretungen.

Art. 12. (G. — ; R. 12.)

Die in Art. 13 des Gesetzes vom 4. Mai 1851 über das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung bezeichnete Handlung ist Polizeiübertretung und in Zukunft mit Arrest bis zu 14 Tagen oder an Geld bis zu 50 fl. zu bestrafen. Die übrigen in dem angeführten Gesetze vorgesehenen Handlungen sind Vergehen.

Art. 13. (G. — ; R. 12a.)

Die in Art. 7 des Gesetzes vom 1. Juli 1856, die Abgaben von den Bergwerken diesseits des Rheines betreffend, bezeichnete Handlung ist Vergehen und mit einer dem vierfachen Betrage des beabsichtigten Gewinnes entsprechenden Geldstrafe zu belegen, sofern nicht in Gemäßheit anderer gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist.

Anstatt der in Art. 96 des in der Pfalz geltenden Gesetzes vom 21. April 1810, die Bergwerke betreffend, angedrohten Strafen ist auf Geldstrafe bis zu 300 fl., womit im Wiederholungsfall Gefängniß bis zu einem

Jahre verbunden werden kann, zu erkennen und die betreffenden Zuwiderhandlungen sind Vergehen.

Art. 14. (G. 32; R. 13.)

Aufstatt der in Art. 5 des in der Pfalz geltenden Konsularbeschlusses vom 17. Prairial IX. (16. Juni 1801) gegen Postdefraudationen angedrohten Strafe hat Geldstrafe bis zu 25 fl. oder Arrest bis zu 8 Tagen einzutreten, und die Handlung ist Polizeiübertretung.

Art. 15. (G. 33; R. 14.)

Aufstatt der in den Art. 1 und 2 des in der Pfalz geltenden Dekretes vom 4. Mai 1812, die Bestrafung der Jagdausübung ohne Erlaubnißschein betreffend, angedrohten Strafen ist auf Geldstrafe bis zu 25 fl. zu erkennen, und die Handlung hat die Eigenschaft einer Polizeiübertretung. Art. 3 des genannten Dekretes ist aufgehoben.

Jeder, der wegen Nichtlösung eines Erlaubnißscheines bestraft wird, soll außer der gesetzlichen Strafe noch zur Zahlung einer dem Preise des Erlaubnißscheines gleichkommenden Summe verurtheilt werden<sup>1)</sup>.

1. „soll . . . verurtheilt werden.“ — Der Beisatz: „falls er sich nicht antreibt, daß er inzwischen einen Erlaubnißschein gelöst hat“ wurde gesetzt, um die Inkonsequenz zu vermeiden, daß, wenn zwischen Betretung und Erholung des Scheines ein neues Jagdjahr eingetreten ist, der Contravenient sich von der Strafe der im abgelaufenen Jahre begangenen Contravention durch Lösung eines Erlaubnißscheines für das neue Jahr befreien könnte. (A. P. 261, 327.)

Art. 16<sup>1)</sup>. (G. 34; R. 15.)

<sup>2)</sup> Aufstatt der in den §§. 4 lit. b und e, 6 lit. d, g, h und k, 13, 14, 15, 16 und 17 der in der Pfalz geltenden Jagdverordnung vom 21. September 1815 angedrohten Geldstrafen ist auf Geldstrafe bis zu 25 fl. zu erken-

nen. Die in diesen Paragraphen vorgesehenen Handlungen sind Polizeiübertretungen.

Anstatt der in §. 9 der Jagdverordnung angedrohten Strafen ist auf Geldstrafe bis zu 25 fl., wenn aber der Beschuldigte bereits früher wegen Jagdfrevels oder Wilddiebstahls verurtheilt, oder wenn der Jagdfrevel bei Nacht oder an einem Sonn- oder Feiertage oder während der Setz- und Hegezeit begangen worden ist, auf Geldstrafe bis zu 50 fl. oder auf Arrest bis zu 14 Tagen zu erkennen. In weiteren Straffällen\*) tritt Gefängniß bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe bis zu 200 fl. ein.

Anstatt der in §. 10 der Jagdverordnung angedrohten Strafen ist dann, wenn der Beschuldigte früher noch nicht wegen Jagdfrevels oder Wilddiebstahls bestraft worden ist, auf Arrest bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe bis zu 50 fl., andernfalls auf Gefängniß bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 fl. zu erkennen.

Die in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Handlungen sind je nach Art und Größe der angedrohten Strafen Vergehen oder nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu beurtheilende Uebertretungen.

Die in §. 18 der Jagdverordnung vorgesehenen Fälle sind nach Art. 70 des Polizeistrafgesetzbuches, die in §. 20 vorgesehenen nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches\*) zu beurtheilen.

Die in der Jagdverordnung erwähnten Pfandgebühren sind aufgehoben.

An den Bestimmungen über Konfiskation der Gewehre, beziehungsweise Erlegung des Werthes derselben, wird nichts geändert.

1. Bei Berathung dieses Artikels wurde als selbstverständlich anerkannt, daß die Umwandlung der auf Grund der pfälzischen Jagdverordnung vom 21. Sept. 1815 erlassenen Geldstrafen in Zukunft nicht mehr nach dem alten Forstgesetze von 1814, auf welches §. 24 der Jagdverordnung in dieser Beziehung verweist, sondern nach Art. 7 ff. des Polizeistrafgesetzbuches zu geschehen habe, da die Jagdverordnung kein in Art. 3 des Einführungsgesetzes vorbehaltenes Spezialgesetz, sondern in Art. 229 des Pol.-St.-G.-R. berücksichtigt, somit integrierender Bestandteil des Polizeistrafgesetzbuches sei. (A. F. 327.)

2. „In weiteren Straffällen“ — wurde statt: „In ferneren Wiederholungsfällen“ gesetzt, um Kontroversen zu vermeiden, welche deshalb entstehen könnten, weil der unmittelbar vorhergehende Satz nicht bloß von dem Falle spricht, wenn der Beschuldigte bereits früher verurtheilt, sondern auch von dem Falle, wenn der Jagdfrevel bei Nacht oder an einem Sonn- oder Feiertage oder während der Sey- oder Feiertage begangen worden ist. Hier soll nun schon der zweite Straffall unter die höhere Strafe des Schlusstrafes fallen; unter dem Ausdruck: „In ferneren Wiederholungsfällen“ aber könnte immer nur der dritte Straffall verstanden werden. (M. P. 327.)

3. „des Strafgesetzbuches“ — insbesondere Art. 386. (M. P. 252.)

Art. 17. (C. 5, 24; R. 16.)

Wo bestehende Gesetze oder Verordnungen<sup>1)</sup> auf Bestimmungen des bisherigen Strafrechts<sup>2)</sup> verweisen, ist diese Verweisung nunmehr auf die entsprechenden Vorschriften der in Art. 1 genannten Gesetzbücher und zwar, wenn es sich um allgemeine Bestimmungen handelt<sup>3)</sup>, auf jene der ersten Abtheilung des Strafgesetzbuches zu beziehen.

Wo ein in der Pfalz geltendes Gesetz über die Folgen einer ausgesprochenen oder in Aussicht stehenden Verurtheilung in eine Leibes- oder entehrende Strafe Bestimmungen trifft, sind diese Bestimmungen, soweit sie nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes überhaupt noch in Wirksamkeit verbleiben, künftig von der Verurtheilung zur Todes- oder Zuchthausstrafe<sup>4)</sup> zu verstehen.

Die gesetzlichen Bestimmungen, wodurch Personen, die sich nicht im Genuße der Civilrechte befinden, in der Pfalz von gewissen Funktionen und Befähigungen<sup>5)</sup> ausgeschlossen sind, finden, soweit nicht für einzelne Fälle besondere Bestimmungen getroffen sind, auf diejenigen Anwendung, welchen in Folge einer rechtskräftigen Verurtheilung die in Art. 28 des Strafgesetzbuches bezeichneten Rechte und Fähigkeiten oder einzelne derselben entzogen sind.

1. „bestehende Gesetze oder Verordnungen.“ — Gleichviel, ob dieselben strafgesetzbüchliche oder andere Bestimmungen enthalten. (Dies dürfte wenigstens als Ansicht der Gef. O. Faktoren zu erachten sein. M. zu Art. 5, A. P. 250 u. 252.)

2. „des bisherigen Strafrechts“ — d. h. des nunmehr anher



Geltung tretenden Strafrechte. Geht die Verweisung auf Strafbestimmungen, die auch künftig noch in Wirksamkeit bleiben, z. B. §. 18 Abs. 4 des Zollstrafgesetzes v. J. 1837, so kommen diese letzteren auch fernerhin in den durch die Verweisung bezeichneten Fällen zur Anwendung. (R. zu Art. 5.)

3. „wenn es sich um allgemeine Bestimmungen handelt.“ — Also selbst dann, wenn etwa die im Spezialgesetze bedrohte Handlung die Natur einer Polizeilübertretung hat. (R. R. 252.)

4. „zur Todes- oder Zuchthausstrafe.“ — Denn sonstige entehrende Strafen kennt die neue Strafgesetzgebung nicht. Hierdurch sind *implicito* auch die civilrechtlichen Ehecheidungsgründe in der Pfalz reducirt. Wollte z. B. Jemand eine auf Art. 232 und 306 des pf. Civ.-G.-B. gestützte Klage durch den Nachweis begründen, daß der schuldige Ehegatte wegen einer Handlung verurtheilt wurde, welche nach dem *code pénal* mit einer entehrenden Strafe zu belegen wäre, und etwa behaupten, daß der Gesetzgeber bei Feststellung der Ehecheidungsgründe die damalige und nicht die jetzige Gesetzgebung vor Augen gehabt habe, so würde er mit Recht abgewiesen werden, weil die allgemeine Fassung des Gesetzes beweist, daß es alle Folgen dieser Anordnung gewollt habe. Uebrigens hat das Gesetz keine rückwirkende Kraft und alterirt erworbene Rechte und Ansprüche, also bereits bestehende Ehecheidungsgründe nicht. (R. R. 413.)

5. „von gewissen Funktionen und Befähigungen“ — insbesondere auch von der Fähigkeit, Instrumentengeze zu sein. (R. R. 414.)

#### Art. 18. (C. 30; R. 17.)

In den Fällen, für welche die Art. 609, 616 und 618 der in der Pfalz geltenden Strafprozeßordnung eine Strafeinschreitung wegen willkürlicher und eigenmächtiger Verhaftung vorschreiben, kommen die Bestimmungen des Art. 378 des Strafgesetzbuches gegen die betreffenden Beamten oder Bediensteten zur Anwendung.

#### Art. 19. (C. 31; R. 18.)

Die Art. 635—640 und 643 des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches sind aufgehoben<sup>1)</sup>, jedoch kann<sup>2)</sup>, wenn die gerichtliche Verfolgung einer strafbaren Handlung verjährt ist, der durch diese Handlung Beschädigte auch

fernerhin keine Entschädigungsklage vor dem Civilgerichte mehr erheben.

1. „sind aufgehoben.“ — An deren Stelle treten die in den neuen Strafgesetzbüchern enthaltenen Bestimmungen und Fristen, sowohl bezüglich der öffentlichen als bezüglich der Civilklagen. (R. R. 415.)

2. „jedoch kann u. v.“ — Es wurde anerkannt, daß hiemit der Fall nicht getroffen sein soll, wenn das Delikt dieſeits verübt worden und die Klage nur in Folge von Ueberſiedlung des Beſchädigten vor einem pſylſiſchen Gerichte geſtellt wird. (R. P. 252.)

#### Art. 20. (G. — ; R. 19.)

Wo in einem in Wirkſamkeit verbleibenden Spezialgeſetz Strafarbeitshaus angedroht iſt, tritt an die Stelle dieſer Strafe Gefängniß nicht unter einem Jahre<sup>1)</sup>, und die Handlung nimmt die Eigenschaft eines Vergehens an.

1. „Gefängniß nicht unter einem Jahre.“ — Nur das Minimum iſt alſo feſtgeſetzt, nicht auch das Maximum; es kann daher auch in den Fällen, welche biſher mit Arbeitshausſtrafe im Maximum von weniger als 5 Jahren bedroht waren, auf das abſolute Maximum der Gefängnißſtrafe, 5 Jahre, erkannt werden. (R. P. 252 u. 253.)

#### Art. 21. (G. — ; R. 20, 21.)

Wer wegen eines Verbrechens oder wegen Vergehens des Diebſtahls, der Unterſchlagung, des Betrugs, der Fählerei oder der Fäſchung verurtheilt worden iſt, oder in Folge rechtſträftiger Verurtheilung wegen eines anderen Vergehens die in Art. 28 Ziff. 4 und 5 des Strafgeſetzbuches bezeichneten Fähigkeiten oder einzelne derſelben verloren hat<sup>1)</sup>, kann weder Geſchworener, noch Mitglied eines Magiſtrats oder einer Gemeindeverwaltung, noch Gemeindebevollmächtigter oder Gemeinderath, noch Mitglied einer Kirchenverwaltung, eines Armenpflegſchaftsraths, eines Diſtrikts- oder Landraths ſein, noch an einer Gemeinde-, Kirchen-, Verwaltungs-, Armenpflegſchaftsraths-, Diſtrikts- oder Landrathswahl theilnehmen<sup>2)</sup>.

Alle entgegenſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen<sup>3)</sup>,

insbesondere Art. 16 Ziff. 3 der Gemeindevahlordnung vom 5. August 1818, §. 78 lit. c. des revidirten Gemeinderichts und Art. 76 Ziff. 6 des Gesetzes vom 10. November 1848, Abänderungen des II. Theils des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend, sind aufgehoben.

1. „Wer wegen . . . verurtheilt worden ist, oder . . . verurtheilt worden hat.“ — Wer früher wegen Vergehens verurtheilt worden ist, aber zu dem im Art. 21 aufgezählten Personen nicht gehört, kann in Zukunft von Wahlen nicht ausgeschlossen werden; er erlangt die verlorene Wahlfähigkeit durch's Einführungsgesetz wieder. (M. N. 309, A. P. 253, R. N. 416.)

2. „Lanu weder . . . sein, noch . . . theilnehmen.“ — Unter dem im Art. aufgeführten Voraussetzungen ist daher nicht blos, wie nach dem Gemeinderichte, das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht entzogen. (M. P. 253.)

3. „Alle entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen“ — bezieht sich nicht blos auf den positiven, sondern auch auf den negativen Inhalt des Abs. 1. Die Bestimmungen, welche dieselben Folgen auch bezüglich anderer als der in Abs. 1 genannten Vergehen statuiren, sind daher unbedingt, nicht blos, soweit sie in Abs. 2 speziell allegirt sind, aufgehoben. (M. P. 253.)

#### Art. 22. (G. —; R. 22.)

In den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörigen Sachen gehört die Entscheidung darüber, ob einer der in den Art. 68, 69, 73, 74, 229 Abs. 2, 230 Abs. 2, 235 Abs. 2 und 236 Abs. 2 des Strafgesetzbuches bezeichneten die Strafbarkeit mildernden Gründe<sup>1)</sup> vorliegt, zur Thatsfrage und es darf die Stellung der betreffenden Frage<sup>2)</sup> an die Geschwornen unter Strafe der Richtigkeit dann nicht verweigert werden<sup>3)</sup>, wenn nach Beendigung des Beweisverfahrens und vor dem Schlusse der gegenseitigen Verhandlungen (Art. 170 der Strafprozeßnovelle und Art. 335 des code d'instruction criminelle) das Vorhandensein eines solchen Grundes ausdrücklich geltend gemacht worden ist<sup>4)</sup>.

Ist in sonstigen Fällen gestattet, wegen Vorhandenseins mildernder Umstände oder weil der Fall ein leichterere ist oder aus ähnlichen Gründen, eine gelindere als die gewöhnliche Strafe eintreten zu lassen, so steht mit Aus-

nahme des Falles des Art. 54 des Gesetzes vom 17. März 1850 zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse, auf welchen durch gegenwärtiges Gesetz nichts geändert wird, die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall gegeben sei, dem Gerichte zu, welches die Strafe auszuweisen hat.

1. „einer der in den Art. . . . bezeichneten, die Strafbarkeit mildernden Gründe.“ — Die Art. 67, 71, 72 und 76 wurden hier deshalb nicht allegirt, weil über die die Strafbarkeit ausschließenden Gründe eine Fragestellung überhaupt nicht nöthig sei, sondern die Geschworenen, wenn sie Unzurechnungsfähigkeit, Nothwehr oder dergleichen für gegeben erachteten, schon die Hauptfrage zu verneinen hätten (M. P. 253 u. 254); die Nichtallegation des Art. 77 aber wurde durch die Bemerkung motivirt, daß, wenn nicht völlige Unzurechnungsfähigkeit des jugendlichen Angeeschuldigten angenommen, wenn also die Hauptfrage bejaht werde, die in Art. 77 des St. G. B. statuirte Strafminderung von selbst eintrete, ohne daß eine Unterfrage nöthig wäre, außer etwa darüber, ob der Angeeschuldigte zur Zeit der That das 16. Lebensjahr zurückgelegt hatte; dies werde indeß wohl selten zweifelhaft sein. (M. P. 254)

2. „der betreffenden Frage“ — d. h., ob einer der bezeichneten mildernden Gründe vorliegt; eine Festimmung darüber, daß auch Unterfragen gestellt werden müssen, wenn eine geringere Qualifikation der That, wie z. B. Theilnahme, Begünstigung, Fahrlässigkeit, in Frage gestellt worden ist, wurde nicht getroffen. (M. P. 254)

3. „kann nicht verweigert werden.“ — Im Uebrigen bleibt Art. 178 des St. Proz. Ges. vom 10. November 1848 natürlich bestehen; es kann daher auch dann, wenn eine Fragestellung nicht beantragt wird, in den Fällen des Art. 178 doch eine Frage ex officio darauf gestellt werden. (M. P. II, 35 und 36)

4. „wenn . . . ausdrücklich geltend gemacht worden ist“ — statt: „wenn während der Verhandlung . . . behauptet worden ist“ wurde gesetzt, um auszudrücken, daß es nicht schon genügt, wenn irgend eine derartige Behauptung, z. B. während des Zeugenverhörs, einer Frage an einen Zeugen oder sonst nur hingeworfen und scheinbar nicht ernstlich gemacht worden ist, sondern daß das Vorhandensein eines solchen Mißverständnisses wirklich ernstlich geltend gemacht worden sein muß, in der Art, daß auch nach der Staatsanwaltschaft in der Lage ist, darauf zu antworten; dagegen kommt es dann allerdings nicht darauf an, ob die dafür vorgebrachten Gründe als genügend erkannt werden oder nicht. (M. N. 421, M. P. II, 35.)

Art. 23<sup>1)</sup>. (E. —; M. 22a.)

Erklären die Geschworenen eine Person, welche zur Zeit der That das 16. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatte, lediglich aus dem Grunde für nicht schuldig, weil ihr die

zur Unterscheidung der Strafbarkeit ihrer That erforderliche Ausbildung gefehlt hat, so müssen sie dies bei ihrem Anespruche angeben und der Schwurgerichtspräsident hat sie darauf, daß dies geschehen müsse, ausdrücklich aufmerksam zu machen.

1. Die Bestimmung dieses Artikels hat den Zweck, dem Richter behufs Anwendung des Art. 76 Abs. 2 des St. G. B. einen Anhaltspunkt dafür an die Hand zu geben, ob die Geschworenen einen jugendlichen Angeeschuldigten lediglich wegen mangelnder Unterscheidungsfähigkeit oder auf einen andern Strafanschließungsgrund hin für strafflos erachten. (A. P. 254.)

#### Art. 24. (E. —; R. 23.)

Gegen jedes Erkenntniß, welches über die Unterbringung eines Angeeschuldigten, der zur Zeit der That das 16. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatte, in einer Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen entscheidet, steht dem Staatsanwalt, dem Angeeschuldigten und derjenigen Person, welche das Recht der Erziehung des letzteren hat<sup>1)</sup>, das Rechtsmittel der Verufung beziehungsweise der Nichtigkeitkeitsbeschwerde zu. Ist das Erkenntniß gelegentlich der Einstellung des Verfahrens in geheimer Sitzung erlassen worden, so läuft dem Angeeschuldigten und demjenigen, dem das Recht der Erziehung desselben zusteht, für die Anmeldung der Verufung beziehungsweise der Nichtigkeitkeitsbeschwerde auch in diesem Falle eine Frist von drei Tagen, von dem Tage an gerechnet, an welchem ihm das Erkenntniß eröffnet wurde. Ein Recht des Einspruches besteht in diesem Falle nicht.

1. „welche das Recht der Erziehung des letzteren hat.“ — Durch diese Anordnungsweise wollte in jedem Falle diejenige Person bezeichnet werden, welche als der eigentliche Betheiligte erscheint. Leben beide Eltern des Angeeschuldigten, so wird es in der Regel der Vater, es kann aber auch die Mutter sein, wenn ihr aus irgend einem Grunde, z. B. in Folge eines Gescheidungsprozesses das Erziehungsrecht übertragen worden ist. Ebenso paßt dieser Ausdruck auf den Vormund. (A. R. 137.)

#### Art. 25. (E. 6; R. 24.)

Die Strafbarkeit einer Handlung, welche vor dem in Art. 1 bezeichneten Tage begangen wurde, aber erst an

oder nach diesem Tage zur Aburtheilung kommt, wird vorbehaltlich der unten (Art. 66)<sup>1)</sup> bezüglich der Ehrenstränkungen gegebenen besondern Vorschrift nach den Bestimmungen der neuen Strafgesetzbücher beziehungsweise des gegenwärtigen Einführungsgesetzes beurtheilt, es sei denn, daß die früher einschlägigen Gesetze oder Verordnungen eine mildere Strafbestimmung enthalten, in welchem Falle diese zur Anwendung zu kommen hat.

Ist es zweifelhaft, ob die Handlung vor dem oben bezeichneten Tage begangen worden sei, so ist bei der Entscheidung das mildere Gesetz anzuwenden.

War die Handlung zur Zeit ihrer Verübung mit einer Strafe bedroht, welche unter den in den neuen Strafgesetzbüchern aufgeführten Strafgattungen nicht mehr vorkommt, so ist, wenn die genannten Gesetzbücher eine mildere Strafe festsetzen, auf diese, andernfalls aber auf diejenige Strafe zu erkennen, welche der früher angedrohten nach dem unnnmehr geltenden Straffsysteme zunächst entspricht. Insbesondere hat an die Stelle des Verlustes der staatsbürgerlichen Rechte (code pénal, Art. 8 Ziff. 3) Gefängniß bis zu drei Monaten mit den in Art. 28 des neuen Strafgesetzbuches bezeichneten Straffolgen, — an die Stelle des Strafarbeitshauses (Strafgesetzbuch vom Jahre 1813, Theil I. Art. 4 Ziff. IV.) Gefängniß nicht unter einem Jahre und in Fällen, wo Strafarbeitshaus nicht unter vier Jahren angedroht ist, Zuchthausstrafe bis zu acht Jahren, — an die Stelle der körperlichen Züchtigung Arrest bis zu dreißig Tagen und an die Stelle des Verweises Geldstrafe bis zu drei Gulden zu treten.

1. „Art. 66.“ — So heißt es in der amtlichen Ausgabe; es ist jedoch zweifellos der Art. 65 gemeint, welcher nach den gemeinschaftlichen Beschlüssen beider Ausschüsse Art. 66 war und erst in Folge Streichung des Art. 61 des A. R. (vgl. unten S. 68) Art. 65 wurde.

#### Art. 26. (C. 7; R. 25.)

Was in den neuen Strafgesetzbüchern über die Behandlung der Zuchthaus-, Gefängniß- und Arreststräflinge

bestimmt ist, findet auch auf diejenigen Sträflinge Anwendung, welche in Folge einer schon vor dem in Art. 1 bezeichneten Tage ergangenen Verurtheilung wegen Verbrechen, Vergehen oder Polizeiübertretung eine Freiheitsstrafe<sup>1)</sup> zu erleiden haben.

Die Vorschriften des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813, Theil I. Art. 12, 13, Abs. 2 und Art. 16 Abs. 2 bleiben bezüglich dieser Sträflinge in Kraft.

1 „eine Freiheitsstrafe“ -- wurde statt: Zuchthaus-, Arbeitshaus-, Gefängniß- oder Arreststrafe“ gesetzt, weil die Bestimmung dieses Artikels auch von der Kettenstrafe und den verschiedenen Freiheitsstrafkategorien des *code pénal* gelten soll.

Uebrigens wurde als selbstverständlich anerkannt, daß die Regierung eine gewisse latitude haben müsse bei Vertheilung derjenigen Sträflinge, welche in Folge früherer Verurtheilung noch Strafen einer jetzt wegfallenden Kategorie zu erleiden haben; besonders gelte dies bezüglich der Arbeitshaussträflinge. Die Staatsregierung werde dieselben entweder in ein Zuchthaus oder in eine Correctionsanstalt verlegen und hierbei auf Größe der Strafe und Natur des Verbrechens die nöthwendige Rücksicht nehmen. (A. P. 328.)

Art. 27. (G. 8; R. 26.)

Bis die bauliche Herstellung der durch die neuen Strafgesetzbücher gebotenen Strafanstalten vollendet sein wird, bleibt der Staatsregierung die Befugniß vorbehalten, nöthigenfalls verschiedene Kategorien von Strafgefangenen in einer und derselben Anstalt unterzubringen, wobei jedoch die einzelnen Kategorien innerhalb der Anstalt sorgfältig von einander getrennt zu halten sind.

Bis zu diesem Zeitpunkte ist es auch gestattet, auf den Grund eines mit der Gemeinde getroffenen Uebereinkommens die dermalen bestehenden gemeindlichen Arrestlokale zum Vollzuge von Arreststrafen und die in einigen Städten bestehenden Zwangsbeschäftigungsanstalten zur Unterbringung derjenigen, deren Verwahrung in einer Polizeianstalt angeordnet worden ist, zu verwenden.

Art. 28. (G. --, R. 26a.)

Die Polizeibehörden sind befugt, Verfassungen<sup>1)</sup>, die

sie innerhalb ihrer Zuständigkeit zum Vollzuge von Gesetzen<sup>2)</sup>, deren Uebertretung nicht mit Strafe bedroht ist<sup>3)</sup>, an bestimmte Personen erlassen und diesen eröffnet haben, durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel<sup>4)</sup> zur Ausführung zu bringen.

Zu diesem Zwecke sind die Polizeibehörden insbesondere<sup>5)</sup> berechtigt, die Nichtbefolgung einer Verfügung der in Abs. 1 bezeichneten Art mit Ungehorsamsstrafen zu bedrohen<sup>6)</sup> und diese im Falle des Ungehorsams für verwirkt zu erklären, und zwar die Gemeindeverwaltungen in den Landgemeinden diesseits des Rheins und die Bürgermeister der Landgemeinden in der Pfalz bis zu 3 fl., die Magistrate der einem Landgerichte untergeordneten Städte und Märkte in den Kreisen diesseits des Rheins und die Bürgermeister der Städte in der Pfalz bis zu 5 fl., die übrigen Polizeibehörden bis zu 25 fl.

Unterläßt Jemand innerhalb der dafür bestimmten Frist dasjenige zu thun, was ihm durch eine Verfügung der in Abs. 1 bezeichneten Art durch die Polizeibehörde auferlegt ist, so ist letztere befugt<sup>7)</sup>, diese Handlung auf Kosten des Ungehorsamen vornehmen zu lassen und den von ihr festgestellten Kostenaufwand vorbehaltlich der Verpflichtung zum Schadenersatz<sup>8)</sup> nach den gesetzlichen Bestimmungen über Vortreibung von Untersuchungskosten, in der Pfalz auf dem Wege des administrativen Zwangsvollzugs zu erheben.

Gegen die Androhung oder Vortreibung der nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels zulässigen Vollzugsmäßigkeiten ist Beschwerde an die höheren Stellen<sup>9)</sup> zulässig. In dringenden Fällen<sup>10)</sup> haben solche Beschwerden keine aufschiebende Wirkung.

Die von einer Gemeindebehörde in ihrer Eigenschaft als Polizeibehörde verhängten Ungehorsamsstrafen fließen in die Kasse der betreffenden Gemeinde.

1. „Verfügungen.“ — Auf die Anregung, ob es nicht nöthig sei, die Verpflichtung zu statuiren, daß Jemand, der von der Polizeibehörde in den zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Fällen vorgeladen wird, dieser Ladung bei



Vermeidung von Strafe Folge leisten müsse, wurde anerkannt, daß solche Ladungen, sofern sie zum Zwecke des Vollzuges von polizeilichen Bestimmungen eines Gesetzes oder einer gültigen Verordnung erlassen werden, zu den im vorliegenden Abs. 1 bezeichneten Verfügungen gehören, eine weitere Bestimmung darüber entbehrlich sei, daß aber der Frage, inwieweit in Verwaltungssachen eine derartige Pflicht bestehe, durch das gegenwärtige Gesetz in keiner Weise vorgegriffen werden solle.

Insekundere wurde hervorgehoben, daß im Polizeistrafgesetzbuche häufig die Bestrafung von vorhergegangener polizeilicher Verwarnung abhängig gemacht sei und es keinem Zweifel unterliege, daß der zu Verwarnende zu solchem Zwecke an ergangene Ladung erscheinen müsse und nöthigenfalls auf Grund des Abs. 1 vorgeführt werden könne. (A. F. 218.) Vgl. auch Note 1 zu Art. 4 des Pol. St. G. B.

2. „zum Vollzuge von Gesetzen“ — nicht: „auf Grund eines Gesetzes“ wurde gesagt, weil es nicht genügt, daß die Polizeibehörde in einer gewissen Richtung Kompetenz hat; es ist vielmehr erforderlich, daß sie für Ausübung dieser Kompetenz in irgend einem Gesetze oder einer gleichgestellten Verordnung (Art. 29) eine materielle Grundlage habe, um deren Realisirung es sich handelt, sehr nicht willkürlich verfähre. (A. F. 212 ff. A. R. 363.)

3. „deren Uebertretung nicht mit Strafe bedroht ist.“ — Dieß ist nicht so zu verstehen, als ob Art. 28 bestimmt sei, Missethätigen des Polizeistrafgesetzbuches anzufassen, mit anderen Worten, Handlungen zu bestrafen, welche das Polizeistrafgesetzbuch nicht mit Strafe bedroht; denn hierfür ist durch Art. 38 des Pol. St. G. B. schon Vorsehung getroffen.

Vielmehr soll durch vorliegenden Art. 28 und die dazu gehörigen Art. 29 und 30 der Polizei die erforderliche Macht eingeräumt werden, um den Anordnungen und Verfügungen, welche sie, abgesehen von dem Gebiete des Polizeistrafrechtes, innerhalb ihrer rein administrativen Kompetenz auf den Grund bestehender Gesetze oder gültiger Verordnungen erlassen hat — z. B. in Bezug auf heimliche Zusammenkünfte unter dem Vorwande des häuslichen Gottesdienstes, über die beim Religionsübertritte zu beachtenden Förmlichkeiten, über die religiöse Erziehung von Findelkindern und von Kindern aus gemischten Ehen etc. etc. — soweit nöthig den Vollzug zu sichern; anderseits aber soll zugleich diese Befugniß, soweit dieß vermögen und bis zum Zustandekommen einer vollständigen Polizeigehegung möglich ist, gleichmäßig geregelt werden, damit nicht Alles dem reinen Ermessen der Polizeibehörden überlassen bleibt.

Da hiernach die Bestimmungen dieser Artikel zum Gebiete des Polizeirechtes im Gegenfats zum Polizeistrafrechte, gehören, wurden sie von den Art. 28 bis 30 des Pol. St. G. B. ausgeschieden und in das Einführungsgezet her übergenommen. (A. F. 210, 211 und 236, A. R. 363.)

4. „durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel.“ — Auf die

Anregung, was hierunter zu verstehen, insbesondere, ob darunter Verhaftung und sonstiger moralischer Zwang begriffen sei, wurde erörtert:

Der Art. 28 gebe der Polizeibehörde die Möglichkeit, ihre Verfügungen auf breiterlei Weise in Vollzug zu setzen:

- 1) dadurch, daß sie die Jemandem auferlegte, von diesem aber unterlassene Handlung selbst auf dessen Kosten vornehme; dieß Recht sei ihr in Abs. 3 eingeräumt;
- 2) dadurch, daß sie den Ungehorsamen durch physischen, directen Zwang zur Vornahme der angeordneten Handlungen nöthige; dieß sei unter „Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel“ in Abs. 1 gemeint; (hiemit übereinstimmend A. §. 212);
- 3) dadurch, daß sie durch Androhung und Verhängung von Ungehorsamsstrafen moralischen Zwang auf den Ungehorsamen übe und ihn so zur Vornahme einer Handlung bewege; dieß sei der Zweck des Abs. 2.

Diese Unterscheidung lasse von selbst entnehmen, daß die Ungehorsamsstrafen, wie sie das Gesetz normirt habe, die einzige zulässige Art moralischen Zwanges sein sollen, und daß es daher nicht angehe, den Säumnigen durch Haft zum Gehorsam zu bewegen; daß aber allerdings zur Durchführung des in Abs. 1 als zulässig erklärten directen Zwanges unter Umständen eine Festnahme und selbst provisorische Verhaftung nothwendig sein könne und insoferne auch nicht ausgeschlossen sei; nur als Mittel moralischen Zwanges wolle die Verhaftung nicht zugelassen, eine *contrainte par corps* nicht statuiert werden. (A. §. 329.)

5. „insbesondere“ — stellt den Zusammenhang mit Abs. 1 her und läßt entnehmen, daß die sogen. Ungehorsamsstrafen keine Strafen im Sinne des Polizeistrafrechts, sondern eine Art Executionsmittel sein sollen; durch Androhung derselben sollen diejenigen, an welche die Polizeibehörden Verfügungen erlassen haben, veranlaßt werden, der betreffenden Verfügung Genüge zu leisten, dasjenige, was ihnen durch dieselben geboten oder verboten worden ist, zu thun oder zu unterlassen. (A. R. 363.)

6. „die Nichtbefolgung einer Verfügung . . . zu bedrohen“ — wurde statt „in den Verfügungen . . . anzubrohen“ gesetzt, um der beschränkten Auffassung vorzubeugen, als ob die Polizeibehörden die Strafandrohung, wenn sie überhaupt eine solche für veranlaßt erachten, immer schon im ersten Dekrete ergehen lassen müßten. (A. §. 217.)

7. „so ist letztere befügt.“ — Der Beisatz: „vorbehaltlich der durch den Ungehorsam etwa verwirkten Strafen“ wurde gestrichen, da er überflüssig sei und höchstens Kontroversen veranlassen könnte. (A. §. 217.)

8. „Verpflichtung zum Schadenersatz.“ — Vgl. Note 15 und 16 zu Art. 30 des Pol. St. G. Buches.

9. „an die höheren Stellen“ — wurde statt: „an jene Stelle, welche

der androhenden oder vorstehenden Stelle unmittelbar vorgelegt ist“ gesetzt, um der Auffassung vorzubeugen, als ob gegen derartige Verfügungen der Orts- und Distriktpolizeibehörden nur an die Kreisregierungen und nicht auch weiter an die höchste Stelle rekurrirt werden könnte. (A. P. 213.)

10. „In dringenden Fällen u. c.“ — wurde statt: „In wieferne diese Beschwerde aufschiebende Wirkung habe, ist nach den darüber zur Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu beurtheilen“ gesetzt, weil es gesetzliche Bestimmungen über den Suspensiv-Effekt von Beschwerden gegen polizeiliche Anordnungen in Bayern dormalen nicht gebe. (A. P. 213.)

#### Art. 29. (G. —; A. 26b.)

Für die Anwendung des Art. 28<sup>1)</sup> sind den Gesetzen nicht allein die zur Zeit bestehenden gültigen Verordnungen<sup>2)</sup>, sondern auch diejenigen Verordnungen gleichgestellt, welche künftig zu einem Gesetze auf den Grund eines in diesem enthaltenen Vorbehaltes erlassen werden.

Dasselbe gilt von Verordnungen, welche künftig zum Zwecke der Revision einer dormalen bestehenden gültigen Verordnung erlassen werden, insoweit<sup>3)</sup> diese letztere nicht unter Zustimmung des Landtages zu Stande gekommen ist oder sonst die Natur eines Gesetzes an sich trägt<sup>4)</sup>.

Die Bestimmungen der Art. 36 und 39 des Polizeistrafgesetzbuches<sup>5)</sup> finden auch auf gegenwärtigen Artikel Anwendung.

1. „Für die Anwendung des Art. 28“ — Diese Worte haben den Zweck, auszudrücken, daß die ganze Bestimmung nur ein Supplement des Art. 28 ist und daher, wie dieser bezüglich der Gesetze, auch bezüglich der Verordnungen, auf welche Art. 28 Anwendung finden soll, voraussetzt, daß die Uebertretung nicht mit Strafe bedroht sei. (A. P. 234.)

2. „gültigen Verordnungen.“ — Die Gültigkeit ist hierbei nach allgemeinen Grundsätzen, besonders mit Rücksicht auf Lit. VII §. 2 der Verf. Urk. zu beurtheilen. Soweit gegenwärtig gültige Verordnungen bestehen, deren Inhalt durch die positiven Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches eingehend geregelt ist, sind diese Verordnungen als durch das neue Gesetzbuch aufgehoben und Art. 28 daher auch dann nicht als anwendbar zu erachten, wenn keine Strafbestimmung darin enthalten ist. (A. P. 234.)

3. „in soweit“ — wurde in Abs. 2 mit Rücksicht darauf eingesetzt, daß manche Verordnungen aus der Zeit vor 1818 eine doppelte Natur haben, indem

ße einem Theile ihres Inhaltes nach bloße Verordnungen, dem anderen Theile nach aber eigentlich Gesetze seien. (A. P. 234.)

4. „oder sonst die Natur eines Gesetzes an sich trägt.“ — Dieser Zusatz wurde für nöthig befunden, weil der Umstand, ob eine Bestimmung Gesetz oder Verordnung überschrieben ist, nichts entscheiden kann, und es daher bezüglich der bis zum Jahre 1818 erlassenen Verordnungen kein anderes Kriterium gibt, als das ihrer inneren Natur. (A. P. 234 u. 236.)

5. „Die Bestimmungen der Art. 36 und 39 des Pol.-St.-G.-Buches.“ — Durch diese Allegation soll ausgedrückt werden, daß in gegenwärtigem Artikel nur landesherrliche Verordnungen gemeint sind, ferner, daß die künftig neu zu erlassenden Verordnungen mit den in Kraft bleibenden Gesetzen nicht in Widerspruch stehen dürfen. (A. P. 234.)

#### Art. 30. (G. —; R. 26a.)

Enthält ein Specialgesetz<sup>1)</sup> eine Mehrheit von Anordnungen und ist in demselben nur die Uebertretung eines Theiles der getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt, so findet Art. 28 auf die Uebertretung der nicht mit Strafe bedrohten Anordnungen dieses Gesetzes<sup>2)</sup> Anwendung.

Enthält dagegen in Fällen, wo das Polizeistrafgesetzbuch auf Verordnungen Bezug nimmt<sup>3)</sup>, eine Verordnung eine Mehrheit von Anordnungen und ist in der betreffenden Verordnung nur die Uebertretung eines Theiles der getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt, so findet Art. 28 auf die Uebertretung der nicht unter Strafe gestellten Anordnungen<sup>4)</sup> dieser Verordnung so wenig als auf die übrigen in derselben enthaltenen Anordnungen Anwendung.

1. „ein Specialgesetz.“ — Hierunter sind nicht bloß die im Einführungsgesetze, sondern auch die in einzelnen Artikeln des speziellen Theiles des Polizeistrafgesetzbuches namentlich vorbehaltenen Gesetze verstanden; dagegen sind diejenigen Gesetze polizeilichen Inhalts, welche nach Maßgabe des Polizeistrafgesetzbuches durch Verordnungen ausgehoben werden können, selbstverständlich den nach Maßgabe dieses Gesetzbuches zulässigen Verordnungen — Abs. 2 — analog zu behandeln. (A. P. 238.)

2. „dieses Gesetzes“ — bezieht sich auf das im Eingange befindliche Wort „Specialgesetz.“ (A. P. 329.)

3. „in Fällen, wo das Polizeistrafgesetzbuch auf Verordnungen Bezug nimmt.“ — In anderen Fällen können Verordnungen mit einer Strafbestimmung künftig gar nicht mehr vorkommen; denn die zur Zeit bestehenden in Verordnungen dieser Art enthaltenen Strafbestimmungen sind durch Art. 2 des Einf.-Ges. aufgehoben und zur Erlassung anderer Verordnungen als der nach dem Polizeistrafgesetzbuche zulässigen mit einer Strafbestimmung hat die Regierung künftig keine Kompetenz mehr. (A. P. 238.)

4. „der nicht unter Strafe gestellten Anordnungen.“ — Dieselben sind vielmehr als Anweisungen zu betrachten, deren Befolgung dem guten Willen derjenigen, die sie angehen, überlassen wird. Will die Regierung ein Mehreres, so ist es ihre Sache, sie unter die gesetzliche Strafe zu stellen. (A. P. 238.) Vgl. Art. 37 des Pol.-Et.-G.-B.

## Besondere Bestimmungen.

### 1. Zuständigkeit und allgemeine Bestimmungen über das Verfahren in Strafsachen\*).

\*) Die in Vorschlag gebrachte Bestimmung, wonach den wegen eines schweren Vergehens in die öffentliche Sitzung des Bezirksgerichtes Verwiesenen gegen das Verweisungsurtheil das Recht der Berufung eventuell die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht werden sollte — wurde, nachdem sie als dem Systeme des geltenden Strafverfahrens entgegen, beanstandet worden war, abgelehnt. (A. P. 330.)

Art. 31. (Z. 9; N. 27.)

Die Schwurgerichte urtheilen über alle Verbrechen und über diejenigen Vergehen, welche mittels eines Präferenzzeugnisses (Art. 8 Abs. 1 des Strafgesetzbuches) begangen werden.

Alle übrigen Vergehen werden von den Bezirksgerichten in Senaten, welche einschlässig des Vorstandes mit drei Richtern besetzt sind, in erster, und von den Appellationsgerichten in Senaten, welche einschlässig des Vorstandes mit fünf Richtern besetzt sind, in zweiter Instanz abgeurtheilt<sup>1)</sup>.

Die Uebertretungen werden, insoweit nicht im gegen-

wärtigen Gesetze Ausnahmen gemacht sind, in erster Instanz durch die Einzelrichter, in zweiter durch die Bezirksgerichte in Senaten, welche einschlägig des Vorstandes mit drei Richtern besetzt sind, abgeurtheilt.

Diesjenigen Uebertretungen, welche mit einer das in Art. 20 und 26 des Strafgesetzbuches und in Art. 5 und 6 des Polizeistrafgesetzbuches bestimmte höchste Maß übersteigenden Strafe \*) bedroht sind, werden in erster Instanz von den Bezirksgerichten, in zweiter Instanz von den Appellationsgerichten und zwar ganz in der für die Behandlung der Vergehensfälle vorgeschriebenen Weise abgeurtheilt.

Das Oberappellationsgericht bildet in allen Verbrechens-, Vergehens- und Uebertretungssachen den Kassationshof für das ganze Königreich \*).

Bei den Einzelgerichten in den Landestheilen diesseits des Rheins werden die Geschäfte der Staatsanwaltschaft entweder von besonders hiefür ernannten staatsanwaltschaftlichen Beamten oder Funktionären oder von denjenigen Staats- oder Gemeindebediensteten, welche damit von den einschlägigen Staatsministerien, und zwar insoweit, als es sich um Verwendung von Gemeindebediensteten handelt, nach vorheriger Vereinbarung mit der betreffenden Gemeinde, beauftragt sind, unter Aufsicht und Leitung der an den betreffenden Bezirks- und Obergerichten aufgestellten Staatsanwälte versehen.

An der Zuständigkeit und Einrichtung der Forststrafgerichte des diesseitigen Bayerns und der Pfalz sowie an dem bei diesen Gerichten bestehenden Verfahren wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Soweit das gegenwärtige Gesetz in Betreff des Verfahrens keine besonderen Bestimmungen enthält, bleibt es bei den Vorschriften der dormalen in den verschiedenen Landestheilen über das Verfahren in Strafsachen geltenden Gesetze.

1. „werden . . . abgeurtheilt.“ — Der im Entwurfe enthaltene Satz.

„Das Verfahren ist hiebei in den Landestheilen diesseits des Rheines das bisher für die Behandlung der Vergehen <sup>in diesen Fällen</sup> vorgezeichnete“ wurde als selbstverständlich hinweggelassen. (A. P. 283.)

2. „mit einer das . . . höchste Maß übersteigenden Strafe.“ — Die Frage, vor welches Gericht die Aburtheilung derjenigen Uebertretungen gehört, bezüglich deren nicht ein allgemeines Strafmaximum festgesetzt, sondern die Strafe nach Prozenten angetroffen ist, z. B. bei Ueberschuldungen, bei Uebertretungen des §. 55 des Oerterergänzungsgesetzes, — ist je nach dem einzelnen Falle zu beantworten. (A. P. 283.)

3. Zu Absatz 5 — wurde anerkannt, daß es der Staatsregierung zustehe, im Wege der Verordnung zu regeln, wer die Geschäfte der Staatsanwaltschaft in den von den kgl. Gerichten an den Kassationshof gelangenden Strafsachen zu versehen habe. (A. P. 451 u. 452.) Vgl. Note 1 zu Art. 122.

#### Art. 32. (G. —; R. 28.)

Uebertretungen der das Postregal betreffenden Strafbestimmungen werden nach Maßgabe der Bestimmungen des vorhergehenden Artikels durch die Gerichte abgeurtheilt.

#### Art. 33. (G. —; R. 29.)

Die Aburtheilung der Zuwiderhandlungen gegen das Zollstrafgesetz vom 17. November 1837 findet, unbeschadet der durch §. 33 dieses Gesetzes begründeten Zuständigkeit der Zollbehörden<sup>1)</sup>, durch die Gerichte statt, und zwar sind bezüglich der in den §§. 1, 2, 3 und 17 aufgezählten Uebertretungen, sofern die Geldbuße, welche gegen den Angeschuldigten, oder, wenn dieser mehrere sind, gegen einen derselben erkannt werden kann, den Betrag von 100 Gulden nicht übersteigt, die in Art. 31 Abs. 3, bezüglich aller übrigen Uebertretungen<sup>2)</sup> die in Art. 31 Abs. 4 bezeichneten Gerichte zuständig. Außerdem ist Nichtigkeitsbeschwerde (Kassationsrecurs) an den Kassationshof unter den allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen gestattet.

Die Strafbarkeit der Theilnehmer an einer Kontrebande oder Zollbetrug ist nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu beurtheilen. Wer sich

in Bezug auf eine solche Handlung der Begünstigung schuldig macht, ist an Geld bis zu 25 fl. zu strafen<sup>3)</sup>).

Vor Verhandlung der Sache sind die Akten zur Einsicht und Stellung etwaiger Anträge der betreffenden Zollverwaltungsstelle mitzutheilen. Außerdem können sowohl in erster und zweiter Instanz als auch bei dem Kassationshofe die von der betreffenden Zollverwaltungsstelle damit beauftragten Zollbeamten der gerichtlichen Verhandlung beizuhelfen, im Namen der Zollverwaltung die geeigneten Anträge stellen<sup>4)</sup> und nöthigenfalls die vom Gerichte verlangten Erläuterungen über die Natur und Eigenthümlichkeiten der in Frage stehenden Uebertretung erteilen.

Die im §. 38 des Zollgesetzes vom 17. November 1837 vorgesehene Haussuchung kann von dem Einzelrichter, in dessen Bezirke sie stattfinden soll, angeordnet und geleitet werden, wenn es sich auch um eine zur Zuständigkeit des Bezirksgerichtes gehörige Uebertretung handelt.

In den Fällen des §. 39 des Zollgesetzes und des §. 28 Abs. 2 des Zollstrafgesetzes hat die Vorführung vor den nächsten Einzelrichter<sup>5)</sup> zu geschehen. Dieser hat im letzteren Falle die Legitimation des Vorgeführten zu prüfen und eintretenden Falles über die Größe und die Annehmbarkeit der zu leistenden Sicherheit zu entscheiden, sowie je nach den Umständen<sup>6)</sup> die Freilassung des Festgenommenen anzuordnen. Findet er diese nicht für zulässig, so hat er, falls die Sache nach Abs. 1 des gegenwärtigen Artikels zur Zuständigkeit des Bezirksgerichtes gehört, die Ablieferung des Festgenommenen an den betreffenden Untersuchungsrichter oder Staatsanwalt zu verfügen.

1. „unbeschadet der . . . Zuständigkeit der Zollbehörden.“ — Der Zusatz: „an welcher durch gegenwärtiges Gesetz nichts geändert wird“ wurde, mit Rücksicht auf das Wort „unbeschadet“ als überflüssig gestrichen. (A. P. 285.)

2. „bezüglich aller übrigen Uebertretungen.“ — Unbeschadet aber ihrer Natur als Polizeübertretungen. (A. P. 311.)

3. „ist an Geld bis zu 25 fl. zu strafen.“ — Dem vernünftigen Ermessen



des Richters wurde vertraut, daß derselbe die Strafe des Begünstigten innerhalb des Maximums von 25 fl. immer im Verhältnis zur Hauptthat ausmessen werde. (A. P. 284.)

4. „können . . . die Zollbeamten . . . die geeigneten Anträge stellen.“ — In Bezug auf Interpretation dieses Artikels wurde folgende Auffassung als richtig anerkannt:

Während der gerichtlichen Behandlung, also vor Erlassung des Urtheils, stehe die Stellung von Anträgen, insbesondere auch bezüglich Erhebung von Beweismitteln, dem zur Sitzung abgeordneten Zollbeamten in gleicher Weise, wie dem Staatsanwalt und unabhängig von dessen Anträgen zu.

Dieses Recht erstreckte sich aber nur auf die Dauer der Sitzung; nach dem Schlusse derselben sei nur mehr der Staatsanwalt zur Stellung von Anträgen befugt; ihm allein stehe es daher auch zu, Rechtsmittel einzulegen. Die beschaffigen Fristen seien in den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Fällen nach den Bestimmungen des Strafprozeßgesetzes vom 10. Nov. 1848, außerdem nach den für Uebertretungssachen geltenden Bestimmungen zu beurtheilen. (A. P. 285.)

5. „vor den nächsten Einzelrichter.“ — Auch wenn der Ort der Aufzeichnung nicht gerade in den Bezirk des nächsten Einzelrichters fällt.

Als selbstverständlich wurde übrigens hervorgehoben, daß nach dieser Fassung auch der an einem Bezirksgerichtssitze befindliche Einzelrichter, wenn die Vorführung an ihn erfolge, in gleicher Weise über das Provisorium erkennen könne; dem Untersuchungsrichter werde dadurch doch auf keinen Fall präjudicirt. (A. P. 285.)

6. „je nach den Umständen.“ — Kann also der Festgenommene sich nicht als Inländer legitimiren und die geforderte Sicherheit nicht leisten, so muß derselbe vor den Untersuchungsrichter geführt werden; legitimirt er sich dagegen als Inländer, so wird er in Freiheit gesetzt, desgleichen ein Ausländer, wenn er die gehörige Sicherheit leistet. (A. P. 285.)

#### Art. 34. (E. 10; A. 30.)

Von den in Art. 32 und 33 enthaltenen Bestimmungen abgesehen, erleiden die Kompetenzbestimmungen, welche <sup>1)</sup> dormalen bezüglich der in Art. 3 Ziff. 1—6 bezeichneten Sachen <sup>2)</sup> bestehen, ferner die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Militärgerichte und Militärbehörden in Strafsachen, sowie diejenigen Kompetenzbestimmungen, welche in dem Gesetze vom 30. März 1850, den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Auflagen gegen



lung der Vergehen vorgeschriebenen Weise abgeurtheilt, ohne hiedurch ihre Eigenschaft als Uebertretungen zu verlieren.

Defraudationen, welche an gemeindlichen Malzausschlagsgesällen \*) bei der Ein- oder Ausfuhr von Bier aus einem beziehungsweise in einen fremden Ort verübt werden, sowie Defraudationen an sonstigen den Gemeinden bewilligten Ausschlagsgesällen werden von demselben Zeitpunkte an durch die Stadt- und Landgerichte in I. und durch die Bezirksgerichte in II. und letzter Instanz abgeurtheilt †).

Außerdem ist in den Fällen von Abs. 1 und 2 die Richtigkeitsbeschwerde nach den allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen zulässig.

Vor der Verhandlung der Sache sind die Alten zur Einsicht und Stellung etwaiger Anträge \*) dem betreffenden Kreisfiskalate, wenn es sich um Defraudationen der den Gemeinden bewilligten Ausschlagsgesälle handelt, der betreffenden Gemeindebehörde mitzutheilen.

Außerdem können sowohl in I. als II. Instanz als bei dem Kassationshofe von dem betreffenden Kreisfiskalate, beziehungsweise der Gemeindebehörde abgeordnete Beamte oder bevollmächtigte Vertreter †) der Verhandlung beiwohnen, um die geeigneten Anträge zu stellen \*), und nach Erforderniß sachgemäße Aufklärungen zu erteilen.

Die entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. November 1848, die Untersuchung und Aburtheilung der Malzausschlagsgesälledefraudationen betreffend, sind von obigen Zeitpunkten an aufgehoben.

(Abschied für den Landtag des Königreichs Bayern vom 10. November 1861, III. Abschnitt, Wünsche und Anträge, §. 80; Gesetzblatt Nr. 10, vom 18. Nov. 1861, S. 49 ff., bes. S. 79 u. 80).

Bezüglich der Interpretation dieser Bestimmungen lassen die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten Folgendes entnehmen:

- a) an gemeindlichen Malzausschlagsgesällen. — Diejenigen Malzausschlagsgesälledefraudationen, bei denen in einer und derselben Handlung zugleich eine Defraudation der Ararialischen und Gemeindegesälle begangen wird, gehören vor das Forum des Bezirksgerichtes; nur jene geringeren Fälle kommen in erster Instanz vor das Stadt- und Landgericht, wo ichig-

sich das Localgefäß befrachtet wurde. (Stenogr. Ber. über die 80. öff. Sitz. d. R. d. Abg. v. 29. Okt. 1861; Berp. d. R. d. Abg. v. 1859/61, S. IV., S. 138 und 139.)

- b) „werden . . . abgeurtheilt.“ — Zu Ziff. 2 wurde als selbstverständlich hervorgehoben, daß die Stadt- und Landgerichte in I. und die Bezirksgerichte in II. Instanz dasjenige Verfahren anzuwenden haben, welches nach dem Einf. Ges. in Polizeistrafsachen überhaupt gilt. (Prot. des I. Ausfch. d. R. d. Abg. v. 25. Okt. 1861, Ziff. 1; Berp. d. R. d. Abg. v. 1859/61. Beil. Bd. VII. S. 375.)
- c) „zur Einsicht und Stellung etwaiger Anträge.“ — Die Stellung dieser Anträge ist an keine Frist geknüpft. (ibid. Ziff. 3, S. 376.)
- d) „oder bevollmächtigte Vertreter“ — wurde in Abf. 5 gesetzt, um anzudeuten, daß die Wahl des Vertreters auf Leben fallen könne, der nach allgemein gesetzlichen Bestimmungen sich dazu qualifizirt. (ibid. Ziff. 3, S. 376.)
- e) „um die geeigneten Anträge zu stellen.“ — Durch diese Bestimmung des Abf. 5 wird an dem Rechte der Staatsbehörde, die ihr zustehenden Anträge zu stellen und zu begründen, nichts geändert. Ein selbstständiges Recht zur Ergreifung von Verurtheilungen oder Nichtigkeitsbeschwerden ist den Vertretern der fiskalischen Interessen des Staates oder der Gemeinden nicht eingeräumt. Dieses Recht steht daher nur jener Staatsbehörde zu, welche in dem gewöhnlichen Prozesse in Uebertretungs- oder Vergehenssachen berechtigt ist, im Interesse der öffentlichen Klage oder im Interesse des Gesetzes ordentliche oder außerordentliche Rechtsmittel zu gebrauchen (ibid. Ziff. 4, S. 376; Vortrag des Ref. Namens des I. Ausfch. v. 27. Okt. 1861, Ziff. 4; I. c. S. 374.)

#### Art. 35. (G. 12; R. 31.)

Fälle, welche an dem in Art. 1 bezeichneten Tage bereits rechtskräftig vor das Schwurgericht oder vor das Bezirksgericht verwiesen sind, werden von den genannten Gerichten — und zwar von den Bezirksgerichten diesseits des Rheins in der dem Verweisungsbeschlusse entsprechenden Senatsbesetzung — abgeurtheilt, wenn auch die Handlung, wegen welcher die Verweisung erfolgt, nach Maßgabe der neuen Gesetzbücher bloß als Vergehen, beziehungsweise bloß als Uebertretung zu bestrafen ist. Die Zuständigkeit der höheren Instanzen bemißt sich in diesen

Fällen nach der Qualität des Gerichtes, welches die erste Instanz bildet.

Die an dem in Art. 1 bezeichneten Tage in der Pfalz vor das Spezialgericht verwiesenen Fälle sind, falls die Handlung, wegen welcher die Verweisung erfolgte, auch nach dem neuen Strafgesetzbuche Verbrechen ist, durch das Schwurgericht, andern Falls durch die nach Maßgabe der neuen Gesetzbücher und der Bestimmungen des Art. 31 zuständigen Gerichte abzurtheilen. Der Verweisungsenat des Appellationsgerichtes hat hienach eine neue Verweisung vorzunehmen.

Schwebende Voruntersuchungen über Handlungen, welche bisher als Verbrechen oder Vergehen zu beurtheilen waren, nunmehr aber die Eigenschaft von Uebertretungen an sich tragen, sind mit Eintritt des obengenannten Tages an den Staatsanwalt bei dem einschlägigen Einzelgerichte zur weiteren Verhandlung abzugeben.

Das Gleiche gilt von allen wegen Uebertretungen geführten Untersuchungen, welche an dem bezeichneten Tage noch bei Polizeibehörden anhängig sind. Ist in einer solchen Untersuchungssache bereits das Erkenntniß erster Instanz von der Polizeibehörde gefällt, so kommt die Aburtheilung in zweiter Instanz dem betreffenden Bezirksgerichte zu. Die Verurteilung kann in diesem Falle innerhalb der nach der bisherigen Gesetzgebung bestehenden Frist sowohl bei der Behörde, welche das Erkenntniß gefällt hat, als bei dem nunmehr in der Sache zuständigen Einzelrichter angemeldet und ausgeführt werden.

#### Art. 36. (C. 31; R. 32.)

Die den Vorschriften der Art. 31—35 entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Art. 137 bis 143, 166—171, 179, 553—599 des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches sammt den dazu gehörigen Gesetzen und Verordnungen<sup>1)</sup> sind aufgehoben.

1. „sammt den dazu gehörigen Gesetzen und Verordnungen“—

wurde hauptsächlich mit Rücksicht auf den Spezialgerichtshof eingelegt. (A. V. 286.)

#### Art. 37. (G. — ; R. 33.)

Die Entscheidung der in §. 88 der Instruktion für die Polizeidirektionen der Städte vom 24. September 1808 angeführten Streitigkeiten, welche in den Landestheilen diesseits des Rheins dormalen den Landgerichten als Polizeibehörden, der Polizeidirektion München und den Magistraten der unmittelbaren Städte zusteht, geht insoweit, als es sich um Civilrechtsfragen handelt \*), auf die Civilgerichte über.

1. „insoweit, als es sich um Civilrechtsfragen handelt“ — Insoweit es sich um Polizeirassachen handelt, geht die Kompetenz ohnedieß in Folge der Bestimmung des Art. 31 an die Strafgerichte über, so daß also die auf den §. 88 basirte Zuständigkeit der Polizeibehörden auf die Angelegenheiten der administrativen Polizei beschränkt wird.

Sienach sind nicht alle in §. 88 angeführten Streitigkeiten, sondern nur jene, bei denen es sich um Civilrechtsfragen handelt, an die Civilgerichte verweisen; vielmehr theilen sich in Zukunft die Strafgerichte, die Civilgerichte und die Polizeibehörden in die Entscheidung der im §. 88 aufgezählten Streitigkeiten je nach der inneren Natur derselben. (A. R. 366.)

Inbesondere wollte den Polizeibehörden die bisherige Kompetenz über Streitigkeiten aus Mietverträgen, über welche eine schriftliche Urkunde nicht errichtet worden ist, entzogen werden. (A. R. 312.)

#### II. Untersuchungshaft. \*)

\*) Ueber die Untersuchungshaft enthält lediglich der Art. 11 des G. folgende Bestimmung:

Die dormalen in den Landestheilen diesseits des Rheins geltenden Vorschriften über die Verhängung der Untersuchungshaft gegen Personen, welche eines mit Arbeitshausstrafe bedrohten Verbrechens angeklagt sind, finden künftig in allen Vergehensfällen Anwendung, in welchen den Angeklagten im Falle der Verurtheilung eine mehr als zweijährige Gefängnißstrafe treffen kann.

Es wurden indeß, um in dieser Beziehung Gleichheit für das ganze Königreich herzustellen und da sowohl die im diesseitigen Papern, als die in der Pfalz geltenden Bestimmungen einer Einklennung dringend bedürftig erschienen, eingehende

neue Bestimmungen, wie sie in den Art. 38—52 namentlich getroffen wurden, für nöthig erachtet. (A. R. 312.)

In Bezug auf die Terminologie ist zu diesem Abschnitte zu bemerken, daß das Wort „Untersuchungshaft“ im Gegensatze zu „provisorische Festnahme, provisorische Verhaftung“, welche nur insoweit währt, bis die dazu kompetente Behörde entschieden hat, ob Untersuchungshaft zu verhängen sei oder nicht — nicht nur die Haft während der Voruntersuchung, sondern auch die nach erfolgter Verweisung verhängte Haft begreift. (A. P. 452, 464)

#### Art. 38. (E. —; A. 34.)

Sobald sich gegen Jemanden wegen eines mit Todesstrafe oder mit Zuchthausstrafe von mehr als 8 Jahren bedrohten Verbrechens dringender Verdacht ergibt <sup>1)</sup>, ist er in Untersuchungshaft zu bringen.

1. „Sobald sich . . . dringender Verdacht ergibt“ — wurde statt: „Wer sich . . . in Untersuchung befindet“ gesetzt um die Annahme auszuschließen, als ob erfordert würde, daß schon förmliche Untersuchung gegen den Betreffenden eingeleitet, derselbe schon vernommen sei u. s. w. (A. P. 293, 332)

#### Art. 39. (E. —; A. 35.)

Wenn das Appellationsgericht nach durchgeführter Voruntersuchung Anklage und Verweisung vor das Schwurgericht erkennt, weil sich genügende Verdachtsgründe wegen eines Verbrechens gegen eine bestimmte Person ergeben haben, so verfügt es zugleich die sofortige Verhaftung des auf freiem Fuße befindlichen Angeeschuldigten, und zwar selbst in dem Falle, daß während der Voruntersuchung dessen Freilassung mit oder ohne Sicherheit angeordnet worden ist.

#### Art. 40. (E. —; A. 36.)

Außer den Fällen der Art. 38 und 39 <sup>1)</sup> findet in der Regel Untersuchungshaft nicht statt gegen Zuländer, welche im Königreiche ihren ordentlichen Wohnsitz haben und außerdem entweder im Besitze hinreichender liegender Gründe sich befinden <sup>2)</sup>, ein ordentliches Gewerbe <sup>3)</sup> selbstständig

betreiben<sup>4)</sup>, ein hinreichendes Einkommen versteuern<sup>5)</sup>, oder im Dienste<sup>6)</sup> des Staates, der Kirche, einer Gemeinde oder einer öffentlichen Korporation<sup>7)</sup> ständig angestellt sind oder dem Stande der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsboten oder praktischen Ärzte angehören.

Ausnahmsweise ist bei solchen Personen wegen geringerer als der im Art. 38 bezeichneten Verbrechen, sowie wegen Vergehen, welche mit Gefängnißstrafe von mehr als einem Jahre bedroht sind, Untersuchungshaft zulässig:

- 1) wenn sie die Flucht ergriffen oder Anstalten zur Flucht gemacht haben oder nach vorliegenden besonderen Umständen<sup>8)</sup> ihre Flucht mit Grund zu besorgen ist;
- 2) wenn sie auf schriftliche Vorladung vor dem Untersuchungsrichter<sup>9)</sup> nicht erschienen sind und auch keine genügende Entschuldigung vorgebracht haben;
- 3) wenn sie auf eine die Ermittlung der Wahrheit hindernde Art auf Zeugen oder Mitbeschuldigte einzuwirken<sup>10)</sup> haben;
- 4) wenn sie bereits früher in eine Verbrechenstrafe oder wegen Vergehens des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betruges, der Fälschung oder der Fälschung in eine Gefängnißstrafe von mehr als einem Jahre verurtheilt worden sind.

1. „außer den Fällen der Art. 38 und 39.“ — Als selbstverständlich wurde anerkannt, daß diese Eingangswerte auch auf den Inhalt des Abs. 2 zu beziehen sind. (A. P. 464.)

2. „im Besitze hinreichender liegender Gründe sich befinden.“ — Der Ausdruck: „welche durch . . . Gründe angefaßt sind“ wurde vermieden, um die Annahme auszuschließen, als ob eine förmliche Anklage im Sinne des diesseitigen Anklagemachungsgegesetzes gefordert sei. (A. P. 307, A. R. 366.) Auch die Fassung: „Grundbesitzthum in dem einen Grunde oder Häuser-Steuerfimplum von 1 fl. 30 kr. entsprechenden Werthe schuldenfrei besitzen“ wurde abgelehnt, weil man es für bedenklich hielt, das Steuerfimplum als Maßstab aufzustellen und hierdurch zu veranlassen, daß, wo dasselbe nicht evident gegeben ist, die Verhaftung immer eintrete. Es wurde vielmehr der Würdigung des Untersuchungsrichters anheimgegeben, ob der Angeeschuldigte nach den Verhältnissen als auf seinem Anwesen fixirt zu erachten sei, oder ob wegen Ueber-schuldung oder starker Verschuldung derselben Gefahr bestehe, daß er sich un schwer



von demfelben trennen, dasfelbe im Striche laffen werde. Der Untersuchungsrichter werde, wurde erörtert, im Allgemeinen ermessen, ob der Grundbefehl ein fo bedeutender fei, daß derfelbe eine genügende Garantie gegen das Entweichen des Angefchuldigten bilde; er werde hierbei immer auch den Erwerb und die Familie in Betracht ziehen. (A. P. 307 und 308.)

3. „ein ordentliches Gewerbe.“ — Es wurde hervorgehoben, daß schon das Strafgefehbuch von 1813, Thl. II. Art. 114 den Ausdruck „ordentliches, ftetes Gewerbe“ enthalte und zu keinen Aufländen geführt habe, und daß diefer Ausdruck auch in der Pfalz keine Schwierigkeiten bieten werde, wenn man denfelben nicht vom ftetfälligen Standpunkte der Gewerbesteuer auffaffe, fondern in dem landläufigen Sinne, den das Wort habe. Hiernach fei ein Lumpenfammler, ein Scherenschleifer u. dgl., wenngleich auch diefe Gewerbe befteuert feien, doch keiner, der ein ordentliches Gewerbe betreibt und werde wohl in der Pfalz ebenfowenig als diefeits, für einen folchen erachtet. Der Ausdruck „ordentliches Gewerbe“ fei aber ein thatfächliches Verhältniß, laffe fich juriftifch nicht definiren; es müffe auch hier dem vernünftigen Ermessen des Richters vertraut werden. (A. N. 366, A. P. 333.)

Ferner wurde erörtert, unter ordentlichem Gewerbe fei natürlich nur ein folches zu verftehen, welches eine gewiffe häusliche Einrichtung oder die Haltung von Gewerbegehilfen u. f. w. erfordert und zugleich zum Hauptnahrungsmittel der Familie dient. (A. N. 431.) Der vorgeschlagene Beifag: „oder sonstigen fteten Erwerb“ wurde als zu vag abgelehnt (A. P. 307), dafür aber fpäter der in Note 5 erläuterte Beifag gemacht.

4. „selbstständig betreiben“ — nicht „befist“ wurde gefagt, um zweifellos ausgedrückt, daß die Befimmung auch auf folche anwendbar fei, die ein ordentliches Gewerbe, ohne Eigenthümer des betreffenden Gewerbrechtes zu fein, nur als Pächter selbstständig betreiben. (A. N. 366.) Auch hier wurde übrigens, aus dem in Note 2 erörterten Grunde, die Faßung: „auf ein ordentliches Gewerbe angefeffen find“ vermieden. (A. P. 307.)

5. „ein hinreichendes Einkommen versteuern.“ — Die hiegegen erhobene Einwendung, daß ein Kapitalist in der Lage fein werde, durch Leistung einer Kaution der Untersuchungsbaft zu entgehen, daß aber, wenn er keine Kaution leiste, fein Vermögen gerade die wenigfte Garantie gegen das Entweichen biete — wurde zwar als begründet anerkannt; gleichwohl wurde diefer Beifag, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf den Erwerb aus gelehrten Beschäftigungen eingefegt, welcher mindestens ebenfoviel Garantie biete, als der Betrieb eines kleinen Gewerbes. — Ob übrigens Jemand ein hinreichendes Einkommen versteuert, hat im einzelnen Falle der Richter nach billigem Ermessen zu beurtheilen. (A. P. 333.)

6. „im Dienste.“ — Es wurde bemerkt, daß hierunter natürlich keine ganz untergeordneten Dienste, z. B. eines Straßenwärters, sondern nur solche Dienste zu verftehen feien, welche ähnlich wie der Befitz eines hinreichenden

Grundvermögens eine gewisse Garantie gewähren, daß der Bedienstete sich der zu erwartenden Strafe nicht wohl durch die Flucht entziehen werde. (R. R. 431.)

7. „einer öffentlichen Korporation.“ — Als selbstverständlich wurde hervorgehoben, daß unter den im Dienste einer öffentlichen Korporation ständig Angestellten auch die Beamten einer Aktiengesellschaft, soferne sie eine ständige Stellung haben, begriffen seien. (R. P. 308.)

8. „nach vorliegenden besonderen Umständen.“ — Die jetzige Fassung der Ziffer 1 wurde statt der früher vorgeschlagenen kürzeren: „wenn sie fluchtverdächtig sind“ gewählt, um hervorzuheben, daß sich der die Untersuchungs- haft wegen Fluchtgefahr anerkennende Richter in jedem Falle darüber klar sein muß, daß besondere tatsächlich feststehende Umstände vorliegen, welche ein Entweichen des Angeklagten besorgen lassen (R. P. 308).

9. „vor dem Untersuchungsrichter“ — nicht „bei Gericht“ wurde gewählt, damit nicht auch derjenige unter Ziff. 3 subsumiert werden kann, welcher von dem ihm gesetzlich eingeräumten Rechte, das Kontumazialverfahren zu veranlassen, Gebrauch macht; das Wegbleiben von der öffentlichen Sitzung wollte nicht als Grund zur Verhaftung statuiert werden (R. P. 308).

10. „wenn sie . . . eingewirkt haben.“ — Als Mißbrauch dieser Bestimmung wurde es bezeichnet, wenn die Untersuchungsrichter manche ganz erlaubte Grundrüge oder dgl. als Kollusion ansehen und daher verhaften würden, während sich hinterher herausstelle, daß gar keine Kollusion stattgefunden hat, ein Grund zur Verhaftung in Wirklichkeit also gar nicht gegeben war. (R. P. 452).

Uebrigens wurde, ohne Entgegnung, in Bezug auf Auffassung der Ziff. 3 erörtert, daß der Grund der Kollusionshaft nicht in der bereits stattgefundenen Einwirkung auf Zeugen für sich allein genommen, sondern darin liege, daß die bereits geschehene Einwirkung als Grund zur Besorgnis weiterer Einwirkung erachtet werde. Wenn daher nach Lage der Sache eine weitere Kollusion nicht mehr zu befürchten sei, so könne auch die bereits stattgefundene Kollusion keinen Grund zur Verhaftung bilden (R. P. 452). Vgl. übrigens auch Note 1 zu Art. 42 und Note 2 zu Art. 47.

#### Art. 41. (E. —; R. 37.)

Anderer als die in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten Personen können<sup>1)</sup> wegen jeden Verbrechens und in den in Art. 40 Abs. 2 aufgeführten Fällen wegen jeden mit Gefängnisstrafe bedrohten Vergehens in Untersuchungshaft genommen werden.

Ist gegen eine solche Person auf Verweisung in die

öffentliche Sitzung wegen eines mit mehr als zweijähriger Gefängnißstrafe bedrohten Vergehens erkannt, so kann auch außer den Fällen des Art. 40 Abs. 2 die Verhaftung des Beschuldigten von dem Gerichte, welches über die Verweisung zu entscheiden hat, verfügt werden.

Gegen Heimathlose und Landstreicher<sup>1)</sup>, desgleichen gegen Ausländer, bei welchen darüber, daß sie sich auf Vorladen vor Gericht stellen und dem Urtheile Genüge leisten werden, gegründeter Zweifel besteht, ist wegen jeder strafbaren Handlung Untersuchungshaft zulässig.

Findet eine Verhaftung wegen einer Uebertretung statt, deren Aburtheilung dem Einzelrichter zusteht, so ist letzterer auch zur Erlassung des Verhaftes-, beziehungsweise Verwahrungsbefehls befugt.

1. „Lönnen.“ — Von Seite des I. Min.-Commissärs wurde namentlich betont, es müsse nicht, es könne nur verhaftet werden; in Fällen fahrlässiger Brandstiftung oder Tödtung werde der Richter nicht gleich verhaften (A. F. 334).

2. „Landstreicher.“ — Der Fassung: „als Bettler oder Landstreicher angehalten werden“ wurde nicht beigestimmt, weil man die beim Bettel Aufgegriffenen, wenn sie nicht zugleich Landstreicher sind, nicht strenger behandeln wollte, als andere unverlautennte Personen und weil es bezüglich der Landstreicher im Momente des Anhaltens in der Regel schwer sein werde, zu bemessen, ob der Angehaltene ein Landstreicher sei oder nicht (A. F. 310, 455).

#### Art. 42<sup>1)</sup>. (E. —; R. 37 b.)

In den Fällen der Art. 40 und 41 ist die Verhaftung nur dann anzuordnen, wenn nicht durch Beschlagnahme von Legitimationsurkunden, besondere Ueberwachung, schleunige abgesonderte Vernehmung von Mitbeschuldigten oder Zeugen oder sonstige gelindere Mittel die Erreichung desselben Zweckes mit Sicherheit zu erwarten ist.

##### 1. Der früher zu diesem Artikel beschlossene Abs. 2:

„Ist Untersuchungshaft nur deshalb angeordnet worden, weil eine die Ermittlung der Wahrheit hindernde Einwirkung auf Mitbeschuldigte (oder Zeugen) zu beforgen war, so hat die Haft aufzuhören, sobald diese Beforgniß durch Vernehmung der Mitbeschuldigten (oder Zeugen) beseitigt ist.“

welcher übrigens der jetzt beschlossenen Fassung des Art. 40 Ziff. 3 erst hätte angepaßt werden müssen, wurde ganz gestrichen, da weiter unten (Art. 47) ohnedies generell bestimmt sei, daß jede Untersuchungshaft aufhören solle, wenn sie nach dem Stande der Untersuchung nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Die Kollisionshaft — wurde bemerkt —, werde daher, ohne daß es der Vorschrift des Abs. 2 bedürfe, nach beendigter Vernehmung der Mitbeschuldigten oder Zeugen, welchen gegenüber noch die Gefahr der Kollision bestand, wegen des Wegfalls ihres Grundes aufhören haben (M. R. 455). Vgl. übrigens Note 10 zu Art. 40 und Note 2 zu Art. 47.

#### Art. 43. (G. —; R. 37 a.)

Jeder zu den in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten Personen nicht Geblirge, der in eine Gefängnißstrafe von wenigstens zwei Jahren verurtheilt worden ist, kann schon vor Eintritt der Rechtskraft des Urtheils auf Anordnung desjenigen Gerichts, welches die Verurtheilung ausgesprochen hat, in Haft genommen werden.

Wer, nachdem er in eine Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist, auf der Flucht betreten wird, kann ohne Rücksicht auf die Größe der gegen ihn erkannten Strafe und seine sonstigen Verhältnisse, und zwar, wenn er durch einen Schwurgerichtshof verurtheilt worden ist, auf Anordnung des Bezirksgerichts des Ortes, wo das Schwurgericht gehalten wurde, andernfalls des Bezirksgerichts, das in erster Instanz in der Sache erkannt hat, in Haft genommen werden. Er kann auch ohne richterlichen Befehl von Polizeibehörden, Gendarmen und anderen Dienern der öffentlichen Gewalt festgenommen, muß aber dann unverzüglich dem zuständigen Gerichte vorgeführt werden. Ist letzteres weit entfernt, so muß der Festgenommene, wenn er es verlangt, dem nächstgelegenen Bezirksgerichte vorgeführt werden, das, falls es die Annahme, daß er auf der Flucht begriffen gewesen sei, als unrichtig erkennt, seine Freilassung, andernfalls seine Ablieferung an das zuständige Gericht verfügt.

#### Art. 44. (G. —; R. 38.)

Außerdem ist bei allen <sup>1)</sup> strafbaren Handlungen <sup>2)</sup> die

provisorische Festnahme derjenigen, welche auf frischer That betreten werden<sup>3)</sup>, dann gestattet, wenn sie sich über ihre Person nicht befriedigend auszuweisen vermögen<sup>4)</sup> oder die Festnahme nothwendig ist, um die Fortsetzung<sup>5)</sup> der strafbaren Handlung zu verhindern<sup>6)</sup>. Diese Festnahme kann auch ohne richterlichen Befehl von Polizeibehörden<sup>7)</sup>, Gendarmen und anderen Dienern der öffentlichen Gewalt<sup>8)</sup> vorgenommen werden<sup>9)</sup>. Dieselben müssen jedoch den Festgenommenen, falls er nicht von ihnen selbst wegen Wegfalls der Ursachen der Festnahme wieder alsbald freigegeben wird, ohne Verzug dem zuständigen Staatsanwalt<sup>10)</sup>, Untersuchungsrichter oder Einzelrichter vorführen oder vorführen lassen. Der Untersuchungs- oder Einzelrichter kann den in solcher Weise Vorgeführten wegen jeder strafbaren Handlung in Untersuchungshaft nehmen und Verhaftungs-, beziehungsweise Verwahrungsbefehl gegen ihn erlassen, muß ihn aber, wenn ein anderer Grund der Verhaftung nicht besteht, unverzüglich wieder in Freiheit setzen, sobald er sich über seine Person befriedigend ausweist, beziehungsweise eine Fortsetzung der strafbaren Handlung nach den Umständen mit Grund nicht mehr zu befürchten ist. Ist die Haft nur zu dem Zwecke angeordnet worden, um die Fortsetzung der strafbaren Handlung zu verhindern, so darf dieselbe in keinem Falle über 24 Stunden<sup>11)</sup> fortgesetzt werden.

1. „Bei allen.“ — Eine Beschränkung auf positive Handlungen wurde deshalb nicht für nöthig erachtet, weil bei Unterlassungen wohl kaum die Voraussetzung, daß die Festnahme nothwendig ist, um die Fortsetzung der strafbaren Handlung zu verhindern, gegeben sein werde und von einem Betreten des Beschuligten auf frischer That bei Unterlassungsdelikten ohnedieß nicht wohl die Rede sein könne (A. F. 312).

2. „Strafbaren Handlungen.“ — Also nur da, wo wirklich eine strafbare Handlung begangen worden, wo wegen Ergreifung auf frischer That die Untersuchung sofort beginnt; die anderen Fälle, wo die Polizei, um Etwas zu verhindern, in ihrem administrativen Wirkungskreise thätig wird, wollten, als nicht hieher gehörig, nicht hereingeogen werden (A. F. 311).

3. „welche auf frischer That betreten werden“ — bezieht sich auf

den ganzen Satz (A. P. 311). Ueber das Verfahren bezüglich der bettelnd und vagabundierend betretenden Personen, vgl. Note 3 zu Art. 88 des Pol.-St.-G.-B.

4. „wenn sie sich . . . nicht . . . auszuweisen vermögen.“ — Ein Mensch, dessen Identität festgestellt ist, darf also nicht verhaftet werden, wenngleich er die Flucht ergreift (A. P. 311).

5. „die Fortsetzung.“ — Eine Gast, um die Wiederholung zu verhindern, wurde nicht zugelassen (A. P. 336).

6. „um . . . zu verhindern.“ — Auf den Vorschlag, beizusetzen: „um dadurch einem erheblichem Nachtheile für die öffentliche Ordnung, die Sicherheit der Personen oder des Eigenthums vorzubeugen“ — wurde zwar anerkannt, daß sehr häufig die Festnahme zum Zwecke, die Fortsetzung einer strafbaren Handlung zu verhindern, wegen der Geringsfügigkeit des Verbrechens durchaus angemessen und nur geeignet sei, Konflikte und gröbere Exzesse herbeizuführen. Gleichwohl wurde der fragliche Beisatz als nicht in das Gesetz, sondern mehr in die den Gendarmen und anderen Polizeiorganen zu ertheilenden Instruktionen gehörig, abgelehnt, da die Entscheidung darüber, ob in einem einzelnen Falle die vorgekommene Störung oder Gefährdung so bedeutend sei, daß eine provisorische Festnahme gerechtfertigt erscheint, bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Fälle und der sie begleitenden Umstände doch immer den äußeren Polizeiorganen überlassen werden müßte (A. R. 368).

7. „auch ohne richterlichen Befehl von Polizeibehörden.“ — Die Ansicht, daß anderen Bediensteten gegenüber — sofern dieselben nicht selbst als Diener der öffentlichen Gewalt zu erachten sind (vgl. Note 8) — der requirirte Diener der öffentlichen Gewalt die ihm angedonnene Festnahme unter Umständen auf Grund des Art. 44 und der ihm gewordenen Instruktion verweigern könne, dürfte als stillschweigend anerkannt zu erachten sein (A. P. 425).

8. „Dienern der öffentlichen Gewalt“ — wurde im weitesten Sinne genommen und begriff insbesondere auch die Eisenbahn- und Forstbediensteten (A. P. 425).

9. „diese Festnahme kann von . . . vorgenommen werden.“ — Diese Befugniß auch auf Private auszudehnen, wurde nicht für nöthig erachtet. Es wurde hieüber bemerkt: Wenn ein Private den auf frischer That Betretenden ergreife, aber nicht behalte, sondern sofort auf die Polizei führe oder die Polizeimannschaft herbeirufe, so sei dies nicht illegal, es sei keine Freiheitsberaubung im Sinne des St.-G.-Buches; ein solches Ergreifen sei weder eine Verhaftung im Sinne der Art. 38 ff. noch eine Festnahme im Sinne des Art. 44, sondern lediglich eine Einleitung zur Festnahme. Allerdings könne ein solches Ergreifen leicht in widerrechtliche Freiheitsberaubung übergehen; wenn aber die Festhaltung nur so lange währe, als sie nach der Natur der Sache nothwendig sei, um den Ergreifenen den Händen der Polizei oder des Gerichtes zu überlie-

fern, so könne von der zu dem Thatbestande einer widerrechtlichen Gefangenschaft-ung erforderlichen rechtswidrigen Absicht keine Rede sein. Es werde daher in jedem einzelnen Falle aus den Umständen und nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu bemessen sein, ob die von einem Privaten vorgenommene Ergreifung als widerrechtliche Gefangennahme zu erachten und zu bestrafen, oder ob sie eine erlaubte Vorbereitung und Hülfeleistung zu legaler Festnahme sei (A. P. 312).

10. „dem Staatsanwalter“ — wurde einzusetzen für nöthig befinden; denn obgleich derselbe einen Verhaftsbefehl nicht erlassen und eine Verwahrung nicht selbst anordnen, sondern nur beim Richter beantragen könne, so stehe ihm doch die Befugniß zu, den ihm Vorgeführten zu entlassen, wenn er den Verdacht einer strafbaren Handlung nicht für gegeben erachte (A. P. 336).

11. „in keinem Falle über 24 Stunden“ — wurde gesetzt, um dafür zu sorgen, daß diese Haft nicht länger ausgedehnt werde, als man rationeller Weise von Verhinderung der Fortsetzung einer strafbaren Handlung reken könne, da nach Ablauf von 24 Stunden vielleicht eine Wiederholung — zu deren Verhütung eine Haft nicht zugelassen werden wollte — (vgl. oben Note 5) — nicht wohl aber die Fortsetzung einer Handlung denkbar sei. Als selbstverständlich wurde dabei hervorgehoben, daß die Entlassung noch vor Ablauf dieses Termins geschehen müsse, wenn sie mit Rücksicht auf den ange deuteten Zweck schon früher möglich sei (A. P. 336).

#### Art. 45. (G. —; R. 39.)

Der auf Befehl des Untersuchungsrichters oder eines Einzelrichters in Untersuchungshaft Gebrachte hat das Recht, sich jeden Augenblick wegen seiner Verhaftung beim Bezirksgerichte zu beschweren und seine Freilassung zu verlangen. Er kann die Beschwerde schriftlich selbst oder durch einen Anwalt oder sonstigen Bevollmächtigten<sup>1)</sup> einreichen, oder dem Gerichtschreiber (Secretär) des Bezirks- beziehungsweise Einzelgerichtes zu Protokoll geben. Das Bezirksgericht entscheidet darüber in geheimer Sitzung nach schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Staatsanwalts. Ein Rechtsmittel ist gegen diese Entscheidung nicht zulässig<sup>2)</sup>.

Hat auf den Grund der Bestimmungen des Art. 43 ein Bezirksgericht die Verhaftung eines durch dasselbe zu einer Gefängnißstrafe Verurtheilten angeordnet, so steht Letzterem hiegegen die Berufung an das Appellationsge-

richt<sup>2)</sup> dann zu, wenn er auch in der Hauptsache Verurteilung eingelegt hat und über diese noch nicht entschieden ist. Das Appellationsgericht kann in einem solchen Falle selbst vor Verhandlung der Hauptsache durch einen nach schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Oberstaatsanwaltes in geheimer Sitzung zu erlassenden Beschluß die Untersuchungshaft aufheben, wenn es dieselbe nicht für angemessen erachtet. In allen übrigen Fällen sind Rechtsmittel gegen die auf den Grund der Bestimmungen des Art. 43 erlassenen Verfügungen nicht gestattet.

Die in Gemäßheit der Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels stattfindenden Verhandlungen sind tax- und stempelfrei.

1. „durch einen Anwalt oder sonstigen Bevollmächtigten.“ — Dieser erhält jedoch hierdurch gleichwohl nicht die Befugnis, zu diesem Behufe die Einsicht der Untersuchungsakten zu verlangen (A. P. 313).

2. „ein Rechtsmittel ist . . . nicht zulässig.“ — Diesem Satze wurde mit Rücksicht darauf zugestimmt, daß der bezirksgerichtliche abweisende Beschluß nie in Rechtskraft erwache und der Angeeschuldigte jeden Augenblick die Beschwerde erneuern könne (A. P. 456).

3. „die Verurteilung an das Appellationsgericht“ — wurde an keine Frist gebunden; denn factisch wird der bezirksgerichtliche Beschluß doch selbst nach Ablauf einer etwa gesetzten Verurteilungsfrist nicht rechtskräftig, da es dem Verurteilten nach wie vor unbenommen bleibt, ein neuerliches Gesuch um Freilassung bei der ersten Instanz zu stellen und dann gegen dessen Abweisung zu appelliren (A. P. 337).

#### Art. 46. (Z. —; R. 40.)

Der in Haft Genommene kann auch Freilassung gegen Sicherheitsleistung verlangen, ausgenommen, wenn die Verhaftung auf Grund der Art. 38 oder 39 oder deshalb angeordnet ist, weil eine die Ermittlung der Wahrheit hindernde Einwirkung auf Mitbeschuldigte oder Zeugen stattgefunden hat.

Dem Gesuche muß entsprochen werden, wenn im betreffenden Falle die Verhaftung einer der in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten Personen nicht zulässig gewesen wäre. In allen



andern Fällen ist es dem Gerichte überlassen, nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände und der persönlichen Verhältnisse dem Gesuche zu entsprechen oder dasselbe abzuweisen.

Die Entscheidung steht dem betreffenden Bezirksgerichte und, wenn die Untersuchungshaft von einem Einzelrichter angeordnet wurde, diesem selbst zu. Das Gericht entscheidet in geheimer Sitzung nach schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Staatsanwaltes. Wird dem Gesuche entsprochen, so bestimmt das Gericht zugleich die Summe, für welche Sicherheit zu leisten ist. Dieselbe darf, wenn die Verhaftung wegen Verbrechens erfolgt ist, nicht unter 500 und nicht über 10,000 fl. betragen. Ist die Verhaftung wegen eines mit mehr als zwei Jahren Gefängnißstrafe bedrohten Vergehens erfolgt, so ist die Summe, für welche Sicherheit zu leisten ist, zwischen 300 und 5000 fl., bei geringeren Vergehen zwischen 150 und 2000 fl. festzusetzen. Bei Uebertretungen ist die Summe der zu leistenden Sicherheit nach Verhältniß der Strafe, mit welcher die Uebertretung bedroht ist, und unter Hinzufügung eines entsprechenden Betrages für die muthmaßlichen Kosten und den etwaigen Schadenersatz zu bestimmen.

Gegen den das Gesuch abweisenden Beschluß, sowie zu dem Zwecke, um eine Minderung der festgesetzten Sicherheitssumme zu bewirken, ist dann, wenn die Haft vor erfolgter Verurtheilung angeordnet wurde, immer, wenn die Verhaftung nach erfolgter Verurtheilung angeordnet wurde, aber nur in dem Falle, daß auch in der Hauptsache appellirt wurde, Verufung<sup>1)</sup> an das nächst höhere Gericht gestattet. Letzteres entscheidet über die Verufung in geheimer Sitzung nach schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Staatsanwaltes. Nichtigkeitsbeschwerde ist nicht zulässig.

Die Sicherheit kann durch baare Erlegung des Betrages, durch Deponirung bayerischer Staats- oder sonstiger volle Sicherheit gewährender Werthpapiere, durch

Verpfändung von in Bayern gelegenen Immobilien oder durch Stellung eines zahlungsfähigen Bürgen<sup>2)</sup> geleistet werden. Ueber die Annehmbarkeit der Sicherheitsleistung entscheidet das betreffende Gericht und es finden hiegegen keine Rechtsmittel statt.

Dem Bürgen steht weder die Rechtswohlthat der Voraußklagung noch beim Vorhandensein mehrerer Bürgen die Rechtswohlthat der Theilung zu.

Die Freilassung gegen Sicherheit hindert eine spätere nochmalige Verhaftung nicht, wenn veränderte Verhältnisse eine solche nothwendig oder angemessen erscheinen lassen<sup>3)</sup>. Insbesondere bildet sie in den in Art. 43 aufgezählten Fällen kein Hinderniß, die Verhaftung anzuordnen. Ist jedoch im betreffenden Falle die Verhaftung der in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten Personen unzulässig, so kann auch eine sonstige Person nicht verhaftet werden, wenn sie bereits früher eine der ihr zur Last liegenden That entsprechende Sicherheit<sup>4)</sup> geleistet hat.

Die in Gemäßheit der Abs. 3 und 4 stattfindenden Verhandlungen sind tag- und stempelfrei, die zur Stellung der Sicherheit erforderlichen Verhandlungen aber sind tag- und stempelpflichtig.

1. „Verurteilung.“ — Eine Frist hiezu wurde aus dem in Note 3 zu Art. 45 erörterten Grunde nicht festgesetzt (A. F. 337).

2. „eines zahlungsfähigen Bürgen.“ — Die Worte: „in Bayern angefahren“ einzuschalten, wurde nicht für nöthig erachtet, sondern bemerkt, das Bezirksamte werde ersehen, ob der ausländische Bürge die genügende Sicherheit biete und ob nöthigenfalls die Exekution gegen denselben durchführbar sei (A. F. 313).

3. „wenn veränderte Verhältnisse eine solche nothwendig oder angemessen erscheinen lassen.“ — Eine nähere Angabe der Fälle, in welchen eine solche nochmalige Verhaftung zulässig ist, erschien nicht möglich. Es lassen sich nämlich gar viele Gründe denken, aus welchen sich die Verhaftung eines solchen, der früher gegen Sicherheitsleistung entlassen wurde, als nothwendig oder angemessen darstellt. Es kann sich z. B. im Verlaufe der Untersuchung ergeben, daß die dem Beschuldigten zur Last liegende Handlung, die man früher nur als Vergehen betrachtete, die Merkmale eines Verbrechens an sich trägt oder doch ein mit höherer Strafe bedrohtes Verbrechen ist, als man früher annahm.

Ebenso können aber auch Aenderungen, die in den persönlichen Verhältnissen oder in dem Verhalten des Beschuldigten eintreten, die nochmalige Verhaftung veranlassen. Immer muß aber dabei an dem Grundsatz festgehalten werden, daß die in den in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten nicht gebürigen Personen den erstern dann gleich zu achten sind, wenn sie der ihnen zur Last liegenden That entsprechende Sicherheit geleistet haben (A. R. 371).

4. „eine . . . entsprechende Sicherheit“ — wurde gesagt, weil Abs. 3 die Sicherheitssumme nach der Größe der Strafe, mit welcher die Handlung bedroht ist, verschieden bestimmt und die in Rede stehenden Personen die Gleichstellung mit den in Art. 40 Abs. 1 bezeichneten Personen natürlich nur dann für sich beanspruchen können, wenn die von ihnen geleistete Sicherheit der ihnen zur Last liegenden That wirklich entspricht. Hat ein solcher z. B. eine Sicherheit von 300 fl. geleistet, weil man zur Zeit, wo er gegen Sicherheitsleistung der Haft entlassen wurde, die ihm zur Last liegende That als geringes Vergehen ansah, so kann er sich, wenn er später, nachdem sich aus der Untersuchung ergeben hat, daß es sich um ein Verbrechen handelt, wieder verhaftet wird, nicht auf den Umstand, daß er Sicherheit geleistet hat, berufen, um seine jetzige Verhaftung als ungesetzlich darzustellen (A. R. 371).

#### Art. 47. (E. —; R. 42.)

Der Untersuchungsrichter ist, wenn er eine von ihm angeordnete<sup>1)</sup> Untersuchungshaft nach der Lage der Untersuchung oder den Resultaten, welche dieselbe ergeben hat<sup>2)</sup>, für nicht mehr gerechtfertigt hält, befugt<sup>3)</sup>, den Verhaftis- oder Verwahrungsbefehl zurückzunehmen.

Außerdem ist das Bezirksgericht befugt, die von dem Untersuchungsrichter angeordnete<sup>4)</sup> Untersuchungshaft nach vorheriger schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Staatsanwalts von Amtswegen dann aufzuheben, wenn es dieselbe nach den in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen oder den Resultaten, welche die Untersuchung ergeben hat, nicht für gerechtfertigt hält.

Gleiche Befugnis steht dem Verweisungsenate des Appellationsgerichtes zu. Auch kann derselbe in solchen Fällen, in welchen nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes Untersuchungshaft eintreten muß, die einstweilige Aufhebung derselben nach schriftlicher oder mündlicher Vernehmung des Oberstaatsanwalts<sup>5)</sup> dann verfügen, wenn

der körperliche oder geistige Zustand des Verhafteten dieses unabwieslich nothwendig macht.

Der Kassationshof<sup>\*)</sup> kann<sup>7)</sup>, wenn er ein Verweisungs-erkenntniß vernichtet und zugleich selbst die geeignete Verfügung oder Verweisung ausspricht, sowie dann, wenn er ein Strafurtheil vernichtet, zugleich die Haft des Angeeschuligten von Amtswegen aufheben, wenn er dieselbe nach den nunmehrigen Verhältnissen oder den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen nicht für gerechtfertigt hält.

1. „eine von ihm angeordnete.“ — Die Frage, ob die Untersuchungsrichter der Pfalz auf den Grund des Abs. 1 zur Freilassung auch dann berechtigt seien, wenn die Verhaftung auf Anordnung des Staatsprocurators erfolgt ist, wurde mit dem Bemerken bejaht, daß in solchen Fällen dem Untersuchungsrichter die Kognition über alles bisher Geschehene zustehe und derselbe, wenn er die Haft des Angeeschuligten als gerechtfertigt erachte, einen neuen Verhaftsbefehl zu erlassen habe (A. P. 314).

2. „nach der Lage . . . ergeben hat“ — wurde statt: „nach den Resultaten, welche die Untersuchung ergeben hat“ gesetzt, um zweifellos auszu-  
drücken, daß die Bestimmung dieses Absatzes auch dann anwendbar ist, wenn sich eine verhängte Kollisionshaft wegen Wegfalls ihres Grundes als nicht mehr gerechtfertigt darstellt (A. P. 457). Vgl. Note 1 zu Art. 42

3. „ist . . . befugt.“ Die Worte „mit Zustimmung des Staatsanwaltes“ wurden abgelehnt, um den Staatsanwalt nicht zum Richter zu machen (A. P. 457).

4. „von dem Untersuchungsrichter“ angeordnete“ — wurde eingefügt, um auszudrücken, daß sich Abs. 2 nur auf die während der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter angeordnete Untersuchungshaft bezieht, nicht aber auch auf die in den vorhergehenden Artikeln erwähnten ver-  
schiedenartigen andern Fälle von Haft (A. R. 371).

5. „nach . . . Vernehmung des Oberstaatsanwaltes.“ — Versucht werden können die nach Abs. 3 zulässigen Beschüsse sowohl durch einen Bericht des Untersuchungsrichters, als durch Beschwerde des Beschäftigten (A. P. 458).

6. „der Kassationshof.“ — Es wurde zwar als selbstverständlich bezeichnet, daß dem obersten Gerichtshof, insofern derselbe neben der Eigenschaft als Kassationshof auch die als Verweisungsinstanz hat, auch alle diejenigen Befugnisse zustehen, welche den Verweisungsinstanzen der Appellationsgerichte eingeräumt sind; gleichwohl wurde, um etwaigen Bedenken vorzubeugen, die Bestimmung

des Art. 4 ausdrücklich getroffen (M. R. 338), welcher indeß strikte zu interpretiren sein wird, da man hiebei nicht weiter gehen wollte, als durch die Consenssequenz durchaus geboten schien (M. R. 371).

7. „kann.“ — Denn auch das kassirte Verweisungserkenntniß begründet oft noch eine gewisse Präsumtion gegen den Beschuldigten, zumal wenn die Kassation aus lediglich formellen Gründen erfolgt (M. R. 338).

#### Art. 48. (G. —; R. 43.)

In der Pfalz muß, wenn es sich um die Freilassung eines Verhafteten handelt, der in der Sache aufgetretenen Civilpartei Mittheilung gemacht und Gelegenheit gegeben werden, ihre Erinnerungen vorzubringen. Rechtsmittel stehen der Civilpartei jedoch nicht zu. Wird die Freilassung gegen Sicherheitsleistung gestattet, so ist bei Festsetzung der Sicherheitssumme auf die Ansprüche der aufgetretenen Civilpartei geeignete Rücksicht zu nehmen.

#### Art. 49. (G. —; R. 43 Abs. 2.)

Die nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes angeordnete Freilassung eines Beschuldigten hindert den Beschuldigten nicht, für seine Ansprüche alle Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, welche nach sonstigen Gesetzen zulässig sind.

#### Art. 50. (G. —; R. 44.)

Wird der gegen Sicherheit in Freiheit Gesezte im Laufe der Untersuchung oder nach ergangenem Urtheile wieder verhaftet, so erlischt damit die geleistete Sicherheit.

Außerdem erlischt die Sicherheit, wenn das Verfahren eingestellt<sup>1)</sup> oder der Beschuldigte freigesprochen worden ist oder wenn er dem gegen ihn ergangenen Urtheile Genüge geleistet hat.

Die Zurückgabe der hinterlegten Beträge oder Werthpapiere und die Löschung der geschienenen Hypothekeneinträge

findet auf amtliches Zeugniß des betreffenden Gerichts oder Untersuchungsrichters statt.

1. „eingestellt.“ — Als selbstverständlich wurde anerkannt, daß hier nur ein rechtskräftiger Einstellungsebeschluß gemeint ist (R. P. 458).

Art. 51<sup>1</sup>). (C. —; R. 45.)

Leistet derjenige, welcher gegen Sicherheitsleistung in Freiheit gesetzt worden ist, dem gegen ihn ergangenen Urtheile nicht Genüge, so haftet die Sicherheit vorerst für die Kosten, sodann für die dem Beschädigten etwa gebührende Entschädigung, und zwar hiefür selbst in dem Falle, daß der Beschädigte nicht als Civilpartei aufgetreten ist, und endlich für die Geldstrafe. Der etwaige Ueberschuß ist der Staatskasse verfallen.

1. Der früher beschlossene Art. 2 dieses Artikels:

„Ist die Sicherheit durch Stellung eines Bürgen geleistet worden, so kann letzterer zur Zahlung nicht angehalten werden, wenn der Beurtheilte ein Inländer ist und man seiner Person habhaft werden kann“ wurde gestrichen, da die Sicherheitsleistung gerade zu dem Zwecke erfolgt, damit sich der Beurtheilte der Strafe nicht entziehen kann; entzieht er sich dennoch, so ist es Sache des Bürgen, denselben aufzufuchen und seinen Regreß an ihm zu nehmen (R. R. 441).

Art. 52. (C. —; R. 46.)

Alle mit den Vorschriften der Art. 38—51 im Widerspruch stehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Art.: 113, 114, 115 Abs. 2, 116, 119<sup>1</sup>) bis 122, 134—140, 461 und 463 Theil II. des Strafgesetzbuches von 1813 und Art. 113—119, 121 Abs. 1 und 126 des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches sind aufgehoben. Die Art. 91, 94, 100, 129, 130 Abs. 2, 131, 134, 193, 230 Abs. 2, 231—233, 239 und 506 des zuletzt erwähnten Gesetzbuches sind in Zukunft mit den aus den Bestimmungen der Art. 38—51 des gegenwärtigen Gesetzes sich ergebenden Beschränkungen und Abänderungen zu vollziehen. Insbesondere werden die Vorschriften des ange-

fährten Gesetzbuches über Erlassung von Verhaftungsbefehlen, sowie alle darauf sich beziehenden Bestimmungen für jene Fälle aufgehoben, in denen in Gemäßheit des gegenwärtigen Gesetzes eine Verhaftung des Beschuldigten nicht stattfindet. Unterbleibt in Folge dessen in einem Falle, wo das Bezirksgericht die Mittheilung der Akten an den Generalstaatsprokurator verordnet, die Erlassung eines Verhaftungsbefehls, so ist in dem Beschlusse die dem Beschuldigten zu Last liegende That aneinander zu setzen und deren Eigenschaft unter Auführung der auf dieselbe anwendbaren Strafbestimmungen anzugeben.

1. „Art. . . . 119.“ Der Anregung, ob nicht vielmehr auch Art. 118 Zbl. II. des St. G. B. von 1813 als *referens sine relato* gestrichen werden könne, wurde entgegen, daß der Art. 118 außer der Allegation des Art. 119 auch noch einen weiteren Inhalt habe, nämlich den Satz, daß außer den gesetzlich bestimmten Fällen Niemand wegen einer Anschuldigung seiner Freiheit beraubt werden könne; dieß stehe zwar auch in der Verfassungsurkunde, allein schaden werde die Befassung des Art. 118 auf keinen Fall, und zudem bilde derselbe die Einleitung zur ganzen Materie (A. P. 339).

### III. Wahrheitsbeweis in Verläumdungsfällen.

#### Art. 53. (G. 13; R. 47.)

Bezüglich des in Verläumdungsfällen gemäß Art. 259 des Strafgesetzbuches zulässigen Wahrheitsbeweises gelten bis zum Erscheinen eines allgemeinen Gesetzbuches über das Strafverfahren die Bestimmungen der folgenden Artikel.

#### Art. 54. (G. 13 §. 1; R. 48.)

Besteht die angebliche Verläumdung in der Nachrede einer als Verbrechen, Vergehen oder Uebertretung<sup>1)</sup> strafbaren That, so kann der Beweis der Wahrheit dieser Nachrede vorbehaltlich der in Art. 56 enthaltenen Bestimmung nur auf Grund einer wegen jener That erfolgten rechtskräftigen Verurtheilung des durch die Nachrede Betroffenen geführt werden.

1. „oder Uebertretung“ — ist hier deshalb eingefügt, weil unter Umständen auch in dem Verwurfe einer Uebertretung eine Verläumdung liegen könnte, so z. B. in der Bezeichnung eines im Uebertretungsgrade strafbaren Diebstahls. Das Kriterium hierfür wird sein, ob im konkreten Falle die Voraussetzung des Art. 257 des Strafgesetzbuches gegeben ist, wonach in der injuriösen fälschlichen Bezeichnung einer „Thatfache, welche geeignet ist, den Angegriffenen dem Hass oder der Verachtung seiner Mitbürger auszusetzen“ eine Verläumdung liegt (H. P. 294).

Art. 55. (G. 18 §. 2; R. 49.)

Liegt keine solche Verurtheilung vor, vermag jedoch der der Verläumdung Beschuldigte solche Behelfe anzugeben, welche geeignet scheinen, eine Untersuchung gegen den von ihm Bezeugten zu veranlassen, so ist das Verfahren wegen Verläumdung einstweilen auszusetzen.

Ist wegen der Verläumdung eine Voruntersuchung eingeleitet, so hat der Beschuldigte diese Behelfe dem Untersuchungsrichter innerhalb einer von diesem festzusetzenden Frist bei Vermeidung des Ausschlusses anzugeben.

Diese Frist ist in einem Verhöre festzusetzen, und darf nicht weniger als acht Tage betragen. Der Untersuchungsrichter ist verpflichtet, hierbei den Beschuldigten auf den durch vorstehende Bestimmung angedrohten Nachtheil ausdrücklich aufmerksam zu machen, und es muß dies im Protokolle bemerkt werden.

Ist der der Verläumdung Beschuldigte ohne vorgängige Voruntersuchung sogleich zur öffentlichen Verhandlung vorgeladen worden, so hat er bei Vermeidung des Ausschlusses die im Abs. 1 bezeichneten Behelfe vor dem Schluß der öffentlichen Verhandlung anzugeben.

Das Verfahren wegen Verläumdung ist so lange auszusetzen, bis entweder feststeht, daß kein Grund zur Einleitung einer Untersuchung gegen den durch die Nachrede Betroffenen vorliege oder bis die gegen denselben eingeleitete Untersuchung ihre Beendigung gefunden hat. Während dieser Zeit ruht die Verjährung rücksichtlich der Anschuldigung der Verläumdung.



## Art. 56. (R. 13 §. 3; R. 50.)

Wenn die That, welche den Gegenstand der Nachrede bildet, keine mit Strafe bedrohte oder wenn aus einem andern Grunde die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den durch die Nachrede Betroffenen unmöglich ist, so kann der Beweis der Wahrheit der Nachrede durch alle im Strafverfahren statthafter Beweismittel geführt werden; doch ist, wenn eine Voruntersuchung gegen den der Verläumdung Beschuldigten eingeleitet wurde, die Zulässigkeit dieses Beweises dadurch bedingt, daß der Beschuldigte dem Untersuchungsrichter innerhalb einer Ausschlussfrist die zu beweisenden Thatfachen und die hiefür sprechenden Beweismittel genau bezeichnet.

Die Vorschrift des Art. 55 Abs. 3 findet auch hier Anwendung.

Wurde der der Verläumdung Beschuldigte ohne vorgängige Voruntersuchung sogleich zur öffentlichen Verhandlung vorgeladen, so ist die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises in den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörigen Fällen dadurch bedingt, daß der Beschuldigte wenigstens fünf Tage vor dem zur Verhandlung bestimmten Tage

- 1) eine genaue Aufstellung der zu beweisenden Thatfachen,
- 2) Abschrift der als Beweismittel dienenden Urkunden,
- 3) die genaue Verzeichnung der Zeugen, deren Abhörung er wünscht, nach Namen, Gewerbe und Wohnort

in den Landestheilen diesseits des Rheines dem Gerichtsvorsitzenden mittheilt, in der Pfalz aber dem Staatsprokurator, sowie der etwa aufgetretenen Civilpartei zustellen läßt, worauf sodann das weitere Verfahren nach Maßgabe der bestehenden Strafprozeßgesetze einzutreten hat. Von den unter Ziff. 1—3 bezeichneten Aktenstücken ist in den Landestheilen diesseits des Rheines durch den Gerichtsvorsitzenden sowohl dem Staatsanwalt, als dem allen-

falligen Zivilkläger, wo das Auftreten eines solchen statthaft ist, alsbald Mittheilung zu machen.

Gehört die Sache zur Zuständigkeit des Bezirksgerichts, so müssen in dem in Abs. 3 angegebenen Falle die zu beweisenden Thatfachen und die hiefür sprechenden Beweismittel durch den Beschuldigten vor dem Schlusse der öffentlichen Verhandlung angegeben werden. Dem Gerichte steht, falls es die angegebenen Thatfachen und bezeichneten Beweismittel für erheblich hält und letztere nicht sofort zur Hand sind, frei, die Sache entweder zur Vorbringung der Beweismittel in eine andere Sitzung zu vertagen<sup>1)</sup> oder zur Einleitung einer Voruntersuchung an den Untersuchungsrichter zu verweisen.

1. „in eine andere Sitzung zu vertagen.“ — Hiermit soll ausgedrückt sein, daß nicht blos die Vertagung der Sache zu geschehen habe, sondern daß gleichzeitig der Tag der neuerlichen Verhandlung bestimmt werden könne (A. P. 294).

#### Art. 57. (C 14; R. 51.)

Die Art. 11 und 12 des Gesetzes vom 18. November 1849, das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betreffend, sind aufgehoben.

### IV. Einige Bestimmungen in Betreff des Verfahrens in Preßstrafsachen\*).

\*) Auf Antrag des Ref. d. Gef. O. Ansch. d. R. d. Abg. war folgender von ihm (als Art. 61) vorgeschlagene Artikel eingebracht worden:

„Der wegen eines Preßvergehens vor ein Schwurgericht Geladene hat das Recht, sich durch einen mit einer Spezialvollmacht versehenen Anwalt oder sonstigen Rechtsverständigen vertreten zu lassen. Die Verhandlung ist in einem solchen Falle in derselben Weise zu pflegen, als wenn der Beschuldigte persönlich erschienen wäre und das darauf ergehende Urtheil hat in jeder Beziehung die gleiche Wirkung, als wenn die Verhandlung in Gegenwart des Beschuldigten stattgefunden hätte.

Die im Abs. 1 erwähnte Vollmacht muß entweder vor Holer oder Gericht errichtet oder beglaubigt sein.“

Da dieser Artikel jedoch von Seite der I. Staatsregierung beanstandet worden war, wurde auf denselben nicht weiter bestanden (A. R. 467).

## Art. 58. (§. 15; R. 52)

Die in Art. 35 des Strafgesetzbuches bezeichnete Verfügung kann wegen des gegenwärtigen Inhalts eines Preßerzeugnisses auch in den Fällen eintreten, wenn eine Verurtheilung nicht erfolgt oder eine Person, gegen welche eine Anklage gerichtet werden könnte, nicht gegeben ist.

Letzteres darf nur dann angenommen werden, wenn derjenige, welcher nach dem Gesetze strafrechtlich haftbar wäre, dem Gerichte unbekannt geblieben ist oder sich dem Bereiche der Wirksamkeit der bayerischen Strafgesetze entzogen hat oder wegen eines in Mitte liegenden, die Strafbarkeit oder die Strafverfolgung ausschließenden Grundes (VI. und VIII. Hauptstück des Strafgesetzbuches) nicht strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die in Abs. 1 bezeichnete Verfügung ist in dem ersten der dort aufgeführten Fälle durch den Schwurgerichtshof, beziehungsweise das mit der Urtheilung befaßte Gericht<sup>1)</sup>, im letzteren durch dasjenige Gericht zu erlassen, welches über die Verweisung zu entscheiden hat. Dem Betheiligten stehen gegen diese Verfügung je nach der Eigenschaft des Gerichtes, das sie erlassen hat, die Rechtsmittel der Berufung oder Richtigkeitsbeschwerde zu, sowie die Richtigkeitsbeschwerde gegen das die Berufung verworfende Urtheil. Diese Rechtsmittel sind binnen 14 Tagen bei dem Gerichte, welches das Urtheil erlassen hat<sup>2)</sup>, mündlich zu Protokoll oder schriftlich anzumelden und auszuführen. Ist das Urtheil auf den Grund einer Verhandlung, zu welcher der Betheiligte vorgeladen war, erlassen worden, so läuft die erwähnte Frist, gleichgiltig, ob der Betheiligte erschienen war oder nicht, vom Tage der Verkündung des Urtheils, in den übrigen Fällen von dem Tage, an welchem die in Abs. 1 bezeichnete Verfügung im Kreisamtsblatte veröffentlicht oder dem Betheiligten besonders kund gemacht, beziehungsweise, wenn es sich um ein auf Berufung gegen eine solche Verfügung erlassenes Urtheil handelt, von dem Tage, an welchem das die Berufs-

ung verwerfende Urtheil dem Betheiligten mitgetheilt wurde.

1. „das . . . beauftragte Gericht“ — Statt: „den . . . beauftragten Einzelnrichter“ wurde mit Rücksicht darauf gesetzt, daß die in Art. 1 bezeichnete Verfügung unter Umständen auch von dem Bezirksgerichte erlassen werden kann, wenn nämlich das Bezirksgericht als Berufungsinstanz in Uebertretungssachen über eine Preßpolizeiübertretung zu entscheiden hat (A. R. 374).

2. „welches das Urtheil erlassen hat.“ — Das Wort „Urtheil“ ist hier im weiteren Sinne aufzufassen, sohin auch der Fall darunter begriffen, wenn die in Art. 1 bezeichnete Verfügung nicht in einem Erkenntnisse, sondern in einem sonstigen Beschlusse erlassen worden ist (A. R. 341).

#### Art. 59. (E. 16; R. 53.)

Mit jeder Verurtheilung, welche durch den Inhalt einer im Auslande erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veranlaßt wurde, kann das aburtheilende Gericht zugleich das Verbot der Zeitung oder Zeitschrift entweder schlechthin oder auf bestimmte Zeit, im letzteren Falle nicht auf weniger als ein Jahr aussprechen. Das Verbot ist von demselben Gerichte wieder aufzuheben, sobald das Urtheil nach seinem ganzen Inhalte vollzogen oder Begnadigung eingetreten ist<sup>1)</sup>.

1. „sobald . . . eingetreten ist.“ — Die weiteren Alternativen: „oder die Strafe verjährt oder der Verurtheilte gestorben ist“ wurden gestrichen und zwar die letztere deshalb, weil ein Urtheil, insofern es sich um Geldstrafe und Kosten (A. R. 445) handelt, auch nach dem Tode des Verurtheilten gegen dessen Erben vollzogen werden kann; die erstere aber, da voraussichtlich in Zukunft solche Verbote nicht mehr in inkraftum (A. R. II, 74), sondern vorzugsweise nur auf bestimmte Jahre würden ausgesprochen werden (A. R. 458). Die früher gegen Zulassung eines temporären Verbotes geltend gemachte Erwägung, daß mit der Verjähmung der Strafe von selbst der Wirksamkeit des Verbotes ein Ziel gesetzt sei (A. R. 341), scheint sohin nicht als allseitige Meinung erachtet werden zu können.

#### Art. 60. (E. 17; R. 54.)

Wenn ein im Auslande erschienenes Preßzeugniß den Gegenstand eines Ungehorsams- (Kontumazial-) Verfaß-

renß bildet, so hat sich dieses Verfahren nach den hierüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu richten, jedoch mit folgenden Modifikationen:

I. bei Verbrechen:

- 1) in den Landestheilen diesseits des Rheines hat sowohl bei der Ediktalladung als dem Urtheile der Aufschlag an dem Wohnorte oder letzten Aufenthaltsorte zu unterbleiben;
- 2) in der Pfalz sind das Verweisungsurtheil und die in Art. 465 der Strafprozeßordnung erwähnte Ordonnanz, sowie das Kontumazialurtheil am Sitzungssaale des aburtheilenden Gerichts anzuhängen und außerdem auszugsweise im Amtsblatte des Kreises und in einem andern dazu geeigneten öffentlichen Blatte bekannt zu machen.

Die übrigen in den Art. 465, 466 und 472 der Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Förmlichkeiten haben zu unterbleiben.

II. bei Vergehen:

- 1) die Zustellung der ersten Vorladung und des Kontumazialurtheils geschieht durch Anheftung am Eingange des betreffenden Gerichtes und durch auszugsweise Bekanntmachung im Amtsblatte des Kreises und in einem andern dazu geeigneten öffentlichen Blatte;
- 2) die sonstigen Zustellungen geschehen durch bloße Anheftung am Eingange des Gerichtes. Auf diese Bestimmung ist bei der ersten Vorladung ausdrücklich aufmerksam zu machen;
- 3) zwischen der Zustellung der Vorladung und der Verhandlung müssen wenigstens 30 Tage in Mitte liegen;
- 4) die Frist, binnen welcher der Verurtheilte gegen das Kontumazialurtheil Einspruch erheben kann, wird für diesen Fall gleichfalls auf 30 Tage festgesetzt.

## V. Strafverfolgung wegen Ehrenkränkungen\*).

\*) Als selbstverständlich wurde anerkannt, daß auch von den Militärgesrichteten das Verfahren in Injurienstrafsachen sich nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Abschlusses zu richten habe (A. 3. 297).

Art. 61<sup>1</sup>). (C. 18; R. 56.)

Wegen Ehrenkränkungen mit Ausnahme derjenigen, bei welchen die Strafverfolgung gemäß Art. 264 des Strafgesetzbuches ohne Antrag des Vertheiligten einzutreten hat, findet eine gerichtliche Einschreitung nur dann statt, wenn der Beleidigte oder dessen gesetzlicher Vertreter oder die in Art. 265 des Strafgesetzbuches genannten Personen bei dem Strafgerichte Klage erheben und die erforderlichen Beweismittel beibringen, beziehungsweise anzeigen.

In den Landestheilen diesseits des Rheines hat das Gericht die vom Kläger oder vom Beklagten benannten Zeugen vorladen zu lassen, wenn die betreffende Partei dieß verlangt und die Kosten sowohl für die Vorladung als auch für die Entschädigung der Zeugen baar erlegt.

Ist der Kläger ein Ausländer, welcher in Bayern liegende Güter nicht besitzt, so kann auf Antrag des Staatsanwalts oder<sup>2</sup>) des Beklagten die gerichtliche Einschreitung so lange ausgesetzt werden, bis der Kläger für die ihn nach Art. 62 allenfalls treffenden Kosten eine entsprechende Kaution, deren Betrag vom Richter festzusetzen ist, geleistet hat.

Der Kläger und der Beklagte können sich vor Gericht durch einen Bevollmächtigten<sup>3</sup>) vertreten oder auch durch einen Rechtskundigen<sup>4</sup>) verbeistanden lassen.

Die Urtheilsfällung erfolgt nach Anhörung des Staatsanwaltes.

Eine Berufung steht dem letzteren nicht zu, wohl aber dem Kläger und dem Beklagten.

Hat nur der Beklagte Berufung eingelegt, so kann das Urtheil nicht zu seinem Nachtheile abgeändert werden.

1. Als selbstverständlich wurde hervorgehoben, daß auch in Injurienstrafsachen

die allgemeinen (Straf-) prozessualen Bestimmungen insoweit Anwendung finden müssen, als sie nicht durch die besonderen Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnittes ausgeschlossen oder abgeändert sind.

Inbesondere wurde die Zuschreibung des Haupttheils für unvereinbar erklärt mit dem Grundsatz, daß die Ehrenkränkungen in Zukunft öffentlich strafbare Handlungen sein sollen (A. R. 375).

2. „des Staatsanwalts ober“. — Der Antrag auf Streichung dieser Worte wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß unter den Kosten, für welche der Kläger zu caviren hat, eben doch auch die gerichtlichen Kosten begriffen seien und der in die Kosten Verurtheilte nicht nur der Gegenpartei ihre Auslagen ersetzen, sondern auch die Gerichtskosten bezahlen müsse (A. P. 296).

Uebrigens wurde hierbei vorausgesetzt, daß der Staatsanwalt den Antrag auf Aussetzung der gerichtlichen Einschreitung nur dann stellen werde, wenn das fiskalische Interesse gefährdet ist (A. P. 296).

3. „Bevollmächtigten“ — Statt „Rechtsanwalt“ wurde gesagt, um die Parteien in der Wahl des Bevollmächtigten in keiner Weise zu beschränken (A. R. 375).

4. „Rechtskundigen“ — worunter selbstverständlich nicht blos Rechtsanwälte, sondern insbesondere auch die Rechtspraktikanten gehören (A. R. 376).

#### Art. 62. (G. 19, R. 57.)

Wird der Beklagte verurtheilt, so ist dieser, wird er freigesprochen, so ist der Kläger<sup>1)</sup>, vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 263 Abs. 2 des Strafgesetzbuches in alle Kosten<sup>2)</sup> zu verurtheilen. Wurden Rechtsmittel ergriffen, so fallen die hiedurch entstandenen Kosten, wenn der hiebei unterliegende Theil selbst das Rechtsmittel ergriffen hat, diesem, andernfalls dem in der Hauptsache Unterliegenden<sup>3)</sup> zu Last und sie können nur in dem Falle, daß beide Theile Rechtsmittel ergriffen haben und unterlegen sind, verglichen werden.

In die Kosten sind auch diejenigen, welche dadurch, daß sich die Parteien oder eine derselben durch einen Bevollmächtigten vertreten oder durch einen Rechtskundigen verbeistanden ließen, entstanden sind, sowie entsprechende Reiseentschädigungen der Parteien für den Fall, daß sie den außerhalb ihres Wohnortes stattgehabten Gerichtsverhandlungen persönlich beigewohnt haben, aufzunehmen.

1. „Beklagte“, „Kläger.“ — Der Denunziant in den als Vergehen vor dem Bezirksgerichte abzuurtheilenden Verläumdungsfällen kann daher im Falle der Freisprechung des Beschuldigten in die Kosten nicht verurtheilt werden, da er nicht, wie der Kläger vor dem Polizeigerichte, durch den ganzen Prozeß als agierende Person auftritt, sondern nur den Antrag auf Einleitung einer Untersuchung stellt.

Diese Auffassung wurde auch als dem in der Pfalz bestehenden Rechte entsprechend bezeichnet, wonach sich der Verleumdete entweder mit einer Denunziation an den Staatsanwalt wende oder direkt Klage erhebe und nur im letzteren Falle in die Kosten verurtheilt werden könne (A. P. 296).

2. „in alle Kosten“ — wurde gesetzt, um dem Schlosse vorzubeugen, als ob der Unterliegende nur in die Kosten der Gegenpartei, nicht aber in die Gerichtskosten zu verurtheilen wäre (A. P. 296).

3. „andernfalls dem in der Hauptsache Unterliegenden“ — wurde mit Rücksicht auf den Fall eingelegt, wenn auf Berufung des Verurtheilten in zweiter Instanz die Strafe gemildert wird (A. P. 459).

#### Art. 63<sup>1</sup>). (G. - ; R. —.)

Die bezüglich des Armenrechts geltenden Bestimmungen finden auch auf die vor den Strafgerichten zu erhebenden Klagen wegen Ehrenkränkungen Anwendung.

1. Die Aufnahme dieses Artikels erfolgte nicht so fast, um die Beigabe eines Officialvertreters, sondern, um die Befreiung von Taxen und Zeugnengebühren zu ermöglichen. (A. P. 341.)

#### Art. 64. (G. 20; R. 58.)

Alle in der bisherigen Civilgesetzgebung begründeten Klagen aus solchen Injurien, deren Aburtheilung nunmehr den Civilstrafgerichten zusteht<sup>1</sup>), sind aufgehoben, ausgenommen soweit dieselben lediglich auf den Ersatz eines in Folge der Ehrenkränkung erlittenen Vermögensnachtheiles oder auf die Bezahlung eines Schmerzensgeldes gerichtet sind.

1. „deren Aburtheilung nunmehr den Civilstrafgerichten zusteht“ — wurde eingelegt, um den von einer Militärperson beleidigten Civilisten nicht auf die bei dem Militärgerichte zu stellende Klage zu beschränken,



sondern für solche Fälle das bisher bestehende Recht aufrecht zu erhalten (A. R. 316). Uebrigens concurrirt die nach den bürgerlichen Gesetzen zulässige Injurienklage vor dem Civilgerichte mit der Klage vor dem Militärstrafgerichte nicht cumulativ, sondern effektiv; der beleidigte hat also das Recht, sich an das Militärgericht zu wenden; hat er dieß einmal gethan, so kann er nicht mehr vor dem Civilgerichte Klage erheben (A. R. 297).

Art. 65. (E. 21; R. 59.)

Ehrenfränkungen, welche vor dem in Art. 1 des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Tage in den Landestheilen diesseits des Rheines verübt worden sind, sind lediglich nach der zur Zeit ihrer Verübung geltenden Gesetzgebung zu beurtheilen, und können auf Grund derselben nur die nach der bisherigen Gesetzgebung zustehenden Klagen angestellt werden.

VI. Verfahren in Uebertretungssachen in den Landestheilen diesseits des Rheines.

Art. 66. (E. 22; R. 60.)

Bis zum Erscheinen eines allgemeinen Gesetzbuches über das Strafverfahren hat sich in den Landestheilen diesseits des Rheines das Verfahren in den zur Zuständigkeit der Einzelrichter gehörigen Uebertretungssachen, soweit für dieselben nicht durch Spezialgesetze<sup>1)</sup> besondere Eigenthümlichkeiten vorgeschrieben sind und vorbehaltlich der im gegenwärtigen Gesetze, namentlich in den Art. 67—78 enthaltenen besonderen Bestimmungen im Allgemeinen nach den für das Verfahren in Vergehenssachen, welche nicht zur Schwurgerichtlichen Zuständigkeit gehören, vorgezeichneten Grundsätzen<sup>2)</sup> zu richten.

1. „durch Spezialgesetze“ — z. B. bezüglich des Verfahrens in Forststrafsachen (R. zu lit. E. des II. Abschn., Ziff. 1).

2. „im Allgemeinen nach den für das Verfahren in Vergehenssachen . . . . vorgezeichneten Grundsätzen.“ — so daß also namentlich die wesentlichen Grundsätze dieses Verfahrens — Öffentlichkeitsgesetz, etc. Ausf.

leit und Mündlichkeit der Verhandlung und Ausschluß jeder das freie richterliche Urtheil bindenden Beweisheorie, — selbstverständlich auch hier volle Anwendung zu finden haben. (H. zu lit. E. des II. Abschn., Ziff. 2.)

Art. 67. (E. 22 §. 1; H. 61.)

Eine Voruntersuchung findet bei den in Art. 66 bezeichneten Uebertretungen<sup>1)</sup> nicht statt. Ist eine Uebertretung angezeigt<sup>2)</sup>, so hat der Staatsanwalt die an ihn gekommene oder von ihm kurz aufgenommene und nöthigenfalls durch weitere Erkundigung<sup>3)</sup> vervollständigte Anzeige dem Richter mit dem schriftlichen oder mündlichen Antrage auf Festsetzung der Hauptverhandlung zu übergeben. Sowohl dem Richter als dem Staatsanwalt steht die Befugniß zu, wenn sie Aufschlüsse oder Erhebungen für nöthig erachten, dieselben von den Polizeibehörden oder der Gendarmerie zu erhalten.

1. „bei den in Art. 66 bezeichneten Uebertretungen“ — wurde eingeschaltet, um hervorzuheben, daß bei den anderen Uebertretungen das für Vergehen vorgeschriebene Verfahren zu beobachten ist (H. P. 297).

2. „ist eine Uebertretung angezeigt.“ — In Bezug auf die Frage, ob die Polizeibehörde verbunden sei, in allen zu ihrer Kenntniß gekommenen Uebertretungsfällen die gerichtliche Einschreitung zu veranlassen, sowie ob die polizeilichen Hilfsorgane die Anzeige der ihnen zur Kenntniß kommenden Uebertretungen an die betreffende Polizeibehörde oder an den Staatsanwalt zu erstatten haben, — hob der I. Staatsminister des Innern, als der Natur der Sache entsprechend, hervor, daß der Staatsanwalt die Einschreitung durch den Polizeirichter nur auf eine ihm gewordene Anzeige, möge dieselbe nun von einer Behörde, einem polizeilichen Hilfsorgane oder von einem Privaten erstattet werden, zu veranlassen habe, daß dagegen die Frage, ob im einzelnen Falle für die Polizeibehörde Veranlassung zur Anzeige gegeben sei und an wen die polizeilichen Hilfsorgane ihre Anzeige zu erstatten haben, der Instruction von Seite der Oberbehörden, sowie einer vernünftigen Praxis überlassen werden müsse, um besonders in ersterer Beziehung einerseits eine Rechtsungleichheit, anderseits aber unnütze Variationen zu vermeiden (H. P. 239).

3. „durch weitere Erkundigung.“ — Zu diesem Refuse sind die Auslagen derjenigen Personen, welche nicht zu Gericht gehen können, auf Antrag des Staatsanwaltes von der Polizeibehörde (insbesondere auch der Kreispolizeibehörde) zu konstatiren (H. P. 297).

## Art. 68. (E. 22 §. 3; R. 62.)

Ist der Beschuldigte verhaftet, so muß der in Art. 67 bezeichnete Antrag längstens binnen vier und zwanzig Stunden gestellt und falls nicht besondere Hinderungsursachen entgegenstehen, sogleich zur Hauptverhandlung geschritten werden, zu welcher der Beschuldigte ohne weitere Vorladung vorgeführt wird. Ist er der That geständig oder sind die Schuld- und Vertheidigungsbeweismittel sogleich zur Hand, so soll in der Regel auf der Stelle die Hauptverhandlung vollständig gepflogen und das Urtheil gefällt werden. Wenn dieß nicht thunlich ist, so soll jedenfalls der verhaftete Beschuldigte sogleich über die Anschulldigung und über seine allenfallsigen Vertheidigungsbeweismittel vernommen und hienach zur Fortsetzung der Hauptverhandlung ein möglichst naher Termin anberaumt werden.

## Art. 69. (E. 22 §. 2 Abs. 3. u. §. 4; R. 63.)

Nicht verhaftete Beschuldigte sind vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 75 zur Hauptverhandlung durch schriftlichen Befehl vorzuladen, welcher die deutliche Bezeichnung des den Gegenstand der Anschulldigung bildenden Uebertretungsfalles mit dem Beifügen zu enthalten hat:

1. daß es dem Beschuldigten freistehe, seine allenfallsigen Vertheidigungsbeweismittel mitzubringen oder solche dem Gerichte so zeitig anzuzeigen, daß sie noch zur Verhandlung beigebracht werden können;
2. daß im Falle des Ausbleibens des Beschuldigten die Verhandlung und Aburtheilung dennoch stattfinden werde.

Erlassung von Steckbriefen oder Ediktalladungen findet nicht statt.

## Art. 70. (E. 22 §. 5; R. 64.)

Der Beschuldigte kann sich bei der Hauptverhandlung durch einen Bevollmächtigten<sup>1)</sup> vertreten lassen. Die in

Gegenwart eines solchen Vertreters gepflogene Verhandlung hat gleiche Wirkung mit der in Gegenwart des Beschuldigten gepflogenen. Zur Legitimation des Bevollmächtigten genügt eine vom Gemeindevorstande beglaubigte Privatvollmacht.

Auch kann sich der erschienene Beschuldigte durch einen Rechtskundigen \*) verbeistanden lassen.

1. „Bevollmächtigten.“ — Derselbe braucht nicht rechtskundig zu sein. Bgl. Note 3 zu Art. 61.

2. „Rechtskundigen.“ — Bgl. Note 4 zu Art. 61.

Art. 71. (E. 22 § 6; R. 65.)

Zeugen und Sachverständige sind auf Handgelöbniß an Eidesstatt, Eramte und eidlich verpflichtete öffentliche Diener, wenn sie über eine von ihnen bei Ausübung ihres Amtes oder Dienstes wahrgenommene Thatsache ansagen, unter Erinnerung an ihren Diensteid zu vernehmen. Letzteres hat auch bei jenen Sachverständigen zu geschehen, die ein für allemal als solche beeidigt sind.

Ob und welche Aktenstücke bei der Hauptverhandlung zu verlesen seien, bleibt dem Ermessen des Richters anheimgestellt.

Art. 72. (E. 22 §. 7; R. 66.)

Ungehorsam der Zeugen und Sachverständigen sowie ungebührliches Benehmen derselben oder des Beschuldigten vor Gericht kann mit Arrest bis zu drei Tagen oder an Geld bis zu zehn Gulden, — ungebührliches Benehmen des Vertreters oder Verteidigers mit Verweis oder Geldstrafe bis zu zehn Gulden von dem Einzelrichter beahndet werden.

Art. 73. (E. 22 §. 8; R. 67.)

Ueber die Hauptverhandlung führt der Protokollführer ein von ihm und dem Richter zu unterzeichnendes Sitz-

ungsprotokoll, in welchem der wesentliche Inhalt der Verhandlung kurz vorgemerkt wird. Die Urtheile sind mit kurzen Gründen über die That- und Rechtsfrage in fortlaufende Register<sup>1)</sup> niederzuschreiben und in der Sitzung zu verkünden. Die Verkündung erfolgt in der Regel unmittelbar nach der Verhandlung. Nur ausnahmsweise<sup>2)</sup> kann sie auf einen der nächsten Tage verschoben werden, in welchem Falle am Schlusse der Verhandlung dem Beschuldigten oder seinem Vertreter die Zeit, wann die Urtheilsverkündung stattfinden wird, genau angegeben werden muß.

1. „in fortlaufende Register“ — statt „in ein fortlaufendes Register“ wurde gesagt, um für die Fälle, daß bei einem Gerichte mehrere Polizeirichter fungiren, sohin die chronologische Eintragung sämtlicher Urtheile in ein einziges Register nicht wohl durchführbar ist, die Führung mehrerer Register zuzulassen (A. P. 298).

2. „ausnahmsweise“, — da doch oft eine eingehendere Prüfung, besonders bezüglich der Legalität der Verordnungen, notwendig werden könne (A. P. 298).

#### Art. 74. (C. 22 §. 9; R. 68.)

Wenn der Beschuldigte ungeachtet richtig geschehener Ladung weder in Person noch durch einen bevollmächtigten Vertreter erscheint, so kommen die für das Ungehorsamsverfahren in Vergehenssachen geltenden Vorschriften zur analogen Anwendung, jedoch mit der Ausnahme, daß<sup>1)</sup> es dem Beschuldigten freisteht, statt des ihm zustehenden Einspruches sogleich die Berufung zu ergreifen.

1. „mit der Ausnahme, daß ic.“ — Die im C. weiter statuierte Ausnahme: „daß der Einspruch nur dann zugelassen wird, wenn der Beschuldigte die Unmöglichkeit seines rechtzeitigen Erscheinens innerhalb der für den Einspruch offenstehenden Frist bezeugt“ — wurde als unpraktisch gestrichen (A. R. 317).

#### Art. 75. (C. 22 §. 10, R. 69.)

In allen Fällen, in welchen der Beschuldigte nicht ver-

haftet ist, kann der Richter, wenn er die Uebertretung für genügend bescheinigt erachtet, auf staatsanwaltschaftlichen Antrag sofort ohne vorgängige Vernehmung des Beschuldigten die entsprechende Strafverfügung erlassen. Dieselbe ist dem Beschuldigten schriftlich zuzustellen, wenn sie aber in Haupt- oder Nebensache einen anderen als den vom Staatsanwalt beantragten Ausspruch enthält, so soll sie zunächst dem Staatsanwalt mitgeteilt und dem Beschuldigten erst dann zugestellt werden, wenn der Staatsanwalt seine Verurteilung hiebei erklärt oder binnen drei Tagen vom Tage der geschehenen Mittheilung an gerechnet, einen Antrag auf Einleitung der Hauptverhandlung nicht gestellt hat.

Art. 76. (C. 22 §. 11; R. 70.)

Die in Art. 75 erwähnte Strafverfügung hat zu enthalten:

- 1) die deutliche Bezeichnung des den Gegenstand der Bestrafung bildenden Uebertretungsfalles;
- 2) die Festsetzung der Strafe, der etwaigen Straffolgen und des Kostenpunktes mit kurzer Angabe der Beweisgründe und der gesetzlichen Vorschriften, worauf sich der Ausspruch gründet;
- 3) die Eröffnung<sup>1)</sup>, daß der Beschuldigte, wenn er sich durch die Verfügung beschwert erachte, innerhalb der auf den Tag der Zustellung zunächst folgenden acht Tage bei Vermeidung des Eintritts der Rechtskraft der Verfügung seinen Einspruch gegen dieselbe bei Gericht schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und zugleich seine allenfallsigen Verteidigungsbeweismittel anzugeben habe.

Bringt der Beschuldigte innerhalb der festgesetzten Frist Einwendungen gegen die Strafverfügung vor, so ist dieselbe als nicht erlassen zu betrachten und die Hauptverhandlung in gewöhnlicher Weise<sup>2)</sup> fortzusetzen. Anderen

Fallre hat die Strafverfügung die Wirkung eines rechtskräftigen Urtheils.

1. Riff. 3 — Die Fassung: „die ausdrückliche Eröffnung, daß der Beschuldigte dieser Strafverfügung Folge zu leisten nicht verpflichtet sei, sondern, wenn er sich u.“ wurde abgelehnt, da auch aus der dormaligen Fassung jede des Lesens kundige Person erkennen könnte, daß sie der Strafverfügung Folge zu leisten nicht verpflichtet ist, sondern, wenn ihr die Verfügung nicht gefällt, innerhalb acht Tagen ihre Einwendungen vorbringen kann (M. R. 376).

2 „in gewöhnlicher Weise.“ — Da die in Art. 75 und 76 zugelassene Antizipation des Urtheils vom Contumazialverfahren wohl zu unterscheiden ist, so hat auch die in Folge von Einwendungen angelegte Hauptverhandlung nicht den Charakter einer neuerlichen Verhandlung auf erfolgten Einspruch hin (M. R. 298).

Art. 77. (C 22 §. 12; R. 71.)

Die Berufung gegen das Urtheil erster Instanz ist binnen acht Tagen bei dem Gerichte erster Instanz mündlich zu Protokoll oder schriftlich anzumelden und auszuführen.

Hat die Verhandlung in Gegenwart des Beschuldigten oder seines Vertreters stattgefunden und ist das Urtheil unmittelbar nach der Verhandlung oder zu der am Schlusse derselben bestimmten Zeit verkündet worden, so läuft die Berufungsfrist vom Tage der Verkündung, in den übrigen Fällen vom Tage der Zustellung des Urtheils an.

Art. 78. (C 22 §. 13; R. 72.)

Eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen Endurtheile ist in Uebertretungsfällen nicht zulässig.

## VII. Einige besondere Bestimmungen für die Pfalz\*).

\*) Aus diesem Abschnitte wurden gestrichen:

a) Art. 25 des C.:

„Wenn Beschuldigungen oder Unkriden bei der Verhandlung einer Streitsache in den auf die Verteidigung der streitenden Theile sich beziehenden Schriften oder in den Verteidigungsreden vorgebracht werden,

so sind die Richter, bei denen die Streitsache anhängig ist, -- unbeschadet der nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches etwa noch weiter veranlassenden Strafeinschreitung -- befugt, in dem Urtheile, welches sie fällen, entweder zu verordnen, daß die Unbilden oder ehrenrührerischen Schriften unterdrückt werden sollen, oder den Urhebern der Ungeheuer nachdrücklich zu befehlen, daß sie sich derselben in Zukunft zu enthalten haben, oder sie von ihren Amtsverrichtungen zu suspendiren oder über den Schadensersatz zu erkennen.

Die Suspension kann bis zu 6 Monaten, im Wiederholungsfalle bis zu einem Jahr ausgesprochen werden."

Dieser Artikel wurde gestrichen, da für die leichteren Fälle die Bestimmung des Art. 1036 des Civilprozeßgesetzbuchs anreiche, für schwerere Fälle aber in den Disciplinar- und Strafgesetzen hinreichende Vorkehrungen getroffen seien (N. R. 317).

b) R. Art. 74:

"Die eines Vergehens Beschuldigten können, soferne sie nicht verhaftet sind, sich vor den Bezirksgerichten und dem Appellationsgerichte der Pfalz durch einen mit einer Spezialvollmacht versehenen Anwalt oder sonstigen Rechtsverständigen vertreten lassen. Dem Gerichte bleibt jedoch unbenommen, das persönliche Erscheinen des Beschuldigten dann anzuordnen, wenn es daselbe zur Ermittlung der Wahrheit für dienlich erachtet.

Die in Gegenwart eines solchen Vertreters gepflogene Verhandlung hat gleiche Wirkung mit der in Gegenwart des Beschuldigten gepflogenen

Dieser, vom Ges. S. A. d. R. d. Abg. eingefüllte Artikel wurde wieder gestrichen, in der Hoffnung, daß es dem zu erwartenden Strafprozeß gelingen werde, die Frage der Vertretung in Vergehenssachen auf entsprechende Weise zu regeln (Gem. Prot. 515 und 516).

Art. 79. (C. 23; R. 73.)

Der Wahrspruch der Geschworenen kann bezüglich der Hauptfrage, ob der Angeklagte sich der That schuldig gemacht habe, dann über die Frage, ob dieselbe unter einem eine erschwerende Qualifikation des Verbrechens begründenden Umstande begangen worden sei, gegen den Angeklagten nur mit einer Mehrheit von wenigstens acht Stimmen gebildet werden.

Bezüglich der Strafmilderungsgründe entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit die dem Angeklagten günstigere Meinung.

Art. 347 und 351 der in der Pfalz geltenden Strafprozeßordnung sind aufgehoben.



## Art. 80. (E. — ; R. —.)

Wenn sich eine zum Tode verurtheilte Weibsperson schwanger befindet, so bleibt der Vollzug des Urtheils bis nach ihrer Entbindung ausgesetzt.

## Art. 81. (E. 26; R. 76.)

Wenn Jemand wegen einer strafbaren Handlung zur Entrichtung von Geldstrafe und Untersuchungskosten, nebst dem aber auch zur Entschädigung des durch die Handlung Beschädigten verurtheilt ist und das Vermögen der Verurtheilten nicht ausreicht, diesen sämmtlichen Leistungen zu genügen, so haben die beiden erstgenannten Posten dem Ansprüche des Beschädigten nachzustehen.

Verurtheilungen zu Wiedererstattungen, zum Ersatz des Schadens und entbehrten Gewinnes und zu den Kosten können, wenn dieselben zu Gunsten einer Civilpartei ergangen sind, mittels persönlichen Arrestes vollstreckt werden<sup>1)</sup>.

Sind solche Verurtheilungen zu Gunsten des Staates ergangen, so ist die Vollstreckung derselben mittels persönlichen Arrestes ausgeschlossen.

Desgleichen können Verurtheilungen zu Geldstrafen, Entschädigungen und Gerichtskosten, welche in Forstfachen zu Gunsten des Staates oder einer Gemeinde ergangen sind, nicht mittels persönlichen Arrestes vollstreckt werden und es treten die betreffenden Bestimmungen des Forststrafgesetzes für die Pfalz, insbesondere die Art. 82 · 84, außer Kraft und werden durch nachstehende Bestimmungen ersetzt:

Die wegen Forstfrevel erkannte Geldstrafe wird in Arreststrafe umgewandelt, wenn durch ein Zeugniß des Erhebungsbeamten festgestellt ist, daß sie weder von dem Verurtheilten, noch von den als civilverantwortlich erklärten Personen beigetrieben werden kann.

Diese Umwandlung findet ohne weiteren Urtheilspruch nach folgendem Maßstabe statt:

- 1) an die Stelle von Geldstrafe bis zu einem Gulden tritt vier und zwanzigstündiger Arrest;
- 2) bei höheren Geldstrafen tritt
  - a) an die Stelle der ersten zehn Gulden ein Tag Arrest für jeden Gulden,
  - b) an die Stelle des weiteren Betrages ein Tag Arrest für je zwei Gulden.

Die in den Fällen der Ziff. 2 sich ergebenden Bruchtheile eines Tages bleiben außer Ansatz.

Der Arrest, welcher an die Stelle der wegen eines oder wegen mehrerer Frevel in einem Urtheile erkannten Geldstrafe tritt, darf nicht über einen Monat dauern. Hierbei kommt jedoch die bei einer Mehrheit von Freveln in Verbindung mit einer Geldstrafe erkannte Arreststrafe nicht in Berechnung.

Dem Gefangenen bleibt jederzeit die Befugniß, sich durch Erlegung des Strafbetrages, soweit derselbe durch die erstandene Freiheitsstrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren frei zu machen.

1. Art. 2. — Verurtheilungen zu einer Geldstrafe sind von der Bestimmung dieses Absatzes abichtlich ausgeschlossen (A. R. 318).

#### Art. 82. (G. —; R. 75 a.)

Voruntersuchungen finden in Uebertretungssachen, welche zur Zuständigkeit des Einzelrichters gehören, nicht statt. Die Polizeirichter, sowie die das öffentliche Ministerium bei dem Polizeigerichte vertretenden Beamten sind jedoch, wenn sie Aufschlüsse oder Erhebungen für nöthig erachten, befugt, dieselben von den Polizeibehörden oder der Gendarmerie zu erhalten.

#### Art. 83. (G. 35; R. 76.)

Gegen Urtheile, welche in den zur Zuständigkeit der Einzelrichter gehörigen Uebertretungsfällen von den Gerichten erster Instanz erlassen werden, steht vorbehaltlich

dessen, was in Art. 61 Abs. 6 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmt ist, sowohl dem Verurtheilten als auch dem öffentlichen Ministerium und der Civilpartei das Recht der Berufung unbeschränkt zu.

Art. 84. (E. 86; R. 77.)

Die Bestimmungen des kaiserlichen Dekrets vom 17. Mai 1809 über die Verwendung der Geldstrafbeträge nebst den hiezu ergangenen Erläuterungen und Vollzugsvorschriften sind aufgehoben.

Das Gleiche gilt von den Vorschriften<sup>1)</sup> über die Verpflichtung der Gemeinden zur Herstellung und Unterhaltung der Kantonsgefängnisse, zur Besoldung der Kantonsgefängnißwärter, Beköstigung der Polizeisträflinge und Anschaffung der Gefängnißrequisiten, dann zur Herstellung, Unterhaltung, Beheizung und Beleuchtung der Landgerichtslokale.

1. „Vorschriften.“ — Es sind also nicht Leistungen, welche in Uebereinkommen, sondern solche, welche in gesetzlichen Vorschriften ihren Grund haben, vorausgesetzt (R. P. 299).

VIII. Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz\*).

\*) Die Fassung der Artikel dieses Abschnittes ist den Art. 75 bis 111 des diesseitigen Gesetzes vom 10. November 1848, die Abänderungen des zweiten Theiles des St. G. Buches von 1813 betreffend, wörtlich nachgebildet, mit wenigen, mit Rücksicht auf die Gemeindeverfassung der Pfalz nöthig befundenen Aenderungen (R. P. 293 und 315).

Art. 85. (E. —; R. 77 a.)

Zu den Verrichtungen eines Geschworenen können, vorbehaltlich der in Art. 86 festgesetzten Ausnahmen, alle Staatsbürger berufen werden, welche entweder

- 1) das Amt eines Bürgermeisters, Adjunkten oder Gemeinderaths bekleiden oder in den letzten zehn Jahren bekleidet haben, oder
- 2) auf einer deutschen Hochschule den Doktorgrad erlangt

- haben oder sich durch ein amtliches Prüfungszugniß über ein mit günstigem Erfolge vollendetes Universitätsstudium ausweisen können, oder
- 3) vollständige Kunststudien an einer deutschen Akademie der bildenden Künste gemacht haben und durch Zeugnisse derselben ihre volle Kunstbefähigung nachzuweisen im Stande sind, oder
  - 4) jährlich an direkten Steuern einen Gesamtbetrag von wenigstens zwanzig Gulden entrichten.

Art. 86. (E. —; R. 77b.)

Geschworene können nicht sein:

- 1) sämtliche in Aktivität stehende besoldete Staatsdiener und Militärpersonen;
  - 2) alle Individuen, welche ein geistliches Amt bekleiden oder geistliche Funktionen verrichten;
  - 3) die Advokaten an den Gerichten des Ortes, wo die Schwurgerichtssitzungen gehalten werden;
  - 4) Personen, welche das dreißigste Jahr noch nicht zurückgelegt haben;
  - 5) Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stand sind, den Pflichten eines Geschworenen nachzukommen.
- Endlich sind
- 6) ausgeschlossen die in Art. 21 Abs. 1 des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Personen.

Art. 87. (E. —; R. 77c.)

Die Verrichtung eines Geschworenen kann wegen sechzigjährigen Alters für immer abgelehnt werden.

Art. 88. E. —; R. 77d.

Für jede Gemeinde soll eine Pflanz der in derselben wohnhaften, zu den Verrichtungen eines Geschworenen befähigten

Individuen von dem Bürgermeister unter Huziehung zweier Mitglieder des Gemeinderaths angefertigt werden.

Diese Liste (Urliste) ist während vierzehn Tagen im Gemeindehause zu Jedermanns Einsicht aufzulegen oder anzuhängen, und daß dieses geschehen sei, ist öffentlich bekannt zu machen.

Art. 89. (G. —; R. 77 e.)

Jeder volljährige Staatsangehörige ist berechtigt, innerhalb des im vorhergehenden Artikel bezeichneten Zeitraumes gegen die aufgelegte oder angeheftete Liste wegen Uebergewegung befähigter oder Eintragung unbefähigter Individuen Einsprache zu erheben, worüber sodann in voller Versammlung des Gemeinderaths in öffentlicher Sitzung verhandelt und entschieden wird.

Gegen diese Entscheidung steht den Betheiligten das Recht der Beschwerde an die betreffende Distriktpolizeibehörde zu.

Die Beschwerde ist binnen acht Tagen vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet ein- und auszuführen, und sodann von der zuständigen Behörde in kürzester Frist gleichfalls in öffentlicher Sitzung zu erledigen.

Art. 90. (G. —; R. 77 f.)

Mindestens vier Wochen vor Zusammentritt des Landrathes müssen sämmtliche Urlisten jedes Distriktpolizeibezirkes an den betreffenden Amtsvorstand eingekendet werden.

Dieser beruft sofort aus jedem Kanton seines Bezirkes:

- 1) die Bürgermeister der vier bevölkersten Bürgermeistereien, dann

- 2) jene fünf Wahlmänner, welche bei der vorausgegangenen Wahl der Landtagsabgeordneten die meisten Stimmen in fünf verschiedenen Gemeinden ihrer Wahlbezirke erhalten haben,

damit dieselben unter seiner Leitung aus den Urlisten die-

jenigen Personen ihres Kantons auswählen, welche wegen erprobter Einsicht und Ehrenhaftigkeit der Gesinnung zu dem Amte von Geschworenen am geeignetsten erscheinen.

Die Wahl geschieht in der Weise, daß für je 500 Einwohner des Kantons Ein Geschworener ausgewählt wird.

Ergibt sich bei dieser Berechnung eine Bruchzahl über die Hälfte, so wird ein Geschworener mehr genommen; geringere Bruchzahlen werden dagegen außer Aufschlag gelassen.

Art. 91. (C. —; R. 77g.)

Aus den in jedem Distriktspolizeibezirke Gewählten wird eine Liste gebildet und an den Präsidenten der Kreisregierung eingesendet, welcher nunmehr aus den verschiedenen Bezirkslisten die Kreisliste aufertigen läßt.

Demselben steht hierbei die Befugniß zu, auch noch solche Personen aus den Urlisten, welche nicht aus den in Art. 90 bezeichneten Wahlen hervorgegangen sind, auf die Kreisliste zu setzen.

Die Zahl dieser Personen darf jedoch in keinem Falle den zehnten Theil der Gewählten überschreiten.

Art. 92. (C. —; R. 77h.)

Bierzehn Tage vor Zusammentritt des Landraths ist die Kreisliste jedem einzelnen Mitgliede desselben zuzustellen. Der versammelte Landrath hat sodann die Zahl der auf derselben befindlichen Personen auf die Hälfte, jedoch in keinem Falle unter 600 Namen herabzusetzen.

Art. 93. (C. —; R. 77i.)

Bei der im vorhergehenden Artikel angeordneten Reduktion hat der Landrath sorgfältig darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht nur intelligente und durchaus unbescholtene Männer, sondern auch, daß wo möglich Befähigte

aus allen Gegenden des Kreises und daß insbesondere Befähigte aus dem Orte, wo die Schwurgerichtssitzung regelmäßig gehalten wird, in angemessener Anzahl der Liste einverleibt werden.

Mitglieder des Landraths selbst dürfen nicht auf der Liste stehen.

Art. 94. (E. —; R. 77 k.)

Aus den auf solche Weise vom Landrathe ausgewählten Personen bildet sich die Hauptliste der bei den Schwurgerichtssitzungen zu verwendenden Geschworenen, und die Abgänge, welche sich auf derselben durch Todesfälle, Verlust der zum Amte eines Geschworenen erforderlichen Eigenschaften oder in Folge der in Art. 108 enthaltenen Bestimmung ergeben, werden in nachstehender Weise ergänzt.

Art. 95. (E. —; R. 77 l.)

In jeder Gemeinde werden jährlich am Anfang des Monats März auf die in Art. 88 bezeichnete Art diejenigen Personen aus der früheren Urliste gestrichen, welche während des abgewichenen Jahres mit Tod abgegangen sind oder die zum Geschworenenamte erforderliche Befähigung verloren haben. In gleicher Weise sind diejenigen, welche während des Jahres diese Befähigung erlangt haben, zur Liste hinzuzusetzen. Die Bestimmungen über Bekanntmachung der Urlisten, über Anbringung und Verbesserung von Einsprüchen, sowie über die Einsendung der Listen an die Distriktpolizeibeamten finden auch hieher Anwendung.

Art. 96. (E. —; R. 77 m.)

Nachdem diesen Beamten zuvor vom Regierungspräsidenten das Verzeichniß derjenigen Personen ihres Bezirkes zugefertigt worden ist, welche auf der Hauptliste ein-

getragen sind, sowie derjenigen, welche wegen bereits geleisteten Dienstes für das nächste Jahr nicht wieder auf dieselbe gesetzt werden dürfen (Art. 108), schreiten dieselben nach Maßgabe der in dem Art. 90 enthaltenen Vorschriften zu einer neuen Auswahl, wobei jedoch nur für je 2000 Einwohner ein Geschworener gewählt wird.

Art. 97. (G. — ; R. 77n.)

Die im Art. 90 bezüglich der Bruchzahlen enthaltene Bestimmung kommt auch bei den in Gemäßheit des vorhergehenden Art. 96 vorzunehmenden Wahlen zur Anwendung. Die Auswahl kann sowohl die erst neuerdings wählbar gewordenen, als auch die früher schon gewählten, aber vom Landrathe der Hauptliste nicht einverleibten Staatsbürger treffen.

Art. 98. (G. — ; R. 77o.)

Die Befugniß des Regierungspräsidenten, bei Anfertigung der Kreisliste auch noch andere Personen als die in den Distriktpolizeibezirken gewählten als Geschworene in Vorschlag zu bringen, findet auch bei der jährlichen Ergänzung der Hauptliste, jedoch nur unter der im Art. 91 bezeichneten Beschränkung, Anwendung.

Art. 99. (G. — ; R. 77p.)

Dem versammelten Landrathe wird nach vorgängiger Zustellung der Kreisliste an die einzelnen Mitglieder (Art. 92) das Verzeichniß der unterdessen abgängig gewordenen Geschworenen der früheren Hauptliste mitgetheilt und dieser ergänzt sofort dieselbe durch Hinzufügung der dem Abgange entsprechenden Anzahl neuer Geschworenen.

Art. 100. (G. — ; R. 77q.)

Wenigstens vierzehn Tage vor Eröffnung der Schwurgerichtssitzung hat der Regierungspräsident die vom Land-



rathe angefertigte Hauptliste dem Präsidenten des Appellationsgerichtes mitzutheilen.

Von diesem werden sodann in Gegenwart von vier Mitgliedern des Gerichtshofes und unter Zuziehung des Staatsanwalts aus den in eine Urne zu legenden Namen sämmtlicher auf die Hauptliste gesetzten Staatsbürger für die bevorstehende Sitzung fünf und vierzig hervorgezogen.

Art. 101. (E. —; R. 77r.)

In gleicher Weise findet nach Beendigung der allgemeinen Ziehung eine besondere Ziehung zur Bestimmung von neuen Ersatzgeschworenen statt.

Hierbei sind nur die Namen der an dem Orte, wo die Schwurgerichtssitzung abgehalten wird, wohnhaften auf der Hauptliste stehenden Staatsbürger in die Urne zu legen.

Art. 102. (E. —; R. 77a.)

Das Verzeichniß sämmtlicher gezogenen Geschworenen ist in kürzester Frist dem ernannten Präsidenten des Schwurgerichtshofes mitzutheilen und dieser ist verpflichtet, binnen vier und zwanzig Stunden die fünf und vierzig Namen auf dreißig, die neun auf sechs herabzusetzen.

Art. 103. (E. —; R. 77c.)

Das auf solche Weise herabgesetzte Verzeichniß ist ohne Verzug an den Regierungspräsidenten einzusenden und durch diesen jedem einzelnen Geschworenen von seiner Berufung und dem Tage und Orte, wo er zu erscheinen hat, durch eine schriftliche Ausfertigung unter ausdrücklicher Bemerkung der auf das Ausbleiben gesetzten Strafen (Art. 105) Nachricht zu geben.

Die Zustellung der Ausfertigung ist wenigstens 8 Tage vor dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage durch die geeignete Behörde entweder an den Geschworenen in

Person oder in dessen Abwesenheit an die in seiner Wohnung befindlichen Familienglieder oder Diener oder endlich, wenn in der Wohnung Niemand zu finden ist, an den Bürgermeister oder Adjunkten zu bewerkstelligen, welcher sodann verpflichtet ist, die ihm übergebene Ausfertigung ohne Aufschub an den Verurtheilten gelangen zu lassen. Die Zustellung ist zu bescheinigen und die Bescheinigung sogleich an den Regierungspräsidenten einzusenden.

Art. 104. (E. — ; R. 77a)

Wenn an dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage von den vorgeladenen Geschworenen nicht wenigstens vier und zwanzig erscheinen, so haben für die abgängigen sofort die nach Art. 101 bestimmten Ersatzgeschworenen und zwar nach der unter diesen durch die Ziehung geordneten Reihenfolge einzutreten.

Sind von den einberufenen Geschworenen und Ersatzgeschworenen so viele ausgeblieben, daß die Zahl von vier und zwanzig nicht erreicht wird, so hat der Präsident des Schwurgerichtshofes die Namen der übrigen am Sitzungs-orte wohnhaften, auf der Hauptliste eingetragenen Geschworenen in eine Urne zu legen und so viele herauszuziehen, als zur Ergänzung obiger Zahl erforderlich sind.

Art. 105. (E. — ; R. 77v.)

Jeder Geschworene, welcher auf die ihm zugestellte Ladung weder erschienen ist noch sein Ausbleiben auf zulässige Weise entschuldigt hat, verfällt in eine Geldstrafe von einhundert bis zweihundert Gulden.

Bei dem dritten Straffalle tritt nebst doppelter Geldstrafe der Verlust der Fähigkeit zur Ausübung der Verurteilung eines Geschworenen ein; das Urtheil ist durch das Amtsblatt des Kreises auf Kosten des Straffälligen bekannt zu machen und dessen Name in der Hauptliste der Geschworenen zu streichen.

## Art. 106. (G. —; R. 77w.)

Gleicher Bestrafung unterliegt jeder Geschworene, der zwar auf die ergangene Ladung erschienen ist, aber vor dem Schlusse der Schwurgerichtssitzung sich ohne eine als gültig anerkannte Entschuldigung wieder entfernt hat.

## Art. 107. (G. —; R. 77x.)

Als gültig entschuldigt ist nur derjenige zu betrachten, welcher eine Bescheinigung darüber beibringt, daß es ihm unmöglich war, an dem festgesetzten Tage sich einzufinden oder bis zum Schlusse der Sitzung zu verweilen.

Der Schwurgerichtshof hat über die Zulänglichkeit der vorgebrachten Entschuldigung zu entscheiden, und wenn er solche verwirft, sofort die Strafe auszusprechen.

## Art. 108. (G. —; R. 77y.)

Wer auf die erhaltene Ladung erschienen und seinen Verpflichtungen als Geschworener nachgekommen ist, soll weder in dem nämlichen, noch in dem nächstfolgenden Jahre noch einmal zu gleichen Verpflichtungen angehalten werden, sofern er nicht ausdrücklich auf diese Befreiung verzichtet, worüber derselbe am Schlusse der Sitzung besonders zu befragen ist.

Das Verzeichniß der also austretenden Geschworenen ist sodann dem Regierungspräsidenten jedesmal mitzutheilen, um die Vormerkung auf der Hauptliste eintragen zu können.

## Art. 109. (G. —; R. 77z.)

Jeder Geschworene, der seine Obliegenheit erfüllt hat und nicht am Sitzungsorte wohnt, erhält, wenn sein Wohnsitz weiter als zwei Stunden davon entfernt liegt, auf Verlangen eine Entschädigung der Reisekosten, deren Betrag durch Regierungsverordnung festgesetzt wird.

## Art. 110. (G. —; R. 77 aa.)

An dem zur Eröffnung der Sitzung anberaumten Tage und vor dem Beginn der Verhandlung einer jeden neuen Strafsache sind die Geschworenen, welche auf die Vorladung erschienen sind, sowie die statt der Nichterschienebenen etwa bestimmten Ersatzgeschworenen (Art. 104) in Gegenwart des Staatsanwalts und des Angeklagten in öffentlicher Sitzung namentlich aufzurufen und ihre Namen in eine Urne zu legen.

## Art. 111. (G. —; R. 77 bb.)

Das Schwurgericht ist für die Aburtheilung jeder einzelnen Strafsache aus zwölf Geschworenen zu bilden.

## Art. 112. (G. —; R. 77 cc.)

Sollte jedoch eine einzelne Verhandlung eine längere Dauer erwarten lassen, so kann der Schwurgerichtshof verfügen, daß außer den erforderlichen zwölf Geschworenen durch weitere Ziehung noch ein oder zwei Ergänzungsgeschworene bestimmt werden, um der Verhandlung beizuwohnen und in dem Falle, wenn das eine oder andere Mitglied bis zu der Verathschlagung und Ertheilung des Ausspruches auszuharren gehindert sein sollte, daselbe zu ersetzen.

Die Ergänzungsgeschworenen treten in diesem Falle nach der Reihe ein, in welcher die Namen gezogen worden sind.

## Art. 113. (G. —; R. 77 dd.)

Ist der Aufruf bernidigt und die nach Art. 104 erforderliche Zahl vorhanden, so zieht der Präsident die Namen der zwölf Geschworenen aus der Urne heraus.

Art. 114. (G. —; R. 77 ee.)

Der Angeklagte und der Staatsanwalt sind befugt, eine gleiche Anzahl von Geschworenen abzulehnen.

Ist jedoch eine ungerade Zahl von Geschworenen vorhanden, so steht dem Angeklagten das Recht zu, einen mehr als der Staatsanwalt abzulehnen.

Art. 115. (G. —; R. 77 ff.)

So oft die Verhandlung gegen mehrere in der nämlichen Sache betheiligte Angeklagte gerichtet ist, haben sich dieselben darüber zu vereinigen, in welcher Art sie das ihnen zustehende Ablehnungsrecht ausüben wollen.

Kann eine Vereinigung nicht erzielt werden, so ist durch das Voos die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher die einzelnen Angeklagten das Ablehnungsrecht auszuüben haben.

Die von einem Einzelnen ausgeübte Ablehnung ist in diesem Falle für Alle bindend.

Art. 116. (G. —; R. 77 gg.)

Sowie der Name eines Geschworenen aus der Urne gezogen wird, hat zuerst der Staatsanwalt, sodann der Angeklagte sich zu erklären, ob er von dem Rechte der Ablehnung Gebrauch machen will.

Gründe der Ablehnung dürfen nicht angegeben werden.

Art. 117. (G. —; R. 77 hh.)

Die Ziehung ist beendet, sobald zwölf Namen aus der Urne hervorgegangen sind, gegen welche das Ablehnungsrecht nicht ausgeübt worden ist.

In dem durch Art. 112 vorgesehenen Falle ist die zur Bildung des Schwurgerichts aus der Urne zu ziehende nöthige Namenszahl von zwölf auf dreizehn und beziehungsweise auf vierzehn zu erhöhen.

## Art. 118. (G. —; R. 77ll.)

Sind in der Urne nur noch so viele Namen übrig, als zur vollständigen Bildung des Schwurgerichts erfordert werden, so findet eine weitere Ablehnung nicht statt.

## Art. 119. (G. —; R. 77kk.)

Für jeden einzelnen Fall sind die das Schwurgericht bildenden Geschworenen öffentlich zu beeidigen.

Der Präsident hat ihnen zu diesem Ende folgende Eidesformel vorzulesen:

„Ich schwöre, die gegen N. N. erhobene Anklage und dessen Verteidigung bei bevorstehender gerichtlicher Verhandlung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit zu verfolgen, die Aufschuldigungs- und Entschuldigungsbeweise gewissenhaft zu prüfen, über den zu ertheilenden Ausspruch mit Niemand außer mit meinen Mitgeschworenen mich zu benehmen, in der Ausübung der mir als Geschworener obliegenden Verrichtung nicht aus Haß, Gunst, Furcht, Eigennutz, Rücksicht auf die Person oder aus anderen solchen Ursachen zu handeln, sondern dabei nur Gott, die Gerechtigkeit und Wahrheit vor Augen zu haben und meinen Ausspruch nach meinem Gewissen und der durch die Verhandlungen in mir begründeten freien Ueberzeugung zu geben, Alles getreulich und ohne Gefährde, so wahr mir Gott helfe.“

Nach Ablegung der Eidesformel ist jeder Geschworene einzeln durch den Präsidenten aufzurufen und hat mit emporgehobener Rechten die Worte auszusprechen:

„Ich schwöre.“

Religionsgenossen, welchen der Eid unterfragt ist, nach ihrem Ritus verpflichtet.

## Art. 120. (G. —; R. 77ll.)

Nach erfolgter Beeidigung ist die Verhandlung der abzuurtheilenden Strafsache zu eröffnen.

Wird diese Verhandlung aus irgend einem Grunde zur nächsten Schwurgerichtssitzung hingewiesen, so muß bei dieser zu einer neuen Bildung des Schwurgerichts nach den vorstehenden Vorschriften geschritten werden.

Art. 121. (G. —; R. 77mm.)

Die Bestimmungen der Art. 312, 381—393, 395—404 und 406 des Code d'instruction criminelle, sowie sämtliche mit diesen Bestimmungen zusammenhängende Gesetze und Verordnungen sind aufgehoben.

### IX. Kassationshof.

\*) Dieser im G. nicht enthaltene Abschnitt verdankt seine Entstehung der Erwägung, daß für die in den neuern Gesetzbüchern behandelten Gegenstände in Zukunft keine zwei verschiedenen Kassationshöfe mehr bestehen können. Bei Abfassung desselben wurde sich möglichst an die beim diesseitigen Kassationshofe dormalen geltenden Bestimmungen gehalten (R. R. 310 und 318).

Art. 122. (G. —; R. 78.)

Die in Bezug auf Nichtigkeitsbeschwerden und Beschwerden zur Wahrung des Gesetzes (Kassationsrecurse) sowie in Bezug auf den Kassationshof überhaupt <sup>1)</sup>, dessen Zuständigkeit, das Verfahren bei denselben und die Wirkung seiner Urtheile in den verschiedenen Gebietstheilen dormalen geltenden gesetzlichen Bestimmungen bleiben, soweit das gegenwärtige Gesetz keine besondern Bestimmungen enthält, in Wirksamkeit.

Wo das Gesetz Nichtigkeitsbeschwerde oder Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes wegen unrichtiger Anwendung oder Verletzung eines Gesetzes zuläßt <sup>2)</sup>, sind diese Rechtsmittel auch wegen unrichtiger Anwendung oder Verletzung einer auf den Grund der Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuchs oder eines anderen Gesetzes <sup>3)</sup> angewendeten oder

angerufene Verordnung oder polizeilichen Vorschrift gestattet.

1. „in Bezug auf den Kassationshof überhaupt.“ — Ueber die Stellung der Staatsanwaltschaft am gemeinschaftlichen Kassationshofe wurde erörtert: „Wie der ganze Kassationshof, so müsse natürlich auch die Staatsanwaltschaft bei demselben eine einheitliche sein, da es keine Generalstaatsanwaltschaft gebe, welche außerhalb des Gerichtes stehe; dieß hindere indeß nicht, daß man den Generalprokurator an dem kaiserlichen Kassationshofe, solange dieser für Civilsachen getrennt fortbesteht, auch bei dem gemeinschaftlichen Kassationshofe für Strassachen anstelle, wenn es die Regierung für zweckmäßig erachte; das Gesetz schreibe nur vor, daß am gemeinschaftlichen Kassationshofe eine Generalstaatsanwaltschaft bestche; wie dieselbe besetzt werde, sei Sache der königlichen Ernennung (A. P. 300). Vgl. Note 3 zu Art. 31.

2. „Wo das Gesetz Nichtigkeitsbeschwerde . . . . . zuläßt.“ — Die etwa in Bezug auf die Zulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde wünschenswerthen Aenderungen der bisherigen Gesetzgebung wurden der in Zukunft zu erlassenden neuen Strafprozeßordnung vorbehalten (A. P. 461).

3. „oder eines anderen Gesetzes“ — wurde eingesetzt, um anzudeuten, daß auch die in Spezialgesetzen vorbehaltenen Verordnungen und Polizeivorschriften gemeint seien (A. P. 300).

#### Art. 123. (G. —; R. 79.)

Bei dem Oberappellationsgerichte entscheidet ein aus sieben Mitgliedern bestehender Senat über alle<sup>1)</sup> aus dem ganzen Königreiche in Verbrechen-, Vergehens- und Uebertretungssachen<sup>2)</sup> einlaufenden Nichtigkeitsbeschwerden und Beschwerden zur Wahrung des Gesetzes (Kassationsrecurse), soweit die Entscheidung nicht dem Plenum des Oberappellationsgerichtes zusteht.

Zum Behufe der Bildung dieses Senates bezeichnet das Direktorium des Oberappellationsgerichtes für je ein Jahr neun seiner Mitglieder<sup>3)</sup> und ergänzt die durch Beförderung, Ruhestandsveretzung oder Todesfall entstehenden Lücken für das laufende Jahr. Bei bloß vorübergehenden Verhinderung hat der Präsident des Oberappellationsgerichtes für einzelne Sitzungen nöthigen Falls Er-



sachleute aus den übrigen Mitgliedern des Oberappellationsgerichtes zu bezeichnen.

1. „über alle.“ — Einen aus 9 Mitgliedern gebildeten Senat gibt es also in Zukunft nicht mehr (A. R. 321).

2. „in Verbrechen-, Vergehen- und Uebertretungssachen.“ -- Der besondere plätsliche Kassationshof bleibt also für alle sonstigen, namentlich für Civil- und Disciplinarfachen vorläufig noch bestehen (A. R. 321).

3. „neun seiner Mitglieder“ — so daß also der Präsident, beziehungsweise der Senatsvorstand, in jedem einzelnen Falle aus diesen 9 Mitgliedern 7 für Aburtheilung dieses Falles bestimmt (Gem. Prot. 516).

#### Art. 124. (G. —; R. 80.)

Ist der Angeklagte zum Tode verurtheilt worden, so ist das Urtheil des Schwurgerichts sammt Akten, auch wenn kein Rechtsmittel eingewendet wurde, dem Oberappellationsgerichte zur Prüfung und Entscheidung darüber, ob kein Nichtigkeitsgrund vorliege, von Amtswegen einzufenden.

#### Art. 125. (G. —; R. 81.)

Der Angeschuldigte<sup>1)</sup>, welcher Nichtigkeitsbeschwerde ergriffen hat oder gegen welchen von dieser Befugniß Gebrauch gemacht wurde, ist berechtigt, die Mitglieder des Kassationshofes in nachverzeichneten Fällen abzulehnen:

- 1) wenn das betreffende Mitglied an der Verurtheilung des Angeschuldigten ein wenn gleich nur mittelbares oder entferntes Privatinteresse hat;
- 2) wenn es mit dem Beschädigten in direkter Linie oder bis zum vierten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist;
- 3) wenn es mit dem Beschädigten in besonderer Freundschaft oder Vertraulichkeit steht oder
- 4) mit dem Angeschuldigten selbst in Streit oder Feindschaft lebt.

Das Ablehnungsgesuch muß binnen 14 Tagen von dem

Zeitpunkte an, von dem die Frist zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde läuft, bei dem Gerichte, welches das angefochtene Urtheil erlassen hat oder bei welchem der Angeeschuldigte verhaftet ist, zu Protokoll gegeben werden<sup>2</sup>).

1. „Der Angeeschuldigte“ — wurde in den Artikeln dieses Abschnittes als gleichbedeutend mit: „Der Angeeschuldigte oder Beschuldigte“ gesetzt (A. §. 302).

2. „zu Protokoll gegeben werden.“ — Schriftliche Einreichung des Ablehnungsgesuches wurde absichtlich nicht zugelassen, da es in manchen Fällen mit Schwierigkeiten verbunden sein könnte, zu konstatiren, ob der Termin eingehalten ist (A. §. 301).

#### Art. 126. (G. — ; R. 82.)

Ueber das Ablehnungsgesuch entscheidet, nachdem zuvor das abgelehnte Mitglied mit seiner schriftlichen Erklärung gehört worden ist, der in Art. 123 bezeichnete Senat in geheimer Sitzung auf Vortrag eines vom Vorstande ernannten Referenten<sup>1</sup>) und nach Vernehmung des Generalstaatsanwaltes.

Das abgelehnte Mitglied darf dieser Sitzung nicht beiwohnen.

1. „Auf Vortrag eines . . . Referenten.“ — Die bisherige Bestimmung, wonach lediglich der Staatsanwalt unter Kontrolle eines Senatmitgliedes den Vortrag zu erstatten hatte, wurde nicht für genügend erachtet (A. §. 301).

#### Art. 127. (G. — ; R. 82a.)

Der Angeeschuldigte, welcher die Nichtigkeitsbeschwerde rechtzeitig erhoben hat, ist befugt, innerhalb 14 Tagen vom Tage des angefochtenen Urtheils an in einer von einem Rechtsverständigen unterzeichneten Denkschrift seine Beschwerdebegründe anzuführen.

Hat der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, so sind dem Angeeschuldigten die Beschwerdepunkte in Abschrift mitzutheilen, und es steht letzterem frei, binnen

vierzehn Tagen seine Gegenbemerkungen einzureichen. Nach Ablauf der festgesetzten Frist sind die Akten ohne Verzögerung an das Oberappellationsgericht einzusenden.

Art. 128. (G. —; R. 83.)

Der Angeeschuldigte kann auch seine Beschwerdebegründe oder seine Verteidigung in der öffentlichen Sitzung des Oberappellationsgerichtes durch einen bevollmächtigten Rechtsverständigen mündlich vortragen lassen. Will er hiezu die Vorladung des Bevollmächtigten erwirken, so hat er auf der Kanzlei des Gerichtes, welches das angefochtene Urtheil erlassen hat, in Person oder durch einen Spezialbevollmächtigten diese seine Absicht entweder zugleich mit Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde oder spätestens in der im Art. 127 Abs. 1 oder 2 festgesetzten Frist zu Protokoll zu erklären und den Rechtsverständigen, dem er seine Vertretung übertragen will, zu benennen. Wohnt dieser Rechtsverständige nicht am Orte des Oberappellationsgerichtes, so kann zugleich ein daselbst wohnhafter Anwalt zu dem Zwecke bezeichnet werden, damit die Vorladung ihm mitgetheilt werde. Das hierüber zu errichtende Protokoll ist mit den Akten an das Oberappellationsgericht einzusenden.

Art. 129. (G. —; R. 83.)

Sobald die Akten einer Sache, in welcher der in Art. 123 bezeichnete Senat zu entscheiden hat, beim Oberappellationsgerichte eingelaufen sind, theilt der Präsident dieselben dem Vorstande dieses Senates mit. Letzterer läßt die Akten durch die Gerichtskanzlei dem Generalstaatsanwälte zur Einsicht mittheilen. Dieser hat dieselben unverzüglich zu prüfen und solche nebst schriftlichem Antrage dem Vorstande des Senates zurückzustellen, worauf Letzterer einen Referenten ernannt, welcher sodann an dem vom Senatsvorstande zur Verhandlung festgesetzten Tage Vortrag erstattet.

Der zu r Verhandlung festgesetzte Tag muß wenigstens

acht Tage vorher durch Anschlag an der Gerichtstafel bekannt gemacht werden. Zu gleicher Zeit hat die Kanzlei dem Generalstaatsanwalte und dem etwa aufgestellten Vertreter des Angeschuldigten Kenntniß hievon zu geben. Die Mittheilung an den Vertreter geschieht durch ein an denselben gerichtetes Schreiben und zwar, wenn er weder am Siege des Oberappellationsgerichtes wohnt noch ein daselbst wohnender Anwalt in Gemäßheit des Art. 128 zur Empfangnahme der Vorladung bezeichnet worden ist, durch die Post. Das Konzept des Schreibens und die von dem Vertreter oder dem zur Empfangnahme der Vorladung Bevollmächtigten ausgestellte Empfangsbefcheinigung beziehungsweise der Postschein<sup>1)</sup> sind den Akten beizufügen.

Der Angeschuldigte wird nur dann zur Verhandlung am Oberappellationsgerichte vorgeladen, wenn er Rechtsverständiger ist und bei Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde<sup>2)</sup> oder vor Anberaumung des Verhandlungstages auf der Kanzlei des Oberappellationsgerichtes erklärt hat, daß er sich selbst vertreten wolle. Ist der Angeschuldigte verhaftet, so kann er nicht verlangen, an der Verhandlung persönlich theilzunehmen.

Erscheint in der anberaumten öffentlichen Sitzung des Oberappellationsgerichtes kein Vertreter des Angeschuldigten, so wird die Verhandlung der Sache hiedurch nicht aufgeschalten. War derselbe oder im Falle des Abs. 3 der Angeschuldigte jedoch nicht vorschriftsmäßig von der anberaumten Sitzung in Kenntniß gesetzt, so kann der Angeschuldigte gegen das ergangene Urtheil binnen acht Tagen nach Zustellung desselben Einspruch erheben.

1. „der Postschein“ — genügt; ein Retourrecepissé ist nicht nöthig (A. F. 463).

2. „und bei Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde“ — wurde statt: „vor Anberaumung des Verhandlungstages auf die Kanzlei des Gerichtes, welches das angefochtene Urtheil erlassen hat“ gesetzt, weil es sonst unter Umständen unmöglich sein könnte, den Angeschuldigten noch rechtzeitig vorzuladen (Gem. Prot. 617).

Art. 130. (G. —; R. 84.)

An dem zur Verhandlung festgesetzten Tage trägt zuerst der Referent eine Darstellung des bisherigen Ganges des Strafverfahrens vor und bezeichnet die Nichtigkeitsgründe, wenn solche aufgestellt sind.

Art. 131. (G. —; R. 85.)

Hierauf erhält der Beschwerdeführer und wenn sowohl der Angeschuldigte als der Staatsanwalt Nichtigkeitsbeschwerde erhoben hat, zuerst der Angeschuldigte oder sein Verteidiger das Wort zur näheren Ausführung der Beschwerde.

Dem Gegner des Beschwerdeführers steht das Recht zu, hierauf zu antworten.

Der Gerichtshof kann den Schluß der Verhandlung aussprechen, sobald er die Sache für vollständig erschöpft erachtet.

Doch gebührt jedenfalls dem Angeschuldigten oder seinem Verteidiger das Recht der letzten Äußerung.

Art. 132. (G. —; R. 86, 87.)

Die Sitzungen des Raffationshofes sind öffentlich <sup>1)</sup>.

Der Vorsitzende hat das ganze Verfahren zu leiten und die Ordnung zu bestimmen, in welcher diejenigen, welche um das Wort bitten, zu sprechen haben.

Ihm gebührt die Handhabung der Polizei in der Sitzung. Er ist zu diesem Ende berechtigt, diejenigen Zuhörer, welche den Gang der Verhandlung durch Zeichen des Beifalls oder Mißfallens oder auf andere Weise stören, zur Ordnung zu verweisen, geeigneten Falls aus dem Sitzungssaale entfernen und nach Umständen auf vier und zwanzig Stunden zur Haft bringen zu lassen. Von dem Letzteren ist im Sitzungsprotokolle Erwähnung zu thun.

1. „öffentlich.“ — Die Bestimmungen über Beschränkung der

Öffentlichkeit auch auf die Sitzungen des Kassationshofes auszudehnen, wurde nicht für nöthig erachtet (A. P. 463).

Art. 133. (G. ; R. 88.)

Der Angeschuldigte, welcher sich ungeziemende Ausfälle erlaubt, wird vom Vorsitzenden zur Ordnung verwiesen und kann, wenn er sich nicht fügt, durch den Gerichtshof in eine Arreststrafe bis zu acht Tagen verurtheilt, nöthigenfalls auch aus dem Sitzungssaale entfernt werden.

Macht sich der Verteidiger einer solchen Uebertretung schuldig, so kann er nach fruchtloser Verwarnung durch den Vorsitzenden vom Gerichtshofe mit einem Verweise oder einer Geldstrafe bis zu hundert Gulden belegt, oder bei erschwerenden Umständen zur Suspension vom Amte auf einen Monat bis zu einem Jahre verurtheilt werden.

Diese Strafen sind sogleich nach Beendigung der Verhandlung zu vollziehen, vorbehaltlich der weiteren Einschreitungen, insoferne solche Ugebuhr noch in ein anderes nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu ahnendes Verbrechen oder Vergehen übergehen sollte.

Art. 134. (G. —; R. 89.)

Nach geschlossener Verhandlung bestimmt das Gericht den Zeitpunkt, wann das Urtheil verkündet werden wird.

Die Verathung und Abstimmung des Gerichts ist geheim.

Der Vorsitzende leitet die Verathung und Abstimmung. Letztere geschieht in der Art, daß die dem Dienstalter nach jüngeren Mitglieder vor den älteren stimmen. Der Vorsitzende stimmt zuletzt.

Die Entscheidung geschieht nach absoluter Stimmenmehrheit. Theilen sich die Stimmen in mehrere Meinungen, von denen keine die absolute Mehrheit für sich hat, so werden die dem Angeschuldigten nachtheiligsten Stimmen den nächstfolgenden minder nachtheiligen so lange bei-

gezählt, bis sich hinsichtlich der Zahl aller Stimmenden eine absolute Mehrheit ergibt.

Das geschöpfte Erkenntniß ist mit Entscheidungsgründen versehen niederzuschreiben und vom Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung zu verkünden. Es wird in der Reinschrift vom Vorsitzenden, sämmtlichen Gerichtsmitgliedern und dem Protokollführer unterzeichnet.

Der Protokollführer hat außerdem ein Sitzungsprotokoll aufzunehmen, das von ihm und dem Vorsitzenden unterzeichnet wird.

Art. 135. (E. —; R. 90.)

Wird die Nichtigkeitsbeschwerde eines bloß zu einer Vergehens- oder Uebertretungsstrafe Verurtheilten als unzulässig oder unbegründet verworfen, so kann derselbe zugleich zu einer Geldstrafe bis zu hundert Gulden und im Falle der Unvermögenheit zu einer Arreststrafe bis zu dreißig Tagen verurtheilt werden<sup>1)</sup>.

1. „kann . . . verurtheilt werden.“ — Diese Bestimmung wurde als anwendbar besonders für jene Fälle bezeichnet, wenn der Angeeschuldigte einen Nichtigkeitsgrund nicht bezeichnet und auch der Kassationshof einen solchen nicht gefunden hat (A. P. 304).

Art. 136. (E. —; R. 91.)

Findet der Gerichtshof die angebrachte Nichtigkeitsbeschwerde begründet, so wird das ausgegriffene Urtheil entweder seinem ganzen Inhalte nach oder, insofern sich die Nichtigkeit nur auf die eine oder die andere der darin enthaltenen Verfügungen beschränkt, theilweise vernichtet und nach Verschiedenheit der Fälle in Gemäßheit der in den folgenden Artikeln enthaltenen Vorschriften weiter verfahren.

Art. 137. (E. —; R. 92.)

Wird ein Beschluß eines Verweisungsrenates vernichtet,

so ist je nach Verschiedenheit der Fälle in folgender Weise zu verfahren:

- 1) Erfolgt die Vernichtung, weil der Beschluß auf einer unrichtigen Anwendung des Gesetzes bezüglich der Eigenschaft der That beruht oder die Voruntersuchung in einem Falle, in welchem sie nur auf Antrag des Beschädigten eröffnet werden konnte, von Amtswegen eingeleitet wurde, so erläßt der Gerichtshof zugleich die geeignete Verfügung auf die Voruntersuchung.
- 2) Wird der Beschluß als formell nichtig, z. B. weil er ohne vorherige Vernehmung des Staatsanwalts erlassen wurde, der Verweisungssenat nicht gehörig besetzt war u. dgl., aufgehoben, so wird die Sache an das nämliche Gericht, welches den aufgehobenen Beschluß gefaßt hat, zur wiederholten Beschlußfassung unter Beobachtung der dafür bestehenden gesetzlichen Vorschriften zurückverwiesen. In diesem Falle können zu dem wiederholten Beschlusse ausnahmsweise die nämlichen Richter mitwirken, welche den ersten Beschluß gefaßt haben.
- 3) Wird der Beschluß vernichtet, weil das Appellationsgericht nicht zuständig war, so wird die Sache an das zuständige Gericht verwiesen.
- 4) Liegt der Grund der Vernichtung darin, daß die Sache an ein hiefür nicht zuständiges Gericht verwiesen wurde, so spricht der Gerichtshof mit der Vernichtung zugleich selbst die richtige Verweisung aus.

#### Art. 138. (C. — ; A. 98.)

Wird ein von einem Schwurgerichte erlassenes Urtheil vernichtet, so ist nach Verschiedenheit der Fälle also zu verfahren:

- 1) Erfolgt die Vernichtung, weil eine wesentliche Förmlichkeit ehe die Geschworenen ihren Wahrspruch abgegeben haben oder durch den Wahrspruch selbst verletzt wurde, so wird die ganze Verhandlung vernichtet und



die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Aburtheilung an das nämliche oder ein anderes Schwurgericht verwiesen. In das neu zu bildende Schwurgericht kann kein Geschworener eintreten, welcher Mitglied des früheren Schwurgerichts war, und auch der Schwurgerichtshof kann nur aus solchen Richtern bestehen, welche an der vorigen Aburtheilung keinen Theil genommen haben. Nöthigenfalls können Mitglieder des Appellationsgerichtes zur Bildung des Schwurgerichtshofes abgeordnet werden. Die neue Verhandlung findet auf den Grund des Verweisungserkenntnisses und der früheren Akte statt.

- 2) Ist dagegen die Formverletzung, wegen welcher die Vernichtung stattfindet, erst nach erfolgtem Wahrspruche der Geschworenen erfolgt, so wird nur das Urtheil des Schwurgerichtshofes vernichtet und die frühere Verhandlung mit Einschluss des Wahrspruches der Geschworenen aufrecht erhalten. In diesem Falle wird die Sache an die nächste Schwurgerichtssitzung desselben oder eines anderen Appellationsgerichtsbezirkes verwiesen, woselbst der Schwurgerichtshof auf den Grund des von den Geschworenen abgegebenen Wahrspruches und nachdem zuvor der Staatsanwalt, der Angeklagte und sein Verteidiger mit ihren Erklärungen gehört worden sind, ein neues Urtheil zu erlassen hat. Auch in diesem Falle kann der Schwurgerichtshof nur aus solchen Richtern bestehen, welche an der ersten Aburtheilung keinen Theil genommen haben, und es können nöthigenfalls Mitglieder des Appellationsgerichtes zur Bildung des Schwurgerichtshofes abgeordnet werden.

- 3) Geschieht die Vernichtung des Urtheils wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes und ist der Gerichtshof der Ansicht, daß die That, wegen welcher die Verurtheilung erfolgte, durch kein Strafgesetz verboten sei, so hat es bei der Vernichtung des Urtheils ohne weitere Verweisung der Sache sein Bewenden, und

der Gerichtshof spricht zugleich die Freisprechung des Angeklagten aus.

- 4) Wird aber das Urtheil des Schwurgerichtshofes um deswillen vernichtet, weil der Angeklagte zu einer anderen als der gesetzlichen Strafe verurtheilt oder weil mit Unrecht ausgesprochen wurde, daß die Handlung durch kein Strafgesetz verboten sei, so wird bezüglich der Verweisung und weiteren Aburtheilung der Sache nach den unter Ziff. 2 gegebenen Vorschriften verfahren.

Art. 139. (G. —; R. 94.)

Wird ein von einem Appellationsgerichte oder ein von einem Bezirksgerichte als Berufungsinstanz für Uebertretungsfachen erlassenes Urtheil vernichtet, so findet in dem in Ziff. 3 des vorhergehenden Artikels vorgesehenen Falle die daselbst gegebene Vorschrift Anwendung. In allen anderen Fällen wird die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Aburtheilung entweder an das nämliche oder an ein anderes Appellations- oder Bezirksgericht verwiesen. Bei der neuerlichen Verhandlung und Aburtheilung kann kein Richter mitwirken, welcher zu dem ersten Urtheile mitgewirkt hat.

Art. 140. (G. —; R. 95.)

Wird, nachdem ein Urtheil wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes vernichtet worden ist, von dem Gerichte, an welches die Sache zurückerwiesen wurde, auf eine mit dem vorigen Urtheile übereinstimmende Weise erkannt und hierauf das neue Urtheil aus denselben Gründen, wie das frühere, mit der Richtigkeitsbeschwerde angegriffen, so hat das Oberappellationsgericht in seiner Plenarversammlung über dieselbe zu entscheiden.

Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen

der vorhergehenden Artikel. Was daselbst bezüglich des Senatsvorstandes gesagt ist, gilt in diesem Falle von dem Präsidenten des Oberappellationsgerichtes.

Wird das zweite Urtheil aus denselben Gründen wie das erste vernichtet, so ist die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Aburtheilung an ein anderes, dem Gerichte, dessen Urtheil vernichtet worden ist, gleichgestelltes Gericht, das noch nicht in der Sache geurtheilt hat, zu verweisen und daselbe hat sodann die Rechtsansicht des Oberappellationsgerichtes seiner Entscheidung zu Grunde zu legen.

Art. 141. (G. —; R. 96.)

Hat dagegen das Gericht, an welches die Sache nach der Vernichtung des ersten Urtheils verwiesen wurde, sein Urtheil in Uebereinstimmung mit der vom Kassationshofe ausgesprochenen Rechtsansicht abgegeben, so kann über denselben Punkt von keiner Seite eine weitere Nichtigkeitsbeschwerde erhoben werden.

Art. 142. (G. —; R. 97.)

Sowohl in den Fällen der Art. 138 und 139 als auch in jenen des Art. 140 findet jedoch die Verweisung einer zur Zuständigkeit der pfälzischen Gerichte gehörigen Sache an ein Gericht des diesseitigen Bayerns nicht statt. Reicht das nicht verhinderte Personal zur Bildung des Schwurgerichtshofes oder des appellationsgerichtlichen Senates nicht aus, so hat der Präsident des Appellationsgerichtes den Schwurgerichtshof beziehungsweise den Senat durch Beiziehung von Präsidenten oder Richtern der nicht betheiligten Bezirkegerichte zu ergänzen.

## Art. 143. (E. —; R. 98.)

Hat weder der Angeeschuldigte noch ein Vertreter derselben der öffentlichen Verhandlung am Kassationshofe beigewohnt, so ist das Urtheil dem Angeeschuldigten in Abschrift zuzustellen<sup>1)</sup>.

1. Als selbstverständlich wurde anerkannt, daß auch außer dem Falle dieses Artikels der Angeeschuldigte, sowie dessen Verteidiger jederzeit berechtigt sei, zu verlangen, daß ihm zu seine Kosten eine Abschrift des ergangenen Urtheils zugefertigt werde (A. P. 306 und 464).

## Art. 144. (E. —; R. 99.)

Was in den vorhergehenden Artikeln bezüglich des Angeeschuldigten bestimmt ist, findet im Allgemeinen auch auf den etwa aufgetretenen Zivilkläger Anwendung. Wird eine von dem Letzteren eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde als unzulässig oder unbegründet verworfen, so kann er zugleich in die in Art. 135 angegebenen Strafen, und zwar selbst in einem Verbrechensfalle, verurtheilt werden.

## Art. 145. (E. —; R. 100.)

In den Fällen, in welchen nach den Gesetzen Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes zulässig ist, richtet sich die Verhandlung und Entscheidung nach den in den vorhergehenden Artikeln aufgeführten Vorschriften mit denjenigen Beschränkungen, welche sich aus dem Umstande ergeben, daß der Angeeschuldigte sich bei der Verhandlung nicht zu betheiligen hat.

Findet der Gerichtshof die zur Wahrung des Gesetzes aufgestellte Beschwerde begründet, so erläßt er seinen Ausspruch dahin, daß in der vorwürfigen Strafsache durch

das gepflogene Verfahren, beziehungsweise durch das erlassene Urtheil das Gesetz verletzt worden sei.

Art. 146. (G. —; R. 101.)

Die in den Bestimmungen des zweiten Buches Titel III. Hauptstück 3, Titel IV. Hauptstück 3 und Titel V. Hauptstück 2 des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches begründete Zuständigkeit des Kassationshofes geht an das Oberappellationsgericht beziehungsweise den nach Art. 123 bei diesem Gerichte für Strafsachen bestehenden Senat über. Die nach Art. 542 des angeführten Gesetzbuches zulässige Verweisung einer Strafsache an ein anderes, als das nach den allgemeinen Bestimmungen hiefür zuständige Gericht kann jedoch, falls sie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geschehen soll, nur durch einen Plenarbeschluß des Oberappellationsgerichts verfügt werden.

Art. 147. (G. —; R. 102.)

Alle dormalen bestehenden Gesetze und Verordnungen, welche mit den Bestimmungen der Art. 122—146 im Widerspruche stehen, sind, soweit dieses der Fall ist, aufgehoben. Insbesondere sind die abweichenden Bestimmungen des Gesetzes vom 25. August 1843, die Kompetenz des Kassationshofes für die Pfalz als Revisionsgericht betreffend, dann die Art. 419—421 des in der Pfalz geltenden Strafprozeßgesetzbuches, sowie die Bestimmung des Art. 436 dieses Gesetzbuches bezüglich der Geldstrafe, in welche die Civilpartei dem Staate gegenüber verurtheilt werden soll, aufgehoben.

Schlußbestimmung.

Art. 148. (G. 38; R. 103.)

Das gegenwärtige Gesetz tritt am nämlichen Tage

mit dem Strafgesetzbuche und dem Polizeistrafgesetzbuche in Kraft.

Gegeben Berchtesgaden, den 10. November 1861.

(gez.) Max.

Frhr. v. Ehrenf. v. Zuehl. v. Neumahr.  
Frhr. v. Mulzer. v. Pfeufer. v. Spies.

Nach dem Befehle Seiner Majestät  
des Königs:

der Generalsekretär des  
Staatsrathes,  
Seb. v. Kobell.

II.

**G e s e t z,**

die Aufhebung der Straffolgen betreffend,

mit Vollzugsverordnung.

...and the ...



# G e s e z,

die Aufhebung der Straffolgen betr.

Maximilian II. u. K.

Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Weirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten und in Ansehung der Art. 1 und 2 unter Beobachtung der im Titel X §. 7 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen<sup>1)</sup> beschlossen und verordnen was folgt:

1. „unter Beobachtung der im Tit. X §. 7 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen“ —, weil durch die Art. 1 und 2 des Gesetzes der Inhalt bestehender Verfassungsgesetze, insbesondere die Art. 5, 6 und 7 des Gesetzes vom 4. Juni 1848 über die Wahl der Landtagsabgeordneten und §. 17 des V. Ediktes über den Adel theilweise modificirt werden. (Berh. d. R. d. Abg. v. 1859–61, Beil. Bd. IV. S. 443, V. S. 86; Sten. Ber. Bd. I. S. 412; Verhandl. d. R. d. K. K. Beil. Bd. II. S. 13, Prot. Bd. I. S. 454.)

## Art. 1.

Die Wiedereinführung eines wegen Verbrechen oder Vergehens Verurtheilten<sup>1)</sup> in die bürgerlichen oder politischen Rechte, welche er in Folge<sup>2)</sup> der rechtskräftigen Verurtheilung<sup>3)</sup> gemäß der hierüber im Strafgesetzbuche

oder in anderen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen verloren hat, kann durch königliche Gnade gewährt werden.

1. „eines . . . Verurtheilten.“ — Die Wohlthat des Gesetzes wird auch denjenigen Personen zu Theil, welche unter den früheren Gesetzen zu solchen Strafen verurtheilt wurden, die den Verlust der bürgerlichen oder politischen Rechte zur Folge haben. (Verhandl. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Beil. Bd. V, S. 86.)

2. „in Folge.“ — Also nur, wenn der Verlust Straffolge war. Die im Art. XII. des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, enthaltenen Bestimmungen werden durch das gegenwärtige Gesetz selbstverständlich nicht berührt, da die im Art. 9 des genannten Gesetzes aufgezählten Kategorien der Amtsenthebung nicht den Charakter von Straffolgen, sondern den von selbstständigen Strafen an sich tragen. (Verh. d. R. d. Abg. v. 1859 bis 1861. Beil. Bd. IV, S. 444.)

3. „rechtskräftigen Verurtheilung.“ — Hierunter sind alle jene Urtheile verstanden, gegen welche nach den bestehenden Prozeßgesetzen ein ordentliches Rechtsmittel nicht mehr Platz greift. Hiernach findet also namentlich zu Gunsten eines im Ungehorsamsverfahren Verurtheilten die Rehabilitation nicht statt. (Verhandl. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Beil. Bd. IV, S. 444.)

## Art. 2.

Von dem Tage der Eröffnung des f. Begnadigungs-rescriptes an tritt der Verurtheilte in alle durch die Verurtheilung verlorenen Rechte<sup>1)</sup> wieder ein, soweit nicht das Rescript eine Beschränkung verfügt.

Mit diesem Wiedereintritte ist jedoch ein Rechtsanspruch auf Wiedererlangung der in Folge des Strafurtheils verlorenen Ämter, Dienste, Würden und Auszeichnungen und der von solchen abhängenden oder aus dem früheren Besitze derselben herrührenden Rechte, ferner auf Wiedererlangung confiscirter oder zur Unterdrückung oder Vernichtung bestimmter Gegenstände oder eingezogener Gewerbe- und ähnlicher besonderer Rechte, endlich auf Wiedererlangung des Adels und der davon abhängenden Rechte nicht verbunden.

1. „in alle . . . Rechte.“ — Der Rehabilitirte tritt in alle jene po-

stischen und bürgerlichen Rechte wieder ein, welche allgemeiner Natur sind, d. h. welche beim Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Vorbedingungen jedem Staatsbürger oder Staatsangehörigen zustehen. (Verb. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Feil. Bd. IV. S. 444.) Die Rehabilitation hat also nicht zum Gegenstand die Wiedereinsetzung in alle, wegen einer im Gesetze bezeichneten strafbaren That durch rechtskräftige Verurtheilung verwirkte Rechte, sondern nur den Zweck, die aufgehobene persönliche Fähigkeit des Verurtheilten, solche Rechte wieder zu erlangen, in der Art wieder herzustellen, daß ihm, nach gewährter Rehabilitation, solche Rechte entweder Kraft des Gesetzes, oder durch besondere Akte für die Zukunft verliehen werden können. (Ver. andl. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Feil. Bd. V. S. 86; Ver. andl. d. R. d. R. v. 1859—61, Feil. Bd. II. S. 15).

### Art. 3.

Ein von dem Könige abgewiesenes<sup>1)</sup> Gesuch<sup>2)</sup> um Wiedereinsetzung kann erst nach Ablauf von drei Jahren, von dem Tage der abweisenden Entscheidung an gerechnet, erneuert werden.

1. „abgewiesenes.“ — Was vom Rechte auf Erneuerung eines im Ganzen oder theilweise abweislich beschiedenen Rehabilitationsgesuches hier gesagt ist, gilt selbstverständlich auch von einem Gesuche, welches nur eine theilweise Verurtheilung gesunden hat, bezüglich der nicht zurückgegebenen Rechte oder Würden. (Verb. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Feil. Bd. V. S. 85 u. 89; Verb. d. R. d. R. v. 1859—61, Feil. Bd. II. S. 19.)

2. „Ein . . . Gesuch.“ — Dem Rechte der Krone dagegen, zu jeder Zeit, also auch vor Ablauf des nur den Verurtheilten beschränkenden Termins, demselben aus freiem Ermessen Gnade zu ertheilen, wollte keinerlei Schranke gelegt werden. (Verb. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Feil. Bd. V. S. 87 und 89, Sen. Ver. Bd. I. S. 413; Verb. d. R. d. R. v. 1859—61, Feil. Bd. II. S. 16 u. 19, Prot. Bd. I. S. 456.)

### Art. 4.

Das gegenwärtige Gesetz tritt im ganzen Umfange des Königreichs mit dem Tage seiner Bekanntmachung durch das Gesetzblatt<sup>1)</sup>, — beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz — in Wirksamkeit. Mit dem näm-

lichen Tage verlieren die Art. 619—634 der pfälzischen  
Strafprozeßordnung ihre Geltung.

1. „mit dem Tage seiner Bekanntmachung durch das Gesetz-  
blatt“ — d. i. 15 Juli 1861. (Ges. Bl. v. 1859—61 Nr. 3, S. 9.)

Gegeben München, den 10. Juli 1861.

Max.

Frhr. v. Schrenk. v. Zwohl. v. Neumayr.  
Frhr. v. Mulzer. v. Pfeufer. v. Spies.

Nach dem Befehle Seiner Majestät  
des Königs:

des Generalsekretär des  
Staatsrathes,  
Seb. v. Kobell.

## **Königliche Allerhöchste Verordnung,**

den Vollzug des Gesetzes vom 10. Juli 1861, die Aufhebung  
der Straffolgen betreffend.

Maximilian II. k. k.

Wir finden Uns allergnädigst bewogen, zum Vollzuge des  
Gesetzes vom 10. Juli 1861, die Aufhebung der Straffolgen be-  
treffend, zu verordnen, was folgt:

### **§. 1.**

Gesuche um Wiedereinsetzung eines wegen Verbrechens oder  
Vergehens Verurtheilten in die bürgerlichen oder politischen Rechte,  
welche er in Folge der rechtskräftigen Verurtheilung gemäß der hier-  
über im Strafgesetzbuche oder in anderen Gesetzen enthaltenen Be-  
stimmungen verloren hat, sind, — insoferne dieselben nicht unmit-  
telbar an Uns vorgelegt werden wollen, — in den Landestheilen  
diesseits des Rheines bei dem Oberstaatsanwälte, — in dem Re-  
gierungsbezirke der Pfalz bei dem Generalstaatsprocurator — des  
Appellationsgerichtes einzureichen, in dessen Bezirke der Verurtheilte  
seinen Wohnsitz hat.

### **§. 2.**

Der Oberstaatsanwalt, beziehungsweise der Generalstaatspro-  
curator, hat sofort die zur Würdigung des Gesuches erforderlichen  
Erhebungen, insbesondere bezüglich der von dem Gesuchsteller seit  
seiner Verurtheilung an den Tag gelegten Aufführung zu pflegen  
und hienach über das Gesuch in geheimer Sitzung eines aus fünf  
Mitgliedern zusammengesetzten appellationsgerichtlichen Senates An-  
trag zu stellen.

## §. 3.

Der Senat hat über das Gesuch — nöthigenfalls nach vorgängiger Ergänzung der thatsächlichen Erhebung — ein mit Gründen versehenes Gutachten abzugeben, welches durch den Oberstaatsanwalt, beziehungsweise den Generalstaatsprocurator, dem Staatsminister der Justiz vorzulegen ist.

## §. 4.

Gesuche um Wiedereinsetzung eines Verurtheilten in verlorene bürgerliche oder politische Rechte werden von Uns auf Vortrag des Staatsministers der Justiz beschieden.

## §. 5.

Wenn durch ein von Uns erlassenes Vergnabigungsrescript die ganze oder theilweise Wiedereinsetzung ausgesprochen ist, so hat der Oberstaatsanwalt, beziehungsweise der Generalstaatsprocurator, die Eröffnung des allerhöchsten Rescriptes an den Verurtheilten durch das Gericht des Wohnsitzes desselben ungesäumt zu veranlassen, und gleichzeitig dem Appellationsgerichte und der betreffenden Regierung, Kammer des Innern, eine beglaubigte Abschrift des allerhöchsten Rescriptes mitzutheilen.

Gegenwärtige Verordnung ist durch das Regierungsblatt und durch das Amtsblatt der Pfalz zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Gegeben zu Hohen schwangau, den 4. September 1861.

Max.

Frhr. v. Mülzer.

Auf Königlich Allerhöchsten Befehl:

der Generalsekretär,  
Ministerialrath  
Steyer.

(Regierungsblatt v. 1861, Nr. 38, S. 689 ff.)

### III.

## Gesetz,

den Vollzug der Freiheitsstrafen durch Einzelnhaft betreffend.

1877

1877



## G e s e t z,

den Vollzug der Freiheitsstrafen durch Einzelhaft betreffend.

Maximilian II. k. k.

Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

### Art. 1.

An Mannspersonen, welche zu einer die Dauer von zwei Monaten, aber nicht die von fünf Jahren übersteigenden Gefängnißstrafe verurtheilt sind, ist diese Strafe<sup>1)</sup> mittelst Einzelhaft in den zu diesem Behufe herzustellenden Zellengefängnissen, soweit es der Raum derselben gestattet und keiner der im Art. 2 bezeichneten Hinderungsgründe entgegensteht, nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes zu vollziehen.

1. „diese Strafe.“ — Der Ref. d. R. d. Abg. bemerkte — ehe noch Art. 8 eingelegt worden war — als selbstverständlich, daß aus der Einzelhaft, wenn nicht Ausnahmen obwalten, ein Uebergang in die gemeinsame Haft nicht stattfinden, sondern daß dieselbe (natürlich vorbehaltlich der Art. 7, 8, 9 und 14, Abs. 3) vollständig in der Zelle vollzogen werde. (Verhandl. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Bd. VII S. 63.)

Einführungsgesetz. 2. Aufl.

## Art. 2.

Nicht geeignet zur Aufnahme in die Zellengefängnisse sind Sträflinge, welche das sechzigste Lebensjahr bereits zurückgelegt haben oder während der Erstehung der gegen sie erkannten Gefängnißstrafe zurücklegen würden, desgleichen diejenigen, welche nach ihrer körperlichen oder geistigen Beschaffenheit zur Ertragung der Einzelhaft nicht befähigt erscheinen, endlich diejenigen, welche kraft des Gesetzes oder nach Inhalt des Strafurtheils die gegen sie erkannte Gefängnißstrafe in einem Bezirkegerichtsgefängnisse, im Zuchthause, in einer Festung oder in einer Gefangenanstalt für jugendliche Personen (Art. 18 Abs. 2 und 3, Art. 21<sup>1</sup>) und Art. 80 des Strafgesetzbuches) zu erstehen haben.

1. „Art. 21.“ — So heißt es wenigstens im Gesetzblatte. Es ist indeß wohl zweifellos der Art. 19 des Strafgesetzbuches gemeint, welcher im Entwurfe Art. 21 war und vom Strafvollzuge in einer Festung handelt.

## Art. 3.

Jeder zur Einzelhaft bestimmte Sträfling wird getrennt von aller Gemeinschaft mit andern Sträflingen in einer besonderen Zelle verwahrt, die er — vorbehaltlich der Bestimmungen der Art. 8 und 9 — nur während derjenigen Zeit verlassen darf, welche für die tägliche Bewegung im Freien, für den Gottesdienst und Unterricht oder für einzelne ausnahmsweise außerhalb der Zelle vorzunehmende Arbeiten oder sonstige Verrichtungen erforderlich ist.

## Art. 4.

Die Sträflinge werden in ihren Zellen angemessen beschäftigt und zu diesem Behufe wenn nöthig, in einem Gewerbe oder in sonstiger Handarbeit, welche ihnen nach ihrer Entlassung aus der Strafanstalt zu ihrem Fortkommen in der bürgerlichen Gesellschaft dienlich sein kann, unterrichtet. Sie werden zum Gottesdienste und,

soweit sie des Schulunterrichtes bedürfen, zur Schule angehalten.

Art. 5.

Jeder Sträfling ist in seiner Zelle von den bei der Strafanstalt angestellten Personen, insbesondere von dem Vorstande, dem Geistlichen, dem Arzte und Lehrer, öfters<sup>1)</sup> zu besuchen<sup>2)</sup>.

1. „öfters.“ — Die Zahl der Besuche zu bestimmen, wurde der Vorstandschaft der Anstalt anheimgegeben. (Verh. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Beil. Vb. VII. S. 64.)

2. „ist . . . zu besuchen.“ — Eine Vorschrift, daß der Gefangene sich den Besuch von Personen, die nicht bei der Anstalt angestellt sind, noch sonst im öffentlichen Interesse zum Besuche die Ermächtigung erhalten haben, verbitten könne, wurde nicht gegeben; vielmehr wurde die Bestimmung hierüber der Vorstandschaft der Anstalt überlassen, welche zu bemessen im Stande sein werde, inwieweit solche Besuche dem Zwecke förderlich seien und welche im Zweifel den Widerwillen des Gefangenen wohl höher anschlagen werde, als eine unbedingte Kengier. (Verhandl. d. R. d. Abg. v. 1859 — 61, Beil. Vb. VII. S. 64.)

Art. 6.

Die Zeit der täglichen Bewegung im Freien beträgt für jeden Sträfling wenigstens eine Stunde einschläffig des für das Hin- und Zurückführen erforderlichen Zeitaufwandes.

Art. 7.

Die Bewegung der Sträflinge im Freien<sup>1)</sup> ist so einzurichten, daß dieselben nicht miteinander in Verührung kommen.

Das Gleiche ist, soweit thunlich, zu beobachten, wenn der Sträfling ausnahmsweise zu einzelnen Arbeiten außerhalb der Zelle<sup>2)</sup> verwendet wird.

1. „Die Bewegung der Sträflinge im Freien“. — Der G.

sagte: „Die Theilnahme des Sträflings am Gottesdienste und an der Schule, sowie seine Bewegung im Freien.“

Es wurde anerkannt, daß die vorgenommene Aenderung nicht in dem Sinne zu verstehen sei, als ob nunmehr beim Gottesdienste, in der Schule und bei einzelnen Arbeiten außerhalb der Zelle eine Gemeinschaft unter den Sträflingen gesetzlich statuiert werden wolle; vielmehr geht der Sinn der Aenderung nur dahin, es dem Vollzuge durch die l. Staatsregierung zu überlassen, wie am Zweckentsprechendsten die Theilnahme der Sträflinge am Gottesdienste und Schulunterrichte eingerichtet werden könne. (Verf. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Weil. Bd. VII. S. 64; Verf. d. R. d. R. R. v. 1859—61, Prot. Bd. III. S. 149.)

2. „Arbeiten außerhalb der Zelle“ — Es wurde anerkannt, daß darunter nicht eine fortlaufende Arbeit zu verstehen ist, sondern nur einzelne häusliche Dienste, welche durch die Gefangenen vorgenommen werden können. (Verf. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Weil. Bd. VII. S. 64.)

#### Art. 8.

Diejenigen Sträflinge, welche ein Jahr Einzelhaft erstanden und Beweise von Besserung gegeben haben, können, soweit es die Verhältnisse gestatten und auf die Dauer ihres Wohlverhaltens, zur Arbeit in Gemeinschaft mit andern Sträflingen<sup>1)</sup> verwendet werden. Hierbei ist auf sorgfältige Auswahl<sup>2)</sup> der gemeinschaftlich zu beschäftigenden Sträflinge Bedacht zu nehmen.

1. „zur Arbeit in Gemeinschaft mit andern Sträflingen.“ — Hiemit wollte der Abg. Dr. Weiss, auf dessen Antrag Art. 8 ins Gesetz kam, nicht beabsichtigen, daß der Sträfling unter den angegebenen Voraussetzungen aus dem Zellengefängnisse versetzt und in eine andere Strafanstalt gebracht werde, die nach dem Principe der gemeinsamen Haft eingerichtet ist. Der Sträfling soll vielmehr in dem Zellengefängnisse verbleiben, er soll während der ganzen Zeit, in welcher er nicht zur Arbeit verwendet wird, in seiner Zelle bleiben und den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes unterworfen sein; er soll namentlich Nachts allein sein, alle freie Zeit, die Sonn- und Feiertage, an welchen nicht gearbeitet wird, in seiner Zelle zubringen müssen und nur während der Arbeit gemeinschaftlich mit andern Sträflingen verwendet werden können. (Verf. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Sten. Ber. Bd. III. S. 142.)

2. „sorgfältige Auswahl“ — Durch den Schlußsatz des Artikels wollte der Antragsteller für den Vollzug einen Fingerzeig geben, damit die Auswahl nicht blos nach der Fähigkeit der Sträflinge, gewisse Arbeiten gemeinsam zu verrichten, sondern vorzugeweiße mit Rücksicht auf den sittlichen Zustand der-

selben vorgenommen werde. (Verf. d. R. d. Abg. v. 1859—61, Sten. Ber. Bd. III. S. 110.)

#### Art. 9.

Muß aus Rücksicht auf den körperlichen oder geistigen Gesundheitszustand eines Sträflings die Einzelhaft nach ärztlichem Gutachten für eine Zeit lang unterbrochen werden, so finden für diese Zeit die Vorschriften des Art. 3 auf denselben keine Anwendung. Er ist in das für solche Fälle bestimmte gemeinsame Haft- oder Krankenlokal zu verbringen und dort bis zu seiner Wiederherstellung oder definitiven Entfernung aus der Anstalt (Art. 11) in geeignete Behandlung zu nehmen.

#### Art. 10.

Soweit in den Art. 3—9 nicht besondere Bestimmungen gegeben sind, richtet sich die Behandlung der Sträflinge nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und der durch das Regierungsblatt, beziehungsweise in dem Amtsblatte der Pfalz, zu veröffentlichen Hausordnung<sup>1)</sup>.

1. „Hausordnung.“ — Der Hausordnung wurden insbesondere auch die etwa nöthig scheinenden Bestimmungen über Zusammenlegung und Wirkungsbereich der für jedes Zellengefängniß zu bestellenden Aufsichtskommissionen vorbehalten. (Verf. d. R. d. Abg. v. 1859 61, Beil. Bd. VI. S. 164.)

#### Art. 11.

Ergibt sich während des Strafvollzuges, daß ein Sträfling aus Rücksicht auf seine Körpers- oder Geistesbeschaffenheit sich zur Ersetzung der Einzelhaft nicht mehr eigne, so ist derselbe, wenn nicht seine Verbringung in eine Heilanstalt geboten erscheint, sofort zur Ersetzung des

Restes seiner Strafzeit in eine für gemeinsame Haft eingerichtete Gefangenanstalt abzuliefern.

Die hierauf bezügliche Anordnung wird auf Bericht des Vorstandes des Zellengefängnisses und nach erholtem ärztlichen Gutachten durch das Staatsministerium der Justiz erlassen, vorbehaltlich der Befugniß des genannten Vorstandes, die im Art. 9 bezeichneten Maßregeln einstweilen vorzuziehen.

#### Art. 12.

Die in Einzelhaft erstandene Strafzeit ist dem Sträfling an der ihm zuerkannten Strafe in dem Verhältnisse anzurechnen, daß zwei Tage Einzelhaft drei Tagen gewöhnlicher Strafzeit gleichgeachtet werden. Doch findet dieß keine Anwendung auf die ersten sechs Monate der Einzelhaft, welche dem Sträflinge lediglich so angerechnet werden, als hätte er sie in gewöhnlicher Strafhast erstanden.

Die Zeit, während welcher ein Sträfling in Folge der Bestimmung des Artikel 8 zu gemeinsamer Arbeit verwendet wird, oder der im Artikel 9 vorgeschriebenen Behandlung unterliegt, wird als in Einzelhaft erstanden betrachtet.

#### Art. 13.

Die Auswahl der in die Zellengefängnisse abzuliefern den Sträflinge aus der Zahl der hierzu geeigneten Personen (Artikel 1 und 2) hat nach Maßgabe der vom Staatsministerium der Justiz hierüber zu erlassenden Vorschriften zu geschehen.

Sträflinge, die bereits einen Theil ihrer Strafe anderweitig erstanden haben, können nur dann in ein Zellen-

gefängniß verbracht werden, wenn die noch zu erstehende Strafzeit mindestens zwei Monate beträgt.

#### Art. 14.

Auch in den nicht als Zellengefängnisse eingerichteten Strafanstalten ist je nach Thunlichkeit und Bedürfnis für die Herstellung einer entsprechenden Anzahl von Einzelhaftlokalen Sorge zu tragen.

In diesen Haftlokalen können die Strafgefangenen ohne Unterschied des Geschlechtes bei ihrem Eintritte in die Anstalt einer Einzelhaft bis zur Dauer von sechs Monaten unterworfen werden, wenn die Behörde der betreffenden Anstalt solches für dienlich erachtet, und der körperliche und geistige Zustand des Sträflings hiezu geeignet erscheint.

Unter gleicher Voraussetzung kann diese Einzelhaft auch auf längere Dauer und selbst auf die ganze Strafzeit erstreckt werden, wenn und solange der Sträfling selbst sich hiemit einverstanden erklärt.

Eine solche Einzelhaft schließt die Vereinigung der Sträflinge bei der Bewegung im Freien nicht aus.

Die im Art. 12 bezeichnete Abkürzung der Strafzeit ist mit ihr nicht verbunden.

Im Uebrigen richtet sich die Behandlung solcher Sträflinge nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes.

#### Art. 15.

Der Zeitpunkt, mit welchem die in den Art. 1—13 des gegenwärtigen, für den ganzen Umfang des Königreiches gültigen Gesetzes enthaltenen Bestimmungen in Anwendung zu treten haben, wird durch Anordnung des Staatsministeriums der Justiz bestimmt.

Die im Art. 14 enthaltene Vorschrift tritt mit dem

Tage der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes durch das Gesetzblatt<sup>1)</sup>, beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit.

1. „mit dem Tage der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes durch das Gesetzblatt“ — d. i. 23. Dezember 1861. (Ges. Bl. v. 1859/61 Nr. 17 S. 273—280.)

Gegeben Verchtesgaden, den 10. November 1861.

Mag.

Föhr. v. Schrenk. v. Zwehl. v. Neumayr.  
Föhr. v. Mülzer. v. Pfeufer. v. Spies.

Nach dem Befehle Seiner Majestät  
des Königs:

der Generalsekretär des  
Staatsraths,  
Seb. v. Kobell.



Karl Barth

**Sachregister.**

(Die bezeichneten arabischen Ziffern bedeuten die Seitenzahlen, und zwar, je nachdem I, II oder III vorgelegt ist, der Ausgabe

I des Strafgesetzbuches,

II des Polizeistrafgesetzbuches,

III des Verführungsgesetzes und der Gesetze über Aufhebung der Straffolgen und über Einzelhaft.)

**II.**

**Abbruch** sicherheitsgefährlicher Gebäude II. 139.

**Abglauben**, dessen Penetration zum Betrug I. 290.

**Abfall**, Verleitung von Militärpersonen oder Landwehrmännern hierzu I. 91.

**Abgaben** öffentliche, Verfüzung derselben durch Beamte I. 275.

**Abgründe**, deren Umgebung mit Geländern II. 109.

**Abhänge**, deren Umgebung mit Geländern II. 109.

**Abkömmlinge**, Unzucht mit denselben I. 152 ff.

— Vertuppelung derselben I. 159.

**Absfözung** der Polizeiaufsicht I. 85, II. 9.

— der Verwahrung in einer Polizeianstalt I. 86, II. 9.

— der Strafzeit durch Einzelhaft III. 118.

**Absatz** der Verführungsstrafe, siehe Verführung.

**Abhängen** anvertrauter Sachen I. 215.

— gesunder Sachen I. 218.

**Abkennung** des Rechtmäßigen gegen Mitglieder des Kassationshofes III. 89.

— Entscheidung darüber III. 90.

**Abkennung** des Zeugnisses, Folgen ungenügender Belehrung darüber I. 143, 145.

**Abkochen** der Arbeiter mit Waaren II. 155.

**Abweisung**, Verweigerung derselben II. 145.

**Abortmittel**, Kausalzusammenhang desselben mit der Abtreibung I. 181.

**Abreise** von Fremden, deren Anzeige II. 59.

**Abkristen** gelten nicht als Preßzeugnisse I. 15.

— der ort- und distriktpolizeilichen Vorschriften an die Kreisregierung einzulenden II. 24,

— der Kassationsurtheile, wann solche zuzustellen III. 100.

- Abkranzgewehre**, deren Verfertigung und Föhrung II. 52, 53.  
**Abficht**, verbrecherifche überhaupt I. 6, 14.  
 — hochverrätteriſche I. 79.  
 — zu beleidigen I. 194.  
**Abfonderung** der jugendlichen Sträflinge, I. 67.  
 kranker Thiere II. 92.  
**Abfperrungsmaßregeln** bei ansteckenden Krankheiten I. 184.  
 — bei Viehſtenchen I. 263.  
**Abfperrungsvorrichtungen** an Eifenbahnen, Bahnſtöſen &c. II. 113.  
**Abſtimmung** beim Kaſſationshoſe I. 94.  
**Abtreibung** der Leibesfrucht I. 180.  
**Abtritte**, deren Anlage und Errichtung II. 96.  
**Abtrittgruben**, deren Verwahrung II. 109.  
**Abwurfheilung** im Auslande, deren Wirkung I. 18, 38.  
 — von Aufſchlagsbetrugationen III. 35.  
**Abwägung**, deren Verweigerung II. 145.  
**Abwendung** beabſichtigter Verbrechen I. 49.  
**Abzeichen**, verbotene II. 44.  
**Abzüge**, unbefugte bei amtlichen Zahlungen I. 270.  
**Abzugsgräben** auf dem Felde, deren Schutz II. 177.  
**Aceſſiſſen**, deren Verleibigung I. 98, 196.  
 — deren Vergewaltigung und Bedrohung I. 104.  
**Adel**, Rettung eines beſetzten I. 251.  
**Adelgeräthſchaften**, deren Verſchleppung II. 177.  
**Adel**, deſſen Verluſt I. 29.  
 — bei Perſonen unter 16 Jahren I. 66.  
**Adhäsionsprozeß** im Nachdruckſachen, zuläſſig III. 12.  
**Administrative Zwangsvollſtreckung** II. 18 ff., III. 24 ff.  
**Adoptivktern** — kinder, deren Verſtrafung wegen Begünstigungshandlungen  
 I. 48, wegen unterlaſſener Verhinderung I. 49,  
 — deren Vergewaltigung und Bedrohung als Grund der Straflosig-  
 keit I. 54, 56, als Grund der Strafmilderung I. 165, 172.  
**Advocaten** ſiehe Anwälte.  
**Affekt** bei der Tödtung I. 165.  
 — bei der Körperverletzung I. 173.  
**Aſtermiethe**, deren Anzeige II. 61.  
**Agenten**, Aufſuchen von Forderungen durch dieſelben II. 156.  
 — für Auswanderung II. 37.  
 — für Brandverſicherung II. 130.  
**Nichtung** der Kanalschiffe II. 122.  
 — der Maße, Gewichte und Waagen II. 145.  
**Akten**, unbefugte Anwendung, Vernichtung, Unterſuchung I. 137.  
 — unbefugte Mittheilung I. 264.  
**Allgemeinſicht** iſt dem zur Feſchweide gegen Unterſuchungsbeſt Bevollmächtigten  
 nicht geſtattet III. 45.

- Aktenstücke** des Staates, Ver Rath derselben I 90.  
 — Fälschung derselben zur Verbergung der Amtsuntreue I 276.
- Aktien**, deren Fälschung I 137.  
 — Gebrauch falscher I 138.
- Aktiengesellschaften**, Unterschlagungen von Mitgliedern des Directoriums I 216.
- Alignement** in der Pfalz II 135.  
 — Aufhebung der bisherigen Bestimmungen III 5.
- Alimentationspflichtige** Verwandte haften für Kosten der Erziehungsanstalt I 64.
- Alarmschuß**, grundlos II 43.
- Alverbäume**, deren Entwendung I 211.
- Allgemeine** Bestimmungen des Strafgesetzbuches, deren Anwendung auf Polizeübertretungen II 21, des St. G. B. und des P. St. G. B. auf in anderen Gesetzen bedrohte strafbare Handlungen III 10, 16, 81.
- Alpenweide** II 178.
- Alter** des Täthlers oder des Beschädigten, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit I 64 ff.  
 — beim Mißbrauch zur Unacht I 150 ff.  
 — Unkenntniß des Alters der mißbrauchten Person I 163.
- Amnen** mit anstehenden Uebeln II 90.
- Amn**, Vernachlässigung I 99.  
 — Mißbrauch zur Verletzung der Sittlichkeit I 154.  
 — Mißbrauch zur Fälschung und Unterdrückung von Urkunden I 267.  
 — Mißbrauch zur Parteilichkeit I 270.  
 — Verlust desselben, der davon abhängigen Rechte und der Fähigkeit dazu I 29, bei ineblichen Personen I 66.  
 — Suspension I 31.
- Amthliche** Eigenschaft, deren Mißbrauch zu hochverrätherischen Zwecken I 81, deren betrügerische Ver Spiegelung I 231.  
 — Zeugnisse, deren Fälschung I 134.
- Amtsblatt** der Pfalz II 28.
- Amtschreibeileidigung** im Allgemeinen I 96 ff. 194, 196.  
 — an auswärtigen Beamten und Offizieren I 100.  
 — an Religionsdienern I 122.  
 — kann an Verstorbenen nicht begangen werden I 196.
- Amtsgehalt**, straflos: Mißbrauch derselben auf Befehl I 59.  
 — deren Mißbrauch zur Verhigung, 2. ebrückung oder Erpressung I 269.  
 — deren Mißbrauch zur Parteilichkeit I 270.  
 — deren Mißbrauch zum Eindringen in eine Wohnung I 274.  
 — deren Mißbrauch zur Mißhandlung von Gefangenen I 275.  
 — siehe auch Strafgewalt, Polizeigewalt.
- Amtspflicht**, deren Verletzung im Allgemeinen I 264.  
 — straflos: Verletzung derselben in Folge Fesels I 59.
- Amtsiegel**, unbefugte Fertigung und Gebrauch I 138.  
 — dessen Verletzung I 113.

- Amtsuntreue** I. 275.
- Amtsverschwiegenheit**, deren Verletzung I. 264.
- Änderung**, unbefugte des Geschlechtsnamens II. 40.
- Androhung** der Strafe als Vorbedingung ihrer Anerkennung II. 1. 25.  
— von Vollzugsmaßregeln II. 18.
- Anfeinanderhängen** von Wägen, Schlitten II. 106.
- Anerbieten** zu falschem Eide I. 141.
- Anfang** der Ausführung, wenn als Versuch strafbar I. 39.  
— als Vollendung strafbar beim Hochverrath I. 79.  
— der Weinsie, der Genendte II. 175.
- Anfertigung**, unerlaubte von Stempeln, Formen, Platten, Stichen &c. I. 129 — 139,  
— von Schlüssen II. 142.
- Anführer** beim Austrub I. 81 ff.  
— von Zusammenrottungen außer dem Fall des Hochverraths I. 86.  
— beim Aufstand I. 105, ff.  
— bei Störung des öffentlichen Friedens I. 1. 7 f.
- Angabe** falsche, siehe Aussage.
- Angehörige** von Beamten und Geschworenen, Ausnahme von Geschenken I. 266,  
— siehe Verwandte.
- Angeln**, unbefugtes I. 213.
- Angelkuldigte**, dessen Vorladung zum Kassationshofe III. 92.  
— ungeziemende Ausfälle desselben vor dem Kassationshofe III. 94.
- Angriffe** auf die Person des Königs I. 79, 80,  
— gegen einen anwärterigen Staat, dessen Oberhaupt I. 89,  
— auf Unverletzlichkeit des Königs, dessen Gewalt, Thronfolge, auf Regierungsform, Familie, Ehe, Eigenthum, auf einzelne Stände I. 92,  
— auf Gebäude oder Wohnungen I. 118,  
— auf Religions- und Eizenkire I. 121,  
— unzüchtige I. 156.  
— durch Falschmünze oder Geisteskrante auf Personen und Eigenthum II. 100.
- Anheften, Ankleben** von Bekanntmachungen an fremdem Eigenthum II. 50.
- Ankauf** der durch strafbare Handlung gewonnenen Sachen I. 47,  
— gedankter, gestohlener Sachen I. 24,  
— verdächtiger Gegenstände II. 141.
- Ankündigungen** von Privaten, deren unbefugte Ankündigung, Ausrufung, bössaste Vernichtung II. 50,  
— von Geldsammlungen II. 68,  
— von Lotterien &c. in öffentlichen Plätzen II. 76.  
— unerlaubte, von Heilmitteln &c. II. 87.
- Ankunft** von Fremden, deren Anzeige II. 59.
- Anlagen**, öffentliche, deren Verschönerung oder Zerstörung I. 219,  
— deren Erhaltung, Verlethre in denselben II. 119.

**Anlagen, deren Verunreinigung** II. 121.

**Annahme eines fremden Familienstandes** I. 197,

- öffentlicher Aemter, Dienste, Dienstzeichen I. 99,
- von Namen, Titeln, Orden II. 40,
- eines Strafrechts über Meister, Gefellen u. II. 164.

**Annahme, unberechtigte, fremder Kinder** II. 54,

- von Münzen, verbeigerter II. 140.

**Anordnungen polizeiliche, bei Ansammlung größerer Menschenmassen** II. 56.

- welche nicht unter Strafe gestellt sind II. 25, III. 29,
- siehe auch Vorschriften, Befehl.

**Anrechnung der Untersuchungshaft** I. 68, II. 13.

**Ansammlung größerer Menschenmassen** II. 56.

**Ansässigkeit, in wie weit sie von Untersuchungshaft befreit** III. 40.

**Anschlag, öffentlicher, gilt der Verleumdung durch die Presse gleich** I. 15, 161,

- von Lebensmitteltaten II. 150,
- des Verhandlungstages am Kassationshof III. 92.

**Anschläge, verbotene** II. 50,

- deren Vernichtung, Wegnahme oder Zerstörung II. 51.

**Ansehen der Obrigkeit, dessen Verletzung** I. 96.

**Anstalten, deren Schließung im Allgemeinen** II. 18, 19,

- für Bildung, Erziehung, Unterricht, insbesondere für Jungen, Turnen, Fechten, Schwimmen II. 79,
- unbefugte Errichtung von Privatpfeil-, Entbindungs-, Bade-Anstalten II. 94,
- für Feuerversicherung II. 129,
- für Reiten auf Pfländer, für Renten u. dgl. II. 144.

**Anstehende Uebel der Diensthoten u., deren Verheimlichung** II. 90.

- siehe auch Krankheiten.

**Anstehung, syphilistische, gilt als Verschätzung an der Gesundheit** I. 171.

**Anstifter, im Allgemeinen** I. 43, II. 10,

- beim Tödt II. 125.

**Anstiftung, erfolglose** I. 45.

**Anstreichen, gemeinheitsgefährliches von Wohnräumen** II. 93.

**Ansuchen um Einwilligung zur Ehe in der Pöbel** I. 279.

**Antrag auf Strafverfolgung, Frist dazu, Verzicht, Zurücknahme** I. 72,

- wann derselbe erforderlich I. 91, 95, 101, 119, 156, 157, 161, 174, 177, 189, 196, 198, 213, 217, 223, 234, 248, 252, III. 62.

**Antragdelikte, deren Verjährung** I. 76.

**Anwalt, Unterschlagung anvertrauter Gelder** I. 216;

- Verletzung von Geheimnissen I. 47,
- Verletzung der besonderen Berufspflichten I. 277,
- in wie weit sie als Beamte zu betrachten I. 282,
- in wie weit sie von Untersuchungshaft befreit sind III. 40,
- siehe auch Rechtsanwält.

**Anweisungen ohne Strafandrohung** II. 25, III. 29.

**Anwendung** der Strafgesetze, überhaupt I. 13 ff. II. 1 ff.

- auf Unterlassungen I. 14, II. 1,
- auf fahrlässige Rechtsverletzungen I. 14, 58, II. 11,
- auf im Auslande begangene strafbare Handlungen der Ausländer I. 16, 18, 38, II. 2,
- auf strafbare Handlungen der Ausländer I. 17, II. 2,
- Beschränkung durch Retorsion I. 20,
- der allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches auf Polizei-  
übertretungen II. 21, auf Spezialgesetze III. 10, 16, 31.
- besonderer polizeilicher Verordnungen II. 25 ff.
- der biesigen Polizeivorschriften II. 31.

**Anwerbung**, siehe Werbung, Werben.

**Anzeige von beabsichtigten Verbrechen** u. I. 49,

- von begangenen Verbrechen u. I. 50,
- falsche bei öffentlichen Behörden I. 146,
- gesunder Sachen I. 218,
- von Geburten, Todesfällen II. 39,
- der Tödtung oder Verwundung in Nothstand oder Nothwehr II. 42,
- von Verwahrung Fälschungen oder Geisteskranker II. 43,
- der Auffindung von neugeborenen Kindern II. 53,
- der Inverwahrnahme hilfsloser Personen II. 54,
- verdächtiger Todesfall II. 55,
- über Verberbergung von Fremden II. 60,
- über Aufnahme oder Entlassung von Handlungsgehilfen, Gesellen,  
Lehrlingen, Tagelöhnern II. 60,
- über Ein- und Auszug der Mietbewohner II. 61,
- ansteckender Krankheiten II. 89, 93,
- von Viehleuten II. 92, 93,
- über Entkommen wilder Thiere II. 102,
- über Anlage von Steinbrüchen, Gruben II. 109,
- feuergefährlicher Zustände II. 127,
- von ausgebrochenen Bränden II. 128,
- unternehmer Bauten und Bauarbeiten II. 137,
- über beabsichtigte Preisverhöhung von Lebensmitteln II. 149,
- von beabsichtigter Gewerbeeinstellung II. 150,
- von Verträgen über Getreide, Hopfen, Schlachtwerk II. 152,
- des Ein- und Austritts von Fienßboten II. 168,
- von Uebertretungen, deren Verhinderung III. 66.

**Anzeigepflicht**, allgemeine, besteht nicht I. 49,

- der Peanten und öffentlichen Diener I. 50,
- der Aerzte, Wundärzte I. 51, II. 55.

**Apotheker**, Geheimnisverletzung I. 247.

**Apothekerordnung**, deren Uebertretung II. 85.

**Appellationsgerichte**, deren Zuständigkeit in Strafsachen III. 29, 30.

**Appellationsgerichtliche Urtheile**, deren Vernichtung III. 58.

- Arbeiten**, Polizeitoren dafür II. 147 ff.  
 — der Sträflinge in Einzelhaft III. 114.
- Arbeiter**, deren Abkloßen mit Baaren und Baarencreditoren an dieselben II. 155.
- Arbeitgeber**, falsche Einträge derselben in die Arbeitsbücher I. 135.  
 — Haftung für Geldstrafe der Arbeiter I. 251.  
 — Haftung für Uebertretungen der Arbeiter II. 3, 11.  
 — Haftung für feuergefährliche Handlungen der Arbeiter II. 124.
- Arbeitsbetrieb**, gesundheitsgefährlicher II. 95.
- Arbeitsbücher**, Fälschung und Gebrauch falscher, unwahre Einträge I. 135.  
 — falsche, bei Randstreichern und Beilern II. 64.
- Arbeitsvereinbarung**, Verabredung hiezu I. 107.
- Arbeitszene** II. 61.
- Arbeitsunfähigkeit**, gänzliche, theilweise I. 171.  
 — deren Vorausberechnung I. 175.
- Arbeitsverweigerung** der Diensthoten II. 167.
- Archive**, Entwendung aus solchen I. 187.
- Bergerniß** durch unzüchtige Handlungen an öffentlichen Orten I. 161.  
 — durch unzüchtige Handlungen, Vorträge oder Fieber II. 71.  
 — öffentliches, durch Vernachlässigung der schuldigen Pflege II. 101.
- Armaturstücke**, deren unbefugter Erwerb II. 36.
- Armee**, deren Beleidigung I. 96.
- Armenkasse** des Ortes der Uebertretung, wann sie Strafen und Erbs aus Kon-  
 sultationen bezieht II. 66, 76, 96, 97, 99, 104, 110, 120, 121,  
 129, 154, 165, 170, 177, 178.
- Armenpflege**, Arbeitszene der von derselben unterstützten Personen II. 61.
- Armenrecht** in Injurienfachen II. 64.
- Armutshjengnisse**, deren Fälschung I. 184.
- Arrest** im Strafgesetzbuche:  
 — macht die Handlung zur Uebertretung I. 12, 13.  
 — Maximum und Minimum I. 24.  
 — Bollung I. 24, 71.  
 — Schärfung I. 24.  
 — Berechnung der Dauer I. 25, 26.  
 — Verschärfung der Sträflinge I. 26.  
 — Behandlung der Sträflinge I. 27.  
 — statt uneinbringlicher Geldstrafen I. 28.  
 — Polizeiaufsicht oder Anstalt als Straffolge I. 34 ff.  
 — Erhebung in einer Polizeianstalt I. 35, 69.  
 — Umwandlung in Geldstrafe I. 57, 62.  
 — statt Gefängnißstrafe, wegen Jugend I. 66.  
 — Anrechnung der Untersuchungshaft I. 68.  
 — Zusammentreffen mit Geldstrafe I. 69, mit Gefängniß I. 71, mit  
 Zuchthaus I. 70, 71.  
 — Verjährung I. 77.

**Arrest im Polizeistrafgesetzbuche:**

- Minimum und Maximum II. 35, 12, 13, 26.
- Vollzug und Schätzung II. 3.
- Entlassung zur Nachzeit II. 6.
- Anrechnung der Untersuchungsgeft II. 13.
- Statt uneinbringlicher Geldstrafe II. 56, 14.
- Umwandlung in Geldstrafe II. 12, 13.
- Zusammentreffen mit Verbrechen-, Gefängniß- oder anderen Arreststrafen II. 15.
- Verjährung II. 16, 17.

**Arretirung, rechtmäßige Veranlassung derselben I. 190.**

- siehe auch Festnahme

**Arzneimittel, deren Zubereitung, Verkauf, Föhrung, Aufbewahrung II. 85, 86.****Kerze, deren Anzeigeficht I. 51, II. 55, in Bezug auf ansteckende Krankheiten II. 93**

- beim Zweikampf strafflos I. 124.
- Aufstellung unrichtiger Zeugnisse I. 148.
- Mißbrauch ihrer Stellung an Gefängnissen u. zur Unfittlichkeit I. 14.
- zur Abreibung befohl I. 181, 182.
- Geheimnißverletzung I. 247.
- Ueberschreitung ihrer Befugnisse II. 83.
- Wohnsißveränderung, Silbverweigerung II. 84.
- inwiefern von Untersuchungsgeft befreit III. 40.

**Kerzliche Föhrerei II. 83.**

- Zeugnisse, deren Fällung I. 134, Aufstellung unrichtiger I. 148.

**Kessoren technische, Angriffe auf deren Ehre I. 196.****Kaufbewahrung der durch strafbare Handlung gewonnenen Sachen I. 47.**

- geraubter und gestohlener Sachen I. 224, Einräumung eines Ortes dazu I. 226.
- von Arzneimitteln II. 85, 86.

**Kaufhaltigegeftaltung, Föhrerei hiedurch I. 226.****Kaufhaltigsarten II. 58****Kaufhaltigsverbote, polizeiliche, deren Zulässigkeit I. 34.**

- deren Bruch I. 112.
- wegen Arbeitscheu, Landstreicherei, Bettel, Unzucht II. 8, 16.

**Kaufstundung neugeborner Kinder oder Leichen II. 53.****Kaufstorderung öffentliche, zu strafbarer That I. 46.**

- zu hochverräterischer Unternehmung I. 85.
- zu ungesetzlicher Bewaffnung I. 91.
- zum Ungehorsam gegen Obrigkeit, Geseze, Verordnungen I. 102.
- zum Kaufstande I. 106.

**Kaufstörung gute, Fällung von Zeugnissen darüber I. 134 ff.****Kaufstörungen unberechtigte II. 49.****Kaufgabe des Einföhrungsgesezes III. 1.**



**Aufhängen von Gegenständen auf öffentlichen Plätzen** II. 114.

**Aufhebung** ord-, distrikts- und oberpolizeilicher Vorschriften II. 29.

— von Gelehen, welche polizeiliche Vorschriften enthalten II. 52.

— von demaltes geltenden Bestimmungen III. 4.

— der Untersuchungsgehalt III. 51.

— der Straffellen III. 105, deren Wirkung III. 106.

**Aufkündigung** rechtzeitige der Diensthoten II. 164.

**Aufkauern** hochverrätherisches I. 81.

**Aufsehung** von Schriften gilt der Verbreitung durch die Presse gleich I. 15.

**Aufnahme** der durch strafbare Handlung gewonnenen Sachen I. 47, 224, 226.

— unrichtige, von Urkunden durch Beamte I. 267 ff.

— von Geldern trotz Ueberschuldung I. 239.

— von Handlungsgebiern, Gefellen, Lehrlingen, Tagelöhnern II. 60.

— von Diensthoten II. 164.

**Auspacken** nützliches, bei Körperverletzungen I. 170, 172.

**Ausreizende** Gefänge und Neben an öffentlichen Orten II. 43.

**Austraf** ruhestörender II. 43.

— unbefugter zu Geldbeträgen x. II. 68.

**Austrafe** I. 81 — 84.

**Aussammeln** von Waffen und Munition II. 35.

**Ausschlagsdefraudationen** III. 6.

— deren Untersuchung und Aburtheilung III. 34.

**Ausschlüsse** in Ueberrückungssachen, deren Ergebnis III. 68.

**Ausscher** alter Feldfrucht; deren Diebstähle I. 211.

— von Gefängnissen, Verzögerung der Haftentlassung I. 271.

— von Gefängnissen, Mißbrauch des Amtes zur Unzucht I. 154.

**Aufsicht** auf Blödsinnige und Geisteskrante, deren Vernachlässigung II. 100.

— auf Thiere II. 102.

— auf Reispferde oder Gespann II. 107.

— auf Vieh II. 172 ff.

**Aufsichtspersonal** auf Straßen, Unterstühungsseid II. 119.

— über's Beschädeln II. 171.

— über Kanalschiffahrt II. 122.

**Aufsichtsverhältnis**, dessen Mißbrauch zur Unzucht I. 154.

**Aufstand** I. 104 ff.

— Aufforderung dazu I. 106.

**Ausstellen** von Gegenständen auf öffentlichen Plätzen II. 114.

**Austrag** zu strafbaren Handlungen, überhaupt I. 48.

— zum Duell I. 125.

— zum Feldrevol I. 251.

**Aufwand** zahlungsunfähiger Kaufleute I. 239.

**Ausbildung**, Mangel derselben als Strafschließungsgrund I. 64.

**Ausübung** schädliche, von Fabriken mit Werksstätten II. 95.

**Ausfälle** ungezieme, des Angeschuldigten vor dem Kassationssepe II. 94.

**Ausführung**, was, als Anfang derselben zu crachten I. 39.

**Ausgaben** civiltliche, unbesetzte Abzüge dabei I. 270.

**Ausgießen** verbotenes II. 108.

**Ausgraben** verschorrtter Thiere und Thierknochen II. 93.

**Auskunftspersonen**, solche Auslagen derselben I. 147.

**Ausland**, Begriff I. 6.

- strafbare Handlungen daselbst, der Inländer I. 16, der Ausländer I. 17.
- Polizeiübertrichungen daselbst II. 2.
- inwieweit die daselbst statgefundene Aburtheilung, Straferhöhung, Abolition, Pognabigung zu berücksichtigen ist I. 18 und 19.
- Retorsion gegen dasselbe I. 20.
- Folgen einer daselbst erlittenen Strafe I. 38.
- verbotene Eheschließung daselbst II. 38.
- verbotenes Reiten der Handwerksgejellen dahin II. 58.

**Ausländer**, Begriff I. 16.

- Anwendung der bayerischen Strafsätze auf dieselben I. 17, 38.
- deren Ausweisung I. 37, II. 9.
- jugendliche, deren strafbare Handlungen I. 64.
- deren Strafbarkeit wegen Hochverraths I. 80, wegen Landverraths I. 87 f.
- deren Handelsbefugnisse II. 162.
- Verhängung der Untersuchungsgeft gegen dieselben III. 43.
- deren Injurienklagen III. 62.

**Ausländische** Behörden, Auslieferung von Inländern an dieselben I. 17, Wirkung ihrer Erkenntnisse I. 18.

- Münzen, deren Fälschung I. 125 ff.
- öffentliche Urkunden, deren Fälschung I. 130 ff.
- Habritzeichen u., deren Nachahmung I. 245.
- Immobilienbrandversicherungsanstalt, Versicherung in solcher II. 129.
- Papiergeld, Zahlung damit II. 140.
- Zeitungen oder Zeitschriften, deren Verbot III. 60.
- Preßerzeugnisse, Ungehehrsamverfahren III. 61.

**Auslegung** polizeilicher Verordnungen II. 25, 30.

**Auslieferung** von Inländern I. 17.

**Auslöschung** gestifteten Feners I. 255.

**Ausmessung** der Freiheitsstrafen I. 25.

**Ausruhen** von Antündigungen II. 50.

**Auslagen** unwahre, eidliche I. 140 ff., deren Zurücknahme I. 144.

— von Zeugen, deren Verletzung I. 140.

— unwahre, auf den Fienfleid I. 142.

— deren Verpressung in Strafjachen I. 272.

**Ausfchließung** der Strafbarkeit I. 54.

— der Strafverfolgung I. 72.

— des Strafvolzuges I. 72.

- Außereheliche Verwandschaft** I. 14, deren Beachtung I. 14.  
 — Ehelich, siehe Ehelich.  
 — Geschlechtsverbindung, fortgesetzt II. 70.
- Benutzungen Staatsgefährliche** I. 92.
- Ausscheidung hilfloser Personen** I. 183 ff.
- Ausspielungen öffentliche** II. 74.
- Aussprechung** von Schriften gilt der Verbreitung durch die Presse gleich I. 15, 161.
- Aussteuerlasse unberechtigte** II. 144.
- Ausstreunung falscher Nachrichten oder Gerüchte** I. 93.
- Ausübung des Dienstes als Gelegenheit zur Begehung strafbarer Handlungen**  
 I. 280.  
 — unbefugte, eines Gewerbes II. 159.  
 — der Jagd II. 177.
- Auswahl der in Zellengefängnisse zu verbringenden Sträflinge** III. 118.
- Auswanderung, deren unerlaubte Beförderung** II. 37.
- Auswärtige Staaten, Retorsion gegen dieselben** I. 20, Angriffe auf solche I. 90  
 — Staatsoberhäupter, deren Beleidigung I. 95.  
 — Regierungen, Behörden, Beamte, deren Beleidigung I. 100.  
 — Staaten, Regierungen, Gewalthaber, Parteien, hochverräthlicher Berkehr damit I. 81 ff.  
 — Raub, Auslieferung geraubter Menschen an dieselbe I. 186.  
 — Uniformen, deren Annahme II. 40.  
 — Lotterien II. 75.  
 — Brandversicherungsgesellschaften II. 129.
- Ausweichen der Reiter, Fuhrwerke und Viehherden** II. 106.
- Ausweislose Personen, deren Beherbergung** II. 60, deren Festnahme III. 45.
- Ausweisung der Inländer** II. 10.  
 — der Ausländer I. 37, II. 9.  
 — aus andern als strafrechtlichen Gründen bleibt vorbehalten I. 37.
- Anzeigungen, Verlust derselben, der davon abhängigen Rechte und der Fähigkeit zur Erwerbung** I. 29, bei jugendlichen Personen I. 66.
- Anzeige von Diebheuten, Anzeige davon** II. 61.
- Autorität öffentliche, deren Verletzung** I. 101.

## 33.

- Bäde, deren Berunreinigung** II. 120.
- Bäder, deren Uebertretungen** I. 147 — 151.
- Badeanstalten** II. 94.
- Baden an verbotenen Orten** II. 100.
- Bader, welche Wohnung ändern oder Hilfe verweigern** II. 84.

- Bahn**, Ueberschreiten, Betreten derselben, Stehen, Gehen, Viehtrieb darüber, Aufrechterhaltung der Ordnung II. 113.  
— siehe auch Eisenbahn.
- Bahnhöfe**, Ordnung daselbst II. 113.
- Bahntelegraphen**, Fälschung der Zeichen I. 200.
- Bande zu Raub oder Diebstahl** I. 202, 220.
- Banterstoff** einfacher und betrügerischer I. 239.
- Bauhallen** I. 243.
- Baukosten**, deren Fälschung I. 126.
- Bauführung** durch unberechtigte Arbeiter II. 131.  
— schädliche II. 131.  
— ordnungswidrige, diesseits des Rheins II. 132.  
— ordnungswidrige, in der Pfalz II. 134.  
— feuergefährliche II. 133, in der Pfalz II. 135.
- Baugerüste**, deren Aufstellung II. 136.
- Baukommissionen** München, deren ordnungsgemäße Vorschriften II. 22.
- Baulinie**, diesseits des Rheins II. 133.  
— in der Pfalz II. 134.
- Baumaterialien**, deren Anhäufung auf Straßen II. 114.  
— schlechte II. 132.
- Bäume**, deren Ausgraben oder Beschädigen in diebischer Absicht I. 210.  
— deren Pflanzung und Unterhaltung an Straßen II. 171.
- Baumpflanzungen**, deren Zerstörung oder Beschädigung I. 249.
- Baumstämme**, deren Schleifen auf Straßen II. 113.
- Bauordnungen** II. 133, in der Pfalz II. 135.
- Bauplan**, Abweichen von demselben II. 132.
- Baupolizeiliche Bestimmungen**, deren Uebertretung II. 131 ff.
- Baureparaturen**, ohne Genehmigung II. 132, in der Pfalz II. 135.
- Bauschnitt**, dessen Ableerung II. 120.
- Bauten**, was darunter zu verstehen II. 132.  
— Sicherungsmaßregeln bei deren Vornahme II. 136.  
— deren Anzeige II. 137.  
— unterlassene Untersuchung II. 137.  
— gefährdende, deren Sicherung oder Entfernung II. 138.  
— vorchriftswidrige Befugniß der Polizeibehörde II. 139.
- Bayerischer Staat** siehe Inland.  
— Staatsangehöriger, siehe Inländer.
- Beängstigende Zubringlichkeiten** I. 221.
- Beängstigung** durch Färm oder Unfug II. 45.
- Beamte**, wer als solcher zu betrachten I. 281.  
— deren Suspension während Gefängnißstrafe I. 31.  
— Pflicht zur Verhinderung von Verbrechen I. 49, zur Anzeige I. 50.  
— Einfluß erhaltenen Befehls auf die Strafbarkeit I. 59.  
— Falschbildung ihrer Amnezie I. 97, 194.

**Beamte, auswärtige, deren Verleibung I. 100.**

- deren Mißhandlung, Vergewaltigung und Bedröhung I. 102 ff.
- welche Gefangene befreien I. 111.
- Fälschung und Mißbrauch ihrer Siegel I. 138.
- Beschädigung ihres Eigenthums I. 250.
- an Gefangenen u., welche ihr Amt zur Unzucht mißbrauchen I. 154 ff.
- deren strafbare Handlungen überhaupt I. 280.
- Verletzung der Dienstpflcht I. 264 ff.
- Verletzung der Amtverschwiegenheit I. 264.
- deren Bestechung I. 265.
- Verlust des Dienstes wegen pflicht- und ehrendrigen Benehmens; Fahrlässigkeit, Unfleiß, Leichtsin, Unförschheit I. 281.
- siehe auch Amt.

**Beaufichtigung, siehe Aufsicht.**

**Bedingungen, unzulässig, bei Dienstverträgen II. 169.**

**Bedröhung des Königs I. 94.**

— des Königin I. 95.

— beim Diebstahl I. 202.

— strafbare überhaupt I. 222.

— siehe auch Dröhung.

**Bedröhung durch Mißbrauch der Amtsgewalt I. 369.**

**Beerbigung ohne Erlaubniß II. 81.**

— an unerlaubten Orten II. 82.

**Befehl, begründet Theilnahme I. 43.**

— als Strafausschließungsgrund I. 59, 60.

— beim Feldfrevel I. 261.

— zur Verhütung einer Polizeübertretung II. 11.

**Befestigung aufgestellter oder angebauter Sachen II. 108.**

**Befestigungen, deren Verrat I. 88.**

**Befreiung von Gefangenen durch sich selbst I. 110, durch Beamte u. I. 111,**

— durch Dritte I. 108.

**Beginn der Strafzeit I. 26.**

— der Verjährung gerichtlicher Verfolgung I. 76, wenn Reineke

I. 149.

— der Verjährung gessamer Strafen I. 77.

— der Verjährung bei Polizeübertretungen II. 17.

**Beglaubigungszeichen, öffentliche, deren Fälschung I. 230, 231, 236.**

**Beglaubigungsdekret, bezüglich der Straffolgen, dessen Eröffnung III. 110.**

**Begünstigung, Begriff I. 47.**

— deren Strafe I. 48, 50 ff.

— zum Schutze von Verwundeten strafflos I. 48.

— von Raub, Diebstahl, Unterschlagung um eigenen Vortheils willen

I. 224.

— Unterschied von Vorsehen I. 224.

- einzelner Mäntiger vor den anderen I. 237, 240.
- theilweise der streitenden Theile I. 270.
- bei Polizeibertretungen II. 10.
- einer Kontrebande oder Goldbetrachtung III. 32.

**Verhältnisse**, verflochtene, deren Anwendung I. 207.

**Verhandlung** der Sträflinge I. 27.

- in der Polizeianstalt I. 36.
- in der Einzelhaft III. 14.
- der schon vor 1. Juli 1862 Verurtheilten III. 23.

**Verbergung** Fremder II. 69.

- gewerbmäßige, ausweisloser Personen II. 60.

**Verbrechen**, öffentliche, deren Verleumdung I. 96.

- ungeziemendes Betragen von denselben I. 99.
- Verletzung ihrer Siegel I. 149.
- Fälschung oder Mißbrauch ihrer Siegel I. 138.
- falsche eibliche Aussage von denselben I. 140 ff.
- falsche Anzeige bei denselben I. 146.
- falsche und beeidigte Aussagen vor denselben I. 147.
- kirchliche, deren Verleumdung, Vergewaltigung und Verhöhnung I. 122.
- auswärtige, deren Verleumdung I. 100.

**Verweise** zu strafbaren Handlungen I. 43.

- nach der That I. 47.
- zum Selbstmord I. 164.

**Verweis**, auferheblicher, Rötigung dazu I. 149.

- Mißbrauch von Mädchen oder willenlosen Personen I. 150.
- betrügerliche Verleitung dazu I. 151.
- Mißbrauch blödsinniger und geisteskranker Personen dazu I. 151.
- mit Verwandten oder Verschwägerten I. 152. ff.
- der Pflegeeltern, Vormünder, Geistlichen, Lehrer, Erzieher I. 153.
- unerlaubter, der Beamten, Aerzte und anderer Bediensteter I. 154.
- Verführung jugendlicher Personen dazu I. 161.

**Verleumdungen** von Reichen I. 186.

- von Kindesleichen I. 168.

**Verleumdung**, gerichtlicher, Unfähigkeit dazu I. 29, 30.

**Verleumdung** zu strafbarer That I. 43.

- nach der That I. 47.

— an beide Parteien durch denselben Anwalt I. 277.

**Verurtheilung** obrigkeitliche, deren Verunglimpfung oder Entfernung I. 100.

- der Strafurtheile in Injurienfachen I. 197.
- gesunder Sachen I. 218.
- politischer Vorurtheile II. 27.
- verdorrene II. 50.
- siehe auch Entwürfungen.

**Belagerungszustand**, Vorbehalt der bisherigen Bestimmungen III. 7.

**Belege**, unrichtige, zur Verdeckung der Amtsuntreue I. 278.

**Belehrung**, zu strafbaren Handlungen I. 43.

**Beleidigende Absicht** I. 194.

**Beleidigung des Königs** I. 94.

— der Königin I. 95.

— von Mitgliedern der königlichen Familie und des Reichsoberkammerherrn I. 95.

— eines auswärtigen Staatsoberhauptes I. 95.

— der Staatsregierung, des Landtags, öffentlicher Behörden, der bewaffneten Macht I. 96.

— der Amtschrift einzelner Personen I. 97.

— auswärtiger Regierungen, Behörden, Beamten, des deutschen Bundes u. I. 100.

— kirchlicher Behörden und deren Diener I. 122, 194.

— erlittene, als Widerungsgrund beim Todtschlag I. 166, bei der Körperverletzung I. 173.

— siehe auch Ehrenkränkung.

**Belichtung**, Entfernung der Laternen II. 111.

— des Zugangs zu Wirtschaften II. 114.

— von Fußwegen, sonstigen Gegenständen oder Vertiefungen II. 115.

**Bemalen**, gesundheitsgefährliches von Wohngeräthen II. 99.

**Benachtheiligung**, widerrechtliche der Gläubiger I. 257.

— Minderjähriger u. I. 243.

— partielle, der Streittheile I. 270.

**Benutzen**, ungebührliches, vor öffentlichen Behörden I. 99, in Kirchen u. I. 122, bei öffentlichen Versteigerungen I. 245.

— pflicht- und ehrwidriges der Beamten I. 281.

— ungeeignetes des Betreters oder Vertheidigers in Unbestreitungs-  
sachen III. 68, vor dem Kassationshofe III. 98.

**Benutzung** von Eisenbahnen und Telegraphen, deren Störung I. 258.

— des Bassens II. 122.

**Berathung** beim Kassationshofe III. 94.

**Berechnung** der Freiheitsstrafen I. 25.

— der Zeit der Polizeiaufsicht I. 34.

— der Verwandtschaftsgrade bei Begünstigungshandlungen u. I. 48.

— der Verjährungsfrist I. 76, 77.

— der in Einzelhaft erlassenen Strafzeit III. 118.

**Bergabfahren** ohne Rücksicht u. II. 106.

**Bergwerke**, deren Inbrandsetzung I. 258, 256.

— Zerstörung durch explodirende Stoffe I. 257.

— Verwendung jugendlicher Personen darin II. 164.

— Abgaben davon, Art. 7 des Ges. vom 1. Juli 1856, III. 13.

— in der Pfalz, Gesetz vom 21. April 1810, III. 14.

**Bernspflichten**, deren Verletzung I. 264 ff., besonders der Amtsverschwiegenheit I. 264, Falschung I. 265, durch Fälschung von Urkunden I. 267 ff.

- der Nocte und Gerichtsboten I. 277.
- der Anwälte I. 277.
- der Civilstandsbeamten I. 279.
- der Ärzte, Wundärzte, Thierärzte, Hebammen I. 148, 247, II. 55, 88, 84, 93.

**Berufung** gegen Erkenntnisse über Unterbringung in einer Erziehungsanstalt III. 21.

- gegen Verweisung vor's Bezirkegericht III. 29.
- in Uebertretungssachen III. 71, in der Psalz III. 74.
- siehe auch Beschwerde.

**Beschädigter**, dessen Einwilligung, ob sie die Strafbarkeit ausschließt I. 72.

- dessen Antrag auf strafrechtliche Verfolgung I. 72.
- ist unabhängig von der Verhaftung zu Sicherungsmaßregeln be-  
fugt II. 53.

**Beschädigung** eigener Sachen zum Nachtheile Berechtigter I. 240.

- vorläufige, fremder Sachen I. 248, fahrlässige I. 260.
- an der Gesundheit I. 70.
- durch Ueberschreitung u. I. 257.
- an Eisenbahnen I. 259.
- an Telegraphen I. 260.
- gemeingefährliche von Thieren I. 263.
- öffentlicher Straßen II. 119.
- durch Ausgießen, Werfen aus Gebäuden II. 108.

**Beschäftigung** der Sträflinge I. 26.

- in der Polizeianstalt I. 36.
- in Einzelhaft III. 114.

**Beschäftigung**, dessen Betrieb durch Private II. 171.

**Besitz** der Hausvögel II. 91.

- des Viehes und sonstiger Nahrungsmittel II. 96.

**Beschimpfung**, siehe Beleidigung.

**Beschlagnahme**, Beschädigung und Vernichtung der damit belegten Gegenstände I. 240.

- vorläufige, durch die Polizeibehörde II. 19.

**Beschneiden** von Metallgeld I. 127.

**Beschränkung** der Vermögensrechte I. 31.

**Beschuldigter**, Meineid zu dessen Nachtheil I. 140.

- dessen Mißhandlung zur Erpressung von Geständnissen I. 272.
- dessen Ungehorsam in Uebertretungssachen III. 69.

**Beschwerde** gegen polizeiliche Vorschriften II. 29.

- gegen Androhung oder Verletzung von Vollzugsmaßregeln III. 24.
- gegen Verhaftung III. 46.
- gegen Abweisung der Freilassung gegen Sicherheit III. 49.



- Beschwerde** zur Wahrung des Gelehes III. 87.  
 — siehe auch *Verurteilung*.
- Beseitigung** der regierenden Familie I. 79. .  
 — eines Leichnams I. 185.  
 — gefährdeter, sequestrierter oder beschlagnahmter Sachen I. 240.
- Befolgung** der Kantonsgefängniswärter in der Pfalz III. 75.
- Beforgnisse**, durch Betrug mit Mord, Raub, Friedensstörung, Brandstiftung, Uebelschwemmung I. 223.  
 — ungegründete Erregung II. 43.
- Bespannung** verbotene II. 106.
- Bescheidung** I. 265 ff.  
 — in Bezug auf Böhlen I. 115.
- Besetzte** Aeder, deren Vertreten I. 251.
- Bestellungen**, deren Aufsuchen bei Nichtankommt II. 156.
- Bestimmungen**, karmalen geltende, welche aufgehoben werden III. 4.  
 — welche aufrecht bleiben III. 6.
- Bestrafung** ausgeschlossen, wenn keine Strafe angedroht I. 13.  
 — nochmalige, durch richterliches Erkenntniß ausgeschlossen I. 73, 18.
- Bestürzung** bei Ueberschreitung der Nothwehr I. 60.
- Besuch** der Wirthshäuser, verbotener II. 45.  
 — der Sträflinge in Einzelhaft III. 115.
- Besatzung** von Gebäuden, Denkmälern, Anlagen, Brunnen x. II. 121.
- Betheiligung** bei Schlägereien I. 178.  
 — bei hochverrätherischen Handlungen I. 81 ff.  
 — Unterschied von Theilnahme I. 82.
- Betheuerungen** an Eidesstatt I. 142.
- Betreten** einer Eidecke II. 100.  
 — der Bahn x. II. 113.  
 — auf frischer That III. 45.
- Betriebsweise**, verkehrswidrige in Fabriken und Werkstätten II. 95.
- Betrinken**, absichtliches zur Ausführung der That I. 65.
- Betrug**, Begriff I. 227.  
 — Strafe I. 229 ff.  
 — Straffolgen I. 237, insbesondere für Beamte I. 280.  
 — durch Ausgabe falschen Geldes, Beschneiden, Durchschneiden I. 127.  
 — durch falsche Staatspapiere, Aktien x. I. 138.  
 — durch Brandstiftung I. 254.  
 — durch Fälschung von Telegraphenzeichen I. 260.  
 — durch Fälschung von Privaturkundenschriften I. 230.  
 — Rückfall I. 233.
- Betrügereien** fortgesetzte I. 233.  
 — Zusammenstoß versuchter und vollendeter I. 232, 234.
- Betrügerischer** Bankrott I. 239.
- Betrügerliche** Verleitung zum Diebstahl I. 157.  
 — Verleitung zur Ehe I. 198.

**Betrüglige Verkürzung der Kläuber I. 237 ff.**

— Vorspiegelungen zur Verbedung der Amtsaufsicht I. 276.

**Betrugshandlungen, mehrere gleichzeitig zu bestrafende I. 233.**

**Betrunkene, deren Entfernung und Bestrafung II. 72.**

— dürfen keine gefährlichen Verrichtungen vornehmen II. 102.

— denselben darf kein Licht oder Feuer anvertraut werden II. 124.

**Betrunkeneheit, deren Einfluß auf die Strafbarkeit I. 54, 56.**

**Bettel, II. 63.**

— Ueberlassung einer Person dazu I. 199.

— jugendlicher Personen II. 65.

— an sich kein Grund zur Untersuchungshaft III. 43.

**Betten, mit aufsteckenden Nadeln besetzter Personen II. 90.**

**Bettler, deren Ueberbergung II. 60.**

— Bestrafung II. 61—64.

— im Besitz von Sperrwerkzeug II. 142.

**Beunruhigung der Staatseinwohner durch Nachrichten oder Gerüchte I. 93.**

**Bevollmächtigte zur Verhinderung gegen Untersuchungshaft dürfen die Akten nicht einsehen III. 48.**

— in Injurienfällen III. 62.

— deren Legitimation in Uebertretungsfällen III. 63.

**Bewaffnete Macht, deren Einschreiten beim Aufruhr I. 84, bei Zusammenrot-**

**tungen I. 86, beim Aufstand I. 105, bei Friedensstörung I. 117,**

**Verursachung einer Bewegung derselben II. 43.**

— Theilnahme an Zusammenrottungen I. 86, am Aufstand I. 105,

bei Verletzung von Gefangenen I. 109, bei Friedensstörung I. 117.

**Bewaffnung, ungesetzhche I. 91.**

**Bewässerungs-Unternehmungen, Art. 11 Ziff. 2 des Ges. v. 28. Mai 1852 III. 7.**

**Beweggrund der That kein Strafschließungsgrund I. 59.**

**Bewegliche Sachen, Unterschied von unbeweglichen I. 200.**

**Bewegung der bewaffneten Macht, deren Verursachung II. 43.**

— der in Einzelhaft Befindlichen III. 115.

**Beweis der Wahrheit I. 193.**

— siehe auch Wahrheitsbeweis.

**Beweiskraft der Geschäfts- und Handelsbücher I. 230**

**Beweismittel, landesverrätherische, Unterdrückung oder Fälschung derselben I. 89.**

— Fälschung oder Unterdrückung der als solche dienenden Urkunden I. 131, 230.

— in Untersuchungsfällen, deren Fälschung und Unterdrückung I. 145.

— deren Fälschung und Unterdrückung durch Beamte I. 267.

— der Schuld oder Unschuld, Unterlassung ihrer Erhebung I. 274.

**Bewohntes Gebäude, Begriff I. 204.**

— Diebstahl darin I. 202.

— Raub darin I. 219.

— Erpressung darin I. 221.

- Bewohntes Gebäude**, Brandlegung daran I. 252 ff.  
 — Gefährdung durch Explosion, durch Ueberschwemmung I. 257.
- Begehtigung**, fälschliche I. 191.
- Bezirksgerichte**, deren Kompetenz in Strafsachen III. 29 ff.
- Bier**, dessen Fälschung, Verkauf und Versch giftigten I. 236.  
 — dessen Erzeugung und Versteigete II. 97.  
 — Subjekt II. 149.
- Bierbrauer**, siehe Bräuer.
- Biertrüge** II. 149, deren Anschlag II. 150, deren Ueberschreitung II. 149.
- Bierwirth**, deren Uebertretungen II. 149 ff.
- Bigamie** I. 168.
- Bilder** gehören zu den Preßergeugnissen I. 15.
- Bildung** der Schwurgerichte in der Pfalz III. 74 ff.
- Bildungsanstalten**, unberechtigte II. 79.
- Bildungsstufe**, deren Einfluß auf den Straftat I. 23.
- Binsen** in Fischwassern II. 179.
- Blasfem**, dessen Mißbrauch zu Betrug.
- Blätter**, öffentliche, Aufforderung zu Sammlungen II. 68.  
 — Ankündigung von Lotterien x. II. 75.  
 — welche Heilmittel x. anzeigen II. 87.
- Blattern**, deren Anzeig II. 89, 98.
- Blauer Montag** II. 163.
- Bleibender Nachtheil** an Körper und Gesundheit, was als solcher zu erachten I. 171.
- Blitzableiter**, Beschädigung oder Zerstörung I. 249.  
 — Uebertretungen in Bezug darauf II. 123.  
 — feuergefährliche II. 128.
- Blödsinn**, Einfluß auf die Strafbarkeit I. 64 ff., II. 12.
- Blödsinnige**, deren Mißbrauch zur Unzucht I. 151 ff.  
 — Anzeige von deren Verwahrung II. 43.  
 — Vernachlässigung der Aufsicht II. 100.  
 — Angriffe derselben auf Personen oder Eigenthum II. 100.  
 — Vernachlässigung der Pflege II. 101.  
 — denselben darf kein Licht und Feuer anvertraut werden II. 124.
- Blutskande** I. 152.
- Bodenerzeugnisse**, deren Entwendung auf dem Falsch I. 210 ff.  
 — inländischer Handel damit II. 162
- Böller**, verbotene II. 124.
- Börsengesellschaften**, betrügerische I. 228.
- Börsennachrichten**, falsche I. 93.
- Börsungen** an Eisenbahnen I. 113.  
 — an Straßen II. 117.
- Boten**, Unterschlagungen derselben I. 217.
- Botenordnungen** II. 158.
- Brand**, dessen Verheimlichung II. 127.

**Brand, Pflicht zu löschen** II. 129.

**Brandstiftung, vorsätzliche** I. 252.

- fahrlässige I. 256.
- an eigener Sache I. 254.
- Drohung damit, um zu strafbarer Handlung zu bewegen I. 46.
- Drohung damit zur Erpressung I. 221.
- Drohung in anderen Fällen I. 223.

**Brandversicherung, Uebertretungen in Bezug darauf** II. 129.

**Brandversicherungsklassen, Weisung daran durch Brandstiftung** I. 256.

**Brandversicherungsverträge, unerlaubte** II. 129.

**Bräuer, deren Uebertretungen** II. 148, 149.

**Brechwerkzeuge bei Landstreichern und Dieben** II. 64.

**Bremsvorrichtungen** II. 106

**Brennmaterial, dessen Kauf und Verkauf vor und auf dem Platze** II. 152.

**Briefe, Vorenthaltung oder unbefugte Oeffnung durch Postbeamte** I. 276.

**Briefgeheimniß, dessen Verletzung** I. 246.

**Briefmarken, deren Fälschung** I. 128.

**Brodhändler, deren Uebertretungen** II. 149.

**Brodtagen** II. 147, 149, Anschlag derselben II. 150.

**Brodwaaren, geringgewichtige** II. 147.

**Bruch der Polizeiaufsicht und polizeilicher Aufenthaltssverbote** I. 112.

**Bruchtheile von Freiheitsstrafen** I. 25

**Brücken, öffentliche, deren Beschädigung** I. 248 ff.

- schnelles Reiten oder Fahren darüber II. 106.
- von Eisenbahnen, deren Schutz II. 113.
- deren Instandhaltung, Verkehr auf denselben II. 116, 119.
- Sicherungsmaßregeln bei Bauarbeiten daran II. 136.

**Brückenjohdefraudation** III. 8.

**Brunnen, Anlage von Abtritten in deren Nähe** II. 96.

- deren Verwahrung II. 109.
- deren Verunreinigung II. 120.
- deren Anlage in der Nähe von Zeichenbüdern in der Pfalz II. 135.
- öffentliche, deren Beschädigung II. 121.
- Sicherungsmaßregeln bei Bauarbeiten daran II. 136.

**Buchführung unterlassene oder unordentliche** I. 239.

- falsche I. 230.
- falsche, zur Verdeckung der Amtsuntreue I. 276.

**Buchhändler, Auffuchen von Bestellungen** II. 157.

**Buden, unbefugte Errichtung** I. 114.

**Bund, Bundesversammlung, Beleidigung** I. 100.

**Bureau, gilt nicht als Wohngebäude** I. 26.

**Bürge gegen Entweichen** III. 50.

**Bürgermeister, Beleidigung** I. 98, 194

- der Pfalz, können ortspolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22.

## C.

C siehe auch R.

**Calumnie**, siehe Verläumdung.

**Calumnieneid**, salkcher I. 143.

**Chemische Dervielfältigung** gilt der durch die Presse gleich I. 15.

**Chrißtenlehre**, deren Verläumniß II. 78.

**Chrißtenlehrepflichtige**, deren Wirtshaus- und Tanzbodenbesuch II. 73.

**Chrißliche Religion**, Störung ihres Friedens I. 120.

**Cholera**, Aufhebung des Gesetzes vom 28. October 1831 III. 4.

**Civilkläger**, dessen Nichtigkeitobeschwerde III. 100.

**Civilpartei** in der Pfalz, ist bei der Freilassung des Verhafteten zu berücksichtigen III. 53.

— deren Recht auf Vollstreckung mittels persönlicher Arrestes III. 73.

— deren Berufungsrecht in Uebertretungssachen III. 75.

**Civilrechtliche Vorschriften** bleiben vom Polizeistrafgesetzbuche unberührt II. 145.

**Civilrechtsfragen**, welche von den Polizeibehörden an die Civilgerichte übergeben III. 38.

**Civilsache**, Verletzung eines Richters in solcher I. 266.

**Civilstandsbeamte** der Pfalz, Aufhebung der bisherigen Bestimmungen, Vorbehalt civilrechtlicher Fassung III. 9.

**Civilstandsregister**, deren mangelhafte Führung I. 278.

**Civilverfahren**, Vorbehalt der desfallsigen Strafbestimmungen III. 7.

**Code civil**, Aufhebung der Art. 298, 308, 309 III. 4.

**Code pénal**, dessen Aufhebung III. 4.

**Collision** polizeilicher Vorschriften II. 27.

**Confessionen**, Chrißliche, Störung ihres Friedens I. 120.

**Contraventionen**, Vorbehalt bisheriger Strafbestimmungen III. 6.

**Contrôleurs** von Aktiengesellschaften u. deren Unereschlagungen I. 216.

**Corporationen**, öffentliche, deren Beamte und Diener I. 281.

— Fälschung ihrer Creditpapiere I. 137, ihrer Siegel I. 138.

**Coupons**, deren Fälschung I. 137.

— Gebrauch salkcher I. 138.

**Culpa** — siehe Fahrlässigkeit.

**Curatelmäßige Personen**, Penßung ihres Verstandes I. 243.

**Curatoren**, Unfähigkeit dazu I. 29, 30.

— deren Untreue I. 242.

— siehe auch Vormund.



- Dämme** gegen Ueberschwemmungen, deren Beschädigung I. 257.  
 — öffentlicher Straßen, deren Schutz II. 117.  
 — von Eisenbahnen, deren Schutz II. 113.
- Dampfmaschinen**, deren Prüfung, Aufstellung, Gebrauch II. 112.
- Dampfschiffe**, Ordnung auf denselben II. 113.
- Dampfschiffahrt**, deren Gefährdung I. 262.
- Dampfschiffahrtsunternehmungen**, Unterschlagungen ihrer Revenüen I. 217.
- Darlehensurkunden** Minderjähriger, Geisteskranker, Verschwender I. 243.
- Darstellungen**, simulirte, als Preiserzeugnisse I. 15.
- Datum**, falsches, in amtlichen Urkunden I. 269.
- Decret**, kaiserliches vom 17. Mai 1809, in der Pfalz aufgehoben III. 75.
- Defraudationen**, Vorbehalt bisheriger Strafbestimmungen III. 6.  
 — Zuständigkeit zu deren Aburtheilung III. 81 ff.
- Defamationen** an öffentlichen Orten, unbefugte II. 48, unrichtige II. 71.
- Delegation** des Verwaltungsrechtes II. 22.
- Delikte**, faktische, ob der allgemeine Theil des Strafgesetzbuches auf dieselben anwendbar III. 11.
- Denkmäler**, öffentliche, deren Beschädigung II. 121.  
 — deren Beschädigung und Zerstörung I. 249.
- Denkschrift** an den Kassationshof III. 90.
- Denunziation**, falsche, bei öffentlichen Verbrechen I. 146.  
 — Bedrohung damit zum Zwecke der Erpressung I. 221.
- Depeschen**, telegraphische, deren Vorenthaltung oder unbefugte Mittheilung I. 276.
- Desertionsstrafe** bleibt vorbehalten I. 88.
- Detailbestimmungen**, Kompetenz dazu II. 22.
- Detention**, widerrechtliche I. 271.
- Deutscher Bund**, Bundesversammlung, deren Verleumdung I. 100.
- Diebe**, jugendliche, deren Unterbringung in einer Erziehungsanstalt I. 64.  
 — verscheuchter, ob wegen Versuches strafbar I. 39.  
 — Verletzung oder Tödtung des auf der Flucht befindlichen Diebes I. 60 ff.  
 — deren Arbeitsweise II. 61.  
 — im Besitz von Sperrwerkzeug II. 142.
- Diebstahl**, Begriff I. 200.  
 — Strafbarkeit des Versuches I. 200.  
 — Werthbestimmung der gestohlenen Sache I. 201.  
 — an mehreren Eigenthümern und fortgesetzter I. 201.  
 — an Briefen, Urkunden, Depeschen I. 200.  
 — dessen Strafe als Verbrechen I. 201 ff.  
 — als Vergeltung I. 208.  
 — als Uebertretung I. 210.  
 — Rückfall I. 205, 208.

**Diebstahl, Zusammenfluß mehrerer I. 204.**

- einer gottebedienstlichen Sache, in bewohnten Gebäuden, verschlossenen Räume, mittels Einbruchs, Einsteigen, Schlüsselns, mit Waffen, Bergewaltigung, in Verbindung, über 10 fl., 100 fl., 1000 fl. I. 201, 202, 208, 211.
- zur Nachtzeit I. 204, 209, 211.
- an obrigkeitlich verschlossenen Sachen, Kunstgegenständen, Reisege, päd., Fracht- und Postkisten, in Feuer-, Wasser-, Kriegsnoth, an Vieh auf der Weide, an Ackergeräthschaften, von Diensthoten, Gefährten, Tagelöhnern I. 209.
- eigener Sachen I. 240.
- unter Verwandten I. 213.
- an Früchten, Erpe, Räumen u. I. 210.
- an Fischen I. 202, 218.
- an Wild oder Holz I. 214.
- an Reichen I. 186.
- Straffolgen I. 213, insbesondere für Beamte I. 230.
- Begünstigung, Hehlerei desselben I. 224.

**Dienier, (obrigkeitliche) öffentliche, Suspension von Amt und Gehalt während des Strafverfalls I. 31.**

- Widersehung gegen dieselben I. 102 ff.
- Ehrenkränkung derselben I. 196.
- Beschädigung ihres Eigenthums I. 250.
- Verletzung ihrer besonderen Berufspflichten I. 264.
- wer darunter zu verstehen I. 281.
- inwieweit sie zur Festnahme befugt sind III. 45.
- ob sie die ihnen angelonnene Festnahme verzögern dürfen III. 46.

**Dienerschaft des Königs, unbefugte Nachahmung ihrer Livree II. 40.****Dienst, öffentlicher, Verlust desselben, der davon abhängenden Rechte, Unfähigkeit dazu I. 29, 30, 280, 282.**

- bei jugendlichen Personen
- öff. dessen Annassung I. 99.
- öff. dessen Ausübung als Gelegenheit zur Begehung strafbarer Handlungen I. 280.
- öff. im Heere des Feindes 87, 88.
- öff. dessen Mißbrauch zur Fälschung und Unterdrückung von Urkunden I. 267 ff.
- öff. befreit in der Regel von Untersuchungschaft III. 40.
- Pflicht zum Eintritt in einen solchen II. 61.
- dessen Verlassen II. 167.

**Dienste, gemeindliche, deren Vernachlässigung II. 41.****Diensthoten, Haftung der Dienstherrschaft für deren Felddiebstähle I. 212.**

- für deren Feldstreif I. 251.
- für deren Uebertretungen II. 11, 124.
- Wer als solcher zu erachten II. 165.

**Dienstboten**, deren Uebertretungen II. 166.

- Anzeige ihres Ein- und Austrittes II. 162.
- unbefugte Fieberbergung durch dieselben II. 167.
- Wirtshausbesuch derselben II. 66, 73, 169.
- Vernachlässigung des Schulbesuches II. 77.
- mit ansteckenden Uebeln II. 90.
- feuergefährlicher Handlungen derselben II. 124 ff.

**Dienstbücher**, Fälschung derselben, Gebrauch falscher, unwahrer Einträge I. 135.

- deren Fälschung II. 166.
- Verweigerung des Zeugnisses in denselben II. 169.
- falsche bei Landstreichern und Bettlern II. 64.

**Dienstleid**, falsche Versicherung auf denselben I. 142.

- Vernehmung auf denselben in Uebereinkommnissen III. 68.

**Dienstherrschaften**, falsche Einträge in Dienstbücher I. 135.

- deren Uebertretungen II. 168.
- deren Haftung für die Dienstboten, und zwar für Feldbischöpfung I. 212, für Feldfrevel I. 251, für Uebertretungen II. 3, 11, in Bezug auf Reiten und Fahren II. 105, 107, für feuergefährliche Handlungen II. 124, für Wirtshausbesuche II. 73, für Schulbesuch II. 77.

**Dienstleistungen**, bei Gefahren deren Verweigerung II. 80.

- unbefugte II. 159.

**Dienstpflicht** im Allgemeinen, deren Verletzung I. 264 ff.

- siehe Berufspflicht.

**Dienstverhältnis**, Mittheilung der dadurch entstandenen Thatfachen I. 264.

- Veruntreuung der in Folge desselben erhaltenen Gelder I. 275.
- dessen Mißbrauch zur Verrichtung strafbarer Handlungen I. 280.

**Dienstverlaß**, siehe Dienst.**Dienstvertrag** mit unbilligen Bedingungen II. 169.**Dienstzeichen**, deren Annahme I. 59.

- ausländische, deren unbefugtes Tragen II. 40.

**Dietriche** I. 208, II. 142.**Differenzgeschäfte** I. 239.

- in Getreide II. 152.

**Dingen** erfolgloses zu Verbrechen oder Vergehen I. 45.**Direktionsmitglieder** von Aktiengesellschaften, deren Unterschlagungen I. 216.**Disciplinargebreitung** ist durch strafgerichtliche Befolgung nicht angeschlossen. I. 38.

- gegen Sträflinge I. 27, 36.

**Disciplinarfachen** gelten als Straffachen I. 192.

- Erpressung von Gehältnissen oder Zeugnisanlagen in solchen I. 283.

**Disciplinarstrafen**, in Strafarten I. 7.

- in Polizeianstalten I. 36.

- dreimalige eines Beweizes I. 281.

**Disciplinarstrafbestimmungen**, deren Verstoß III. 7.



**Disciplinardorschriften** werden durchs Polizeistrafbuch nicht alterirt II. 145.

**Distriktpolizeiliche Vorschriften**, Kompetenz zu deren Erlassung II. 23.

- deren Verkündung II. 27 ff.
- deren Uebertretung aus Unkunde II. 13.
- sind dem Distriktrath und der Kreisregierung vorzulegen II. 24.
- deren Vollziehbarkeit II. 24.
- Geltung der bisherigen II. 31.
- deren Einstellung II. 28.
- deren Aufhebung II. 29, 32.

**Distriktrath**, Peleibigung desselben I. 96.

- Bergewaltigung eines Mitgliedes I. 104.
- Vorlage der distriktpolizeilichen Vorschriften an denselben II. 24.
- dessen Bechwerderecht gegen distriktpolizeiliche Vorschriften II. 30.
- Unfähigkeit zur P.-Wahl als Strafsolge I. 30, III. 18.

**Distriktschranken**, Erhaltung ihrer Fortbarkeit II. 41.

- deren Schutz II. 115.

**Dolus**, siehe Vorsatz.

**Doppelversicherungen** II. 190.

**Drahtleitungen** der Telegraphen, deren Peleibigung I. 260.

**Drohungen**, deren Strafbarkeit im Allgemeinen I. 223.

- um zu strafbaren Handlungen zu bewegen I. 43, 44, 125.
- als Strafausschließungsgrund I. 54, 56.
- als Strafmilderungsgrund I. 57.
- Selbstwehr gegen solche I. 60.
- Einfluß des Schadenersatzes auf deren Strafbarkeit I. 62.
- im Fall des Aufstandes I. 83.
- gegen den König I. 94.
- gegen Beamte oder Offiziere I. 102 ff.
- mit Waffen zur Befreiung von Gefangenen I. 109.
- bezüglich der Ausübung von Wahlrechten I. 114.
- gegen kirchliche Behörden und Religionsdiener I. 122.
- zu Erzwingung des Peleichs I. 149 ff.
- des auf früher That ertappten Diebes I. 202.
- beim Raub I. 219.
- bei der Erpreßung I. 221.
- bei Verkeigerungen I. 245.
- mit der Amtsgewalt zum Zweck der Pelebrückung und Erpreßung I. 269.
- beim Bettel II. 64.
- siehe auch Bedrohung.

**Droskenführer** II. 158.

**Druckfälschen**, dem Papiergeld ähnliche II. 140.

**Druckschriften** als Preßzeugnisse I. 15.

**Duell** I. 123 ff.

**Dünger** auf dem Felde, dessen Entwendung I. 210.

- Dünger**, dessen Ablagerung auf öffentlichen Plätzen II. 114.  
**Dunggruben** II. 96.  
**Dunkelarrest** I. 24.  
**Durchgangsverbindung** innere, was darunter zu verstehen I. 208.  
**Durchlöchern** von Metallgeld I. 127.

---

**E.**

- Edeleine**, unächte, Petrus damit I. 230.  
**Ediktalladungen** in Uebertretungssachen ausgeschlossen II. 67.  
**Ehe** als Rechtsinstitut, Angriffe darauf I. 92.  
     — mehrfache I. 158.  
     — betrüglische Verleitung dazu I. 198.  
     — Zwang zu deren Eingehung I. 199.  
**Ehebrecherische Frau** in der Pfalz, Aufhebung der bisherigen Strafbestimmungen III. 4.  
**Ehebruch** I. 157.  
**Ehefrau**, Entführung einer solchen I. 188.  
     — Fästung des Ehemannes für deren Gelddiebstähle I. 212, für Uebertretungen II. 3, 11, für feuergefährliche Handlungen II. 124.  
     — Verschuppelung derselben I. 159.  
**Ehegatten**, hierunter sind auch die von Tisch und Bett getrennten zu verstehen I. 48.  
     — deren Verstrafung wegen Begünstigungshandlungen I. 48.  
     — unterlassene Verhinderung strafbarer Handlungen I. 49.  
     — deren Vergewaltigung und Bedrohung als Grund der Straflosigkeit I. 54.  
     — deren Verleumdung als Strafmilderungsgrund I. 165, 178.  
     — Diebstahl unter ihnen I. 213,  
     — Unterschlagung I. 217.  
     — Petrus I. 234.  
**Ehehinderniß**, dessen Verschweigung I. 198.  
**Ehemänner**, deren Fästung, siehe Ehefrau.  
**Eheschließung**, Verletzung der darüber bestehenden Vorschriften I. 277.  
     — Anzeige davon II. 39.  
     — verbotene im Ausland II. 38.  
**Ehre**, Angriffe auf dieselbe I. 191 ff.  
**Ehrenkränkung** durch Verleumdung I. 191.  
     — als Vergehen I. 194.  
     — als Uebertretung I. 195.  
     — deren gerichtliche Verfolgung von Amteswegen I. 196.

- Ehrenkränkung** gegenseitige, deren Kompensation I. 196.  
 — an Verstorbenen I. 196.  
 — Konkurrenz mit Körperverletzung I. 175.  
 — Strafverfahren vor den Zivilgerichten und Militärgerichten III. 62.  
 — siehe auch Veleidigung.
- Ehrenvorzüge**, deren Annahme II. 40.
- Ehrenzeichen**, unbefugtes Tragen II. 40.
- Ehrlustbezeigung** gegen den König I. 94.  
 — gegen die Königin I. 95.
- Eid**, falscher I. 140 ff.  
 — in Administrativ-, Polizei- und Disciplinarsachen I. 140.  
 — Partei-, Zeugen-, Sachverständigen-Eid in Strafsachen, Civilsachen vor dem Vermittlungsamt promissorischer kulploser I. 140.  
 — Manifestations-, Würdungs-, Glaubens-, Gefährdeid I. 143.  
 — falscher, wann straflos I. 143.  
 — falscher, dessen Zurücknahme I. 144.
- Eidesbruch** I. 141.
- Eidesunfähigkeit**, während der Strafverurtheilung I. 31.  
 — wegen Meineides I. 140 ff.  
 — des Verblünners I. 192.
- Eier** gewisser Vögel, deren Beschaffen II. 74.  
 — verdorbene auf dem Marke II. 7, 97.
- Eigene Sachen**, widerrechtliche Beschädigung oder Wegnahme derselben I. 240.  
 — Brandstiftung daran I. 251.
- Eigengewalt** I. 116 ff.
- Eigenthum**, Abweisung gewaltthätiger Angriffe darauf I. 60.  
 — staatsgefährliche Aeußerungen darüber I. 92.  
 — dessen Vergewaltigung bei Friedensstörung I. 116 ff.  
 — landwirthschaftliches, dessen Schutz II. 177.
- Eigenthumsschädigung** vorsätzliche I. 248.  
 — fahrlässige I. 250.  
 — durch Ueberschwemmung I. 267.
- Einbruch**, Begriff I. 207.
- Einbringen** in eine Wohnung durch Mißbrauch der Amtsgewalt I. 274.
- Einfahren** der Pferde II. 105.
- Einfriedung** fremder Gärten, deren Uebersteigen I. 251.  
 — von Gruben rc. II. 109.  
 — von Eisenbahnen, Bahnhöfen II. 113.
- Einführungsgesetz**, dessen Zweck und Aufgabe III. 1.  
 — tritt am 1. Juli 1862 in Kraft III. 102.
- Einfuhrverbote**, als Maßregel gegen ansteckende Krankheiten I. 184.  
 — als Maßregel gegen Viehsuchen I. 263.
- Einhebung** von Geschenken zu Festzeiten II. 65.
- Einsindlichkeith** gilt der ehelichen Verwandtschaft gleich I. 14.
- Einkommen**, hinreichendes befreit in der Regel von Untersuchungshaft III. 40.

- Einnahmen des Staats, der Gemeinden, deren Verfürzung I. 276.**
- Einrichtung des die Kunststraßen befahrenden Fuhrwerks II. 116.**  
 — vorschrittswidrige von Fabrikeu und Werksstätten II. 96.
- Einschreitung, polizeiliche, vorläufige II. 19.**  
 — unabhängig, vorbehaltlich der Strafverfolgung II. 19, 47, 48.  
 — bei Wohnungsräumung II. 52.  
 — in Uebertretungssachen, wann solche zu veranlassen III. 66.
- Einsperrung, widerrechtliche I. 189.**
- Einspruch in Uebertretungssachen gegen Kontumazialurtheile III. 69.**  
 — gegen schriftliche Strafverfügungen des Einzelrichters III. 70.
- Einsteigen, Begriff I. 208.**
- Einstellung des Gewerbebetriebs als Straffolge I. 37, polizeiliche II. 10, plöy-  
 liche II. 150.**  
 — der Arbeit, Verabredung dazu I. 107.  
 — des Verfahrens schließt nochmalige Vorgerichtstellung nicht aus I. 73.  
 — des Vollzugs polizeilicher Vorschriften II. 28, 29.  
 — unberechtigter Schau- und Vorstellungen II. 47, 49.  
 — musikalischer Aufführungen, Regelspiele u. zur Nachzeit II. 49.
- Einsturz drohende Gebäude II. 138.**
- Einwilligung des Beschädigten, ob sie die Strafbarkeit ausschließt I. 72.**
- Einwirkung der Kreisregierungen auf orts- und distriktpolizeiliche Vorschriften,  
 II. 28.**  
 — auf Jengen oder Wirtshäuser als Verhaftungsgrund III. 40.
- Einzelgerichte, Staatsanwaltschaft bei denselben, III. 80.**  
 — deren Kompetenz in Strafsachen III. 29
- Einzelhaft ist mit dem Dunkelarrest verbunden I. 24.**  
 — Vollzug der Freiheitsstrafen darin III. 111.
- Einzelhaftlocale in gewöhnlichen Strafsanktionen III. 119.**
- Einzelhaft, Mißbräuche bei deren Ausübung II. 175.**
- Einziehung von Gewerben I. 37, II. 10.**  
 — von Gewerbrechten und Privilegien III. 6.
- Eingang von Mietheuten, dessen Anzeige II. 61.**
- Eis, dessen Abtörrung II. 120.**
- Eisende, deren verbotenes Betreten II. 100.**
- Eisenbahnen, Unterschlagungen ihrer Angestellten I. 217.**  
 — Störung ihrer Fehrsung I. 258.  
 — deren Beschädigung I. 259.  
 — Uebertretungen in Bezug auf dieselbe II. 113.  
 — siehe auch Bahn.
- Eisenbahnbauten, polizeiliche Anordnungen dabei II. 56.**
- Eisenbahnbedienstete, deren Unterschlagungen I. 217.**  
 — deren Entlassung als Straffolge I. 261.
- Eisketten II. 107.**
- Elterliche Gewalt, Verlust derselben und der daraus stichenden Rechte I. 166.**
- Eltern, deren Begünstigungshandlungen I. 48.**

**Eltern**, deren unterlassene Verhinderung strafbarer Handlungen I. 49.

- Vergewaltigung derselben als Strafausschließungsgrund I. 54.
- deren Verleibigung als Strafmilderungsgrund I. 165, 174.
- Tupperei derselben I. 159.
- Aussetzung der Kinder I. 183.
- Zwang der Kinder zur Ehe I. 199.
- Verischlaf mit Abkömmlingen I. 152.
- andere unzüchtige Handlungen I. 152.
- Anhalten der Kinder zum Bettel I. 199.
- Diebstahl zwischen Kindern und Eltern I. 213.
- Unterschlagung I. 217.
- Betrug I. 234.
- Haftung für Heubdiebstähle I. 212.
- Haftung für Uebertretungen der Kinder II. 11, besonders für feuergefährliche Handlungen II. 124, wegen Wirtshausbesuches II. 73, Schulversäumnis II. 77.
- Bestrafung derselben wegen Aenderung des Geschlechtsnamens der Kinder II. 77, wegen unterlassener Impfung II. 88.

**Endzweck** — der That, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit I. 59.

**Entbindung**, zu frühzeitig bewirkte I. 141.

- + unterlassene Anzeige II. 39.

**Entbindungsanstalt** II. 94.

**Entfernung**, zwangweise des Gastes nach der Polizeistunde II. 46.

- gefährdender Bauten II. 188.

**Entfremdete** Gegenstände, Erwerb derselben I. 47, 224, II. 141.

**Entführung**, deren Strafe I. 188.

- Beginn der Verführung I. 191.

**Entscheidung** I. 20.

**Entlassung** aus der Polizeianstalt I. 36, II. 14.

- aus der Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen I. 66
- aus dem Arreste zur Nachtzeit II. 4.
- von Gefangenen, deren Verzögerung I. 271.
- von Handlungsdienern, Gefellen, Lehrlingen II. 60.
- von Dienstkoten II. 163.

**Entlassungsbeweise**, Nichterhebung derselben I. 274.

**Entlassen** aus der Lehre II. 154.

**Entschädigung**, deren Beirreibung in der Pfalz III. 78.

**Entschädigungsfläche**, ob sie durch Verführung der strafgerichtlichen Verfolgung ausgeschlossen wird I. 75, in der Pfalz III. 18.

**Entschließung** des Königs, deren Abnützigung oder Verhinderung I. 36.

**Entschluß** zu strafbarer Handlung, Verstärkung darin I. 43.

- überleget, beim Mord I. 164.

**Entschuldigung**, genügende, bei Polizeübertretungen II. 12.

**Entwendung** eines Zeichens I. 186.

**Entwendung beschlagnahmter eigener Sachen** I. 240.

— im Ante I. 275.

— siehe auch Diebstahl.

**Entzündliche Stoffe, Verfertigung, Verkauf, Transport** II. 126 ff.

**Erben, deren Haftung für Geldstrafen, Konfiskation, Untersuchungskosten, Schadenersatz, Genugthuung** I. 74.

**Erbschaftsfähigkeit, deren Verlust durch unfittliche Handlungen** I. 163.

**Erbschaft, Diebstahl daran durch Miterben** I. 200.

— Unterschlagung daran durch Miterben I. 217.

**Erdboden auf fremdem Boden** I. 210.

**Erfolg, schwerer, bei Körperverletzungen** I. 176.

**Erfolgslose Anklage** I. 45.

— in hochverrätberischem Unternehmen I. 85.

**Ergreifung widerrechtliche** I. 271.

— auf frischer That als Grund zur Festnahme III. 45.

**Erheblichkeit** — bei der Fällung I. 131.

— bei bleibendem Nachtheil an Körper und Gesundheit 171.

— unwahrer Angaben I. 148.

**Erhebung der Geldstrafe** I. 28, II. 4.

**Erhebungen in Uebertretungssachen** III. 66, in der Pfalz III. 74.

**Erkenntniß, richterliches, schließt nochmalige Vorgerichtstellung aus** I. 18, 73.

— siehe auch Urtheil.

**Erlaßung polizeilicher Vorschriften, siehe Polizeivorschriften.**

**Erlaubnißschein in der Pfalz, Ausübung der Jagd ohne solchen** III. 14.

**Erlös konfizirter Sachen fließt in der Regel in die Staatstasse** II. 7.

**Erneuerung des Gesuches um Aufhebung der Straffolgen** III. 107.

**Ernten auf fremden Grundstücken** I. 251.

**Erörterungen, wissenschaftliche, wann strafbar** I. 92.

**Erpressung** I. 221.

— durch Mißbrauch der Amtsgewalt I. 269.

— von Auslagen und Gefändnissen I. 272.

**Erlaß als Strafmilderungsgrund** I. 62.

— siehe auch Schadenersatz.

**Erfleichung von Zeugnissen und Legitimationspapieren** I. 136.

**Erforderungsgrund überhaupt** I. 7.

— beim Diebstahl I. 109.

**Erwerb der durch strafbare Handlungen gewonnenen Sachen** I. 47, 224, II. 141.

**Erwerbsarten herumziehende** II. 57.

— freie II. 160.

**Erwerbspolizei, Uebertretungen in Bezug auf dieselbe** II. 154 ff.

**Erzieher, deren Verschulden mit anvertrauten Personen** I. 153.

— Kuppeler der Zöglinge I. 189.

— andere unzüchtige Handlungen I. 157.

**Erziehung, Menschenraub in der Absicht, darauf einzuwirken** I. 188.

— fremder Kinder unter 8 Jahren, II. 54.

**Erziehungsanstalten** für verwahrloste jugendliche Personen I. 64, II. 65; Verurufung oder Nichtigkeitsbeschwerde gegen Beschlüsse wegen Unterbringung in solchen III. 21.

— unterrichtete II. 79.

— deren Vorsteher, welche nichtgeimpfte Kinder aufnahmen II. 89.

**Erziehungsverhältniß**, dessen Mißbrauch zur Verletzung der Sittlichkeit I. 158.

**Ehrgeschirre**, gesundheitswidrige II. 98.

**Ehmannen**, deren Beschau II. 98.

— sonstige gesundheitspolizeiliche Vorschriften II. 97 ff.

— siehe auch **Nahrungsmittel**.

**Etiquetten**, falsche I. 246.

— dem Papiergeld ähnliche II. 140.

**Exercitionsverfahren** in der Pfalz III. 5.

**Explobirende Geschosse** II. 52.

**Explobirende Stoffe**, Herstellung von Gebäuden, Schiffen, Magazineen, Bergwerken I. 257.

— Sprengungen, unvorsichtige mit solchen II. 111.

— deren Verfertigung, Verkauf, Transport, Aufbewahrung II. 125.

## F.

**Fabrikanten**, Arbeitseinstellung derselben I. 107.

— falsche Maße, Gewichte bei denselben I. 284.

— deren Bankrott I. 289.

**Fabrikarbeiter**, verbotenes Reisen derselben in's Ausland II. 58.

— Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60.

— welche ansteckende Uebel verheimlichen II. 90.

— welche unbefugt Schlüssel verfertigen II. 142.

— welche für eigene Rechnung arbeiten II. 162.

— welche sich der Arbeit entziehen oder blauen Montag feiern II. 163.

— welche sich Strafrecht anmassen oder an Mißbräuchen theilnehmen II. 164.

**Fabriken**, gesundheitschädliche oder belästigende II. 95.

— Beschäftigung jugendlicher Personen darin II. 164.

**Fabrikfirmen** II. 156.

**Fabrikgeheimnisse**, deren Mißbrauch I. 246.

**Fabrikzeichen**, deren Mißbrauch I. 245.

**Fadelzüge** II. 50.

**Fähigkeit** zur Selbstbestimmung I. 54, II. 12.

— zu Aemtern, Diensten, Auszeichnungen I. 29, 282.

— zur Theilnahme an Wapen, zum Geschworenenamt, zum Militärdienst, zur Führung von Jagdarten I. 30, 282.

**Fähigkeit zur Eidesleistung** I 31, 141, 192.

— zum Eisenbahn- und Telegraphendienste I 261.

**Fahrenflucht**, Verleitung dazu I 89.

**Fahrbahn**, bei Eisenbahnen, Einlegen, Hinwerfen von Gegenständen auf dieselbe I 259.

**Fahren über Acker und Wiesen** I 251.

— schnelles oder unbehutsames II 105.

— polizeiwidriges, auf Brücken, ohne Nachhub, mit aneinander gehängten Wagen, Ausweichen beim Fahren II 106.

— auf oder über die Bahn II 113.

— auf Fußbänken oder in Gräben öffentlicher Straßen, auf Trottoirs oder Fußwegen II 117.

**Fahrlässige Rechtsverletzungen**, Anwendung des Straf-G.-B. auf dieselben I 14, 58, 169, bei jugendlichen Personen I 66, bei Irrthum oder Unwissenheit I 58, bei Beamten I 281.

— Polizeiverletzungen II 11.

— Tödtung I 168.

— Körperverletzung I 176.

— Beschädigung von Hülfsgeräthschaften u. II 112.

— Hausführung II 181, 187.

**Fahrordnungen** II 106.

**Fall**, Gefährdung durch, II 108.

**Fälle**, siehe Leichte.

**Fallthüren** an gemein zugänglichen Orten II 109.

**Falsche Nachrichten und Gerüchte** I 93.

— öffentliche Urkunden, Gebrauch derselben I 181.

— Kreditpapiere, deren Gebrauch I 188.

— Anzeige bei öffentlichen Behörden I 146.

— Begleichungen I 191.

— Urtschaften, deren Verpfändung I 227.

— Zeichen, Störung des Eisenbahn-, Telegraphendienstes, der Schiff- und Fleißfahrt dadurch I 259 ff.

— Orts- und Zeitangabe in Urkunden I 269.

— Schiffsfel, beim Diebstahl I 202.

**Falsches Maß, Gewicht, Stempel, Zeichen** I 230, 234.

— Geld, Ausgabe desselben I 127.

— Fälschungsbuß I 145.

— unterschwornes Zeugniß I 147.

**Fälschung** II 59.

**Fälschung von Staatsurkunden** I 89.

— von Wahlzetteln, Wahlzeichen, Wahlprotocollen I 115.

— von Geld I 125.

— der Noten von Banken oder Kreditanstalten I 126.

— von Stempelpapier und Briefmarken I 128.

— öffentlicher Urkunden I 130 ff, Betrug dadurch 230.



**Fälschung** begreift sowohl Veränderung als fälschliche Fertigung I. 134.

- von amtlichen Zeugnissen I. 134.
- von Reisepässen, Paßkarten, Arbeits-, Wander-, Dienstbüchern und sonstigen Legitimationspapieren I. 135.
- öffentlicher Kreditpapiere I. 137.
- von Beweismitteln in Untersuchungsfällen I. 145.
- von Privaturkunden I. 230, 231.
- Rückfall I. 233.
- von Nahrungsmitteln und Getränken I. 236.
- von Geschäftsbüchern I. 240.
- von Zeichen der Eisenbahnen, Telegraphen-, Schiff- oder Flößfahrt I. 259.
- von Urkunden durch Mißbrauch des Amtes I. 267.
- beßus Verdeckung der Amtsuntreue I. 276.

**Familie**, als Rechtseinheit, Angriff darauf, Verpottung I. 92.

- regierende, deren Beschützung I. 78.
- königliche, Verteidigung ihrer Mitglieder I. 95.

**Familienangehörige**, Ausübung der Wahlbestechung an ihnen I. 115.

- Geiseln an dieselben zum Zwecke der Bestechung I. 266.

**Familiengemeinschaft**, Diebstahl in derselben I. 213, Unterschlagung I. 217, Betrug I. 234.

**Familiengewalt**, deren Mißbrauch I. 199.

**Familienhäupter**, deren Fassung für Felddiebstähle I. 212, für Feldfrevel I. 251.

- Diebstahl an denselben I. 213, Unterschlagung I. 217, Betrug I. 234.
- deren Fassung für Polizeibertretungen der Familienglieder im Allgemeinen II. 11, für feuergefährliche Handlungen II. 124, für Bettel II. 63.
- unterlassene Anzeige ansteckender Krankheiten II. 89.

**Familienrechte**, strafbare Handlungen in Bezug darauf I. 197.

**Familienstand**, fremder, dessen Annahme und Verletzung I. 197.

**Farben**, gesundheitsgefährliche, Bemalen der Wohnungen damit II. 99.

**Faschinen**, deren Schleifen auf öffentlichen Straßen II. 119.

**Fechtunterricht** II. 79.

**Feierlichkeiten**, öffentliche, Mitnehmen von Gnaden dazu II. 103.

- religiöse, polizeiliche Anordnungen dabei II. 56.

**Feiertage**, deren Störung II. 76.

- abgehoffte, Arbeitsverweigerung an solchen II. 166.

**Feilbieten** von Verheerzeugnissen unzüchtigen Inhalts I. 161.

- gefälschter Nahrungsmittel I. 236.
- von Waaren mit falschen Gewerbs- und Fabrikzeichen I. 245.
- verbotener Waffen II. 52.
- gesundheitsgefährlicher Gegenstände II. 99.

**Feilen** des Metallgeldes I. 127.

**Feind**, landesverräterischer Dienst im Decre desselben I. 87.

**Feind**, landesverräterische Begünstigung desselben I. 88.

**Feingehalt** der Gold- und Silberwaaren II. 141.

**Felddiebstahl**, dessen Bestrafung I. 210.

— erschwerter I. 211.

— im Rückfalle I. 211.

— Verantwortlichkeit für Geldstrafen und Kosten I. 212.

— Fälscherei desselben I. 226.

**Felder**, Nachlese auf denselben II. 177.

**Feldfrevel**, dessen Bestrafung I. 251.

— durch Familienangehörige, Dienstheten u dgl. I. 251.

**Feldgeschworene**, deren Vernehmung bei Erlassung feldpolizeilicher Vorschriften II. 22.

**Feldpolizeiliche Vorschriften** II. 175.

**Feldtauben**, deren Einschließung zur Saat- oder Erntezeit II. 176.

**Feldwege**, deren Schutz II. 177.

**Fensterheide**, deren Auslösung beim Diebstahl I. 207.

**Festlegung** der Sträflinge I. 27.

— in Polizeianstalten I. 36.

**Festigkeit** der Bauten II. 133, in der Pfalz II. 135.

**Festnahme**, widerrechtliche I. 271.

— provisorische, deren Unterschied von Untersuchungshaft III. 39, Zulässigkeit, Verfahren, Dauer III. 45, in wie weit sie Privaten zuliegt III. 46.

**Festtage**, Störung ihrer Feier II. 76.

**Festung**, Strafverlegung darin I. 23.

— Behandlung der Sträflinge daselbst I. 27.

— Verrath einer F. I. 88.

— unbefugte Aufnahme von Rissen einer F. II. 34.

**Festzeiten**, Einbebung von Geschenken zu denselben II. 65.

**Feuer**, Unvorsichtigkeit damit II. 123.

— im Freien II. 124.

**Feuerbeschan** II. 126, 127.

**Feuergefährliche** Verrichtungen II. 123, bei Bauten II. 133, in der Pfalz II. 135.

— Handlungen, Verrichtungen II. 123, Festung der Familienhäupter dafür II. 124.

— Zustände an Gebäuden, deren Abstellung II. 126, deren Anzeige II. 127.

**Feuergewehre**, verbotenes Abschießen derselben II. 124.

**Feuerlärm**, grundloser II. 43.

**Feuerlöschgeräthschaften**, deren Beschädigung oder Zerstörung I. 249.

— deren Unterhaltung II. 124.

**Feuerlöschordnungen**, deren Uebertretung II. 28.

**Feuerlöschproben**, Fflicht, hiez zu erscheinen II. 129.

**Feuerpolizeiliche** Vorschriften II. 123, in Bezug auf Baupolizei II. 133 ff.

- Feuersbrunst**, Anzeige davon II. 127.
- Feuersgefahr**, Verweigerung der Hilfe II. 41.
- Feuersnoth**, Unterschlagung bei solcher I. 216.
- Feuerversicherungsanstalten**, Uebertretungen in Bezug darauf II. 129, III. 11.  
— siehe auch Brandversicherung etc.
- Feuerwerke**, unberechtigte II. 47.  
— deren Verfertigung, Verkauf, Transport, Vorräthe etc. II. 125.
- Feuerwerkskörper**, verbotenes Abbrennen derselben II. 124.
- Feuerzeichen** bei Schiff- und Flößfahrt, deren Störung I. 262.
- Feuerzeuge**, deren Verfertigung, Transport, Verkauf II. 125.
- Fialerwesen** II. 158.
- Firmen**, deren Mißbrauch I. 245.  
— Annahme fremder II. 156.  
— Verwendung des königlichen Namens dazu II. 40.
- Fischen**, unbefugtes I. 213.  
— polizeiwidriges II. 179.
- Fischereifreiheit** I. 213.  
— Fehlerei desselben I. 226.
- Fischereivordnungen**, deren Uebertretung I. 213, II. 178.
- Fischwasser**, dessen Abzapfung oder Reinigung II. 179.
- Fleisch**, dessen Verkauf über die Taxe II. 147.  
— dessen Verkauf außerhalb der Bänke II. 151.
- Fleischbänke**, Reinlichkeit daselbst II. 97.  
— Mithnehmen von Kunden II. 103 f.  
— Ordnung des Verkaufs daselbst II. 151.
- Fleischbesatz** II. 96.
- Fleischtage**, deren Ueberschreitung II. 147.  
— oder Preis muß angeschlossen werden II. 150.
- Flößfahrt**, deren Gefährdung I. 262.  
— deren Ordnung auf dem Rudwigskanale II. 122.
- Flucht**, Hilfe dazu ist Begünstigung I. 47.  
— unterbricht die Verjährung nicht I. 74.  
— Verjährigung des auf derselben befindlichen Verbrechens I. 60.
- Fluchtgefahr** als Grund der Festsetzung in Strafanstalten I. 27, in Polizeianstalten I. 36.
- Fluchtverdacht** als Grund der Untersuchungshaft III. 40.
- Fluchtversuch** nach erfolgter Verurtheilung als Verbaßungsgrund III. 44.
- Fluren**, deren Schutz gegen schädliche Thiere II. 176.
- Folgen der Strafen** I. 29 ff., bei jugendlichen Personen I. 60.  
— einer im Ausland ertheilten Strafe I. 35.  
— der erlassenen Strafe werden durch Verjährung nicht aufgehoben I. 78.  
— deren Aufhebung im Gnadenwege III. 105 ff.  
— der Polizeistrafen II. 6 ff.  
— bishetige, einer Leibes- oder entehrenden Strafe in der Falsch treten in Zukunft bei Todes- oder Zuchthausstrafe ein III. 16.

- Foresen** gelten nicht als Inländer I. 16.
- Formen** zur Herstellung eines Preherzergusses, deren Vernichtung I. 33
- zur Herstellung von Geld, Staatspapier u., deren unerlaubte Anfertigung I. 129, 139.
- Forstfrevel** I. 214.
- in der Pfalz, Umwandlung der Geld- in Arreststrafe III. 73.
- Forstpolizei** II. 178.
- Forststrafgerichte**, deren Zuständigkeit, Einrichtung, Verfahren bleibt unverändert III. 30.
- Fortdauernd** geltende Polizeivorschriften, deren Erlassung II. 24.
- Fortgesetzte** strafbare Handlungen, deren Verjährung I. 76.
- Unerstickung I. 217.
- Verjährung I. 233.
- Fortsetzung** strafbarer Handlungen, deren Verhinderung durch Festnahme III. 47.
- Fragestellung** an die Geschworenen bezüglich der Strafmilderungsgründe darf nicht verweigert werden III. 19.
- bezüglich der Strafausschließungsgründe nicht nötig III. 20
- Frankenthaler Kanal**, Schifffahrt darauf II. 122.
- Frauenpersonen**, deren gewaltthamer Mißbrauch zum Verischlaf I. 149.
- willenslos, Verischlaf damit I. 50.
- tödtliche oder gefährliche, deren Mißbrauch zum Verischlaf I. 151.
- Freie** Erwerbsarten II. 160
- Freigeisprohener**, kann nicht wieder vor Gericht gestellt werden I. 18, 73.
- dessen Anspruch auf Schadenersatz II. 19.
- Freiheit** der Selbstbestimmung und Willensfreiheit, deren Mangel I. 54 ff. II. 12.
- persönliche, deren Verletzung I. 186 ff.
- deren widerrechtliche Verletzung I. 189.
- Freiheitsstrafen**, deren Arten und Vollzug I. 21 ff. II. 3.
- deren Verrechnung I. 25.
- Beginn der Strafzeit I. 26.
- deren Umwandlung in Geldstrafe I. 57, 62, II. 5.
- an Stelle uneinbringlicher Geldstrafen I. 28, II. 12.
- deren Vollzug gegen jugendliche Personen I. 67.
- deren Vollzug in Einzelhaft III. 111.
- deren Verjährung I. 77, II. 17.
- Freiwilligkeit** der provisorisch festgenommenen III. 45.
- gegen Sicherheit, wenn solche zulässig III. 48, Entscheidung darüber III. 49, Größe der Kautionssumme III. 49, schließt spätere Verhaftung nicht aus III. 50.
- schließt die Sicherheitsmaßregeln des Verurtheilten nicht aus III. 53.
- in Zellwachen in Folge Legitimation oder gegen Sicherheit III. 32.
- in der Pfalz der Civilpartei mitzutheilen III. 53.
- Freisprechung** schließt nochmalige Vorgerichtstellung aus I. 18, 73
- Fremde**, welche die Polizeiverordnungen nicht kennen II. 13.
- Anzeige ihrer Ankunft, Abreise, Verabreichung II. 59.

- Fremde**, von der Polizeistunde ausgenommen II. 46.  
**Fremdenführer** II. 158.  
**Fremdenpolizei** II. 58.  
**Fremdenschießen** II. 125.  
**Friedensstörung**, öffentliche I. 116.  
     — des Hausfriedens I. 118.  
     — des Religionsfriedens I. 120.  
     — Treßung damit I. 223.  
**Friedhöfe**, deren Berumreinigung II. 121.  
     siehe auch *Veichenader*.  
**Fruchtsfelder**, deren Inbrandsetzung I. 253.  
**Fuhrleute**, deren Unterschlagungen I. 217.  
     — deren Schlafen auf dem Fuhrwerke II. 107.  
**Fuhrwerke**, deren Ausweichen, Peispannung, Beaufsichtigung, Aneinanderhängen II. 106.  
     — verbotene II. 106.  
     — deren Stehenbleiben auf öffentlichen Straßen II. 115.  
     — Ueberschreiten der Eisenbahn mit denselben II. 113.  
     — auf Kunststraßen, deren Einrichtung II. 116.  
**Furddiebstahl** I. 218.  
**Funktion**, öffentliche, Verletzung der dadurch übernommenen Pflichten I. 282.  
**Furcht**, als Grund zur Ueberschreitung der Grenzen der Rothwehr I. 60.  
**Fußgänger**, unerlaubte II. 111.  
**Fußbänke**, öffentlicher Straßen, deren Schutz II. 117.  
**Fußwege**, unbefugtes Reiten und Fahren darauf II. 117.  
**Futtervorräthe**, deren Vergiftung I. 263.

## G.

- Garten**, Steigen über dessen Einfriedungen I. 251.  
**Gasleistungsborrichtungen**, deren Beschädigung oder Zerstörung I. 249.  
**Gäste**, welche die Polizeistunde übertreten II. 46.  
**Gastwirthe**, deren Unterschlagungen I. 216.  
     siehe auch *Wirthe*.  
**Gaukelei** II. 68.  
**Gebäude**, unbefugtes Eindringen in solche I. 118 ff.  
     — bewohntes, Begriff I. 204.  
     — unbenohntes in umschlossenem Raume I. 207.  
     — deren Inbrandsetzung I. 252 ff.  
     — deren Zerstörung durch Explosion, Ueberschwemmung u. dergl. I. 257.

- Gebäude**, gesundheitspolizeiliche Vorschriften darüber II. 96.  
 — Wersen, Gießen aus Q. II. 108.  
 — deren Festsetzung II. 121.  
 — deren Versicherung gegen Feuer II. 129.
- Gebrauch** falschen Geldes I. 127.  
 — falscher öffentlicher Urkunden I. 13.  
 — falscher Privaturkunden I. 230.  
 — falscher Urkunden in Untersuchungssachen I. 145.  
 — falscher Zeugnisse I. 148.  
 — falscher Schlüssel beim Fiet-Rast I. 303.  
 — unkeuliger von Leichen I. 186.
- Gebrauchsgegenstände**, gesundheitsgefährliche II. 96 ff.
- Gebrechliche**, deren Vernachlässigung.
- Geburten**, deren Anzeige II. 39.
- GeburtsHilfe** ohne Berechtigung II. 83.
- Gefahr**, für den Staat, Leben, Gesundheit und Vermögen der Staatsangehörigen  
 als Grund zu polizeilichen Verordnungen II. 26.  
 — öffentliche, Verweigerung der Hülfe dabei II. 41.  
 — Erregung von Besorgnissen von Q. II. 42.  
 — für Personen und Eigentum durch Nichtbeaufsichtigung Mißbrin-  
 ger und Geisteskranker II. 100.  
 — durch Fahren von Hunden II. 104.  
 — durch Reiten und Fahren II. 105.  
 — durch Wersen und Gießen aus Gebäuden II. 108.  
 — durch Unvorsichtigkeit mit Feuer oder Licht II. 123.  
 — durch Explosionen II. 111.
- Gefährdeid**, falscher I. 143.
- Gefährdende Bauten**, deren Entfernung oder Sicherung II. 138.
- Gefährdung** von Menschenleben und Gekindern durch Ueberschwemmung I. 258.  
 — der Schiff- und Fleißahrt I. 262.  
 — durch Wurf oder Fall II. 118.
- Gefährliche Verrichtungen**, Trunkenheit hiebei II. 102.  
 — wilde Thiere II. 102.  
 — Stellen, deren Verführung II. 109.
- Gefälle**, öffentliche, deren Verklüzung I. 275.  
 — deren Defraudation III. 6, 14, 31 ff.
- Gefangenankasten** I. 22.  
 — Beschäftigung darin I. 26.  
 — sonstige Behandlung darin I. 27, III. 23.  
 — für jugendliche Personen I. 66.  
 — Behandlung der Sträflinge bis zu deren Herstellung III. 23.
- Gefangene**, Befreiung derselben durch Dritte I. 108, durch sich selbst I. 110,  
 durch Beamte oder öffentliche Diener I. 111.  
 — widerrechtliche Verzögerung ihrer Entlassung I. 271.  
 — deren Mißhandlung I. 275.

- Gefangene**, unerlaubter Verlehr mit denselben II. 86.
- Gefangenhaltung**, widerrechtliche I. 189. Beginn der Verjährung dabei I. 191.
- Gefängnißbeamte**, Mißbrauch ihrer Stellung zur Unzucht I. 154.
- welche die Entlassung der Gefangenen verzögern I. 271.
- Gefängnißrequisiten**, deren Aufschaffung in der Pfalz III. 175.
- Gefängnißstrafe**, die damit bedrohten Handlungen sind Vergehen I. 12, 13.
- wann sie an die Stelle des Zuchthauses tritt I. 21.
  - wann im Zuchthause zu vollziehen I. 22.
  - deren Dauer und Vollzug I. 22, 26, 27.
  - deren Berechnung I. 25.
  - statt uneinbringlicher Geldstrafe I. 23.
  - Zusammentreffen mit andern Strafen I. 69 ff., mit Polizeistrafe II. 15.
  - deren Umwandlung in Geldstrafen I. 57, 62, in Arrest I. 66, III. 10.
  - deren Folgen I. 20, insbesondere für Staatsdiener I. 31, 285.
  - deren Vollzug bei jugendlichen Personen I. 67.
  - deren Verjährung I. 77.
  - deren unfugte Vollstreckung I. 273.
  - statt Arbeitsbausestrafe III. 18, 22.
- Geheimlich**, als selbstverständlich in der Regel hinweggelassen I. 6.
- Gegenbemerkungen** des Beschuldigten gegen die Richtigkeitseklage des Staatsanwaltes III. 91.
- Gegenseitige Ehrenkränkungen** I. 196.
- Thätlichkeiten I. 177.
- Gegenseitigkeit**, als Vorbedingung strafrechtlicher Verfolgung von Handlungen gegen das Ausland II. 90, 96, 101, 245.
- als Vorbedingung für Verurteilung der im Auslande begangenen Polizeilüderlichkeiten II. 2.
- Gehalt** — Suspension von demselben I. 31.
- des Metallgeldes, dessen Verringerung I. 127.
- Gefährlichkeiten**, deren Erregung durch Verbreitung von Nachrichten und Gerüchten I. 93, 43.
- Geheimmittel**, II. 86.
- deren Ankündigung II. 87.
- Geheimnisse**, deren Verletzung I. 246.
- Gehen** über bestellte Hecker und nicht abgemähte Wiesen I. 251.
- über die Bahn II. 113.
- Gehilfen** einer strafbaren Handlung I. 43.
- der Protokoll, Verletzung ihrer Geheimnisse I. 247.
  - siehe auch Gewerbesgehilfen.
- Geißelbeschwürungen** II. 68.
- deren Penibung zum Betrug I. 230.
- Geißelstrafe**, deren Mißbrauch zur Unzucht I. 151, 155.
- Anzeige von Verwahrung derselben II. 43.

- Geistesfranke**, Vernachlässigung derselben, Angriffe derselben gegen Personen oder fremdes Eigenthum II. 100.
- Geisteschwache**, Vernachlässigung derselben I. 243.
- Geistliche**, deren Weislaß mit Pfarr- oder Pechkindern I. 153.  
 — andere unethische Handlungen derselben I. 157.  
 — unethische Trauung und unethische Führung der Kirchenbücher durch dieselben I. 277.
- Geländer** an Abhängen, Brücken &c. II. 109.
- Geld**, dessen Fälschung I. 125.  
 — dessen Verringerung I. 127.  
 — beim Hazardspiel, dessen Konfiskation I. 127.  
 — falsches oder verringertes, dessen Ausgabe I. 127.
- Gelder**, deren Veruntreuung im Amte I. 275.
- Geldsammlungen**, unerlaubte II. 67.
- Geldstrafe** als Vergehens- und Uebertretungsstrafe I. 12, 13.  
 — als Polizeistrafe I. 2.  
 — als Disciplinarstrafe III. 7.  
 — deren Maß und Verwendung im Allgemeinen I. 28, II. 4, 6, III. 75.  
 — uneinbringliche, deren Umwandlung in Freiheitsstrafe I. 28, II. 4 ff. 14.  
 — statt Gefängniß oder Arrest I. 57, 62, II. 12, III. 13, statt Verweis III. 22.  
 — Zusammentreffen mehrerer oder mit andern Strafen I. 69 ff. II. 15.  
 — Haftung Dritter für dieselbe II. 3, 11, insbesondere beim Geld- diebstahl I. 212.  
 — gegen die Erben zu vollstrecken I. 74.  
 — deren Verjährung I. 77, II. 17.  
 — deren Vollstreckung in der Pfalz III. 73.
- Gemälde**, öffentliche, deren Beschädigung II. 121.
- Gemeindeämter**, Unfähigkeit dazu III. 18.
- Gemeindebedienstete**, deren Verwendung als Polizeiamtliche III. 30.  
 — sind in der Regel von Untersuchungshaft befreit III. 40.
- Gemeindebehörde**, deren Mitwirkung bei Aburtheilung von Malzausschlags- fraudationen III. 25.
- Gemeindebevollmächtigte**, Vorlage ortspolizeilicher Vorschriften an dieselben II. 24.  
 — deren Beschwerderecht gegen ortspolizeiliche Vorschriften II. 30.
- Gemeindebienß**, deren Vernachlässigung II. 41.
- Gemeindebist**, dessen Abänderung in Bezug auf Wahlbarkeit III. 19.
- Gemeindefolkium**, Verleumdung eines solchen I. 96.  
 — Vergewaltigung eines Mitgliedes I. 103.
- Gemeinden**, deren Beamte und Diener stehen in Bezug auf Amtsverbrechen denen des Staates gleich I. 281.  
 — Verkürzung ihrer Einnahmen und Geseße I. 275.



**Gemeinderath** in der Pfalz, dessen Vernehmung bei Erlassung ortspolizeilicher Vorschriften II. 22.

— dessen Beschwerderecht gegen ortspolizeiliche Vorschriften II. 30.

**Gemeindefiegel**, dessen Fälschung und Mißbrauch zur Fälschung I. 133.

**Gemeindevorkantungen** können ortspolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22.

— können Ungehorsamsstrafen androhen III. 24 ff.

— deren Antrag wegen Vernachlässigung erkrankter Personen II. 101.

**Gemeindevahl**, Einfluß einer Beurtheilung auf die Fähigkeit zu solcher I. 30, III. 18.

**Gemeindevahlordnungen**, Vorbehalt der darin enthaltenen Strafbestimmungen III. 7.

— deren theilweise Aenderung III. 19.

**Gemeindevwege**, Erhaltung ihrer Fahrbarkeit II. 41.

**Gemeingefährliche Vergiftung** I. 163.

— Beschädigung von Thieren I. 263.

**Geminderte Zurechnung** I. 56, II. 12, in Konkurrenz mit Jugend I. 66.

**Gendarmen**, Widersehung gegen dieselben I. 103 ff.

— deren Verhaftungsbefugniß III. 44, 45.

**Gepächträger**, II. 158, als Hülfsoorgane in Uebertretungssachen III. 66, 74.

**Gepfändete Gegenstände**, deren Beschädigung oder Wegnahme I. 240.

**Geranten** von Aktiengesellschaften, deren Unterschlagungen I. 216.

**Geräthschaften** der Gaunkler u. I. 168.

— für Rothbälle, deren Entfernung II. 112.

— für Fälschung von Urkunden II. 128.

— bei Glücksspielen II. 75.

— beim Fisch- und Krebsfang II. 179.

**Gerichte**, Mittheilung polizeilicher Verordnungen und Publikationsnachweise an dieselben II. 27.

— deren Kompetenz zur Prüfung polizeilicher Vorschriften II. 30.

— deren Kompetenzverhältnisse in Strafsachen III. 29 ff.

— Ausdehnung ihrer Kompetenz in Civilsachen III. 38.

**Gerichtsbärzliches** Gutachten über Zulässigkeit der Verschärfung der Arreststrafe I. 24.

**Gerichtsboten**, deren Pflichtverletzungen I. 277.

— der Pfalz, inwiefern die Strafbestimmungen gegen Beamte auf sie Anwendung finden I. 281.

— sind in der Regel von Untersuchungshaft befreit III. 40.

**Geringhaltige Gold- und Silberwaaren** II. 141, Betrug damit I. 230.

**Gerüchte**, staatsgefährliche I. 92.

— falsche I. 93.

**Gefandte**, Verleumdung derselben I. 101.

**Gefänge**, aufreizende II. 43.

— unberechtigte Aufführung derselben II. 48

— unästhetische II. 71,

**Geschäftsbücher**, Betrug durch deren wahrheitswidrige Führung I. 230.

- Geschäftsbücher**, deren Verheimlichung, Vernichtung, Fälschung u. s. I. 239, 240.  
 — unbefugtes Feilen und Abschreiben derselben I. 246.
- Geschäftsführer**, deren Untreue I. 214.
- Geschenk**, Geben oder Versprechen eines solchen für strafbare Handlungen I. 43, 45.  
 — für amtliche Handlungen oder Unterlassungen I. 265.  
 — zur Fesselung gegeben wird konfiskirt I. 267.  
 — — — — — verbottene Eingebung von Geschenken zu Festzeiten II. 65
- Gehirne**, gesundheitsgefährliche II. 98.
- Geschlechtsname**, dessen unbefugte Aenderung II. 40.
- Geschlechtsverbindung**, außereheliche fortgesetzte II. 70.
- Geschosse**, verbotene II. 52.
- Geschwefelter Popsen** II. 141.
- Geschwister**, deren Begünstigungshandlungen I. 48.  
 — unterlassene Verhinderung strafbarer Handlungen I. 49.  
 — deren Bedrohung und Vergewaltigung als Grund der Straflosigkeit I. 54 ff.  
 — deren Mißhandlung oder Beleidigung u. s. Mißvertragsgrund I. 165, 174.  
 — — — — — Diebstahl unter denselben I. 152.  
 — — — — — Diebstahl unter ihnen I. 213.  
 — — — — — Unterschlagung unter denselben I. 217.  
 — — — — — Betrug unter ihnen I. 234.
- Geschworene**, deren Beleidigung I. 98, 194.  
 — deren Vergewaltigung I. 104.  
 — deren Verurteilung I. 266 ff.  
 — Unfähigkeit, G. zu sein, als Folge einer Verurteilung I. 30, 266, 282 III. 18.
- Geschworenenversammlung**, deren Beleidigung I. 96.
- Gesellen**, Haltung der Gewerkeherren für deren Felddiebstähle I. 212.  
 — Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60.  
 — Verheimlichung ansteckender Krankheiten II. 90.  
 — unbefugte Anfertigung von Schließeln II. 142.  
 — Arbeiten auf eigene Rechnung II. 162.  
 — u. berechnete Ausführung durch G. II. 181.  
 — Blaumentagmachen und sonstige Mißbräuch II. 163.  
 — siehe auch Handwerksgefallen, Gewerksgefallen.
- Gezellenordnungen** II. 154.
- Gesellschaften**, abonnierte oder geschlossene, Polizeistunde in solchen II. 47.  
 — geschlossene, Tanzmusiken in solchen zu verbotenen Zeiten II. 50.  
 — für Versicherungen u. s. f. u. II. 129, 130.
- Gefesse**, Aufforderung zum Ungehorsam dagegen I. 102.  
 — gewaltthätige Forderung ihres Vollzuges I. 102 f.  
 — dergleichen bestehende in Polizeisachen, deren Abänderung II. 32.  
 — bestehende, deren Verweisung auf Bestimmungen des bisherigen Strafrechts, worauf solche zu beziehen III. 16.

**Gefetze**, deren Uebertretung nicht mit Strafe bedroht ist, Vollzug derselben III. 24.

**Gesundheitsverdingen**, deren Uebertretungen II. 170.

**Gespinn** ohne Aufsicht II. 107.

**Gesundnisse**, deren Erpressung I. 272.

**Gefährliche**, deren Reinigung von Raupen II. 176.

**Gefunde** um Aufhebung der Straffolgen, wo sie zu stellen und wie sie zu behandeln III. 109, deren Erneuerung III. 107.

**Gesundheit**, unrichtige Zeugnisse darüber I. 134, 148.

— absichtliche Beschädigung derselben I. 170.

— physische, psychische I. 171.

— bleibender Nachtheil daran I. 171.

— des Königs, Verletzung derselben I. 79, 84.

— deren Gefährdung als Grund zu Erlassung polizeilicher Verordnungen II. 26.

— Uebertretungen in Bezug auf dieselbe II. 79 ff.

**Gesundheitsgefährliche** Nahrungsmittel und Getränke I. 230, 235 f., II. 96.

**Gesundheitspolizeiliche** Vorschriften für Feit- und Badeanstalten II. 94.

— für Fabriken und Gewerbe II. 94.

— in Bezug auf Gebäude II. 96.

— in Bezug auf Nahrungsmittel *se* II. 96.

— in Bezug auf Gebrauchsgegenstände II. 99.

**Getränke**, gefälschte und gesundheitsgefährliche I. 230.

— deren Fälschung, Verkauf und Besitz gefälschter I. 230, 236.

— deren Verkauf II. 96.

— siehe auch *Nahrungsmittel*.

**Getreide**, Scheinverträge, unterlassene Anzeige abgeschlossener Verträge, Differenzgeschäft, Kauf vor oder außer dem Markte *se* II. 152.

**Getreideselder**, Anmachen von Feuer in deren Nähe II. 124.

**Gewalt**, elterliche, Verlust der daraus fließenden Rechte I. 163.

— verfassungsmäßige des Königs, Angriffe darauf I. 92.

— um zu strafbaren Handlungen zu bewegen I. 42 f.

— als Strafausschließungsgrund I. 54, 56.

— als Strafmilderungsgrund I. 57.

— beim Hochverrathe I. 80.

— gegen obrigkeitliche Diener I. 102 f.

— gegen Beamte oder Offiziere I. 102 ff.

— bei der Widerlegung, was darunter zu verstehen I. 103 f.

— beim Aufruhr I. 106.

— Bezüglich der Ausübung von Wahlrechten I. 114.

— bei Friedensstörung I. 117.

— gegen kirchliche Behörden und Religionsdiener I. 122.

— zum Zwecke der Unzucht I. 149 ff.

— beim Diebstahl I. 202.

— beim Raub I. 219.

**Gewalt, bei der Erpressung I. 221.**

- außer dem Falle der Erpressung, (crimen vis) I. 222.
- bei Verstärkungen I. 245.
- deren Abweisung durch Reichwehr I. 60.
- siehe auch Vergewaltigung.

**Gewalthaber, auswärtige, Unterhandlung damit I. 81, 82, 87.****Gewehre verbotene II. 52.**

- Unvorsichtigkeit damit II. 80.
- deren Konfiskation in der Pfalz III. 15.

**Gewerbe, deren Einstellung und Einziehung als Straffolge I. 37, als Polizeimaßregel II. 10, III. 6.**

- Verabredung zu deren Einstellung I. 107.
- plötzliche Einstellung derselben II. 150.
- unzüchtiges II. 71.
- herumziehende II. 57.
- gesundheitspolizeiliche Vorschriften für dieselben II. 94 ff.
- befreit in der Regel von Untersuchungsgehalt III. 39.

**Gewerbsausübung, unterjogt II. 159.****Gewerbsberechtigungen, deren Ueberschreitung II. 159.**

- deren Beurtteilung II. 161.

**Gewerbsbetrieb, dessen Einstellung als Straffolge I. 37, als polizeiliche Maßregel II. 10, III. 6.**

- dessen plötzliche Einstellung II. 150.

**Gewerbsgeheimnisse, deren Mißbrauch I. 246.****Gewerbsgehilfen ohne Reisentunden II. 57.**

- verbotenes Reisen derselben in ausländischen Staaten II. 58.
- Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60.
- welche aufstehende Uebel verheimlichen II. 90.
- welche unbefugt Schlüssel anfertigen II. 142.
- welche für eigene Rechnung arbeiten II. 162.
- welche den blauen Montag feiern oder sich sonst der Arbeit entziehen II. 163.
- welche sich ein Strafrecht anmassen ec. II. 164.
- siehe auch Gesellen, Handwerkgesellen.

**Gewerbslenke, deren Bestrafung wegen falschen Maßes oder Gewichtes, gefälschter Nahrungsmittel und Getränke I. 230, 234.****Gewerbsmäßige Kinderabtreibung I. 182**

- Hehlerei bei Raub, Diebstahl, Unterschlagung I. 225, bei Felddiebstahl und Hirschereirei I. 226.
- Unzucht II. 71.
- Heberbergung ausweisloser Personen II. 60.
- Aufstellung von Transportmitteln II. 158.
- 6 Leiben auf Wänder II. 144.
- Gefindevorbringen II. 169.

**Gewerbmäßige Entzerrtümmerung, Aufhebung des Gesetzes vom 24. Mai 1852 III. 4.**

**Gewerbsmeister, deren Verabredung zur ArbeitsEinstellung II. 107.**

- deren Haftung für Uebertretungen der Arbeiter II. 3, 11, insbesondere für feuergefährliche Handlungen II. 124.
- deren Pflichtverletzung gegen die Lehrlinge II. 154.
- welche das Arbeiten der Gesellen auf eigene Rechnung dulden II. 162.
- welche sich an Handwerksmißbräuchen betheiligen II. 164.

**Gewerbspolizei, Uebertretungen in Bezug darauf II. 154 ff.**

**Gewerbprivilegien, Angriffe darauf II. 160.**

**Gewerbrechte, deren Suspension oder Einziehung III. 6.**

**Gewerbzeichen, deren Mißbrauch I. 245.**

**Gewerbreibende, berechtigte, deren Verurtheilung ohne Legitimation II. 57.**

**Gewerke, Beschäftigung jugendlicher Personen in denselben II. 164;**

**Gewerkschaften, Unterschlagungen ihrer Verwalter I. 216.**

**Gewichte, falsche, deren Verstoß I. 234.**

- verschriftswidrige bei Arzneiwaaren II. 86.
- ordnungswidrige oder Mangel vorgeschriebener II. 145.
- deren Verifikation II. 147.
- Verkauf von Fischen unter dem vorgeschriebenen Gewichte II. 179.

**Gewohnheitsbraucher, I. 179.**

**Gift, Tödtung durch dasselbe I. 165.**

- Körperverletzung durch G. I. 170, 173.
- unberechtigte Zubereitung, Verarbeitung, Aufbewahrung, Verfeinerung, Verkauf und Verwendung desselben II. 86.

**Giltigkeit der Polizeivorschriften hat der Richter zu prüfen II. 30.**

**Glatteis, Sperren der Fuhrwerke bei demselben II. 107.**

**Glaubensseid, falscher I. 143.**

**Gläubiger, deren widerrechtliche Benachtheiligung I. 237 ff.**

**Glocken, deren Mißbrauch II. 43.**

**Glücksspiele, unerlaubte II. 74 ff.**

**Gnade, königliche, kann Straffolgen aufheben III. 106.**

**Goldwaaren, unächte, geringhaltige, Verung damit I. 230.**

- verordnungswidrige II. 141.

**Gottesdienst, dessen Verhinderung oder Störung I. 120.**

- Diebstahl einer demselben gewidmeten Sache, aus einem für denselben bestimmten Gebäude I. 201, 206.

**Gottesdienstliche Handlungen, deren Störung II. 77.**

**Gräben, fremde, deren Verschütten I. 251.**

- öffentlicher Straßen, deren Schutz II. 117.
- an Eisenbahnen II. 113.

**Gräber, deren Anlage, Tiefe, Ordnung und Oeffnung II. 82.**

**Grabmäler, deren Beschädigung oder Zerstörung I. 249.**

**Grenzen der Vertbeidigung, deren Ueberschreitung I. 60.**

**Grenzsteine, deren Wegnahme, Beschädigung I. 244.**

- Grenzüberschreitung** durch Pflügen, Wäßen, Erudten I. 251.  
**Gruben**, gefährliche II. 109.  
 — auf öffentlichen Straßen oder Plätzen II. 114.  
**Grundbesitz**, befreit in der Regel von Untersuchungshaft III. 39.  
**Grundstücke**, fremde, unbefugtes Viehweiden darauf, Ueberschreitung ihrer Grenzen durch Pflügen u. I. 251.  
**Güterbesitzer** II. 157.  
**Güterführer** II. 158.  
**Güterlader** II. 158.  
**Güterhaffner**, deren Unterschlagungen I. 216.  
 — Ordnungen für dieselben II. 158.  
**Güterzertrümmerung**, gewerbenmäßige, Aufhebung des Gesetzes vom 28. Mai 1852, III. 4.  
**Gymnasialische** Vorstellungen unbefugte II. 47.



- Hafenordnungen**, II. 157.  
**Haft**, unverschuldet, deren Anrechnung auf die Strafe I. 68, II. 18.  
 — widersprüchliche Verfügung oder Verlängerung derselben I. 271.  
 — siehe auch Gefangenschaft, Verhaftung, Untersuchungshaft.  
**Haftung**, solidarisches der Mitschuldigen für Schadenersatz und Kosten I. 54, II. 10.  
 — Dritter für Geldstrafe und Kosten bei Felddiebstählen I. 212.  
 — des Familienhauptes u. für Selbstmord I. 251.  
 — Dritter Personen für Polizeivertretungen II. 3, 11.  
 — für feuergefährliche Handlungen II. 124 ff.  
 — des Staates für amtliche Acte seiner Organe II. 21.  
 — des Hausherrn für die Miethleute II. 109.  
 — siehe Schuldsuch, Wirthshausbesuch.  
**Handanlegen** begründet Theilnahme I. 43.  
 — beleidigendes, siehe Beleidigung.  
 — gewaltthätiges, siehe Gewalt.  
**Handel**, Uebervorsichtigkeit dabei I. 228.  
 — mit Vieh, Getreide, inländischen Bodenerzeugnissen, Rohstoffen und Lebensmitteln ist freigegeben II. 162.  
**Handelsbefugnisse** der Anständer II. 162.  
**Handelsbühler**, Petrus durch deren wahrheitswidrige Führung I. 230.  
 — deren Verheimlichung, Vernichtung, Fälschung I. 239.  
 — fremde, deren Erbrechen, Lesen, Abschreiben I. 246.  
**Handelsfirmen** II. 156.

- Handelsgeheimnisse**, deren Mißbrauch I. 246.
- Handelsgezetzbuch**, päpstliches, Aufhebung, einiger Artikel III. 5.
- Handelsleute**, deren Bestrafung wegen falschen Maßes, Gewichtes, gefälschter Nahrungsmittel und Getränke I. 230, 234.
- Bankrott derselben I. 239.
  - Ansuchen von Bestellungen II. 156.
- Handgelöbniß**, falsches I. 145.
- Unfähigkeit dazu I. 31, 192.
- Handlungen**, strafbare, darunter sind im St.G.B. Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen begriffen I. 13.
- deren Zusammenfluß I. 68, II. 15.
  - vorbereitende I. 41.
  - unzüchtige I. 156, 106, an öffentlichen Orten I. 161.
  - welche als Polizeilübertretungen zu erachten sind II. 1.
  - ärgernißgebende II. 71.
  - feuergefährliche II. 123.
- Handlungsdiener**, Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60.
- Handlungsreisende** II. 156.
- Handwerksgesellen**, deren Verabredung zur ArbeitsEinstellung I. 107.
- ohne Reisefurkunden II. 67.
  - deren verbotenes Reiten in ausländische Staaten II. 58.
  - deren unbefugte Beherbergung II. 60.
  - welche für eigene Rechnung arbeiten II. 162.
  - welche den blauen Montag feiern oder sich der Arbeit entziehen, II. 163.
  - welche sich ein Strafrecht anmassen oder an Handwerksmißbräuchen theilnehmen II. 164.
  - siehe auch Gesellen, Gewerbsgehilfen.
- Handwerksmißbräuche** II. 164.
- Haf** gegen einzelne Stände, Erregung desselben I. 92.
- Hauptleid**, Unfähigkeit dazu I. 31, 142.
- falscher I. 140, 145.
  - in Injurienstrafsachen unstatthaft III. 63.
- Hauptverhandlung** in Uebertretungssachen III. 67.
- Hausbesitzer**, deren Haftung für Uebertretungen II. 11, insbesondere für Anzeige von Aus- und Einzug der Mietleute II. 61, für feuergefährliche Handlungen II. 126 ff., wegen Nichtsicherung oder Nichtentfernung gefahrdrohender Gebäude II. 138.
- Häuser**, Werfen, Ausgießen, Falllassen aus denselben II. 108.
- Hausfriede**, dessen Störung I. 118.
- Hausgeflügel**, dessen Auslassen auf Felder II. 176.
- Hausfren**, unberechtigtes II. 156.
- mit Lebensmittel u. dgl. II. 153.
- Hausordnung** für Buchhändler, Gefangen- und Polizeianstalten I. 27, 36.
- für Zellengefängnisse III. 117.

- Gauleitung**, polizeiliche, deren Zulässigkeit I. 84, II. 88.  
 — in Zollstrassaden III. 32.
- Gausthiere**, Abgabe von Heilmitteln für dieselben II. 86.  
 — deren Verkauf II. 91.
- Gazardspiel** I. 243, II. 75.
- Gebammen**, deren Gewerinnungsverletzung I. 247.  
 — deren eigenmächtige Wohnungsveränderung oder Fiskusverweigerung II. 84.
- Geden**, deren Reinigung von Haaren II. 176.
- Geer**, Unfähigkeit, darin zu dienen I. 31.  
 — feindliches, Dienst in demselben I. 87, 88.
- Geerergänzungsgezet**, dessen Aufrechterhaltung III. 8.  
 — Zuwiderhandlungen dagegen, inwieweit sie Vergehen, inwieweit Polizeilichverletzungen III. 12.
- Gezeit** des Wilted II. 178.
- Gehler**, welche Nachschlüssel haben II. 442.
- Geherei**, Begriff I. 224.  
 — Strafe I. 225.  
 — gewerbmässige, bei Raub, Diebstahl, Unterschlagung I. 226.  
 — bei Heubdiebstahl und Fiskusverweigerung I. 226.  
 — durch Aufrechterhaltung I. 226.  
 — bei mangelhaftem Thatbestande II. 141.
- Geisankast**, Aufenthalt darin in die Strafzeit einzurechnen I. 26.  
 — unbefugte Errichtung, vorchriftswidrige Einrichtung einer solchen II. 94.
- Geismittel**, deren Vereitung und Abgabe II. 85.  
 — für Gausthiere II. 86.  
 — deren Ankündigung II. 87.
- Geisungsversuche** unerlaubte II. 83.
- Geimattlose**, gegen dieselben ist wegen jeder strafbaren Handlung Untersuchungs-  
 baft zulässig III. 43.
- Gerangforderung** zum Zweitampfe I. 123.
- Gerberggeben** II. 59.  
 — durch Dienstboten I. 167.  
 — als Geherei I. 225.
- Gerfämmliche Geschenke** zu Festzeiten II. 66.
- Gerumtragen** von Lebensmitteln II. 153.
- Gerumziehen** ohne Legitimation II. 57.  
 — gewerbmässiges zu Festzeiten II. 66.
- Gehen** der Thiere an öffentlichen Orten II. 105.
- Geuerndte**, deren Anfang in der Platz II. 176.
- Gilfeleistung** zu strafbaren Handlungen I. 43.  
 — bei öffentlicher Gefahr, deren Verweigerung II. 41.  
 — unterlassene bei Lebensgefahr II. 80.  
 — deren Verweigerung durch Medizinalpersonen II. 84.



**Hilflose Personen**, deren Aussetzung I. 188 ff., Nichtanzeige ihrer Verwahrung II. 56, Vernachlässigung derselben II. 101.

**Hilfsapparate**, deren Vernachlässigung II. 80.

**Hinrichtung**, deren Vollzug I. 20.

**Hinterlegung** von Preßerzeugnissen als Anfang der Verjährungsfrist I. 76.

**Hirten**, Haftung für deren Jatzfrel I. 251.

— nachlässige II. 170.

— Verwendung untauglicher II. 174.

**Hochverrath** I. 79.

**Hochverrätherische** Unternehmungen, erfolglose Aufforderung dazu I. 85.

**Hoheitszeichen**, deren Verunglimpfung I. 100.

**Holz**, dessen Entwendung I. 210, 214.

**Holzmärkte**, Verkehr auf denselben II. 153.

**Holzschutte** gelten als Preßerzeugnisse I. 15.

**Hopfen**, geschworfelter II. 141.

— Scheinverträge damit, unterlassene oder falsche Anzeige abgeschlossener Verträge II. 152.

**Hunde**, deren Vistation, Nimmehmen in Kirchen, zu Pferde Rennen, auf Rechenhöfe, in Wirtschaftsolale, Theater, Fleischbänke, auf Märkte, zu Feiertlichkeiten II. 103, 104.

— deren Verwahrung zur Nachtzeit, Versehen mit Zeichen und Maulkorb II. 103.

— deren Wuthkrankheit II. 104.

— mißbräuchliches Gehen oder Nichtzurückhalten derselben II. 105.

**Hündinnen**, lauffige II. 103.

**Hut** durch schulpflichtige Kinder II. 174.

— siehe auch *Weiße*.

### 3.

**Jagd Ausübung** II. 177, in der Pfalz III. 14.

**Jagdfrel** I. 214.

**Jagdarten**, Unfähigkeit dazu als Straffolge I. 31.

**Jagdpolizei** II. 177.

**Jagdrecht**, dessen Ausübung in Foshäumen, Panegärten, auf Wegen II. 124.

— dessen Ausübung mit verbotenen Waffen II. 177.

**Jagdberordnung**, pfälzische, deren Abänderung III. 14.

**Jahr**, dessen Berechnung bei Ausmessung der Freiheitsstrafen I. 25.

**Jahrmärkte**, Verkehr auf denselben II. 153.

**Jauchenbehälter**, deren Verwahrung II. 109.

**Immobilien-Brandversicherung** II. 129.

**Immobiliar-Versteigerungen** II. 143.

**Impfpflicht** II. 88.

**Inceß** I. 152 f.

**Injurien** I. 191 ff.

**Injurienklagen**, civilrechtliche, deren Aufhebung III. 64.

**Injuriose Absicht** I. 194.

**Inland, Inländer**, Begriff I. 16.

**Inländer**, Anwendbarkeit des Strafrechtsbuchs auf dieselben I. 16.

— im Auslande verübte strafbare Handlungen derselben I. 16.

— Auslieferung derselben I. 17.

— deren Ausweisung und Konfination II. 10.

**Inflanzenzug** bei Beschwerden gegen polizeiliche Vorschriften II. 30.

**Interesse**, eigenes, wird zur Strafbarkeit des Theilnehmers nicht vorausgesetzt I. 42.

**Interimscheine**, deren Fälschung I. 187.

— Gebrauch falscher I. 138.

**Unterwahrnehmung** hilfloser Personen II. 54.

— Geisteskranker II. 43.

**Irrenanstalt**, Unterbringung in, solcher II. 100.

**Irrthum** über Thatfachen, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit I. 58, II. 21.

— über Strafgesetze, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit I. 59, II. 13.

— dessen Erregung oder Verhütung, um zu strafbarer Handlung zu bewegen I. 43.

— dessen Erregung oder Verhütung, um zum Verstand zu bewegen I. 151.

— bei Blutschande I. 152.

— über's Alter der zur Unzucht mißbrauchten Person I. 163.

— dessen Erregung oder Verhütung zum Betrug I. 227.

— als Strafmitderungsgrund gehört zur Thatfrage III. 19.

**Jugend** als Strafmilderungsgrund I. 64.

— als Strafmitderungsgrund I. 66, II. 12.

— in Konkurrenz mit geminderter Zurechnung, Theilnahme, Versuch I. 66.

**Jugendliche** Personen, deren Unterbringung in einer Erziehungsanstalt I. 64.

— Strafverfügung gegen dieselben I. 67.

— Bestrafung derselben wegen Betrugs und Landstreicherei II. 64.

— deren Verwendung in Fabriken und bei Gewerken II. 164.

— siehe auch Personen.

**Jungfraukaufst**, physische, deren Verlust ist nicht als bleibender Nachtheil am Körper zu erachten I. 150.

## R.

**R**, siehe auch **G**.

**Rabinetsiegel**, dessen unbefugte Fertigung und unbefugter Gebrauch I. 138.

**Kalenderstempel**, dessen Fälschung I. 128.

**Kalkgruben**, deren Verwahrung II. 109.

**Kaminc**, deren Unterhaltung und Reinigung II. 126.

**Kaminlehrer**, deren Uebertretungen II. 127.

**Kammerfenstergehen** II. 69.

**Kammern des Landtags**, deren Beleidigung I. 96.

**Kampfregelein**, deren Uebertretung im Zweikampf I. 125.

**Kanalordnungen** II. 122.

**Kanonenschläge**, deren unbefugtes Abbrennen II. 124.

**Kantonsgefängnisse** in der Pfalz, deren Herstellung und Unterhaltung III. 75.

**Karawiese**, unberechtigte II. 47.

**Kartelträger** I. 124.

**Kartenschlagen** II. 68.

**Kartensstempel**, dessen Fälschung I. 128.

**Kassationshof**, gemeinschaftlicher für alle Strafsachen des ganzen Königreichs III. 30, dessen Zuständigkeit, Verfahren III. 87 ff., insbesondere bezüglich der Pfalz III. 101.

— Staatsanwaltschaft am **R**. III. 88, bezüglich der Pfalz III. 31.

— als Verweisungsenat an die Befugnisse der appellationsgerichtlichen Verweisungsenate III. 52.

— Aufhebung der bisherigen Bestimmungen darüber III. 101.

**Raffen**, deren verrätherische Uebergabe an den Feind I. 88.

— amtliche, deren Veruntreuung I. 275.

**Kataloge der Reichsbibliotheken** I. 162.

**Kaufleute** siehe **Handelsleute**, **Gewerksleute**.

**Kaufszusammenhang bei Tödtungen** I. 169.

— bei der Abtreibung I. 182.

— zwischen Uebertretung einer polizeilichen Vorschrift und Einschleppung einer ansteckenden Krankheit I. 185.

— zwischen täuschender Handlung und Benachtheiligung beim Betrug I. 228.

— zwischen fahrlässiger Brandstiftung und Tödtung I. 256.

**Kaution**, Freilassung gegen solche III. 48, siehe auch **Freilassung**.

— der Ansänder in Injurienfachen III. 62.

**Regelschieben**, verbotene II. 47.

— zur Nachzeit II. 49.

**Reiterzugänge**, deren Verwahrung II. 109.

**Reichgruben**, deren Anlage und Sicherung II. 109.

**Rinder**, wer darunter zu verstehen I. 197.

— deren Begünstigungshandlungen I. 48.

**Kinden**, Verhörung oder Mißhandlung derselben als Strafanerkennungsgrund I. 54, der Strafmilderung I. 165, 173.

— deren Unterschiebung, Verwechslung I. 197.

— Haftung der Eltern für deren Fehlschüsse I. 212.

— deren Polizeibestretungen auf Befehl der Eltern II. 11.

— neugeborene, deren Ansfindung II. 53

— unberechtigte Annahme fremder II. 64.

— Aufnahme verirrter II. 54.

— deren Ansehung zum Bettel II. 63

— schulpflichtige, deren Schulversäumnisse I. 77, Verstoß von Wirtschaftlern und Tanzunterhaltungen II. 73, deren Verwendung als Hirten II. 174.

— deren Zuspung II. 88.

— deren Vernachlässigung II. 101.

— deren Verwendung in Fabriken II. 164.

— denselben soll kein Licht oder Feuer anvertraut werden II. 124.

**Kinderspielmaaren**, gesundheitsgefährliche II. 98.

**Kindesabtreibung** I. 180.

— gewerksmäßige I. 82.

**Kindesaussetzung** I. 183.

**Kindesmord** I. 167.

**Kirchen**, Störung des Friedens derselben I. 120 u. 121.

— Mithemen von Hundten in dieselben II. 103.

**Kirchenwache**, deren Vernachlässigung II. 41.

**Kirchhöfe** siehe Friedhöfe, Leichenader.

**Kirchliche Behörde**, deren Verleumdung, Vergewaltigung und Verhörung I. 122, 194.

**Klassische Literatur- und Kunstprodukte** unzüchtigen Inhalts I. 161.

**Kleidungsstoffe**, gesundheitsgefährliche II. 98.

**Kleidungsstücke**, infizierte II. 90.

**Kochgeschirre**, gesundheitswidrige I. 98.

**Kollisionshaft**, deren Zulässigkeit III. 40.

— deren Ende III. 44.

— bei derselben ist Freilassung gegen Sicherheit nicht zulässig III. 48.

**Kommissionäre**, deren Unterstellungen I. 217.

**Kompensation der Ehrenkränkungen** I. 196.

**Kompetenz** siehe Zuständigkeit.

**Konstitution** I. 84, II. 10.

**Konstitution**, deren Zulässigkeit, Verwendung ihres Erlöses I. 32, II. 6, siehe auch Armenpflege.

— gegen die Erben zu vollstrecken I. 74.

**König**, Angriffe auf dessen Person I. 79, 80.

— Nötigung zu einer Entschädigung oder Abhaltung von solchen I. 86.

— Angriffe auf dessen Unverletzlichkeit oder verfassungsmäßige Gewalt I. 92.

— dessen Mißhandlung, Verleumdung, Verhörung etc. I. 94.

**König**, Fälschung der von demselben ausgehenden Urkunden oder Privatscripturen I. 132.

**Königin**, deren Mißhandlung oder Peleibigung I. 95.

**Königliche Familie**, Peleibigung ihrer Mitglieder I. 95.

— Entschliehung, deren Abnötigung oder Verhinderung I. 86.

— Wappen, deren Verunglimpfung I. 100.

— Verordnungen in Polizeisachen II. 25.

**Königreich**, Angriffe auf dessen Integrität I. 79.

**Konkurrenz** siehe Zusammenstoß.

**Konsularbeschluß** vom 17. Praetial IX, dessen Abänderung III. 14.

**Kontrebande**, Teilnahme und Begünstigung an solcher III. 31.

**Kontrolle** der Polizeistunde II. 46.

**Konzerte**, öffentliche sind an keine Bewilligung gebunden II. 48.

**Körper**, kleibender Nachtheil an demselben I. 171.

**Körperliche Bückigung** in Straf- und Polizeianstalten ausgeschlossen I. 27, I. 36.

**Körperverletzung** aus Nothwehr I. 60.

— im Zweikampf I. 124.

— vorsätzliche, als Verbrechen und Vergehen I. 170.

— mit nachgefolgtem Tode I. 170.

— in Verbindung Mehrerer, mittels Aufpassen, durch Waffen oder Gift I. 170.

— im Affekt I. 173.

— vorsätzliche, als Uebertretung I. 174.

— aus Fahrlässigkeit I. 176.

— in Schlägereien I. 177.

— Rückfall I. 179.

— Unterschied von der Realinjurie I. 194, 195.

— was bei der Untersuchungseinleitung zu beachten I. 175.

**Korporationen** siehe Corporationen.

**Kosmetische Mittel**, deren Verkauf II. 86, deren Ankündigung II. 87.

**Kost**, deren Einschränkung auf Wasser und Brod I. 24.

**Kosten** der Verwahrung in einer Polizeianstalt I. 36.

— der Unterbringung in einer Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen I. 64.

— solidarische Haftung der Mitschuldigen I. 54, II. 10.

— Haftung dritter Personen dafür II. 311, insbesondere der Erben I. 74, der Familienhäupter beim Feldbiefstahl I. 212.

— für Zwangsvollzug polizeilicher Anordnungen II. 18 ff, III. 24.

— in Injurienfachen III. 63.

**Kostender**, deren Annahme II. 54.

**Kranke**, deren Vernachlässigung II. 101.

— deren Behandlung bei Einzelhaft III. 117.

**Krankheit** des Sträflings während der Strafvernehmung I. 26, bei Einzelhaft III. 117.

— Fälschung des Zeugnisses darüber I. 134.

**Krankheit** als Folge von Körperverletzung u. I. 171.

- ansteckende, von Menschen, deren Anzeige II. 89, 93, Uebertretung der dagegen getroffenen Vorkehrungen I. 184.
- ansteckende, von Vieh, deren Anzeige II. 91, 93, Uebertretung der dagegen getroffenen Vorkehrungen I. 263.
- unbefugte Heilveruche II. 183.

**Krähe**, deren Verheimlichung II. 90.

**Krebsen**, unbefugtes I. 213.

- verbotener Art und zu verbotener Zeit II. 179.

**Kreditankalten**, Fälschung der Noten derselben I. 126.

**Kreditpapiere**, deren Fälschung I. 137.

- Gebrauch falscher I. 138.
- Differenzgeschäfte damit, Ausstellung und Veräußerung derselben trotz Ueberschuldung I. 239.

**Kreisamtsblatt**, Publikation oberpolizeilicher Vorschriften darin II. 27.

**Kreisfiskale**, deren Mithwirkung bei Aburtheilung von Aufschlagsbefrandationen III. 85.

**Kreisregierung**, Vorlage der orts- und distriktpolizeilichen Vorschriften an dieselbe II. 24.

- deren Verfügung gegenüber orts- und distriktpolizeilicher Anordnungen II. 29.
- kann oberpolizeiliche Vorschriften erlassen II. 24.
- deren Zuständigkeit rücksichtlich der Bewahrung in einer Polizeianstalt II. 9.

**Krieg**, Veranlassung, Vorwand oder Gelegenheit dazu I. 87.

**Kriegsrecht**, Vorbehalt hießeriger Bestimmungen III. 7.

**Kriegszeiten**, Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften in R. I. 93.

**Kriegszustand**, Vorbehalt hießeriger Bestimmungen darüber III. 7.

**Kritik** richterlicher Urtheile I. 113.

**Kultur**, Vereitigung ihrer Einkünfte II. 177.

**Kundschafgeben** bei Ausführung strafbarer Handlungen I. 43.

- dem Feinde I. 89.

**Kunstflühen**, Zusammenkünfte dazwischen II. 69

**Kunst**, Nachdruckgesetz vom 15. April 1840 bleibt aufrecht III. 8, siehe auch Nachdruck.

**Kunstgegenstände**, deren Verhütung und Zerstörung I. 249.  
deren Verletzung II. 121.

**Kunstgriffe**, arglistige, beim Petrug I. 227

**Kunsthändler** dürfen bei Privaten Vorstellungen aufsuchen II. 156.

**Kunstreiter**, unberechtigte Vorstellungen II. 47.

**Kunstsammlungen**, deren unbefugte Schaustellung II. 47.

**Kunststraßen**, deren Schutz II. 116 ff.

**Kunstwerke**, Kalfische, unzüchtige I. 161.

- deren Verhütung und Zerstörung I. 249.
- deren Verletzung II. 121.

**Rupferstücke** werden als Preßzeugnisse behandelt I. 15.

**Rupperei** der Ehefrau I. 159.

- von Verwandten und Pflegebefohlenen I. 159.
- dritter Personen I. 160.

**Rurs**, betrügerische Einwirkung auf denselben I. 231.

**Rußher**, Strafbarkeit des Dienstherrn für dessen Uebertretungen II. 106.

## 2.

**Salbung** vor die Folgenbehörde, Pflicht derselben Folge zu leisten III. 24, insbesondere zum Zwecke der Verwarnung II. 3.

- Nichtbefolgung derselben als Verhaftungsgrund III. 40.
- des Beschuldigten in Uebertretungssachen III. 67.
- des Angeeschuldigten oder seines Vertreters zum Kassationshofe III. 92.

**Sager**, militärische, unbefugte Aufnahme von Plänen derselben II. 34.

**Salzzeit** II. 179.

**Sandboten**, Ordnungen für dieselben II. 158.

**Sandverordnungen** II. 157.

**Sandesherrliche Verordnungen** II. 36.

**Sandesherrliche** I. 87.

**Sandesherrliche Verordnungen**, Uebertretungen in Bezug auf dieselbe II. 34.

**Sandesherrliche** siehe Ausweisung.

**Sandgerichtslocale** in der Pfalz, deren Herstellung, Unterhaltung, Bezeichnung und Beleuchtung III. 75.

**Sandrat**, Theilnahme an den Wahlen dazu I. 30, III. 18.

- Beleidigung desselben I. 96.
- Mitglieder, deren Ehrenkränkung I. 196, deren Vergewaltigung I. 104.

**Sandreicher**, deren Bestrafung II. 63 ff.

- deren Beherbergung II. 60.
- im Besitze von Sperrwerkzeugen II. 64, 142.
- gegen dieselben ist wegen jeder strafbaren Handlung Untersuchungsbefugnis III. 43.

**Sandtag**, Verlust der Wahlfähigkeit dazu I. 30, III. 18.

- dessen Beleidigung I. 96.
- Beleidigung seiner Mitglieder I. 97, 194.
- Vergewaltigung seiner Mitglieder I. 104.
- dessen Mitwirkung beim Nothverordnungsrecht II. 26.

**Sandwehr**, Unfähigkeit darin zu dienen I. 30.

- deren Beleidigung I. 96.

- Landwehr**, Uebersetzung ihrer Offiziere u. I. 97, 194.  
 — Uebersetzung gegen dieselbe I. 102.  
 — deren Verleitung zu Untreue und Ungehorsam I. 91, III. 4.  
 — Vorbehalt der bisherigen Bestimmungen III. 7.
- Landwirthschaftliche Polizeianordnungen** II. 22, 170 ff.  
 — Diensthoten II. 166.  
 — Fußrwerke, deren Aneinanderhängen II. 106.
- Lärm**, beunruhigender II. 43.  
 — ruhestörender II. 44.  
 — belästigender bei Fabriken II. 95.
- Lastträger** II. 158.
- Laternen**, Gussfarnen oder Auslöschfen derselben II. 112.
- Leben** und Gesundheit, deren Gefährdung als Grund zur Erlassung polizeilicher Verordnungen II. 26.  
 — Uebertretungen in Bezug darauf II. 79 ff.
- Lebensfähigkeit** beim Kindsmord I. 167.
- Lebensmittel**, Uebertretungen in Bezug auf den Verkehr damit II. 147 ff.  
 — deren Herumtragen und Falschfälschen II. 153.  
 — Ausrufen derselben II. 51.  
 — Handel damit ist frei II. 162.
- Lebensweise**, gemeingefährliche, unsittliche II. 61.
- Legitimation** der Inhaber herumziehender Gewerbe, der Handwerksgesellen u. II. 57.  
 — des Bevollmächtigten in Uebertretungssachen III. 68.
- Legitimationslose** Personen, deren Beherbergung II. 60.
- Legitimationspapiere**, deren Fälschung und Gebrauch falscher I. 135.  
 — falsche, bei Landstreichern und Bettlern II. 64.
- Lehmgruben**, deren Anlage und Verwaltung II. 109.
- Lehrer**, deren Weichsel mit ihnen anvertrauten Personen I. 153.  
 — andere unzüchtige Handlungen I. 157.
- Lehrherren**, deren Haftung für Uebertretungen der Lehrlinge überhaupt II. 3, 11, wegen Wirthshausbesuches derselben II. 73, wegen Vernachlässigung der Schulpflicht II. 77.
- Lehrlinge**, Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60  
 — deren Entlaufen II. 154.  
 — Pflichten der Gewerkemeister gegen dieselben II. 154.  
 — Verheimlichung ansteckender Uebel II. 90.  
 — Vorfertigung und Abänderung von Schlüssel II. 142.
- Leibesbeschaffenheit**, eigenbümliche des Verletzten bei der Tödtung I. 169, bei der Körperverletzung I. 176.
- Leibesfrucht**, deren Abtreibung I. 180.
- Leibesstrafe** in der Pfalz, deren bisherige Folgen treten in Zukunft bei Todes- oder Zuchthausstrafe ein III. 16.
- Leibverhaftsbefehle** in der Pfalz, deren Unzulässigkeit III. 55.



**Leichen, Verheimlichung, Entwendung, Mißbrauch derselben** I. 186, 186.

- Versuch der Tödtung daran I. 167.
- deren Auffindung II. 53.
- Entdeckung verdächtiger Spuren an denselben II. 55.
- unberechtigte Beerdigung oder Oeffnung derselben II. 81.
- deren Transport II. 81.
- deren Schaustellung II. 82.
- unbefugter Erwerb durch Reinigen, Ankleiden derselben II. 158.

**Leichenacker, Mitnehmen von Hundten** II. 103 f.

- Bauten in dessen Nähe in der Pfalz II. 136.
- siehe auch Friedhöfe.

**Leichenordnung, deren Uebertretung** II. 82.

**Leichenreiniger, deren Anzeigepflicht** II. 55.

- unbefugte II. 158.

**Leichenschmauß** II. 82.

**Leichentrunk** II. 82.

**Leichnam** siehe Leichen.

**Leichtere Fälle, System derselben** I. 13.

- Ändern die Qualification erst mit dem Urtheile I. 13.
- Doppelte Reduction bei Concurrenz mit Versuch, Theilnahme, geminderter Zurechnung, Ueberschreitung der Nothwehr oder Schwabenerfalsch I. 62.
- ob solche vorliegen, ist vom Gerichtshofe, nicht von den Geschworenen zu prüfen III. 19.

**Leichtsin kradelmäßiger Personen, Vernichtung desselben in eigenmächtiger Absicht** I. 243.

- bei Beamten I. 281.

**Leihankasten, unberechtigte und Uebertretungen berechtigter** II. 144.

**Leihbibliotheken, deren Ueberwachung** I. 162, II. 69.

**Leinenzug, infizirtes** II. 90.

**Leitung, unvorsichtige eines Fuhrwerks oder Gespannes** II. 107.

**Leitungsröhren, deren Prüfung, Aufstellung, Gebrauch** II. 112.

- für Wasser, deren Verletzung oder Verunreinigung II. 120.
- für Gas, deren Verletzung I. 249.

**Leitungszeichen auf Wegen, Brücken, Stegen** II. 116.

**Lezelsabinet, unzüchtige Schriften darin** I. 161.

**Leumundszengnisse, deren Fälschung** I. 134.

**Lizenzscheine** II. 160.

**Licht, Unvorsichtigkeit damit** II. 123.

**Lieder, unzüchtige** II. 71.

**Literatur, Nachdruckgesetz vom 15. April 1840 bleibt aufrecht** III. 8.

- siehe auch Nachdruck.

**Literaturprodukte, klassische, unzüchtige** I. 161.

**Lithographien gelten als Preßzeugnisse** I. 15.

**Livree des königlichen Hauses, unbefugtes Tragen derselben** II. 40.

**Sohn** für strafbare Handlungen, Versprechen und Geben eines solchen I. 43, 45.

— dessen Konstitution I. 32.

**Sohnarbeiter**, Haftung der Arbeitgeber für deren Uebertretungen II. 3, 11.

**Sohnbediente** II. 158.

**Sohnkutscher**, Ordnungen für dieselben II. 157.

**Sofalbaukommission** München kann ortspolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22.

**Soose**, deren Verlauf II. 74.

**Söldq.** s. siehe General Söldq. s.

**Söldung**, sofortige, des gestifteten Brandes, deren Einfluß auf die Strafbarkeit I. 256, 256.

**Losungszeichen**, Ruhestörung dadurch II. 43.

**Lotterie** II. 74.

**Ludwigskanal**, Schiff- und Floßfahrt darauf II. 122.

**Rußbarkeiten**, öffentliche, ohne Erlaubniß II. 47.

## W.

**Wacht**, staatliche, deren Mißbrauch in hochverräterischer Absicht I. 81.

— bewaffnete, deren Einschreiten, Gesetz vom 4. Mai 1851 bleibt aufrecht III. 8, ob Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz Vergehen oder Uebertretung sind III. 13; siehe auch bewaffnete.

**Wädhchen**, deren Mißbrauch zum Verischlase I. 150.

**Magazine**, deren Verrath I. 88.

— deren Inbrandsetzung I. 253.

**Magistrate** können ortspolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22, 23.

**Magistratöräthe**, deren Verleibigung I. 97, 194.

**Wähen** über die Grenze fremder Grundstücke I. 251.

**Majeitätsbeleidigung** I. 94.

**Maitreffen** II. 70.

**Mäfferordnungen** II. 157.

**Maljanfchlagsdefraudationen**, Zuständigkeit zu deren Aburtheilung überhaupt III. 34, bei gen einbliden Maljanfchlagsgefällen III. 35.

**Mangel** der Selbstbestimmungsfähigkeit, der Urtheilskraft, freier Willensbestimmung I. 54, 56.

**Manifestationsleid**, falscher I. 143.

**Mannschaft**, hochverräterische Anwerbung und Einübung I. 81.

— deren Zuführung dem Feinde I. 89.

**Marionettenspiele**, deren unberechtigte Aufführung II. 48.

**Märkte**, deren Besuch ohne Legitimation II. 57.

**Märkte**, gesundheitspolizeiliche Vorschriften, besonders über Reinlichkeit daselbst II. 97.

- Mischmen von Hundem II. 103.
- unrichtiges Maß und Gewicht daselbst II. 145.
- Lizenz zu deren Besuch II. 161.
- verbotswidrige Fische daselbst II. 179.

**Marktgefäße**, deren Desinfection III. 8.

**Marktordnungen**, Zuwiderhandlungen gegen dieselben II. 153.

- was durch dieselben nicht unter sagt werden kann II. 153.

**Marktprotocolle**, falsche Angabe der Preise in denselben I. 148.

**Maschinen**, sicherheitsgefährliche, deren Prüfung, Aufstellung, Gebrauch II. 112.

**Maskenzüge** II. 50.

**Maskenaden**, unerlaubt II. 47.

- Einhaltung der hierbei festgesetzten Ordnung II. 50.

**Maskiren** zu verbotener Zeit II. 50.

**Maß** der Polizeistrafe ist unabhängig von den Polizeibehörden II. 2. 23.

**Maße**, falsche, Betrug dadurch I. 230.

- falsche, deren Besitz I. 234.
- ordnungswidrige oder Mangel vorgeschriebener II. 145.
- deren Verifikation II. 147.
- vorschriftswidrige bei Arzneiwaaren II. 86.
- beim Handel mit Vitrualien II. 147.
- beim Handel mit Fischen II. 179.

**Maßregeln**, polizeiliche gegen Beruhrtheile I. 37.

- wegen Kriegsgefahr, deren Nichtbeachtung I. 93.
- zum Vollzuge von Polizeimaßnahmen II. 18.
- vorläufige, der Polizeibehörden II. 19.
- zum Vollzuge von Gesetzen, deren Uebertretung nicht mit Strafe bedroht ist III. 24.

**Mauernanschläge** II. 51.

**Maulkorb** für Hunde II. 103.

**Maximum** der Strafe ist von Einwirkung der Polizeibehörde unabhängig II. 2. 28.

**Mechanische** Vervielfältigung gilt der durch die Presse gleich I. 15.

**Medizinalpersonen**, welche unrichtige Zeugnisse ausstellen I. 148.

- Fälschung ihrer Zeugnisse I. 134.
- deren Uebertretungen II. 84.

**Medizinische** Plunderserei II. 83.

**Mehlhändler**, deren Uebertretungen II. 149.

**Mehlsage** oder Mehlspreis muß angeschlagen werden II. 150.

**Mehrere** ist im Gesetze nicht definiert I. 8.

**Mehrsache** Ehe I. 158.

**Meineid** I. 140 ff.

- Beginn der Verführung I. 149.
- siehe auch Eid.

**Meister** siehe Gewerbemeister.

- Menagerien**, unberechtigte Schaustellung solcher II. 47.  
**Menoniten**, falsche Verehrungen derselben I. 142.  
**Menschenmassen**, größere, polizeiliche Anordnungen bei deren Ansammlung II. 56  
**Menschenmenge** ist im Gelehe nicht bestimmt I. 8.  
**Menschenraub** I. 186.  
     — Beginn der Verführung I. 191.  
**Menschenrettung**, unterlassene II. 80.  
**Mergelgruben**, deren Anlage und Verwahrung II. 109.  
**Merkwürdigkeiten**, unberechtigte Schaustellung derselben II. 47.  
     — unberechtigte Vorzeigung derselben II. 49  
**Messen**, Verkehr auf denselben II. 158.  
**Messer** und Wägen II. 158.  
     — im Griffe stehende II. 53.  
**Metallgeld**, dessen Fälschung I. 125.  
     — dessen Verringerung I. 127.  
     — betrügerische Ausgabe des falschen oder verringerten I. 127.  
     — Nachahmung desselben außer dem Falle der Fälschung und des Betruges II. 140.  
**Mexxer**, deren Uebertretungen II. 149 ff. 97.  
**Miethe**, Anzeige des Aus- und Einzugs II. 60.  
**Mietheverträge**, Zuständigkeit über Streitigkeiten aus solchen III. 38.  
**Mildernde Umstände**, als Surrogat dafür wurden die leichteren Fälle aufgenommen I. 13.  
     — beim Todschatz I. 166.  
     — haben die Gerichte, nicht die Geschwornen zu prüfen III. 19.  
**Milderung** der Strafbarkeit I. 54. II. 12.  
**Militärbehörden**, deren Zuständigkeit in Straffachen III. 33.  
**Militärdienste**, fremde Werbung hiezu I. 91.  
     — im Heere des Feindes I. 87, 88.  
**Militärgerichte**, deren Zuständigkeit III. 33.  
     — Verfahren vor denselben in Injurienstraffachen III. 62.  
**Militärische Verbrechen**, Vorbehalt der bisherigen Bestimmungen darüber III. 7.  
**Militärpersonen**, deren Verleitung zu Untrene und Ungehorsam I. 91 III. 4.  
     — Angriffe auf deren Ehre I. 97, 100, 196.  
     — deren Vergewaltigung aus Widerlichkeit I. 103.  
     — Beschädigung ihres Eigenthums I. 250.  
     — Bestrafung derselben I. 267.  
     — gegen dieselben ist nach Injurien Civilklage zulässig III. 64.  
**Minderjährige**, gelindere Bestrafung derselben I. 66.  
     — Strafverfolgung gegen dieselben I. 67.  
     — deren Mißbrauch zur Unzucht I. 153 ff.  
     — eigennützige Venähung ihrer Unersahrenheit I. 243.  
     — siehe auch jugendliche und Personen.  
**Minderung** der Fähigkeit der Selbstbestimmung, der Urtheilskraft, der freien Willensbestimmung I. 56, 57.

**Minimum der Strafe** ist von polizeilicher Einwirkung unabhängig II. 2. 23.

**Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz** vom 4. Juni 1848 bleibt aufrecht III. 8.

**Ministerien**, siehe Staatsministerien.

**Mißbilligung richterlicher Urtheile** I. 113.

**Mißbrauch eines Zeichens** I. 186.

— der Religion eines Blankets zum Betruge I. 231.

— fremder Gewerks- und Fabrikzeichen I. 245.

— von Mädchen und willenslosen Frauenspersonen zum Beischlafe I. 150.

— bößfünziger und geisteskranker Frauenspersonen zum Beischlafe I. 151.

— des Erziehungs-, Aufsichts- und Amtsverhältnisses zur Verletzung der Sittlichkeit I. 153.

— zu widernatürlicher Wollust I. 155.

— der Familiengewalt I. 199.

— des Amtes, strafflos I. 59, strafbarer I. 267 ff.

**Mißhandlung**, was darunter zu verstehen I. 175, besonders gegenüber dem Worte Thätlichkeiten I. 178.

— vorzüglich I. 170

— an Verwandten I. 174.

— des Königs, der Königin I. 94, 95.

— von Beamten oder Offizieren I. 102 ff.

— von Gefangenen I. 275.

— eines Zeichens I. 186.

**Miteigentum des Diebs** an der gestohlenen Sache I. 200.

— des Unterschlagenden an der unterschlagenen Sache I. 217.

**Mitglieder der königlichen Familie**, deren Verleumdung I. 95.

**Mitschuldige**, Strafbemessung für dieselben I. 51.

— deren Haftung für Schadenersatz und Kosten I. 54.

**Mittel**, untaugliches, ob Versuch damit möglich I. 39.

— zu strafbarer Handlung, dessen Herbeischaffung II. 44

**Mittheilung polizeilicher Vorschriften** an die Gerichte II. 27.

**Mobiliar-Verzögerungen** II. 143.

— Feuerversicherungsanstalten II. 129.

**Mobilien**, Angaben darüber I. 255.

**Monat** wird bei Strafausmessung zu 30 Tagen gerechnet I. 26, III. 10.

**Montirungshäute**, unbefugter Erwerb von solchen II. 35.

**Mord** I. 164.

— Unterschied von Totschlag I. 164.

— Bedrohung damit I. 221, 222.

— Versuch dazu an einem Todten I. 39.

**Mordwerkzeuge** zu hochverrätherischen Zwecken I. 81.

**Mühlen**, polizeiliche Vorschriften, besonders über Reinlichkeit derselben II. 97.

— Geschäftsbetrieb derselben II. 149 ff.

**Müller**, deren Übertretungen II. 149 - 151.

**Mündel**, deren Begünstigungshandlungen I. 48.

- Ränkel**, Betrug oder Mißhandlung derselben als Grund der Strafloßigkeit I. 64, der Strafmilderung I. 165, 173.  
 — siehe auch Familienhaupt, Vormund.
- Räublichkeit** beim Verfahren in Uebertretungssachen III. 65.
- Raubtation**, verbotenes Auffammeln derselben II. 35.
- Raubtionsrüde**, unbefugter Erwerb von solchen II. 35.
- Räunen**, Verweigerung ihrer Annahme II. 140.  
 — deren Nachahmung, Vergolden und Versilbern, außer dem Falle der Fälschung oder des Betrugs II. 140.  
 — falsche oder verringerte, deren betrügliche Ausgabe I. 127.
- Räubfälschung** I. 125 ff.
- Räufkalische** Aufführungen zur Nachtzeit II. 49.
- Räufgesellschaften**, berechnigte II. 49.
- Räufstücke**, unberechnigte Aufführung von solchen II. 48.  
 — aufreizende II. 43.

## R.

- Rachbir**, dessen Verleugung II. 149.
- Rachdruckgesetz** vom 15. April 1840 bleibt aufrecht III. 8.  
 — Zuwiderhandlungen gegen dasselbe sind Vergehen III. 12.  
 — Zulässigkeit des Abkassationsprozesses für die Entschädigung III. 12.
- Rachlese** in Feldern und auf Weinbergen II. 177.
- Rachrede**, fälschliche I. 191.
- Rachrichten**, deren Verrath zum Rachtheil des Staates I. 90, 98.  
 — falsche, beunruhigende I. 98.
- Rachschlüssel**, deren Verfertigung, Besitz II. 141.
- Rachtheil**, bleibender, an Körper und Gesundheit I. 171, Verlust der physischen Jungfrauschaft ist nicht als solcher zu erachten I. 150.  
 — beim Betrug I. 228.
- Rachtlisches** Aufpassen bei der Körperverletzung I. 170, 172.
- Rachtmuffen**, unberechnigte II. 50.
- Rachtruhe**, deren Störung durch Rauf, Regelspiel II. 49.
- Rachtwache**, deren Vernachlässigung II. 41.
- Rachtwende** II. 173.
- Rachzeit**, Diebstahl zur R. I. 204, 209, 211.  
 — Entlassung aus dem Arreste während derselben II. 4.  
 — Fernlaufen der Gunde während derselben II. 103.
- Rachungsmittel**, gefälschte, gesundheitsnachtheilige, Betrug damit I. 230.  
 — deren Fälschung, Besitz und Verkauf gefälschter I. 230, 236.

**Nahrungsmittel**, deren Verkauf II. 96.

- gesundheitswidrige, deren Zubereitung, Aufbewahrung, Ausmessen, Abwiegen, Feilbieten II. 97.
- deren Verkauf vor und außer dem Markte II. 152.

**Namen**, deren Mißbrauch zu Gewerbezichen x. I. 245.

- fremde, deren Annahmung II. 40.
- des Königs x., deren unbefugter Gebrauch zu Firmen x. II. 40.
- dessen unbefugte Aenderung II. 40.
- dessen falsche Angabe in Fremdenanzeigen II. 59.

**Nationalverein**, ob der Beitritt dazu strafbar I. 82.

**Nebengebäude**, wann den Bewohnern gleich zu achten I. 206.

**Nester**, deren Zerstörung II. 74.

**Neubau** ohne Genehmigung II. 132.

- ohne Absteckung der Baulinie in der Pfalz II. 134.

**Neugeborene Kinder**, deren Aufzucht II. 53.

- deren Tödtung I. 167.

**Neujahr**, verbotwidrige Einhebung von Neujahrsgeschenken II. 65.

**Richtigkeitsbeschwerde**, deren Zulässigkeit in Strafsachen überhaupt I. 87.

- wegen verweigerter Fragestellung III. 19.
- gegen Erkenntnisse über Unterbringung in einer Erziehungsanstalt III. 21.
- in Zollsachen III. 31.
- in Malzaußschlagsdefraudationsachen III. 86.
- unbegründete, deren Bestrafung III. 96.
- wann vor's Plenum gehörig I. 98.

**Niederkunft**, deren Verheimlichung I. 168, II. 80.

**Niederlegen** von Gegenständen auf öffentlichen Plätzen II. 114.

**Niederreißen** von Bauten II. 138.

**Notare**, deren Pflichtverletzungen I. 177.

- inwieweit die Strafbestimmungen gegen Beamte auf sie angewendet I. 281.
- erleiden in der Regel keine Untersuchungshaft III. 40.

**Noten** von Banken oder Kreditanstalten, deren Fälschung I. 126.

**Notzigung** durch Mißbrauch der Amtsgewalt I. 269.

**Notzhilfe**, deren Verweigerung II. 41.

**Notzruf**, falscher II. 43.

**Notzsignale**, falsche II. 43.

**Notzstand** als Strafausschließungsgrund I. 54, II. 12.

- Anzeige von Tödtung oder Verwundung im R. II. 42.

**Notzherordnungsrecht** II. 26.

**Notzwehr** als Strafausschließungsgrund I. 60.

- als Strafmitlungsgrund I. 62.
- Anzeige von Tödtung oder Verwundung in R. II. 42.

**Rothwehr** rechtfertigt das Führen der Wunde II. 106.

— Fragestellung darüber, III. 19, 20.

**Rothwendigkeit** der Polizeivorschriften hat der Richter nicht zu prüfen II. 30.  
**Rothzucht** I. 149.

## D.

**Oberhaupt** eines auswärtigen Staates, Angriffe darauf I. 90, Beleidigung derselben I. 95.

**Oberpolizeiliche** Vorschriften, deren Erlassung II. 24, Verletzung II. 27, Uebertretung aus Unkunde II. 13, Einstellung und Aufhebung II. 29, Geltung der bisherigen II. 31.

**Obrigkeit**, Verletzung ihres Ansehens I. 96.

— Ungehorsam gegen dieselbe I. 101 ff.

— Widersehung gegen dieselbe I. 102.

— Verunglimpfung ihrer Bekanntmachungen I. 100.

**Obstbäume**, deren Reinigung von Raupen II. 176.

— aus öffentlichen Orten, deren Beschädigung I. 249.

**Öffentliche** Urkunden, deren Begriff I. 132, deren Fälschung I. 130, Gebrauch falscher I. 131, siehe auch Urkunden.

— Verpflichtungen, deren Vernachlässigung II. 34, 42 ff

**Öffentlichkeit** in Uebertretungsfällen III. 65.

— der Sitzungen des Kassationshofes III. 93.

**Offiziere**, deren Beleidigung I. 96.

— deren Mißhandlung, Vergewaltigung, Bedrohung I. 102 ff.

**Offnung** von Leichen, unbefugte II. 81.

— von Leichen, Entdeckung verdächtiger Spuren dabei II. 56.

**Omnibusfahrten** II. 167.

**Operationspläne**, deren Verrat I. 89

**Orden**, unbefugtes Tragen von solchen II. 40.

**Ordnung**, öffentliche, deren Störung II. 45.

— bei gottesdienstlichen Handlungen II. 77.

— auf Bahnhöfen und Dampfschiffen II. 113.

**Ordnungsstrafen** II. 18, III. 24.

**Ortsangabe**, falsche, in amtlichen Urkunden I. 269.

**Ortspolizeiliche** Vorschriften, deren Erlassung II. 21, Vorlage an Gemeindebevollmächtigte und Kreisregierung II. 23, deren Verletzung II. 27, Befugbarkeit II. 24, Einstellung II. 28, Aufhebung II. 29, Uebertretung aus Unkunde II. 13, Geltung der bisherigen II. 31.



**Pakete**, deren Vorenthaltung oder unbefugte Oeffnung durch Postbeamte I. 276.

**Palliere**, unberechtigte Vauführung durch dieselben II. 131.

**Panoramen**, unberechtigte Schaustellung derselben II. 47.

**Papiere**, fremde, deren unbefugtes Lesen, Kopiren I. 246.

**Papiergeld**, dessen Fälschung I. 125.

— ausländisches, Zahlung damit II. 140.

— demselben ähnliche Etiquetten u. II. 140.

**Parteien**, deren Benachtheiligung durch Anwälte I. 277.

— auswärtige, Unterhandlung damit I. 81, 82.

**Parteilichkeit** im Amte I. 270.

**Parteizeichen**, Pennrußigung durch solche II. 43.

**Paß**, siehe Reisepaß

**Pässe**, deren Verath I. 88

**Paßkarten**, Fälschung derselben und Gebrauch falscher I. 135

— falsche, im Besitz von Landstreichern und Bettlern II. 64.

**Peinigung**, beim Raube I. 220.

**Person**, unächte, Betrug damit I. 230.

**Personen**, jugendliche deren Bestrafung I. 64, 66, II. 12, insbesondere wegen

Landstreicherei und Bettels II. 66, Erziehungsanstalt für dieselben

I. 64, Strafverurtheilung gegen dieselben I. 66, 67, unzüchtige Angriffe

auf dieselben I. 166, Verführung derselben I. 161, deren Raub

I. 188, deren Ueberlassung zum Bettel oder andere die Sittlich-

keit gefährdenden Lebensweise I. 199, deren Verwendung in Fabrik-

en und Gewerken II. 164, wie der Wahrspruch bei denselben zu

fassen III. 20.

— Pässe, deren Aussetzung I. 183 f.

— minderjährige und entmündigte, eigenmächtige Benützung ihrer Un-

erfahrenheit I. 243.

— einzelne Unzulässigkeit der Erlassung von Polizeivorschriften an

solche II. 22.

— gegen welche in der Regel Untersuchungshaft nicht zulässig ist III. 39.

**Persönlicher**, Altsch in der Falsch, Vollstreckung mittels desselben III. 73.

**Plauberechtigte**, deren widerrechtliche Verführung I. 240.

**Pländer**, unbefugtes Reiten darauf II. 144.

**Pferde**, deren Zureiten und Einfahren mit gemeiner Gefahr II. 106.

— Nebeneinanderspinnen mehrere II. 107.

— schene deren Verwendung zu bestellten Fuhrten II. 107.

**Pferderennen**, mitnehmen von Hunden II. 103.

**Pferdezucht**, II. 171.

**Plasterzoll**, dessen Defraudation III. 8

**Pläse**, fremder Kinder unter acht Jahren, II. 54.

— schuldige, deren Vernachlässigung II. 101.

**Pflegebefohlene, Pflegekinder, Pflegeeltern** siehe Kinder Eltern.

**Pflichtausübung** als Grund der Straflosigkeit I. 72.

**Pfängen**, über die Grenzen fremder Grundstücke I. 251.

**Pfuscherei**, ärztliche und thierärztliche II. 83.

— gewerbliche II. 159.

**Plakate**, II. 51.

**Pläne**, sind als Urkunden zu errichten I. 133.

— von Festungen, &c., Veröffentlichung derselben zum Nachtheil des Staates I. 90.

— militärische, unbefugte Aufnahme und Nachbildung derselben II. 84.

**Platten**, zur Herstellung strafbarer Fälschungsmittel, deren Vernichtung I. 33.

— zur Herstellung falschen Papiergeldes &c. desjällige Strafe und Konfiskation I. 129, 139.

**Plätze**, öffentliche, Uebertretung der dafür erlassenen polizeilichen Vorschriften II. 114 ff.

**Plenarbeschluss**, des Kassationshofes dessen Wirkung III. 99.

**Plenarversammlung**, des Oberappellationsgerichts als Kassationshof III. 93.

**Plünderung**, beim Aufstand I. 105.

**Plural**, umfasst häufig auch den Singular I. 235.

**Politische**, Parteien, hochverrätherischer Verkehr damit I. 81.

**Polizeianstalt**, Verwahrung in solcher, deren Zulässigkeit, Dauer, Kompetenz darüber I. 35, II. 9.

— deren Feststellung und Unterhaltung liegt dem Staate ob I. 35, II. 9.

— Vollstreckung der Arreststrafe in solcher I. 35.

— Behandlung darin, Beschäftigung, Fesslung, Zuchtigung, Hausordnung I. 36.

— Abtötung und Verlängerung der Verwahrung darin I. 36.

— bei Ausländern tritt dafür Ausweisung ein I. 37.

— bei jugendlichen Personen I. 67.

— deren Zulässigkeit wird durch Verjährung der Strafe nicht ausgeschlossen I. 78.

— widerrechtliche Verzögerung der Entlassung aus solcher I. 271.

**Polizeiaufsicht**, deren Zulässigkeit, Dauer, Wirkung, Kompetenz darüber I. 34, II. 7, 8.

— bei Ausländern tritt dafür Ausweisung ein I. 37.

— gegen jugendliche Personen I. 67,

— deren Bruch I. 112.

**Polizeibehörde**, deren Befugniß zur Erlassung von Polizeivorschriften II. 21 ff.

— deren Befugniß zu Vollzugemassregeln II. 18, III. 24.

— deren Befugniß zu vorläufiger Einschreitung II. 19.

— deren Ersatzpflicht wegen nicht gerechtfertigter Massregeln II. 19.

— deren Kompetenz in Bezug auf Beamte und Landpfleiger II. 63.

**Polizeidirektion**, Dinstufen kann entpolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22, 23.

**Polizeigerichtseingangsniß**, als Ort der Erhebung der Arreststrafe I. 24, 67, &c.

— Beschäftigung darin I. 26.

— sonstige Behandlung daseibst I. 27.

**Polizeigewalt**, deren Mißbrauch I. 271.

**Polizeirichter**, dessen Prüfungsrecht der polizeilichen Vorschriften II. 30.

**Polizeistrafen**, deren Arten II. 2.

- vorherige Androhung derselben als Voraussetzung ihrer Verhängung II. 1.
- deren Zusammenfluß mit anderen Strafen, II. 15
- deren Verjährung II. 17.

**Polizeistrafgesetzbuch**, dessen Anwendbarkeit II. 1.

- tritt mit dem 1. Juli 1862 in Kraft III. 3.
- auf welche Uebertretungen, dessen allgemeine Bestimmungen anzuwenden III. 10.

**Polizeistrafdinge**, deren Verköstigung in der Pfalz III. 75.

**Polizeihunde**, II. 46.

**Polizeitaxen**, II. 147.

**Polizeiübertretungen**, Begriff II. 1.

- Strafbarkeit der im Auslande verübten II. 2.
- deren Versuch II. 10
- Theilnahme daran II. 10
- fahrlässige II. 11.
- Zusammenfluß mehrerer oder mit anderen strafbaren Handlungen II. 15.
- Verjährung derselben II. 16.
- in wie weit die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches darauf anzuwenden II. 21.

**Polizeivorschriften**, deren Uebertretung auf Unkunde II. 13.

- deren Zuständigkeit, Erlassung u. II. 21
- Vorbehalt der bisherigen II. 31.
- welche eine Abreife von Aenderungen enthalten II. 25.
- können die gesetzliche Strafabstufung nicht modifiziren II. 2, 23.
- können nicht an einzelne Personen erlassen werden II. 22.
- inwiefern sie der Richter zu prüfen hat II. 30.
- siehe auch Vorschriften.

**Postbeamte**, deren Pflichtverletzungen I. 276.

**Postdefraudationen** III. 6.

- in der Pfalz III. 14.
- gehören vor die Gerichte III. 31.

**Postheimlich**, dessen Verletzung I. 276.

**Preise**, falsche Angabe derselben in den Marktprotokollen I. 143.

- für Lebensmittel müssen angeschlagen werden I. 150.
- für Lebensmittel, deren Erhöhung ohne vorherige Anzeige oder Bewilligung I. 150.

**Preisgefellstehlen**, unberechtigte II. 47.

**Prethelike**, Verjährungsfrist der gerichtlichen Verfolgung I. 76.

**Prethelzeugnisse**, was darunter zu verstehen I. 5.

- deren Unterdrückung und Vernichtung I. 33, III. 59.
- unzüchtige I. 161.
- ausländische, Ungehorsamsverfahren gegen dieselben III. 61.

- Verbrechens**, dessen theilweise Aufhebung III. 4, 8, 18
- Invidienhandlungen dagegen, ob sie Vergehen oder Uebertretungen sind III. 13.
  - dessen Verhältniß zur neuen Strafgesetgebung I. 15
- Verbrechenspolizeiübertretungen**, deren Verjährung II. 17.
- Verbrechensvergehen**, Versuch derselben I. 40.
- gehören vor die Schwurgerichte III. 29.
  - Verletzung bei ihrer Aburtheilung unzulässig III. 58.
- Privatbekanntmachungen** II. 50.
- Privatbetheiligung** II. 171.
- Privatbildungsanstalten**, welche ungeimpfte Kinder aufnehmen II. 89.
- unrechtmäßige II. 79.
- Private** haben kein Verhaftungsrecht III. 46.
- Privatentbindung**, Heil- und Badeanstalten II. 94.
- Privatgärten**, nächtliches Kegelspielen und Musizieren darin II. 49.
- Privatgebäude**, deren Verwüstung II. 121.
- Privatleihanstalten**, deren Uebertretungen II. 144.
- Privatscripturen** des Königs, deren Fälschung I. 132.
- Privatstraßen**, kunstmäßig gebaute, deren Schutz II. 117.
- Privatunterricht**, unrechtmäßiger II. 79.
- Privaturkunden**, Begriff I. 232.
- Fälschung derselben I. 231, 232.
- Privilegien**, deren Schutz II. 160.
- deren Suspension und Einziehung III. 6.
- Probe** der Gold- und Silberwaaren II. 141.
- der Waage, Gewichte und Waagen II. 145.
- Produktionen** von Musikgesellschaften &c II. 49.
- Promessen**, deren Fälschung I. 137.
- Gebrauch falscher I. 138.
  - auf Främlen, Handel damit II. 75.
- Promissorischer Eid**, falscher I. 140.
- Protokolle** in Uebertretungssachen III. 69.
- beim Kassationshefte III. 95.
- Provisoren** der Apotheken, Verletzung der ihnen anvertrauten Geheimnisse I. 247.
- Provisorische**, siehe vorläufige.
- Projektschriftliche Verordnungen** bleiben vom Polizeistrafgesetzbuche unberührt II. 145.
- Pulver**, Herstellung durch solches I. 267.
- Pusteln**, deren Öffnung zur Gewinnung von Impfgift II. 88.

---

## D.

- Quellen**, Anlegung von Abtritten in deren Nähe II. 96.
- deren Verunreinigung II. 120.
-

## H.

**Nache** an Beamten, öffentlichen Dienern, Militärpersonen, Zeugen, Sachverständigen durch Zuthung oder Androhung von Gewalt I. 104, durch Eigenthumsbeschädigung I. 250.

— an der Obrigkeit durch Arbeitseinstellung I. 107.

— an Religionsdienern I. 122.

— wegen Ausübung oder Nichtausübung des Wahlrechts I. 114.

**Nachschleissperren** II. 106.

**Nachschußeinlegen** II. 106.

**Naserei**, deren Einfluß auf die Strafbarkeit einer Handlung I. 54.

**Nath** zu einer strafbaren Handlung I. 43 f.

— zum Duell I. 125.

**Raub**, Begriff desselben I. 219.

— mit Waffen I. 219.

— in Verbindung Mehrerer mittels Eindringens I. 219.

— in Banden I. 220.

— mit Mißhandlung I. 220.

— Rückfall I. 220.

— Gehelei desselben I. 224.

— Verobung damit I. 223.

— Menschenraub I. 186.

— Arbeitschene der wegen R. unter Polizeiaufsicht stehenden Personen II. 61.

— Sperrwerkzeuge im Besitz der wegen R. Verurtheilten II. 142.

**Rauch**, belästigender, bei Fabriken II. 95.

**Rauchrohre**, deren Reinigung II. 126.

**Rauscher**, rüchällige I. 179.

**Rauschhandel** I. 177.

**Raufringe** II. 52.

**Raum**, umschlossener, was darunter zu verstehen I. 206.

**Räumung** von Wohnungen, polizeiliche Vorschriften darüber II. 51.

**Raupen**, Reinigung der Obstbäume, Gesträuche, Feden von denselben II. 176.

**Realinjurien** I. 175.

— Unterschied von der Körperverletzung I. 194, 195.

**Rechenpfennige** II. 140.

**Rechnungen**, deren Fälligkeit befaß Verbedung der Amtsuntreue I. 275.

**Rechte**, bürgerliche oder politische, Wiedereinlegung in dieselben III. 105, deren Wirkung III. 106.

**Rechtsanwälte**, Verletzung der ihnen anvertrauten Geheimnisse I. 247.

— deren Unterschlagungen I. 216.

— Verletzung ihrer besondern Berufspflichten I. 277.

— inwieweit die Strafbestimmungen gegen Beamte auf dieselben anzuwenden I. 282.

**Rechtsanwälte**, wann sie Untersuchungshaft erleiden III. 40.

**Rechtsanfechtung** — unterliegt keiner Strafe I. 72.

**Rechtsfrage** im Gegenfalle zur Thatsache, siehe Thatsache I. 8.

**Rechtsirrtum**, ob er die Strafbarkeit ausschließt I. 59, II. 13.

**Rechtskraft** schließt nochmalige Vorgericht Stellung aus I. 73, 18.

**Rechtsmittel** in Injurienstrafsachen III. 62.

— gegen Unterdrückung und Vernichtung von Preßzeugnissen III. 59.

— siehe auch Beschwerde, Berufung, Richtigkeitsschwerde.

**Rechtsnachtheile**, civilrechtliche, werden durch die neue Strafgesetzgebung nicht alterirt III. 5.

**Redakteur**, dessen Haftung für Ankündigungen II. 68, 75, 87.

**Redaktion** des Strafgesetzbuches, allgemeine Bemerkungen darüber I. 6 ff.

**Reden** aufreizende II. 43.

**Regalien**, Kontraventionen und Desraudationen bezüglich derselben III. 6.

**Regierende Familie**, deren Befreiung I. 79.

**Regierung**, Hinderung des Königs daran oder Entfernung davon I. 79.

— auswärtiger Staaten, hochverrätherische Unterhandlung damit I. 81, 87.

— anwärtige, deren Beleidigung I. 100.

**Regierungsbezirk**, Erlassung polizeilicher Vorschriften für denselben II. 24.

**Regierungsblatt**, Veröffentlichung der Hausordnungen für Strafanstalten durch dasselbe I. 27, 36 III. 117.

— Publikation oberpolizeilicher Vorschriften und Verordnungen durch dasselbe II. 28.

**Regierungsform**, bestehende, staatsgefährliche Äußerungen darüber I. 92.

**Register** über bürgerlichen und Familienstand, deren mangelhafte Führung I. 278.

— amtliche, deren Fälschung behufs Verdeckung der Amtsuntreue I. 275.

— der Urtheile in Uebertretungssachen III. 69.

**Rehabilitation** III. 105.

— deren Wirkung III. 106.

**Reibfeuerzeuge**, deren Verfertigung, Transport, Verkauf II. 125.

**Reichsverweser**, dessen Mißhandlung oder Beleidigung I. 95.

— Fälschung der von ihm angeordneten Urkunden I. 132.

**Reinigung** inficirter Gegenstände II. 90.

— der Kamme und Handtische II. 126.

**Reinlichkeit** in Wäulen, Schlachthäusern, Fleischbänken und auf Märkten II. 97.

— öffentliche in Städten, Märkten und Dörfern II. 120.

**Reisen**, Uebertretungen in Bezug darauf II. 57.

— verbotenes in ausländische Staaten II. 54.

**Reisende**, Auffinden von Bestellungen durch dieselben II. 56.

**Reisepässe**, deren Fälschung und Gebrauch falscher I. 135.

— falsche, bei Postern un. Landrathern II. 64.

**Reiserroute** vorgeschriebene, Abweichung davon II. 57, 58.

**Reisezeit**, vorgeschriebene, deren Nichterhaltung II. 58.

**Reiten** über Aeder und Bienen I. 261.

— schnelles oder unbehutsames II. 105.

— schnelles, über Brücken, polizeiliche Vorschriften über das Ausweichen &c. II. 106.

— verbotenes, auf oder über die Bahn II. 113.

— auf Fußbänken oder in Gräben öffentlicher Straßen, auf Trottoirs oder Fußwegen II. 117.

**Reitpferde** ohne Aufsicht II. 107.

**Reiz** als Milderungsgrund beim Tödttschlage I. 165, bei der Körperverletzung I. 173.

— die Entscheidung darüber gehört zur Thatfrage III. 19.

**Refus** gegen polizeiliche Vorschriften II. 30.

— siehe auch Beschwerde.

**Religion**, Angriffe auf dieselbe durch Verpötlung &c. I. 121.

— deren Mißbrauch zum Veiug I. 230.

**Religionsdiener**, deren Felleibigung, Vergewaltigung und Beohöung I. 120, 122.

**Religionsfriede**, dessen Störung I. 120.

**Religionsunterricht**, dessen Vernachlässigung II. 77.

**Religiöse Gegenstände**, deren Beschädigung und Zerstörung I. 249, deren Entwendung I. 201.

— Feierlichkeiten, Ordnung hiebei II. 56.

— Einrichtungen, Uebertretungen in Bezug auf dieselben II. 76 ff.

**Reutenlassen**, Uebertretungen in Bezug darauf II. 144.

**Rescript** königliches, über Aufhebung der Straffolgen, dessen Eröffnung III. 110.

**Retorsion** I. 20.

**Rettung** von Menschen, unterlassene II. 80.

**Rettungsapparate**, deren Vernachlässigung II. 80.

**Reue**, thätige, durch Schadenersatz I. 62.

**Revision** der distrikt- und ortspolizeilichen Vorschriften II. 32.

**Richter**, deren Bestrafung I. 266 f.

— siehe auch Polizeirichter.

**Rindviehzucht** I. 172 ff.

**Risse**, sind als Urkunden zu erachten I. 133.

— von Gestungen, Fagern &c., deren Verrath I. 89.

— militärische, deren unbefugte Aufnahme und Nachbildung II. 34.

**Rohstoffe**, inländische, Handel damit ist frei I. 162.

**Raute**, siehe Reiseroute.

**Rückfall** im Strafgesetzbuch im Allgemeinen nicht vorgesehen, bei Polizeilübertretungen II. 14.

— wenn die frühere Verurtheilung im Anstande stattgefunden I. 18.

— bei Körperverletzungen und Schlägerereien I. 179.

— beim Diebstahl I. 205, 208.

— beim Felddiebstahl I. 211.

— beim Raub I. 220.

- Rückfall** bei der Fälscherei I. 225.  
 — bei Betrug und Fälschung I. 233.  
 — als Grund zur Verhängung der Untersuchungshaft II. 40.
- Rückkehr** eines Verwiesenen I. 111 f.
- Rücktritt** des Theilnehmers I. 43.
- Rückversicherungen** II. 131.
- Rückwirkung** der neuen Strafgesetze III. 29  
 — der Bestimmungen über das Verfahren in Injurienfachen III. 64.  
 — der Bestimmungen über Zuständigkeit, auf die schon verurtheilten Fälle III. 86.
- Ruhe** öffentliche, deren Störung II. 43.  
 — deren Störung durch Betrunkene II. 72.

---

**E.**

- Sachen**, bewegliche was darunter zu verstehen I. 200.  
 — anvertraute, deren Vorenthaltung I. 214  
 — gefundene, deren Vorenthaltung, Anzeige, Bekanntmachung I. 218.
- Sachverständige**, Vergewaltigung und Verletzung desselben I. 104  
 — Beschädigung ihres Eigenthums aus Rache I. 250.  
 — falscher Eid derselben I. 140, wann strafflos I. 143.  
 — deren falsche ungeschworene Aussagen I. 147.  
 — bei der Feuerschau II. 127.  
 — bei der Baupolizei II. 137  
 — deren Vernehmung in Uebertretungsfachen III. 68.
- Sammlungen**, betrügerische I. 231.  
 — von Geld, unerlaubte II. 66.  
 — von Geldbeiträgen durch öffentliche Blätter II. 68.  
 — von Kunst und Naturmerkwürdigkeiten, deren unberechtigte Ausstellung II. 47.
- Sandgruben**, deren Anlage und Sicherung II. 109.
- Schadenersatz**, solidarisches Haftung der Mischuldigen dafür I. 54, II. 10.  
 — als Strafmiterungsgrund I. 62, die Entscheidung darüber gehört zur Thatfrage III. 9.  
 — Anspruch des Beschädigten auf Sch. ist von Strafverfolgung unabhängig I. 70.  
 — Haftung der Erben dafür I. 74.  
 — Haftung dritter Personen dafür II. 3, 11.  
 — Verpflichtung des Schuldigen, dazu im Falle des Vollzugs von Strafurtheilen durch die Polizeibehörden II. 18.  
 — Anspruch darauf wegen ungerechtfertigter polizeilicher Verfügung II. 19, III. 24.
- Schankräude**, deren Verhütung II. 91.
- Schamhaftigkeit**, öffentliche Verletzung derselben II. 71.



- Eckstrafe**, der Arreststrafe I. 24, II. 3.
- Eck, gesunde**, dessen Verheimlichung I. 218.
- Eckgraben**, Petrus dadurch I. 290.  
— polizeilich strafbares II. 68.
- Eckung**, unrichtige für Feuerversicherung. II. 150.
- Eckbühnen**, deren Aufstellen II. 136.
- Eckausstellungen**, unbefugte II. 47.  
— von Leichen II. 82.
- Eckenschießen**, unberechtigte Veranstaltung von solchen II. 47.
- Eckdemünze**, deren Fälschung I. 126 ff.
- Eckdienst**, II. 169.
- Eckverträge** über Getreide, Hopfen, Schlachtvieh II. 152.
- Ecktern**, eines Schiffes oder Flusses I. 262.
- Eckrichter**, deren Pflichtverletzung I. 282.
- Ecklen**, deren Berrücken zc. I. 259.
- Eckbaumwolle**, deren Verfertigung, Verkauf, Transport, Vorräthe II. 125.
- Eckschien**, unberechtigte Veranstaltung von solchen II. 47.  
— verbotenes II. 124.
- Eckgewehre**, Unvorsichtigkeit damit II. 89.
- Eckpulver**, dessen Verfertigung, Verkauf, Transport, Vorräthe II. 125.
- Eckstätte**, unbefugte Errichtung einer solchen II. 100.
- Eckse**, deren Inbrandsetzung I. 258.  
— deren Zerstörung durch Explosion I. 257.
- Eckser**, Unterschlagungen derselben I. 217.
- Eckfahrt**, deren Gefährdung I. 262.  
— auf dem Ludwigs- und Frankenthaler-Kanale II. 122.
- Eckgewächse**, in Fischwässern II. 179.
- Ecklagen** von Vieh außer den Schlachthäusern II. 151.
- Eckschlachthäuser**, gesundheitspolizeiliche Vorschriften und Reinlichkeit daselbst II. 97.  
— Schlachtermnung in denselben II. 151.
- Eckschlachtvieh**, dessen Verkauf II. 96.  
— Eckverträge darüber, unterlassene oder falsche Anzeige abgeschlossener Verträge II. 152.
- Ecksen** bei Leitung von Fuhrwerken II. 107.
- Eckschlag**, ob derselbe als Mißhandlung zu erachten I. 175.
- Eckschlagern**, Legen derselben an begangenen Orten II. 111.  
— Verfertigung und Führung derselben II. 52.
- Eckschlägerei** I. 177 ff.  
— im Rückfalle I. 179.
- Eckschlagwerke**, Verewendung jugendlicher Personen, in denselben II. 164.
- Eckschleifen**, von Gegenständen auf öffentlichen Straßen II. 118.
- Eckschließung**, polizeiliche, von Anstalten II. 18, 19.  
— der Zugänge zu Gebäuden zur Nachtzeit II. 42.  
— der Weinberge II. 175.
- Eckschlitten**, Aneinanderhängen derselben II. 106.

- Schlaffer**, deren Kussperren u. s. w. II. 142.  
**Schlüssel**, rechtmäßiger Gebrauch derselben zum Diebstahl I. 202.  
     — deren unbefugte Vorfertigung, Aenderungen, Verkauf II. 142.  
**Schmerzengeldfögen**, bleiben aufrecht III. 64.  
**Schnee**, dessen Ableitung an ungeeigneten Orten II. 120.  
     — Abschneifen desselben von den Dächern II. 137.  
**Schrauben an Uebergangsstellen bei Eisenbahnen** II. 113.  
**Schraubenordnungen, Zuwiderhandlungen gegen dieselben** II. 153.  
**Schrecken**, entschuldigt die Ueberschreitung der Nothwehr I. 60.  
**Schreibmaterialienhändler**, dürfen bei Privaten-Bestellungen auffuchen II. 156.  
**Schriften**, unzüchtigen Inhalts I. 161.  
**Schräner**, II. 158.  
**Schulbesuch**, dessen Vernachlässigung II. 77.  
**Schuldenmachen**, muthwilliges I. 237.  
**Schuldposten**, ererbte I. 237, 240.  
**Schuldscheine**, Ausstellenlassen von solchen durch kuratelmäßige Personen I. 243.  
**Schuldverschreibungen**, öffentliche, deren Fälligkeit I. 137, Gebrauch solcher I. 138.  
**Schulpflichtige**, deren Versäumnisse II. 77.  
     — deren Wirthschaftsbesuche II. 72.  
     — deren Verwendung zur Gut II. 174.  
**Schusswaffen**, verbotene II. 52.  
**Schutt**, auf öffentlichen Plätzen II. 114.  
**Schützengesellschaften**, II. 47.  
**Schub**, des landwirtschaftlichen Eigenthums, der Feldwege und Abzugsgräben II. 177.  
**Schuttmittel**, gegen Unglücksfälle, deren Entfernung II. 111.  
     — gegen Ueberschwemmungen II. 122.  
**Schuttpodenimpfung**, II. 88.  
**Schwangere**, welche ihre Kinder abtreiben I. 180.  
**Schwangerschaft**, deren Verheimlichung I. 168.  
     — deren Verheimlichung bei Eingehung der Ehe I. 198.  
     — hemmt den Vollzug der Todesstrafe in der Psalz III. 73.  
**Schwefern**, des Papiers II. 141.  
**Schweizer**, dürfen das Vieh ihres Herrn kuriren II. 83.  
**Schwiegereltern**, Schwiegerkinder, siehe Eltern Kinder.  
**Schwimmunterricht** II. 79.  
**Schwurgerichte**, deren Zuständigkeit III. 29.  
     — deren Bildung in der Psalz III. 75 ff.  
     — Vernichtung ihrer Urtheile III. 96.  
**Seelenonnen**, deren Anzeigepflicht bezüglich verdächtiger Todesfälle II. 55.  
     — unbefugte II. 158.  
**Sekundanten** sind straflos I. 124.  
**Selbstbestimmungsfähigkeit**, deren Mangel I. 54.  
     — deren Winderung I. 56.  
**Selbstgeschosse**, unerlaubte II. 111.

**Selbsthilfe**, I. 116.

**Selbstmord**, Verleitung und Beihilfe dazu I. 164.

— Melancholischer, Vorbeugung dagegen, II. 100.

**Senat**, ständiger, des Kassationshofes für Strafsachen, dessen Bildung und Ergänzung III. 88.

— appellationsgerichtlicher oder bezirksgerichtlicher dessen Befehl in Strafsachen III. 29.

**Senatsordnungen**, II. 157.

**Sequester**, deren Unterschlagungen I. 216.

**Sequestrierte**, Gegenstände, deren Beschädigung oder Wegnahme durch den Eigenthümer I. 240.

**Seuchen**, II. 91 ff.

**Sicherheit** des Staates und der Staatsangehörigen als Grund zur Erlassung polizeilicher Verordnungen I. 26.

— Uebertretung in in Bezug auf die S. des Staates II. 34 ff.

— öffentliche, Uebertretungen in Bezug darauf II. 52 ff.

— deren Gefährdung durch Petrunken, II. 72.

— in Bad- und Heilanstalten II. 94.

— des Verkehrs auf Straßen II. 119.

— der Bauten II. 133.

**Sicherheitsgefährliche Werkzeuge** bei Reitern und Landstreichern II. 64.

— Maschinen II. 112.

**Sicherheitsleistung**, in Zollsachen III. 32.

— Freilassung gegen solche III. 48.

— gegen Entweichen, worin sie bestehen kann III. 50.

— deren Haftung für Kosten, Entschädigung, Geldstrafe III. 54.

— deren Zurückgabe III. 53.

— wann sie erlischt III. 53.

— siehe auch Freilassung

**Sicherheitsvorschriften** in Kriegszeiten, deren Nichtbeachtung I. 93.

**Sicherheitswache**, deren Vernachlässigung II. 41.

**Sicherungsmaßregeln** gegen ansteckende Krankheiten I. 184.

-- gegen Viehkrankheiten I. 263.

— bei den auf öffentlicher Straßse lebentleibenden Pferden II. 106.

— bei Bauten II. 136.

— bei gefahrdrohenden Gebäuden II. 138.

**Sicherungsmittel**, an Abgründen und anderen gefährlichen Straßen I. 169 ff.

**Siebener**, deren Vernehmung über ortspolizeiliche Vorschriften II. 22.

**Siegel**, amtliche, deren Verletzung I. 113

-- öffentliche, deren unbefugte Fertigung oder Fälschung I. 138.

— Uebertretungen in Bezug darauf II. 36.

**Signale**, falsche, bei Eisenbahnen I. 258.

**Silberwaaren**, unächte und geringhaltige, Betrug damit I. 280.

-- die den Verordnungen über Probe und Feingehalt nicht entsprechen II. 41.

**Sinken eines Schiffes oder Floßes** I. 262.

**Sittenlehre**, Angriff auf dieselbe I. 121.

**Sittenpolizei**, Uebertretungen in Bezug auf dieselbe II. 69 ff.

**Sittlichkeit**, Verbrechen und Vergehen gegen dieselbe I. 149.

- deren Verletzung durch Mißbrauch des Erziehungs-, Aufsichts- und Amtsverhältnisses I. 153.
- deren Verletzung an öffentlichen Orten oder durch Schriften I. 161 II. 71.
- Anhaltung jugendlicher Personen zu den dieselbe gefährdenden Beschäftigungsarten I. 199.
- öffentliche Verletzung derselben I. 161, II. 71.
- deren Gefährdung durch Vade-, Privatheit-, Entbindungsanhalten II. 94, durch Vernachlässigung der Aufsicht auf Blödsinnige und Geistesranke II. 100, durch unsittliche Bedingungen bei Aufnahme von Diensthoten II. 169.

**Sipbänke**, öffentliche, deren Verwüstung II. 121.

**Sitzungen**, öffentliche, deren Störung durch Wämen in der Nähe u. II. 77.

- öffentliche, am Kassationshofe, Verfahren in denselben III. 93.

**Sitzungsprotokolle** am Kassationshofe III. 95.

- in Uebertretungssachen III. 69.

**Soldaten**, Verkauf von Montirungs-, Armatur- und Munitionsflecken II. 35.

**Solidarische Haftung** der Mißthunbigen für Schadensersatz und Kassen I. 54, II. 10.

**Sonntagsfeier**, deren Störung II. 76.

**Sonntagschule**, deren Vernachlässigung II. 77.

**Sonntagschulpflichtige**, welche Wirthshäuser oder Tanzböden besuchen II. 73.

**Sparfassen**, unberechtigzte und Uebertretungen berechtigter II. 144.

**Spaziergänge**, deren Verunreinigung II. 121.

**Speditoure**, deren Unterschlagungen I. 217.

**Sperrungszzeichen** zum Schutz gegen Unglücksfälle, deren Entfernung II. 111.

- wegen Nichtfahrbarkeit von Straßen II. 117.

**Sperrwerkzeuge**, dessen Verfertigung, Besitz, Verkauf II. 142.

- bei Landstreichern und Bettlern II. 64.

**Spezialgericht** in der Pals III. 37.

**Spezialgesetze**, was darunter zu verstehen III. 28.

- ob auf dieselben die allgemeinen Bestimmungen des Straf- oder des Polizeistrafgesetzbuches Anwendung finden III. 16.
- wo in denselben Arbeitshaus angedroht ist, tritt Gefängniß ein III. 18
- inwiefern polizeiliche Zwangsmittel bezüglich derselben anwendbar sind III. 28.
- Zuständigkeit zur Verhängung der darin angedrohten Strafen III. 33.
- deren Verletzung begründet Nichtigkeitsbeschwerde III. 87.

**Spezialverfügungen** an einzelne Personen mit Strafandrohung sind unzulässig II. 22.

**Spielebanf** I. 243.

**Spiele** verbotene II. 75.

**Spiekmatten** II. 140

**Spiegelmaaren**, gefundheitsgefährliche II. 98.

**Spinnstuben**, Zusammenkünfte dafelbst II. 69.

**Spott**, beleidigender, überhaupt I. 195.

- auf Unverfehllichkeit des Königs, beffen verfassungsmäßige Gewalt, Thronfolge, beftehende Regierungsform, auf Familie, Ehe, Eigenthum I. 92.

- über Staatsregierung, Behörden, Armee rc. I. 96.

- über auswärtige Regierungen und Regenten I. 95, 100.

- über Religion I. 121.

**Sprengrungen** gefährliche II. 111.

**Spuren** strafbarer Handlungen, deren Fefteigung I. 47.

- verdächtige, an Leichen I. 185, deren Anzeige II. 56.

**Staat**, Gefahr für beffen Sicherheit als Grund zur Erlassung polizeilicher Verordnungen II. 26.

- Uebertretungen in Bezug auf beffen Sicherheit II. 34 ff.

- auswärtiger, Angriff auf folden oder beffen Oberhaupt I. 90.

- f. auch Inland, Ausland.

**Staatsanwaltschaft**, deren Mitwirkung bei Umwandlung von Geld- in Arreststrafe I. 28, II. 5.

- Deren Befugniß zur Entlassung provisorisch Fefzgenommener III. 47

- am Kassationshofe III. 88, bezüglich der Pfalz III. 31.

- bei den Einzelengerichten III. 30.

- deren Thätigkeit, wenn eine Uebertretung angezeigt ist, III. 66.

**Staatsbeamte**, f. Beamte.

**Staatsdiener**, wann fie in Unterfuchungshaft genommen werden können III. 40.

**Staats Einrichtungen**, Uebertretungen in Bezug darauf II. 34 ff.

- deren Beunruhigung durch Nachrichten oder Gerüchte I. 92.

**Staatsgebiet**, widerrechtliche Trennung eines Theiles von demfelben I. 79.

- gelammtes Erlassung polizeilicher Vorschriften für dasfelbe II. 24.

**Staatsgefährliche**, Zusammenrottung I. 86.

- Aeußerungen und Gerüchte I. 92.

**Staatsgefälle**, deren Verfärgung durch Beamte I. 275.

**Staatsgerichtshof**, beffen Zuständigkeit bleibt unverändert III. 33.

**Staatsgefchäfte**, deren treulose Führung I. 80.

**Staatsgrenzzeichen**, deren Entfernung oder Verunglimpfung I. 100.

**Staatsfaffe**, bezieht in der Regel die Geldstrafen und den Erlös aus Konfiskationen I. 28, II. 4. 6.

**Staatsministerien**, können oberpolizeiliche Vorschriften erlassen II. 24.

**Staatsoberhaupt**, auswärtiges, Angriffe auf foldes I. 90.

- auswärtiges dessen Beleidigung I. 95.

**Staatspapiere**, deren Fälschung I. 137.

- Gebrauch falscher I. 138.

- Staatsregierung**, deren Fehldignung I. 96.
- Staatsregel**, dessen unbefugte Fertigung und Gebrauch I. 138.
- Uebertretungen in Bezug darauf II. 36.
  - dessen Verletzung I. 113.
- Staatsstrafen**, deren Schutz II. 115
- Staatsursunden**, deren Fälschung, Unterdrückung, Vernichtung, Verrat I. 89.
- Staatsverfassung**, deren gewaltsame Aenderung I. 79. 80.
- Staatsverträge**, deren Einfluß auf Bestrafung der Ausländer I. 17.
- über die im Inlande begangenen Polizeibestretungen II. 2.
- Städte**, deren Verrat I. 83.
- Erlassung polizeilicher Vorschriften für dieselben II. 22.
  - baupolizeiliche Vorschriften in Bezug auf Verschönerung in St. II. 133.
- Stadtthore**, deren Fehldignung II. 121.
- Ständchen**, unberechtigte II. 50.
- Stände**, einzelne, der bürgerlichen Gesellschaft, Erregung von Haß oder Verachtung gegen dieselben I. 92.
- Standesvorzüge**, deren Annahmung II. 40.
- Standrecht**, Vorbehalt der bisherigen Bestimmungen darüber III. 7.
- Stationshöfe**, deren Schutz II. 113.
- Statuen**, öffentliche, deren Fehldignung II. 121.
- Stauen des Wassers** I. 257.
- Stechbriefe**, in Uebertretungssachen unzulässig III. 67.
- Stege**, öffentliche, deren Beschädigung I. 248 ff.
- deren Vernachlässigung II. 116.
- Stehenlassen**, von Pferden oder Gespann II. 107.
- Steinbrüche**, deren Anlage und Sicherung II. 149.
- Stellen**, öffentliche, deren Fehldignung I. 96, ungeziemendes Benehmen vor denselben I. 99, falsche Anzeige bei denselben I. 146.
- gefährliche, deren Umgebung mit Sicherungsmitteln II. 109. 116.
- Stellung**, amtliche, deren Mißbrauch in hochverrätherischer Absicht I. 81.
- Stellwagenordnungen**, I. 157.
- Stempel**, deren unerlaubte Aushändigung I. 129. 139.
- falsche, Betrug damit I. 230.
  - falsche, auf Waaren I. 234.
  - öffentliche, für Waaren Maße, Gewichte oder Waagen, deren unbefugte Fertigung, I. 235.
  - öffentliche, Uebertretungen in Bezug darauf II. 36.
- Stempelbeträge**, deren unbefugte Erhebung I. 270.
- Stempelkontrabentionen**, III. 6.
- Stempelpapiere**, deren Fälschung I. 128.
- Sterbekassen**, unberechtigte und Uebertretungen berechtigter II. 144.
- Steuerausschuß**, dessen Fehldignung I. 96.
- Vergewaltigung von Mitgliedern desselben I. 104.
  - Verweigerung des Eintrittes in einen solchen III. 7.

- Stenern**, deren unbefugte Erhebung I. 270.  
 — deren Richterhebung I. 275.  
 — Defraudationen von solchen III. 6.
- Stiche**, zur Verstellung von Papiergeld *ic.*, deren unerlaubte Anfertigung I. 129. 139.
- Stiefelstern**, Stiefelster, Beischlaf unter denselben I. 153.  
 — siehe auch Eltern, Kinder.
- Stiftungen**, Verkürzung ihrer Einnahme durch ihre Beamte I. 275.  
 — deren Diener I. 281.
- Stodfinken**, deren Verfertigung und Fährung II. 52.
- Stoffe**, erplobirende, deren Verfertigung, Verkauf, Transport, Borräthe *ic.* II. 125.  
 — entzündliche, deren Verfertigung, Verkauf, Transport, Borräthe *ic.* II. 126.
- Störung**, des öffentlichen Vertrauens I. 93.  
 — des öffentlichen Friedens I. 116.  
 — des Hausfriedens I. 118.  
 — des Religionsfriedens I. 120.  
 — öffentlicher Verleigerungen I. 245.  
 — der Verhütung von Eisenbahnen und Telegraphen I. 250.  
 — der öffentlichen Ruhe II. 43.  
 — der Nachtruhe durch musikalische Produktionen oder Regellspiele im Freien II. 49.  
 — der Hülfeleistung bei Feuergefahr *ic.* II. 41.  
 — der Sonntagsfeier II. 76.  
 — von gottesdienstlichen Handlungen, von Sitzungen, öffentlichem Unterrichte II. 76. 77.
- Stoß**, ob derselbe als Mißhandlung zu erachten I. 175.
- Strafanstalten**, deren Verstellung III. 23.
- Strafarbeitshaus**, statt desselben tritt, wo es in Spezialgesetzen angedroht ist, Gefängnißstrafe ein III. 18.
- Strafarten**, I. 20. II. 2.
- Strafaußmessung**, I. 7.
- Strafaußschießungsgründe**, I. 54. ff.  
 — inwieweit dieselben auch den Theilnehmern und Begünstigern zu Gute kommen I. 51.  
 — sind schon bei der Verweisung zu berücksichtigen I. 55.  
 — die Entscheidung darüber gehört zur Thatfrage I. 55.  
 — besondere Fragestellung ist dessfalls nicht nöthig III. 20.  
 — siehe auch Straflosigkeit.
- Strafbare**, Handlung, That, was darunter zu verstehen I. 13.
- Strafbarkeit**, in wie weit dieselbe durch Aburtheilung im Auslande erlischt I. 18  
 — deren mangelnde oder geminderte Erkenntniß I. 54. 57. II. 12.  
 — deren Verjährung I. 74. II. 16. ff.
- Strafbestimmungen**, bisherige, deren Aufhebung III. 5.

**Strafbestimmungen**, bisherige, welche aufrecht erhalten bleiben III. 179.

**Strafe**, deren Arten I. 20. II. 2.

- kann ohne gesetzliche Androhung nicht verhängt werden I. 13.
- im Auslande erlitten, deren Wirkung I. 38.
- Nichtvollzug erkannter St. I. 274.
- Vollzug einer nicht erkannten I. 273.
- deren Art und Größe kann durch Polizeivorschriften nicht bestimmt werden II. 2. 23.
- siehe auch Verjährung.

**Straferhöhungsgründe**, deren Einfluß auf die Strafbarkeit der Theilnehmer und Begünstigter I. 51.

**Straffolgen**, bei Verbrechen I. 29, bei Vergehen und Uebertretungen I. 30, ff., bei Polizeibüßverletzungen II. 6. ff.

- Unzulässigkeit nicht gesetzlich vorgesehener Polizeimaßregeln I. 37. II. 10.
- einer im Auslande erkannten Strafe, I. 38.
- beim Zusammenfluß mehrerer strafbaren Handlungen I. 69, bei Beamten I. 31, 280.
- werden durch Verjährung der erkannten Strafe nicht aufgehoben I. 78.
- in der Pfalz III. 16.
- in Bezug auf Wahlfähigkeit III. 18.
- Aufhebung derselben III. 105.
- Wirkung ihrer Aufhebung III. 106.

**Strafgesetzbuch** tritt am 1. Juli 1862 in Kraft III. 3, Anwendung der allgemeinen Bestimmungen desselben auf Polizeibüßverletzungen II. 21.

- auf die in Spezialgesetzen bedrohten Uebertretungen III. 4.
- von 1813, Theil I. dessen Aufhebung III. 4.

**Strafgewalt**, deren Mißbrauch I. 271.

**Strafklänge**, deren Beschäftigung I. 26.

- deren sonstige Behandlung I. 27.
- deren Festsetzung I. 27.
- körperliche Züchtigung derselben unstatthaft I. 27.
- Verwaltung ihres Vermögens I. 31.
- jugendliche I. 27.
- in Einzelhaft, deren Behandlung III. 114.
- welche schon vor dem 1. Juli 1862 abgeurtheilt wurden, deren Behandlung III. 28.

**Straflosigkeit**, wegen Mangel an Selbstbestimmungsfähigkeit I. 54. II. 12.

- wegen Irrthums und Unwissenheit I. 58.
- wegen erhaltenen Befehles I. 69.
- wegen Jugend und mangelhafter Ausbildung I. 64.
- wegen Nothwehr I. 60.
- wegen Unkunde von Polizeivorschriften II. 13.



**Estraflofigkeit**, der Uebertretung der nicht unter Strafe gestellten Anordnungen I. 13, II. 1. 25.

— siehe auch Strafausschließungsgründe.

**Estrafmilderungsgründe**, I. 54 ff, II. 12.

— deren Einfluß auf Bestrafung der Teilnehmer und Begünstiger I. 51.

— in wie weit dieselben zur Haftfrage gehören, III. 19.

**Estrafmilderungsgründe**, deren Einfluß auf Bestrafung der Teilnehmer und Begünstiger I, 51.

**Estrafurtheil** in Injurienfachen, dessen Bekanntmachung I. 197.

— Maßregeln zu dessen Vollzug II. 18.

**Estrafverfahren**, Vorkhalt der in den Gesezen darüber enthaltenen Estrafbestimmungen III. 7.

— dessen Wiederaufnahme in Uebertretungsfachen zulässig III. 71.

**Estrafverfolgung**, Ausschließungsgründe derselben I. 72. ff.

— Antrag auf dieselbe, siehe Antrag.

**Estrafverfügung** schriftliche, in Uebertretungsfachen ohne Vernehmung des Beschuldigten III. 70.

**Estrafvollstreckung**, unbesugte I. 278.

— unterlassene I. 274.

**Estrafvollzug** überhaupt I. 20 ff.

— in einer Stellung I. 23.

— gegen jugendliche Personen I. 67.

— neuerliche strafbare Handlung während desselben I. 71.

— Ausschließungsgründe desselben I. 72. ff.

— gegen die Erben des Schuldigen I. 74.

— theilweiser, unterbricht die Verjährung der Strafe I. 78, II. 17.

— wie derselbe bis zur Verurteilung der dazu bestimmten Strafanstalten zu geschehen hat II. 23.

— in Einzelhaft III. 113.

— auf die Kosten desselben erstreckt sich die Haftung Dritter für die Kosten nicht I. 212.

**Estrafzeit**, deren Beginn und Berechnung I. 26, II. 3. in Einzelhaft III. 118.

**Estrassen**, öffentliche, deren Beschädigung I. 248 ff.

— Erhaltung ihrer Fahrbarkeit II. 41.

— Verkehr auf denselben mit Pferden und Fußwerkeln II. 105.

— deren Schutz II. 114 120.

— gesperrte, deren Benützung II. 117.

— Anlage von Gruben daran II. 109.

— Ausführung neuer Bauten an denselben II. 134.

**Estrassengräben**, deren Beschädigung I. 248 ff.

**Estrassenpolizeiliche Vorschriften** II, 114.

**Estreitigkeiten**, bezüglich deren die Zuständigkeit von den Polizeibehörden an die Gerichte übergeht III. 38.

**Subskribentenhammer** II. 157.

- Endzeit**, deren Nichteinhaltung, Verlängerung II. 149.  
**Suppletorium**, falsches I. 140.  
 — Unfähigkeit dazu I. 142.  
**Exemption** von Amt und Gehalt I. 31  
 — von Gewerbrechten oder Privilegien III. 6.  
**Expositionsfest** der Beschwerde gegen polizeiliche Vorschriften II. 30.  
**Epphitis**, deren Verheimlichung II. 90  
**Epphitische** Ansteckung gilt als Beschädigung an der Gesundheit I. 171.

## L.

- Lafak**, gesundheitswidrige Verfertigung. Aufbewahrung oder Verpackung derselben II. 98.  
**Lag** wird bei Freiheitsstrafen zu 24 Stunden berechnet I. 25.  
**Lagelöhner**, Haftung der Arbeitgeber für deren Selbstverlet I. 251.  
 — Anzeige von deren Aufnahme oder Entlassung II. 60.  
**Lalons**, deren Fälschung I. 137.  
 — Gebrauch falscher I. 138.  
**Lanzmusikeln** an öffentlichen Orten II. 47.  
 — in Vereinen zu verbotenen Zeiten II. 50.  
**Lanzunterhaltungen**, deren Besuch durch Schulpflichtige II. 73.  
**Lanzunterricht**, unberechtigter II. 79.  
**Lapeten**, gesundheitsgefährliche II. 99.  
**Laschenspielerkünstler**, deren unberechtigte Aufführung II. 49.  
**Lauben**, deren Einsperren zur Saatzeit II. 176.  
**Läufung** als Erforderniß der Fälschung öffentlicher Urkunden I. 131.  
 — als Erforderniß des Betruges I. 227.  
 — bei Eingehung der Ehe I. 198.  
 — bei Eingehung und Erfüllung von Verträgen I. 227.  
 — bei Verheirathungen I. 245.  
**Lagen**, deren unbefugte Erhebung I. 270.  
 — für Lebensmittel, Uebertretungen in Bezug darauf II. 147 ff.  
 — für Brod, Mehl, Bier, Fleisch müssen an den Verkaufsstätten angeschlagen werden II. 149.  
**Lehnrit**, Verletzung gegen dieselbe bei der Ausführung II. 131.  
**Leiche**, deren Vergiftung I. 263.  
**Telegramme**, deren Vorenthaltung oder unbefugte Mittheilung I. 276.  
**Telegraphen**, Störung ihrer Benützung I. 268.  
 — deren Beschädigung I. 260.  
**Telegraphenbeamten**, Aufhebung des Gesetzes vom 24. Dezember 1849 III. 4.  
**Telegraphenbeamte**, deren Dienstverletzungen I. 274.

**Telegraphenbeamte**, Verlust ihres Dienstes als Straffolge I. 261.

**Telegraphenzeichen**, deren Fälschung I. 260.

**Terrainaufnahmen**, verbotene II. 84.

**Testamentsvollstrecker**, deren Unterschlagungen I. 216.

— deren Untreue I. 212

**Thatbestand** bei Tödtungen, allgemeine Bestimmungen darüber I. 169.

— bei Verbrechen und Vergehen, zu deren Vollendung der Beischlaf gehört I. 162.

**Thäter**, Begriff I. 41.

— Verurteilung und Fassung mehrerer Thäter I. 51, 242 II. 10.

**Thatfrage**, deren Scheidung von der Rechtsfrage im Allgemeinen I. 8, III. 19.

— beim Versuch I. 37.

— bezüglich der Strafausschließungsgründe I. 55.

— bezüglich geminderter Zurechnung I. 56.

— bei Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr I. 61.

— bei Nothwehr I. 62.

— bei Schadenersatz I. 68.

— bei widermaßlicher Wollust I. 155.

— bei der Kupperei I. 160.

— bezüglich der mildernden Umstände I. 165.

— bei der Tödtung I. 166.

— beim Diebstahl einer zum Gottesdienst bestimmten Sache I. 202.

**Thätige Reue** durch Schadenersatz I. 62.

**Thätlichkeit**, was darunter zu verstehen I. 195.

im Gegensatz zu Mißhandlung I. 178.

— in beleidigender Absicht I. 194.

**Theater**, Mitnehmen von Hunden in dieselben II. 103.

**Theatralische Aufführungen**, unehrteigte II. 47.

**Theilnahme**, an strafbaren Handlungen, deren Verurteilung I. 41, 45, 51 ff. II. 10.

— an einem Verbrechen I. 45.

— in Konkurrenz mit Jugend I. 66.

— an einer Kontrebande oder Zolldefraudation III. 31.

**Theilnehmer**, wer als solcher zu erachten I. 42.

— Vermessung seiner Strafe im Verhältniß zum Thäter I. 45, 51. 242.

— dessen Haftung für Kosten und Schadenersatz I. 54.

— Gegensatz zu Betheiligte I. 82.

**Thierärzte**, welche unrichtige Zeugnisse ausstellen I. 148.

— welche Wohnsitz ändern oder Hilfe verweigern II. 84.

— deren Anzeigepflicht bezüglich ansteckender Krankheiten II. 93.

**Thierärztliche Handlungen**, unbefugte II. 83.

**Thiere**, gemeinsehrliche Beschädigung derselben I. 263.

— deren unberechtigte Vorseizung II. 49.

— gefallene, deren Wegschaffung, Transport, Begrabung, Wieder-  
ausgrabung II. 93.

— gefährliche, wilde, Ausstift auf dieselben II. 102.

**Thiere**, zahme, Aussicht auf dieselben II. 103.

- gefährliches Reizen oder Schenkmachen derselben II. 105,
- schädliche, Schutz der Thiere gegen dieselben II. 176.

**Thierkrankheiten**, ansteckende, Vorkehrungen, dagegen II. 91, Anzeige derselben II. 92, 93.

**Thierquälerei** II. 74.

**Thronfolge**, deren gewaltsame Aenderung I. 79.

- staatsgefährliche Aenderungen darüber I. 92.

**Tische**, öffentliche, deren Verwüstung II. 121.

**Titel**, deren Annahme II. 40.

**Tod des Schuldigen**, mit demselben verurtheilt die Strafbarkeit I. 74.

- in Folge von Nothwehr I. 149, 150.
- der Mutter in Folge der Kindabtreibung I. 182.
- eines ausgelegten Kindes I. 183.
- in Folge widerrechtlicher Gefangenhaltung I. 189, Verhaftung und Haftverlängerung I. 271.
- in Folge von Körperverletzung I. 170.
- in Folge von Raub I. 220.
- in Folge von Erpressung I. 221.
- in Folge von Brandstiftung I. 253, 256.
- in Folge einer Ueberschwemmung I. 258.
- in Folge Störung des Eisenbahnverkehrs I. 259.
- in Folge des Scheiterns eines Schiffes oder Floßes I. 262.
- siehe auch Tödtung

**Todesfälle**, unterlassene Anzeige von solchen II. 39.

- verdächtige, deren Anzeige II. 65.

**Todesstrafe** als Verbrechensstrafe I. 12.

- Folge der Verurtheilung zu derselben I. 29, in der Falsch III. 16.
- deren Verletzung I. 20.
- gegen jugendliche Personen unstatthaft I. 67.
- deren Zusammentreffen mit anderen Strafen I. 69 f.
- deren Verjährung I. 78.
- deren Umwandlung in Zuchthausstrafe I. 58, 57, 62, 78.
- deren unterlegte Vollstreckung I. 273.
- deren Ausübung in der Falsch wegen Schwangerschaft III. 73.

**Todesurtheile**, Officialprüfung derselben III. 83.

**Todtenbeschau**, Uebertretungen in Bezug darauf II. 81.

**Todtenbeschauner**, deren Pflicht zur Anzeige verdächtiger Todesfälle II. 55.

**Todtengräber**, deren Uebertretungen II. 82.

- unterlegte II. 158.

**Todtenstein**, Nichterhebung eines solchen II. 81.

**Tödt**, deren Veräußerung und Ehrenentziehung I. 196.

- Versuch der Tödtung an einem Dritten I. 39, 167.

**Tödtschlag**, I. 165.

- dessen Unterschied vom Mord I. 164.

**Todtschlag** an Verwandten I. 166.

**Tödtung**, absichtliche, überlegte I. 164.

- im Affekt I. 165.
- aus Fahrlässigkeit I. 168.
- allgemeine Bestimmungen über den Thatbestand bei Tödtungen I. 169.
- des Königs I. 79.
- im Zweikampf I. 124.
- von Kindern bei der Geburt I. 167.
- der Frucht im Mutterleibe I. 180.
- bei Körperverletzungen I. 170, 176.
- in Schlägereien I. 179.
- durch Gift I. 165.
- durch Aussetzung I. 183. ff.
- durch Freiheitsberaubung I. 189, 271.
- beim Raube I. 220.
- durch Brandstiftung I. 253, 256.
- durch Ueberfchwemmung I. 257.
- durch Beschädigung von Eisenbahnen I. 259.
- durch Störung der Telegraphen I. 261.
- durch Gefährdung der Schiff- und Flößfahrt I. 262.
- durch widerrechtliche Falsch I. 271.
- durch unbefugten Strafverlezung, I. 274.
- in Nothwehr oder Nothstand I. 60, Anzeige davon II. 42.

**Torfmoore**, deren Inbrandsetzung I. 253.

**Transportmittel**, deren unbefugte Vereithaltung an öffentlichen Orten II. 158.

**Traumdeuten** II. 69, Verirrung dadurch I. 230.

**Traunung**, deren unbefugte Vernahme I. 277.

**Trennlose** Führung von Staatsgeschäften, I. 89.

**Trinkgesellschaften**, gef. abtheilungswidrige II. 98.

**Trinkwässer**, dessen Verunreinigung II. 120.

**Trödler**, welche Schlüssel ohne das dazu gehörige Schloß verkaufen II. 142.

- deren fentlige Uebertretungen II. 143.

**Trommeln**, deren Mißbrauch II. 43.

**Truists**, deren Schutz II. 117.

**Trucksystem**, II. 155.

**Trunkenheit**, deren Einfluß auf die Strafbarkeit I. 54, 56, II. 12.

- bei gefährlichen Verrichtungen II. 102.
- öffentliche Verletzung der Sittlichkeit durch dieselbe II. 72,

**Trappen**, Verrath über deren Stärke, und Stellung I. 89.

**Truppenbewegungen**, polizeiliche Anordnungen dabei II. 56.

**Tunnels**, deren Schutz II. 113.

**Turnunterricht**, unberechtigter II. 29.

## II.

**Ueberackern** I 251.

**Ueberfahrtsankalten**, Ordnungen für dieselben II 114.

**Ueberführungsmittel**, deren Veseitigung ist Peggünftigung I 47.

**Uebergangsbestimmungen**, bezüglich der Gültigkeit polizistischer Vorschriften II 31.

**Uebergangsstellen**, bei Eisenbahnen, deren Ueberschreiten zc. II 113.

**Ueberlegter Entschuß** I 164.

**Ueberrückung** entschuldigt die Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr I 60.

**Ueberschreitung** der Grenzen der Nothwehr, wann sie verhanden I 60, wie zu strafen I 62.

— der Amtsgewalt I 59.

— der Gewerbbefugnisse II 160.

**Ueberschuldung**, Vorspiegelung derselben I 277.

— Aufnahme von Geldern zc. ungeachtet derselben I 239.

**Ueberschwemmungen**, deren Verursachung I 257.

— Schutz gegen dieselben II 122.

**Uebersteigen** von Einfriedungen fremder Gärten I 251.

**Uebertretungen**, deren Begriff und Strafen I 12, II 1, 2, III 10.

— Strafbarkeit des Versuches I 29, II 10.

— deren Verjährung I 75 ff., II 16 ff.

— deren Folgen I 30, II 6, insbesondere für Beamte I 280.

— inwieweit auf dieselben die allgemeinen Bestimmungen des Straf- oder des Polizeistrafgesetzbuches anwendbar sind I 12, II 1, III 10.

— militärische, Vorbehalt der bisherigen Bestimmungen darüber III 7.

— Zuständigkeit zu deren Aburtheilung III 30.

— Befahren in Uebertretungssachen III 65, in der Falsch III 74.

— Muthigkeitsbeschwerde in Uebertretungssachen III 87.

— siehe auch Polizeizübertretungen.

**Ueberverficherungen** II 130.

**Uferschuß** II 122.

**Umherlaufenlassen** von Vieh, verbotenes II 172.

**Umherziehen**, geschäfts- und arbeitsloses II 63.

**Umhüllflossener Raum** I 206.

**Umstände** zufällige, bei der Körperverletzung I 176.

— siehe mildernde.

**Ummwandlung** der Geldstrafe in Freiheitsstrafe I 28, 68, II 4, 14, bei Uebertretungen, welche mit einer 150 fl. übersteigende Strafe bestraft sind III 11, bei Feststrafsachen in der Falsch III 74.

— der Freiheitsstrafe in Geldstrafe I 57, 62, II 13.

**Unbeschworenes** falsches Zeugniß I 147.

**Uneinbringliche Geldstrafen**, siehe Ummwandlung.

**Unfleiß** der Beamten I 280.

**Unfug** an öffentlichen Orten II 44.

**Ausflug durch Betrunkene** II. 72.

**Ungebührliches Benehmen** vor öffentlichen Behörden I. 99., in Kirchen und religiösen Versammlungsorten I. 122.

**Ungehörsam** gegen die Obrigkeit I. 101 ff.

— Aufforderung dazu I. 102.

— der Dienstboten II. 166.

— der Zeugen und Sachverständigen in Uebertretungssachen III. 68.

— des einer Uebertretung Beschuldigten III. 69.

**Ungehörsame, Vollzugemaßregeln** gegen dieselben II. 18., III. 24.

**Ungehörsamstrafen**, Zuständigkeit zu deren Androhung und Verhängung, Maß und Verwendung derselben III. 24.

**Ungehörsamverfahren** in Uebertretungssachen III. 69.

— wegen ausländischer Preßerzeugnisse III. 61.

**Ungerechtigkeit im Amte** I. 270.

**Ungeheuerliche Bewaffnung** I. 91.

**Ungeheuerliche, Fälschung** von Zeugnissen darüber I. 134.

— Verweigerung von Hilfe bei denselben II. 41.

— Erregung von Vorurtheilen von U. II. 43.

— Vorschriften zur Vermeidung derselben in Steinbrüchen, Gruben &c. II. 109.

— Entfernung von Warnungszeichen &c. II. 111.

**Uniformen**, deren Anmaßung I. 99.

— ausländische, deren unbefugtes Tragen II. 40.

**Unkenntniß** über das Alter bei Verbrechen gegen die Sittlichkeit I. 163.

— siehe auch Unwissenheit.

**Unkunde** von Polizeivorschriften, deren Einfluß auf die Strafbarkeit II. 13.

**Unrath**, dessen Abklärung II. 120.

**Unstimmige Bedingungen** bei Dienstverträgen II. 169.

— Vorträge an öffentlichen Orten II. 71.

**Unstimmigkeit**, Ueberlassung dazu I. 199.

— der Beamten I. 281.

**Untaugliches Mittel**, Versuch damit I. 89.

**Unteragenten** für Brandversicherung II. 130.

— für Auswanderungsangelegenheiten.

**Unterbrechung** der Verjährung I. 76, 77, II. 17.

**Unterdrückung** von Preßerzeugnissen I. 33.

— von Staatsurkunden I. 89.

— von Wahlzetteln &c. I. 115.

— öffentlicher Urkunden zum Zwecke rechtswidriger Täuschung I. 196.

— von Perceidmitteln in Untersuchungssachen I. 145.

— des Familienstandes I. 197.

— von öffentlichen oder Privaturkunden zum Zwecke des Betrugs I. 230.

— unbefugte, von Urkunden I. 247.

— von Urkunden zur Verdeckung der Amtsuntreue I. 276.

**Unterdrückung** von Urkunden durch Mißbrauch des Amtes **I 267.**

— von Verfügungsacten **III 52.**

**Untergebene**, Einfluß erhaltenen Befehls auf ihre Strafbarkeit **I 59, 60, II 11**

**Unterhandlung** mit auswärtigen Regierungen, Gewaltthätern, Parteien **I 81, 87.**

**Unterlassungen**, Anwendung der Strafgesetze auf dieselben **I 14, II 1.**

**Unterordnung** gegenüber dem Vorsitzenden eines Gewerbevereins **II 155.**

**Unterricht** öffentlicher, dessen Störung **II 77.**

**Unterrichtsanstalten** unterrechtigte **II 79.**

— Aufnahme ungeimpfter Kinder darin **II 88.**

**Unterziehung** eines Kindes **I 197.**

**Unterzählung**, deren Begriff **I 214.**

— deren Strafe **I 216.**

— fortgesetzte **I 217.**

— unter Verwandten **I 213, 217.**

— Straffolgen **I 218**, insbesondere für Beamte **I 280.**

— Heberei derselben **I 224.**

— im Amte **I 275.**

**Unterzählung**, inwieweit solche beim Zusammenfluß einzuleiten **I 70.**

— wissenschaftlich gegen einen Unschuldigen **I 272.**

— deren Einleitung bei der Körperverletzung **I 175.**

— Urkundenfälschung in solcher **I 145, 268.**

— Erpreßen von Gefändnissen und Zeugnisauslagen in einer **II 227.**

— von Bauten, unterlassene **II 137.**

— von Aufschlagsbetrugationen **III 35.**

**Untersuchungshaft**, deren Anrechnung **I 63, II 13.**

— rechtmäßige Verbhängung oder Verlängerung derselben **I 271.**

— Gegenstand zu Festnahme, provisorischer Verbhängung **III 39.**

— gegen welche Personen sie in der Regel nicht stattfindet **III 39.**

— in Verbrechensfällen **III 39, 42.**

— in Vergehens- und Uebertretungsfällen **III 40, 42.**

— ist wo möglich durch gelindere Mittel zu ersetzen **III 43.**

— Verhewerde gegen deren Verbhängung **III 46.**

— deren Aufhebung **III 51.**

— Befreiung von derselben durch Kautionleistung **III 43 ff.**

— Aufhebung der bisher darüber bestehenden Bestimmungen **III 51.**

**Untersuchungshandlung** unterbricht die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung  
**I 76.**

**Untersuchungslosten**, deren Beirreibung in der Pfalz **III 93.**

— siehe auch Kosten.

**Untreue** der Vormünder und Vermögensverwalter **I 242.**

— im Amte **I 275.**

**Unverjährbarkeit** des Königs, Angriffe darauf **I 92.**

**Unvorsichtigkeit** mit Waffen **II 80.**

**Unwahrheiten** bei Betrügen **I 227.**



- Unwissenheit** über Thatfachen, deren Einfluß auf die Strafbarkeit **I 55, II 21**, insbesondere der Theilnehmer und Begünstigter **I 51**.
- im Strafgesetze und Polizeivorschriften, deren Einfluß auf die Strafbarkeit **I 59, II 13**.
- bei Blutschande **I 152**.
  - über's Alter der zur Unfittlichkeit mißbrauchten Person **I 163**.
  - als Strafmilderungsgrund gehört zur Thatfrage **III 19**.
- Unzucht** als Verbrechen und Vergehen **I 149 ff**.
- gewerbmäßige **II 71**.
  - Arbeitscheine der hienwegen gestraften Personen **II 61**.
- Unzüchtige** Handlungen **I 156**, an öffentlichen Orten **I 161**.
- Schriften, Preßzeugnisse **I 161**.
  - Vorträge und Rieder **II 71**.
- Unzurechnungsfähigkeit** **I 54**.
- besondere Frage hierüber an die Gefährlichkeit ist nicht nöthig **III 20**.
- Urheber**, physischer **I 41**.
- intellektueller **I 43**.
- Urkunden** des Staates, deren Fälschung, Unterdrückung, Vernichtung, Verwath **I 89**.
- öffentliche, Begriff **I 132**.
  - öffentliche, deren Fälschung, Gebrauch falscher **I 130, 131**.
  - öffentliche, deren Unterdrückung **I 136**.
  - amtlich verwahrete, deren Entwendung, Vernichtung, Unterdrückung **I 137**.
  - in Strafsachen, der Fälschung und Unterdrückung **I 145**.
  - Privaturkunden, deren Begriff **I 232**, deren betrügerische Fälschung Unterdrückung, Vernichtung **I 230**.
  - fremde, deren Erbrechen, Ver-u, Abschreiben **I 246**.
  - deren unkegnete Unterdrückung **I 247**.
  - deren Fälschung und Unterdrückung durch Mißbrauch des Amtes **I 267**.
  - amtliche, falsche Orts- oder Zeitbestimmung darin **I 269**.
- Urtheile** richterliche, deren Mißbilligung **I 113**.
- in Injurienfachen, deren Niederschreibung in Register und Verkündung **III 69**, deren Bekanntmachung **I 197**.
  - in Uebertretungsfachen, deren Anzuspierung **II 71**.
  - deren Fällung und Verkündung beim Kassationshote **III 91**.
- Urtheilsabschrift**, wem solche vom Kassationshote zuzustellen **III 100**.
- Urtheilskraft**, deren Mangel **I 54, 56**.
- deren Minderung **I 56, II 12**.

## B.

**Baganten**, siehe Landstreicher.

**Verabredung** zu einem Verbrechen ist ohne Anfang der Ausführung in der Regel straflos **I 42**.

— zur Arbeitseinstellung **I 107**.

**Verächtung** im Gegenfalle zu Mißachtung **I 192**.

— des Königs **I 94**.

— der Königin **I 95**.

— Erregung von B. gegen Unverletzlichkeit des Königs, dessen Gewalt, die Thronfolge, die bestehende Regierungsform oder die Rechtsinstitute der Familie, der Ehe oder des Eigentums oder gegen einzelne Stände **I 92**.

— der Religion **I 121**.

— siehe auch Beleidigung.

**Verantwortlichkeit** der Minister, Gesetz vom 4. Juni 1848 bleibt aufrecht **III 8**.

**Veräußerung** anvertrauter Sachen **I 214**.

— gesunderer Sachen **I 218**.

— von Wesseln, trotz der Ueberschuldung **I 239**.

— der durch strafbare Handlung gewonnenen Sachen **I 47, 224**.

— unbefugte, von Montirungs-, Armatur- und Munitionsfälschen **II 35**.

— siehe auch Verkauf.

**Verbergen** eines Verbrechens u. **I 185**.

**Verbindung** zur Ausführung eines Verbrechens ist ohne Anfang der Ausführung straflos **I 42**.

— verabredete, bei der Körperverletzung **I 170**.

— zu Raub und Diebstahl **I 202**.

**Verbindungszeichen** verbotene **II 44**.

**Verbot** ausländischer Zeitungen oder Zeitschriften **III 60**.

**Verbrechen**, dessen Begriff und Bestrafung **I 12**.

— Strafbarkeit des Versuchs **I 32**.

— Zusammenstoß mehrerer oder mit anderen strafbarer Handlungen **I 69, II 15**.

— deren Verjährung **I 75**.

— Zuständigkeit zu deren Aburtheilung **III 29**.

— Spuren eines solchen an Leichen **I 185**, Anzeige davon **II 65**.

— militärische, Vorbehalt der bisherigen Strafbestimmungen **III 7**.

**Verbrechensstrafe**, deren Folgen **I 29 ff**.

**Verdingen** der Dienstboten **II 166**.

**Verhetzung** siehe Beschleüßung.

**Vereine** gefällige, Konzunft in solchen zu verbotenen Zeiten **II 60**.

— Polizeifunde in solchen **II 47**.

- Bereine, Geldsammlungen** daseibst **II 67.**
- Bereinigungszeichen, verbotene** **II 44.**
- Bereinsgesetz, inwieweit Zuwiderhandlungen dagegen Vergehen oder Uebertretungen sind** **III 12.**
- Verfahren gegen jugendliche Personen** **I 67.**
- bisheriges, in Strafsachen bleibt im Allgemeinen unverändert **III 30.**
  - in Aufschlagsbetrugssachen **III 35.**
  - bezüglich der Untersuchungshaft **III 38 ff.**
  - bezüglich des Wahrheitsbeweises in Verläumdungsfällen **III 55.**
  - in Preßstrafsachen **III 58.**
  - in Injurienstrafsachen **III 62.**
  - in Uebertretungssachen **III 65.** in der Pfalz **III 71.**
  - vor dem Kassationshofe **III 87.**
  - bezüglich der Rehabilitationsgesuche **III 109.**
- Verfassung, deren gewaltsame Aenderung** **I 79.**
- Erregung von Haß und Verachtung dagegen **I 92.**
- Verfehlung gegen die Regeln der Technik bei der Ausführung** **II 131.**
- Verfolgung gerichtliche, deren Verjährung** **I 75. II 16.**
- auf Antrag des Verletzten **I 72.**
- Verfügungen der Polizeibehörde in nicht mit Strafe bedrohten Fällen, deren Vollzug** **III 24.**
- Verführung zu Mord, Fahnenflucht, Ueberlaufen** **I 89.**
- jugendlicher Personen **I 161.**
- Vergehen, Begriff und Bestrafung** **I 12.**
- Strafbarkeit des Versuchs **I 39.**
  - Zusammenfluß mehrerer oder mit anderen strafbaren Handlungen **I 69. II 15.**
  - deren Verjährung **I 75.**
  - Zuständigkeit zu deren Aburtheilung **III 29.**
  - militärische, Vorbehalt der bisherigen Strafbestimmungen **III 7.**
- Vergehenssachen in der Pfalz, Vertretung dabei** **III 72.**
- Vergehensstrafe, deren Folgen** **I 30.**
- Vergewaltigung, strafbare** **I 212.**
- beim Diebstahl **I 202.**
  - siehe auch Gewalt.
- Vergiftung, Tödtung dadurch** **I 165.**
- Körperverletzung dadurch **I 170, 173.**
  - gemeingefährliche **I 163.**
  - von Weiden, Bienen, Futtervorräthen, Viehtränken, Zeichen **I 263.**
  - siehe auch Gift.
- Vergolden von Münzen u. dgl.** **II 140.**
- Vergraßen gesellener Thiere** **II 93.**
- Verhaftete, deren Freilassung überhaupt** **III 51.** wegen Krankheit u. **III 52.**
- Verhaftsbefehl, dessen Zurücknahme** **III 51.**

**Verhaftung** unterbricht die Verjährung I 78.

- widerrechtliche I 271.
- deren sofortige Anzeige II 55.
- willkürliche oder eigenmächtige, in der Pfalz III 17.
- als Zwangsmassregel III 46.
- provisorische, im Gegenwärtigen zu Untersuchungshaft III 39.
- Befugniß dazu III 45.

**Verhandlungen** über Verbrechen gegen Untersuchungshaft sind tax- und stempelfrei III 48.

- über Freilassung gegen Sicherheit sind tax- und stempelfrei III 50.

**Verheimlichung** strafbarer Handlungen I 43.

- der Schwangerschaft und Niederkunft. I 168, II 80.
- eines Reichthums I 185.
- eines gefundenen Schatzes I 218.
- von Vermögenstheilen und Geschäftsbüchern bei Ueberschuldung I 240.
- der Gäste nach der Polizeistunde II 46.
- ansteckender Uebel von Diensthofen u. II 90.
- infizirter Kleidungsstücke II 90.
- eines Brandes II 127.

**Verhinderung** unerlässener strafbarer Handlungen I 49.**Verhöhnung** durch Lärmen oder Unfug II 45.**Verjährung** im Allgemeinen I 74, II 16.

- deren Unterbrechung I 74, II 17.
- der gerichtlichen Verfolgung: deren Voraussetzungen, Frist bei Verbrechen, Vergehen, Uebertretungen I 75, bei Polizeibertretungen II 16, ob sie die Entschädigungsklage ausschließt I 75, deren Beginn und Vollendung I 76, bei sogenannten Antragsdelikten I 76, bei Verhödelikten I 76, in Weinibschachen I 149, bei betrügerlicher Verleitung zur Ehe I 198, bei Menschenraub, Entführung, widerrechtlicher Gefangenhaltung I 91, bei mehrfacher Ehe I 158, beim Ehebruch I 158, bei verbotener Eheschließung im Ausland II 38, bei unbefugtem Reisen ins Ausland, bei Verläumdungen III 56, Aufhebung der bisherigen Bestimmungen in der Pfalz III 17.
- rechtskräftig erkannter Strafen: deren Frist und Unterbrechung bei Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen I 77, bei Polizeibertretungen II 17, der Todes- und lebenslänglichen Zuchthausstrafe I 78, hebt die Folgen der Strafen, insbesondere Verwahrung in einer Polizeianstalt nicht auf I 78.

**Verifikation** von Waßen, Gewichten und Maagen II 147.**Verlaß** der durch strafbare Handlung erworbenen Sachen I 47, 224, beim Felddiebstahl I 211.

- von Schriften und sinnlichen Darstellungen I 15, 161.
- gefälschter Nahrungsmittel und Getränke I 230, 236.
- gesundheitsgefährlicher Gegenstände II 99.

**Verkauf**, siehe auch *Veräußerung*.

**Verkehr**, unerlaubter mit Gefangenen **II 36**.

- auf öffentlichen Straßen, Anordnungen zu dessen Sicherheit und Bequemlichkeit **II 119**.

**Verkleidung** von Landstreichern und Bettlern **II 64**.

- siehe nach *Maschinen*.

**Verkundung** der Polizeivorschriften **II 28 ff.**

- der Urtheile in Uebertretungssachen **III 69**.
- der Urtheile des Kassationshofes **III 94**.

**Verfälschung** betrügl. der Gläubiger **I 237 ff.**

- öffentlicher Gefälle **I 275**.

**Verlängerung** der Verwahrung in einer Polizeianstalt **I 37**.

**Verläumdung** **I 191**.

- des Königs **I 94**.
- der Königin **I 95**.
- an Verstorbenen **I 196**.
- Wahrheitsbeweis dagegen **I 193**, **III 55**.

**Verleger**, siehe *Redakteur*.

**Verleitung** zu strafbarer Handlung **I 43 ff.**

- von Militärpersonen und Landwehrräubern zu Untreue und Ungehorsam **I 9**.
- zum Zweikampf **I 125**.
- zum Meineid **I 140**.
- betrügl., zum Weichhase **I 151**.
- zum Selbstmord **I 164**.
- betrügl., zur Ehe **I 198**.

**Verlesung** von Zeugenaussagen **I 141**.

- von Aktenstücken in Uebertretungssachen **III 68**.

**Verletzung** öffentlicher Autorität **I 101**.

- amtlicher Siegel **I 113**.
- der Sittlichkeit durch Mißbrauch des Erziehungs-, Aufsichts-, Amtsverhältnisses **I 153**.
- der Sittlichkeit durch unzüchtige Handlungen an öffentlichen Orten oder durch Schriften **I 161**.
- öffentliche, der Sittlichkeit und Schamhaftigkeit **II 71**.
- der persönlichen Freiheit **I 185**.
- eines fremden Familienhauses **I 197**.
- besonderer Verfassungsgesetze **I 264** in Folge Befehls **I 59**.

**Verlust** von Aemtern, Diensten, Würden u. **I 29**, 283.

- der aktiven und passiven Wahlbarkeit **I 80**, **III 18**.

**Vermittlungsamt**, falscher Eid vor demselben **I 140**.

**Vermögen**, dessen Gefährdung als Grund zur Erlassung polizeilicher Verordnungen **II 26**.

- Gefährdungen desselben **II 141 ff.**

**Vermögensrechte**, deren Beschränkung in Folge von Verurtheilung zu Lebens- oder Zuchthausstrafe **I 31**.

**Vermögensvortheil** siehe Vortheil.

**Vernachlässigung** besonderer Verurtheilung **I 264 ff.**

— der Ansticht auf Blödsinnige und Geistesranke **II 100**.

— der schuldigen Flüge **II 101**.

**Vernichtung** von Freigengungsscheinen, Plänen, Formeln **I 33, III 59**.

— von Staatsurkunden **I 90**.

— öffentlicher Urkunden zum Zwecke rechtswidrigen Umtausch **I 136**.

— von Verweismitteln in Untersuchungssachen **I 145**.

— von öffentlichen oder Privaturkunden, als Mittel zum Betrug **I 230**.

— von Geschäftsbüchern **I 240**.

— unbefugte, von Urkunden **I 247**.

— zur Verbedung der Kunsttreue **I 276**.

— von Urkunden durch Nichtbrauch des Hentes **I 267**.

— beschränkter, gekündeter Gegenstände **I 240**.

— beschlagnahmter Gegenstände **II 7**.

— infizierter Gegenstände **II 90**.

— von Urtheilen durch den Revisionshof **III 96**.

— schwengerichtlicher Urtheile **III 96**.

— der Beschlüsse eines Verweismannes **III 96**.

— zulässiger Urtheile **III 99**.

**Versordnungen**, wor darunter zu verstehen **II 25**.

— königliche, deren Erlaffung **II 26 ff.**

— deren Verkündung **II 23**.

— bisherige, in wie weit sie fortreiben **II 32**.

— Aufhebung von Gelezen durch S. **II 32**.

— bestehende, worauf deren Verordnungen auf Bestimmungen des bisherigen Strafrechts in Zukunft zu beziehen sind **III 16**.

— zu deren Vollzug polizeiliche Zwangsmassregeln zulässig sind **III 27**.

**Versorgungsrecht** **II 21 ff.**

— dessen Delegation **II 22**.

**Versöhnung** anverwandter Sachen **I 214**.

— gekundener Sachen **I 218**.

**Verpflichtungen** öffentliche, Uebertretungen in Bezug darauf **II 34 ff.**

**Verrath**, siehe Hochverrath, Landesverrath.

**Verrichtungen**, geistliche, Trunkarbeit siehe **II 102**.

— festergeleitete **II 123**.

**Verrückung** von Grenzsteinen, Zeichen des Baustandes **I 244**.

— von Güterabtheilungen **I 259**.

**Verrückungsflüchtungen** **II 164**.

**Verrückungen** zulässige, deren Schutz **I 130, 121**.

— nach Verne, in wie weit Zusammenhängungen gegen das Gesetz vom **26. Februar 1850** Vergehen, in wie weit Uebertretungen sind **III 12**.

**Berücksichtigung** von Adergeräthschaften *xc.* **II.** 177.

— aufsteigender Krankheiten **L.** 184.

— von Viehschäden **L.** 263.

**Berücksichtigung** bei Fauten **II.** 183.

**Berücksichtigung** siehe Verwandte.

**Berücksichtigung** der Wahrheit steht unwahrer Aussage gleich **L.** 148, 227

— eines Gehindernisses **L.** 194.

— gesunder Sachen **L.** 218.

— siehe auch Verheimlichung.

**Berücksichtigung**, eigenmächtige Ausbeutung ihres Leichtsinns **L.** 243.

— polizeiliche Einschreitung gegen dieselben **II.** 61.

**Berücksichtigung**, Begriff **L.** 83.

— Bestrafung **L.** 81 ff.

**Berücksichtigung** an Eidesstatt **L.** 142.

**Berücksichtigungsanstalten**, Uebertretungen in Bezug darauf **II.** 144.

— für Feuerversicherung **II.** 129.

— Betrug an solchen **L.** 265.

**Berücksichtigung** von Mägen u. dgl. **II.** 140.

**Berücksichtigung** **II.** 95.

**Berücksichtigung** siehe Spott.

**Berücksichtigung** eines Lohnes für strafbare Handlungen **L.** 48, 45.

— eines Geschenkes für Amtshandlungen **L.** 265.

**Berücksichtigung** öffentliche, deren Beeinträchtigung und Störung **L.** 245.

— gegen gesetzliches Verbot **II.** 143.

**Berücksichtigungsbureau's**, Uebertretungen der Inhaber von solchen **II.** 143.

**Berücksichtigung**, deren Verläumdung oder Ehrenkränkung **L.** 196.

**Berücksichtigung**, als Folge von Körperverletzung **L.** 171.

**Berücksichtigung**, Begriffsbestimmung desselben **L.** 39.

— der Tödtung eines todtten Menschen **L.** 167.

— bei der Körperverletzung **L.** 172.

— beim Hochverrathe der Vollendung gleich **L.** 79, 81.

— der Kindesabtreibung **L.** 182.

— der Erpressung **L.** 222.

— bei Diebstehlen, Betrüben, Uebertretungen **L.** 89.

— bei Verstoßvergehen **L.** 40.

— bei Polizeilichverletzungen **II.** 10.

— Strafe desselben **L.** 40, **II.** 10.

— Theilnahme an einem B. **L.** 45.

— dessen Bestrafung beim Vorhandensein eines leichteren Falles **I.** 40.

— in Konkurrenz mit Jugend **L.** 66.

**Berücksichtigung**, Verletzung der ihnen anvertrauten Geheimnisse **L.** 247.

— in Uebertretungssachen **III.** 67, ungehörliches Benehmen desselben **III.** 68.

— dessen Vorladung zum Kassationshofe **III.** 91, 92.

— ungeziemende Ausfälle desselben vor dem Kassationshofe **III.** 49.

- Verteidiger** demselben ist zum Zweck der Beschwerde gegen Untersuchungshaft Akteneinsicht nicht gestattet III. 48.
- Verteidigung** erlaube, deren Grenzen I. 60.  
 — ungebührliche, in Streitsachen in der Pfalz III. 72.
- Vertiefungen**, deren Verwahrung II. 109.
- Verträge**, Täuschung bei deren Eingehung oder Erfüllung I. 227.
- Vertretung** bei Prozeßvergehen unzulässig III. 68.  
 — in Vergehenssachen in der Pfalz III. 72.  
 — siehe auch Verteidiger.
- Verunglimpfung** königlicher Wappen, Hoheitszeichen und obrigkeitlicher Bekanntmachungen I. 100.  
 — siehe auch Befüelzung, Keintlichkeit.
- Verurtheilung**, deren Folgen, siehe Straßfolgen.  
 — im Auslande, deren Wirkung I. 18. 38.  
 — schließt nochmalige Vorgerichtstellung aus I. 18. 73.  
 — als Verhaftungsgrund III. 44.
- Vervielfältigung** auf mechanischem oder chemischem Wege gilt der Verbreitung durch die Presse gleich I. 15.
- Verwahrung** in einer Polizeianstalt siehe Polizeianstalt.  
 — in einer Erziehungsanstalt für verwahrloste jugendliche Personen siehe Erziehungsanstalt.  
 — in einer Irrenanstalt II. 100.
- Verwalter**, Unterschlagungen derselben I. 216.  
 — deren Untrene I. 242.  
 — von Staatsgefällen I. 276.
- Verwaltungen** der Landgemeinden können ortspolizeiliche Vorschriften erlassen II. 22.
- Verwandte**, wer darunter zu verstehen I. 14.  
 — deren Haftung für Kosten der Unterbringung in einer Erziehungsanstalt I. 64.  
 — deren Festrafung wegen Begünstigung I. 48. wegen unterlassener Verhinderung strafbarer Handlungen I. 49.  
 — deren Vergewaltigung und Bedrohung als Grund der Straflosigkeit I. 61.  
 — deren Mißhandlung oder Beleidigung als Strafmilderungsgrund beim Todtschlag I. 165. bei der Körperverletzung I. 173.  
 — Todtschlag mit solchen I. 162.  
 — Todtschlag an solchen I. 166.  
 — Mißhandlung oder Körperverletzung an solchen I. 174.  
 — Verübung von Diebstahl an denselben I. 213. von Betrug I. 234. von Unterschlagung I. 217.
- Verwarnung** in Polizeisachen II. 2.  
 — Pflicht, dazu zu erscheinen II. 3. III. 26.
- Verwahrlosung** eines Kindes I. 197.



**Verweigerung der Nothhilfe** II. 41.

- Ärztlicher Hülfe II. 84.
- der Abgabe von Lebensmitteln II. 150.
- der Annahme von Mägen II. 140.
- der Abwägung oder Abweisung II. 145.

**Verweis** ist nicht unter die Polizeistrafen aufgenommen II. 2.

**Verweisung** vor's Bezirksamtsgericht, Berufung dagegen unzulässig III. 29.

- vor's Schwurgericht zieht Verhaftung nach sich III. 39.
- vor's Schwurgericht schließt Freilassung gegen Sicherheit aus III. 48.
- Vernichtung des dieselbe aussprechenden Beschlusses III. 95.
- welche vor dem 1. Juli 1862 erfolgt ist, deren Wirkung III. 87.
- auf Bestimmungen des bisherigen Strafrechts, worauf dieselbe in Zukunft zu beziehen III. 16.
- siehe auch Ausweisung.

**Verwiesene**, deren Rückkehr I. 111.

**Verzicht** auf die durch strafbare Handlung gewonnenen Rechte, als Strafmilderungsgrund I. 62.

- des Verleichten auf strafrechtliche Verfolgung I. 72.

**Verzögerung** der Entlassung von Gefangenen I. 271.

**Vieh**, unbefugte Heilung desselben II. 83.

- dessen Beschau II. 96.
- verbotenes Umherlaufenlassen desselben II. 172.

**Viehhandel** ist freigegeben II. 162.

**Viehheerden**, deren Ausweichen II. 106.

**Viehmärkte**, Verkehr auf denselben II. 153.

**Viehseuchen**, deren Verbreitung I. 263.

- deren Verhütung II. 91.
- deren Anzeige II. 92, 93.

**Viehtränken**, deren Vergiftung I. 263.

**Viehtrieb** über fremde Heide und Wiesen I. 251.

- verbotener auf oder über die Bahn u. II. 113.
- in den Gräben, auf den Böschungen und Dämmen öffentlicher Straßen II. 117.

**Viehweide**, deren Vergiftung I. 263.

- unbefugte, auf fremden Grundstücken I. 251.
- Uebertretungen in Bezug darauf II. 173.
- ohne Hirten II. 174.

**Viehzaun**, Beseitigung ihrer Hindernisse II. 177.

**Viktualien**, verdorbene, deren Skandalisation II. 7, 147.

- Handel mit B. II. 153.

**Viktualienmärkte**, Verkehr auf denselben II. 153.

**Viktualienpolizei** II. 147.

**Visa**, Richterholung derselben II. 57.

**Vifikation** der Hunde II. 103.

- Vitalität** beim Kindsmord **I 167.**
- Vögel**, deren Einfangen, Töten, Verkauf **II 74.**
- Vollfeste**, Anordnungen hiebei **II 66.**
- Vollendung**, Gegensatz zu Versuch **I 39.**
- der Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit **I 162.**
- Vollstreckung** einer nicht erkannten Strafe **I 273.**
- Vollziehbarkeit** polizeilicher Anordnungen **II 24.**
- Vollzug** der Gefängnißstrafe im Zuchthause **I 23.**
- der Arreststrafe in einer Polizeianstalt **I 35.**
- der Strafen gegen jugendliche Personen **I 67.**
- der Strafen gegen die Erben **I 74.**
- der Freiheitsstrafen in der Fessung **I 23.**
- der Freiheitsstrafen durch Einzelhaft **III 111.**
- Vollzugsmaßregeln**, polizeiliche, auf Grund strafgerichtlicher Urtheile **II 18.**
- zum Vollzuge nicht unter Strafe gestellter Gesetze und Verordnungen **III 24.**
- Vollzugsorgane**, Widersetzung gegen dieselben **I 103 ff.**
- deren Befugniß zur Festnahme **III 45.**
- Vorbehalt** polizeilicher Vorschriften **II 21 ff.**
- dergleichen geltender polizeilicher Bestimmungen **II 31.**
- Vorbeifahren**, muthwillige Verhinderung desselben **II 105.**
- Vorbereitende Handlungen** zu strafbaren Thaten **I 41, 43.**
- Vorbereitungen** zum Hochverrathe **I 81.**
- Vorenthaltung** strafbarer, fremder Sachen **I 214 ff.**
- gesunderer Sachen **I 218.**
- Vorführung** in Zollsachen **III 32.**
- Vorgerichtsfällung** nochmalige, ist durch richterliches Erkenntniß ausgeschlossen, **I 18, 73.**
- Vorgefetzte**, deren Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen Untergeordneter **I 59, 60.**
- Vorkehrungen** gegen ansteckende Krankheiten **I 184.**
- gegen Viehkrankheiten **I 263.**
- bei Ansammlung größerer Menschenmassen **II 56.**
- Vorlage** der orts- und distriktpolizeilichen Vorschriften an Kreisregierung, Gemeindevollmächtigte, Disstrichterath **II 24.**
- Vorladung** des Beschuldigten oder seines Bevollmächtigten vor dem Kassationshof **III 92.**
- Vorläufige** polizeiliche Einschreitung, Beschlagnahme u. **II 19.**
- Vormerkungsbücher** berechtigter Brandversicherungsagenten **II 130.**
- Vormund**, Verlust der Fähigkeit es zu sein **I 49, 30.**
- dessen Begünstigungshandlungen **I 48.**
- unterlassene Verhinderung strafbarer Handlungen **I 49.**
- dessen Vergewaltigung und Bedrohung als Grund der Strafflosigkeit **I 54.**
- dessen Mißhandlung oder Felleibigung als Grund der Strafmilderung beim Tödtschlag **I 165,** bei der Körperverletzung **I 173.**

**Vormund**, Diebstahl am B. I. 213, Unterschlagung I. 217, Betrug I. 234.

- dessen Verschlag mit Pflegekindern I. 153.
- andere unzüchtige Handlungen desselben I. 157.
- dessen Unterschlagungen I. 216.
- dessen Untreue I. 242.
- dessen Haftung für Polizeiverletzungen der Mündel II. 3, 11.
- dessen Bestrafung wegen Aenderung des Geschlechtsnamens der Mündel II. 40, wegen Wirthshausbesuchs derselben II. 73, wegen Schutzverwahrlosung derselben II. 77, wegen unterlassener Impfung II. 88.

**Vorräthe** verbotene, von Waffen oder Munition II. 35.

**Vorrichtungen** selbstvergebrachte, beim Einbruch I. 208.

- feuergefährliche II. 123.

**Vorsatz** rechtswidriger I. 6, 14, II. 11.

**Vorschriften** polizeiliche, deren Uebertretung aus Unkunde II. 13.

- polizeiliche, Vorbehalt derselben II. 21 ff.
- polizeiliche, inwieweit die dermalen bestehenden noch anwendbar sind II. 31.
- ortspolizeiliche, deren Erlassung II. 21.
- distriktspolizeiliche, deren Erlassung ic. II. 23.
- oberpolizeiliche, deren Erlassung ic. II. 24.
- polizeiliche, deren Vorlage an die Kreisregierung II. 24.
- welche eine Rekrutirung von Anordnungen enthalten II. 25.
- orts- und distriktspolizeiliche, deren Einstellung II. 28.
- polizeiliche Beschwerden dagegen II. 29.
- deren Bekanntmachung und Mittheilung an die Gerichte II. 27.
- polizeiliche, deren Kollision II. 27.
- Beurtheilung ihrer Gültigkeit durch den Richter II. 30.
- welche nicht unter Strafe gestellt sind II. 25.
- siehe auch Polizeivorschriften.

**Vorsteher** von Gemeinden, Angriffe auf deren Ehre I. 196, Bergewaltigung derselben I. 104.

- deren Berufsrecht II. 21.

- eines Gewerbevereins, Unterordnung gegen denselben II. 155.

**Vorstellungen** unberechtigte II. 47.

**Vortheil**, dessen Begriff bei der Wahlbestechung I. 115.

- beim Betrug I. 227.

**Vorträge** unfittliche II. 71.

**Vorunternehmung**, in Uebertretungssachen, dermalen schwebende, deren Fortführung III. 37.

- findet in Uebertretungssachen nicht statt III. 66.
- in Uebertretungssachen in der Wahl III. 74.

**Vorwurf** eines schon bestraften Verbrechens I. 194.

## 23.

**Wangen** falsche, Betrug damit **I. 280.**

- falsche, deren Besitz **I. 234.**
- ordnungswidrige oder Mangel vorgeschriebener **II. 145.**
- deren Verifikation **II. 147.**
- vorschriftswidrige bei Arzneiwaaren **II. 86.**

**Waaren** ordnungswidrige **II. 147.**  
— Ablophen damit **II. 155.**

**Waarenkreditiren** an Arbeiter **II. 155.**

**Wache**, deren Vernachlässigung **II. 41.**

**Wachstheken** bei strafbaren Handlungen **I. 43.**

**Wachsthekenkabinete**, deren ungerechtfertigte Schaustellung **II. 47.**

**Wächterhütten**, deren Schutz **II. 13.**

**Waffen**, was darunter zu verstehen **I. 8.** insbesondere bei Zusammenrottungen **I. 86.** bei der Körperverletzung **I. 170, 172,** beim Diebstahl **I. 202, 204.**

- hochverrätherisches Sammeln und Vertheilen von solchen **I. 81.**
- verbotene **II. 52.**
- verbotenes Auffammeln von solchen **II. 35.**
- im Besitze von Landstreichern und Bettlern **II. 64, 65.**
- unvorsichtige Verhüllung oder Verwahrung derselben **II. 80.**
- verbotene, bei Ausübung des Jagdrechtes **II. 177.**

**Waffenvorräthe**, Verrath an solchen **I. 88.**

**Wägen**, Aneinanderhängen derselben **II. 106.**

- deren Stufenläsen auf öffentlichen Plätzen **II. 115.**
- deren Beleuchtung zur Nachtzeit **II. 115.**

**Wäger** **II. 158.**

**Wahlaußschuß**, dessen Verleibung **I. 96.**

- Vergewaltigung eines Mitgliedes **I. 104.**
- dessen Pflichtverletzung **I. 282.**

**Wahlbeziehung**, **I. 115.**

**Wahlsfähigkeit**, Verlust derselben **I. 31, III. 18.**

**Wahlkommissäre**, deren Pflichtverletzung **I. 282**

**Wahlprotokolle**, deren Fälschung **I. 115.**

**Wahlrechte**, Gewalt oder Drohung bezüglich ihrer Ausübung **I. 114.**

**Wahlzeichen**, deren Fälschung **I. 115.**

**Wahlzetteln**, deren Fälschung **I. 115.**

**Wahnsinn**, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit einer Handlung **I. 54.**

**Wahnsinnige**, deren Inverwahrnehmung **II. 54.**

- denselben darf kein Licht oder Feuer anvertraut werden **II. 124.**

**Wahrheitsbeweis** in Verurtheilungsfällen **I. 193, III. 55 ff.**

- in Pressachen in der Pfalz, Aufhebung der bisherigen Bestimmungen **III. 58.**

**Wahrfragen** [II. 68.](#)

— als Mittel zum Betrug [I. 230.](#)

**Wahrpruch**, dessen Fälschung [I. 133.](#)

— bezüglich der Strafanfschließungs- und Strafmitberungsg Gründe  
[III. 19.](#)

— bei jugendlichen Personen [III. 20.](#)

— in der Pfalz, dessen Erfordernisse [III. 72.](#)

**Waisenkassen** unberechtigte [II. 144.](#)**Waldungen**, deren Inbrandlegung [I. 253.](#)**Wanderbuch**, dessen Fälschung, Gebrauch eines falschen, unwahre Einträge in  
solchem [I. 135.](#)**Wappen** königliches, dessen Verunglimpfung [I. 100.](#)

— dessen unbefugte Verwendung zu Firmen [II. 40.](#)

**Warnungszeichen**, deren Entfernung [II. 111.](#)

— auf Wegen, Erleden, Stegen [II. 116.](#)

— bei Bauten [II. 136.](#)

**Wasenmeister**, deren Uebertretungen [II. 93.](#)**Wasser**, dessen Verunreinigung [II. 120.](#)

— dessen Benützung [II. 122.](#)

**Wasserboten**, Ordnungen für dieselben [II. 168.](#)**Wasserleitungen**, deren Beschädigung oder Zerstörung [I. 249.](#)

— öffentliche, deren Verunreinigung [II. 121.](#)

**Wasserpflanzen** in Fischwassern [II. 179.](#)**Wasserpolizeiliche Bestimmungen** [II. 122.](#)**Wasserdroh**, Unterschlagung bei solcher [I. 217.](#)**Wasserhand**, Wegnahme und Beschädigung der desfallsigen Zeichen [I. 244.](#)**Wesfel**, Anstellung von solchen trotz vorliegender Ueberfchuldung [I. 239.](#)

— Minderjährliger, Geisteschwacher, Verschwenker [II. 243.](#)

**Weg** öffentliche, deren Beschädigung [I. 248 ff.](#)

— deren Vernachlässigung [II. 116.](#)

— Verkehr auf denselben [II. 119.](#)

— gesperrte, deren Benützung [II. 117.](#)

**Wegnahme eigener Sachen** zum Nachtheile Berechtigter [I. 240.](#)**Weibspersonen** unzüchtige [II. 71.](#)

— schwangere, in der Pfalz dürfen nicht hingerichtet werden [III. 73.](#)

**Weiden** unberechtigtes auf fremden Grundstücken [I. 261.](#)

— deren Vergiftung [I. 263.](#)

— siehe auch Viehwende.

**Weiderecht**, dessen Ansüßung [II. 174.](#)**Weihnachten**, verbotwidrige Einhebung von Geschenken [II. 65.](#)**Wein** siehe Weintränke.**Weinberge**, deren Beschließung [II. 175.](#)

— Nachlese auf denselben [II. 176.](#)

**Weinhändler** dürfen bei Privaten Bestellungen ansuchen [II. 156.](#)**Weinlese**, deren Anfang [II. 175.](#)

**Werbung** zu hochverrätherischen Zwecken I. 81.

— für fremde Militärdienste I. 91.

**Werken** gefährliches II. 108.

**Wertstätten** schädliche und belästigende II. 95.

**Werkzeuge**, Konfiskation der zu strafbarer That bestimmten I. 32.

— zur Fälschung von Geld, Stempelpapiere zc., deren Konfiskation I. 126.

— zur Verfertigung von Geld, Stempelpapier, Briefmarken zc. deren unerlaubte Anfertigung I. 129, 137.

— sicherheitsgefährliche, bei Bettlern und Landstreichern II. 64.

**Wertbestimmung** gekohlner Sachen I. 201.

— bei der Unterschlagung I. 201, 217.

**Wertpapiere**, deren Fälschung I. 137, Gebrauch falscher I. 138.

**Wettkomptoir** II. 74.

**Wiederannahme** des Verfahrens in Uebertretungssachen unzulässig III. 71.

**Wiedereinsetzung** des Verurtheilten in verlorene bürgerliche und politische Rechte II. 105, deren Wirkung II. 106.

**Widernatürliche** Volluß, siehe Volluß.

**Widerseßlichkeit** der Gefangenen in Strafanstalten I. 27, 36.

**Widersehung** gegen die Obrigkeit I. 102 ff.

**Widerspruch** polizeilicher Vorschriften II. 27.

**Wiesen**, unbefugtes Betreten, Abmähen derselben I. 251.

— deren Vergiftung I. 263.

**Wild**, außer der Hegezeit erlegtes oder verkaufte II. 178.

**Wilde** Thiere, Aufsicht auf dieselben II. 102.

**Wilddiebstahl** I. 214.

— Fehleri derselben I. 226.

**Willenlose**, Beischlaf mit solchen I. 150.

— unzulässige Angriffe auf solche I. 156.

**Willensbestimmung** freie, deren Anschluß I. 54.

— deren Minderung I. 56, 57, II. 12.

**Winklagentie**, Vorbehalt der Strafbestimmungen darüber III. 7.

**Winkelschneipen**, Herumziehen der Diensthoten in denselben II. 166.

**Wirkung** aufschiebende, der Beschwerde gegen polizeiliche Vorschriften II. 30.

**Wirthe**, deren Föstung für straßenpolizeiliche Uebertretungen der Reisenden und Fußrente II. 115.

— deren Uebertretungen in Bezug auf Verleugung von Bier II. 149.

— Nichteinhaltung der Polizeistunde II. 46.

**Wirtschaftslocale**, Schaustellungen und Produktionen daselbst II. 48.

— Regeln und Anordnungen zur Nachtzeit II. 49.

— Rittnehmen von Hunden in dieselben II. 103.

— Entfernung von Betrunknen II. 72.

— Glücksspiele daselbst II. 75.

— Beleuchtung der Zugänge zu solchen II. 114.

**Wirthshausbesuch**, verbotener in Folge von Polizeiaufsicht I. 85, II. 45.

- Wirthshausbesuch** der Kinder, Diensthoten *z.* [II 79](#).  
 — der Diensthoten zur Arbeitszeit [II 166](#).
- Wissentlich**, dessen Bedeutung im Polizeistrafbuch [II 21](#).
- Wissenschaftliche Erörterungen**, wann strafbar [I 22](#).
- Wittwenlassen** unberechtigte und Uebertretungen bewilligter [II 144](#).
- Wochenmarktsverkehr** [II 161](#).
- Wohltätige Zwecke**, deren Vorpiegelung als Mittel zum Betrug [I 230](#).  
 — Sammlungen [II 67](#).
- Wohltätigkeitsanstalten**, Arbeitsschwe der davon unterstützten Personen [II 61](#).
- Wohngebäude**, deren Begriff beim Diebstahl [I 205](#).  
 — deren Inbrandziehung [I 252 ff.](#)  
 — gesundheitspolizeiliche Vorschriften, in Bezug darauf [II 96](#).  
 — Anlage von Gruben in denselben [II 109](#).  
 — in der Pfalz in der Nähe von Leichenädem [II 135](#).  
 — siehe auch bewohnt.
- Wohnort**, Konfination auf denselben in Folge der Polizeiaufsicht [II 8](#).
- Wohnst,** der Rezipinalpersonen, unbefugte Aenderung desselben [II 84](#).
- Wohnungen**, durchsuchen derselben [I 34](#).  
 — Verbot, sie bei Nachtzeit zu verlassen [I 34, II 8](#).  
 — Weigerung, sie zu öffnen [I 102](#).  
 — unbefugtes Eindringen in solche [I 118](#), durch Beamte [I 274](#).  
 — gemeinschaftliche bei anstehelicher Geschlechtsgemeinschaft [II 70](#).  
 — neuhergestellte, deren Beziehen [II 96](#).  
 — bemalen derselben mit gesundheitsgefährlichen Farben [II 99](#).  
 — deren Anlage in der Nähe von Leichenädem in der Pfalz [II 135](#).
- Wohnungsmiethe**, deren Anzeige [II 60](#).
- Wohnungsräume**, gesundheitsgefährliches Bemalen derselben [II 99](#).
- Wohnungsräumung** [II 51](#).
- Wollust** widernatürliche, was darunter zu verstehen [I 155](#), Mißbrauch dazu [I 155](#), deren Vollenbung [I 155](#).  
 — Verführung jugendlicher Personen, dazu [I 161](#).
- Wundärzte**, Fälschung ihrer Zeugnisse [I 134](#).  
 — welche unrichtige Zeugnisse anstellen [I 148](#).  
 — Geheimnißverletzung derselben [I 237](#).  
 — welche ihren Wohnst ändern oder Hilfe verweigern [II 84](#).  
 — deren Anzeigepflicht bezüglich verdächtiger Todesfälle [II 55](#), bei ansteckenden Krankheiten [II 98](#).
- Wunden**, deren Verlust als Straffolge [I 29](#).
- Wundereid**, falscher [I 143](#).
- Wurf**, @ fährdung dadurch [II 108](#).
- Wurf eschosse** explosivende [II 52](#).
- Wuth** von Thieren [II 92](#).  
 — insbesondere von Hund [II 103](#).

## X. — Y. —

## 3.

- Zahlung** mit ausländischem Papiergelde II. 140.  
**Zahlungseinstellung** I. 239.  
**Zahlungsfrist** unterbricht die Verjährung der erkannten Geldstrafe I. 78, II. 17.  
**Zahlungsunfähigkeit** des zu Geldstrafe Verurtheilten I. 28, II. 4.  
 — deren Vorspiegelung I. 238, 240.  
 — schuldhaft herbeigeführte I. 239.  
**Zahme Thiere**, Aufsicht auf dieselben II. 103.  
**Zaubereien** II. 68.  
 — als Mittel zum Betrug I. 230.  
**Zeichen** des Wasserstandes, dann Wegnahme oder Beschädigung I. 244.  
 — falsche, bei Eisenbahnen u. I. 259.  
**Zeichendenken** II. 68.  
 — zum Zwecke des Betrugs I. 230.  
**Zeitangabe** falsche, in amtlichen Urkunden I. 269.  
**Zeitschriften**, Zeitungen ausländische, deren Verbot III. 60.  
**Zellengefängnisse**, deren Einrichtung III. 114.  
**Zerflörung** durch Pulver oder ähnliche Stoffe I. 257.  
 — siehe auch Beschädigung, Eigenthumsbeschädigung.  
**Zeugen**, deren Meineid I. 140, wann straflos I. 143.  
 — deren falsche ungeschworene Aussagen I. 147.  
 — Verleumdung ihrer Aussagen I. 141.  
 — deren Vergewaltigung und Bedrohung I. 104.  
 — deren Mißhandlung beßens Erpressung von Aussagen I. 272.  
 — Beschädigung ihres Eigenthums I. 250.  
 — beim Duell straflos I. 124.  
 — deren Vernehmung in Ueberrückungssachen III. 68.  
**Zeughäuser**, Vorrath an solchen I. 88.  
**Zeugniß** falsches, ungeschworenes I. 147.  
 — amtliches, dessen Fälschung I. 134.  
 — unwahres, in Arbeits-, Wander- oder Dienstbüchern I. 135.  
 — unrichtiges, von Aerzten, Wundärzten und anderen Medizinalpersonen I. 148, dessen Gebrauch I. 149.  
 — Verweigerung eines solchen für Dienstboten II. 169.  
**Zinskleine**, deren Fälschung I. 137.  
 — Gebrauch falscher I. 138.  
**Zinswucher**, Aufhebung der straf- und Aufrechterhaltung der civilrechtlichen Bestimmungen darüber III. 5, 6.



- Büchsen**, deren Verwahrung II. 109.  
 --- deren Beunreinigung II. 120.
- Zollbeamte**, deren Mitwirkung bei Aburtheilung von Zollstrafsällen III. 82, 83.
- Zollbehörden**, deren Strafsbefugnisse III. 31.
- Zolldefraudationen**, deren Bestrafung III. 6.  
 --- Theilnahme und Begünstigung daran III. 31.
- Zollstrafsälle**, Zuständigkeit zu deren Aburtheilung III. 31, Verfahren dabei III. 82.
- Zuchthausstrafe**, die damit bedrohten Handlungen sind Verbrechen I. 12, 13.  
 --- deren Dauer I. 21.  
 --- Umwandlung derselben in Gefängnißstrafe I. 21.  
 --- deren Berechnung I. 25.  
 --- deren Vollzug I. 26 ff.  
 --- deren Folgen I. 29 ff., in der Pfalz III. 16.  
 --- Zusammentreffen derselben mit anderen Strafen I. 69 ff. II. 15.  
 --- deren Verjährung I. 77.  
 --- deren unbefugte Vollstreckung I. 273.
- Züchtigung** körperliche, ausgesprochen I. 27, 36.
- Züchtigungsrecht** häusliches, dessen Ueberschreitung I. 174.  
 --- dessen Ausübung durch Einsperren I. 190.
- Zuchthiere**, deren unbefugte Verwertung II. 172.
- Zubringlichkeiten**, behängigende I. 221, 222.
- Zueignung** anvertrauter Sachen I. 214.  
 --- gesunderer Sachen I. 218.  
 --- rechtswidrige siehe Diebstahl.
- Zusall** in Polizeisachen II. 12.
- Zumessung** der Strafe I. 7.
- Zündhölzchen**, deren Verfertigung, Transport, Verkauf II. 128.
- Zurechnung** mangelnde oder geminderte, deren Einfluß auf die Strafbarkeit I. 54, 56, II. 12.  
 --- geminderte in Konkurrenz mit Jugend I. 66.  
 --- geminderte beim Kindsmord I. 168.  
 --- geminderte, gehört zur Thatfrage III. 19.
- Zureiten** der Pferde mit gemeiner Gefahr II. 105.
- Zurückgabe** der durch strafbare Handlung gewonnenen Sachen als Strafmit-  
 derungsgrund I. 62.  
 --- gesunderer Sachen I. 28.
- Zurücknahme** des Antrags auf Verfolgung einer strafbaren Handlung I. 72.  
 --- unwahrer eidlicher Aussagen I. 144.
- Zusammenfluß** strafbarer Handlungen I. 68. II. 15.  
 --- noch nicht abgeurtheilter Handlungen I. 68.  
 --- von abgeurtheilten und nicht abgeurtheilten Handlungen I. 69 ff.  
 --- mehrerer Diebstähle I. 204.  
 --- versuchter und vollendeter Betrügereien I. 232, 234.

**Zusammenlauf** an öffentlichen Orten, dessen Verursachung II. 43.

— Anschluß an solchen II. 45.

**Zusammenrottung** staatsgefährliche I. 86.

— deren Veranlassung durch Nachrichten oder Gerüchte I. 93.

— von Gefangenen befuhr ihrer Befreiung I. 110.

**Zustände** feuergefährliche an Gebäuden, deren Abstellung I. 126, deren Anzeige I. 127.

**Zuständigkeit** der Polizeibehörden erstreckt sich nicht auf: Strafmaß II. 2, 23.

— der Polizeibehörde in Bezug auf Bettler und Landstreicher II. 63.

— zur Erlassung ortspolizeilicher Vorschriften II. 22.

— zur Erlassung distriktpolizeilicher Vorschriften II. 23.

— zur Erlassung oberpolizeilicher Vorschriften II. 24.

— zur Erlassung von Verordnungen II. 25, 26.

— zur Aufhebung polizeilicher Vorschriften II. 28.

— zur Aufhebung von Geheizen II. 32.

— zur Erlassung von Anordnungen hat der Richter zu prüfen. II. 27, 30.

— zur Aburteilung der Strafsachen III. 29, Aufhebung bispoiger Bestimmungen III. 37.

— bezüglich der in Spezialgesetzen bedrohten Handlungen III. 33.

— bezüglich der Aufschlagsdefraudationen III. 34.

— der Polizeibehörden, Beschränkung derselben in Bezug auf Strafrechtsfachen III. 35.

**Zuwagen** deren Güte und Gewicht II. 151.

**Zwang** erfolgloser zu strafbaren Handlungen I. 46.

— zur Ehe I. 199.

**Zwangsbesugnisse** der Polizeibehörden II. 18, III. 24.

**Zwangsmittel** polizeiliche, was darunter zu verstehen III. 26.

— in wie weit sie zum Vollzuge von Verordnungen zulässig sind III. 27.

— in wie weit auf Spezialgesetze anwendbar III. 28.

**Zwangsvollzug** der auf Grund eines Strafurtheils von der Polizeibehörde erlassenen Anordnungen II. 18.

— polizeilicher in nicht mit Strafe bedrohten Fällen III. 24.

**Zweck** der strafbaren Handlung, dessen Einfluß auf die Strafbarkeit I. 59.

— des Einführungsgesetzes III. 1.

**Zweckmäßigkeit** von Polizeivorschriften hat der Richter nicht zu prüfen II. 30.

**Zweifampf** I. 123 ff.

**Zwischenhändler** unterfugte, für Auswanderungsangelegenheiten II. 86.

— für Brandversicherung II. 130.

**Zwischenursache** bei Tödtungen I. 169.

## Berichtigungen :

- S. 18, Z. 10 u. gehört nach „landesverrätherische“ kein Komma.  
 „ 23, „ 2 „ o. lies: „umschlossenen“ statt „verschlossenen.“  
 „ 24, „ 7 „ o. lies „feuergefährliche“ statt „feuergefährlicher.“  
 „ 27, „ 13 „ o. gehört vor und nach „promissorische“ ein Komma.  
 „ 65, „ 14 „ o. lies „Verrath“ statt „Verath.“  
 „ 65, „ 14 „ u. ist nach „einzeln“ ein Komma zu setzen.  
 „ 65, „ 11 „ u. ist nach „persönlicher“ das Komma zu streichen.  
 „ 65, „ 5 „ u. lies „Mitnehmen“ statt „mitnehmen.“  
 „ 66, „ 1 „ o. setze nach „Kinder“ ein Komma.  
 „ 66, „ 2 „ o. lies „Straßlosigkeit“ statt „Straßlosigkeit.“  
 „ 66, „ 7 „ o. lies „als“ statt „als.“  
 „ 66, „ 5 „ u. streiche nach „Polizeidirection“ das Komma.  
 „ 67, „ 9 „ o. streiche nach „Uebertretungen“ das Komma.  
 „ 72, „ 14 „ o. setze nach „bewegliche“ ein Komma.  
 „ 72, „ 6 „ u. streiche nach „Schuldigen“ das Komma.  
 „ 73, „ 6 „ o. lies „Schaubühnen“ statt „Schaubühnen.“  
 „ 74, „ 10 „ o. streiche nach „Privaten“ das Trennungszeichen.  
 „ 74, „ 12 „ u. lies „bürsten“ statt „bürsten.“  
 „ 74, „ 3 „ u. lies „Selbstbestimmungslosigkeit“ statt „Selbstbestimmungs-  
 losigkeit.“  
 „ 75, „ 9 „ o. lies „Sequester“ statt „Sequestor.“  
 „ 76, „ 18 „ u. lies „Spaziergang“ statt „Spaziergänge.“  
 „ 77, „ 20 „ u. lies „deren“ statt „dere.“  
 „ 77, „ 18 „ u. lies „Staatsdiener“ statt „Staatsdiener.“  
 „ 79, „ 5 „ u. streiche nach „Strafbare“ das Komma.  
 „ 80, „ 12 „ o. lies „Verbrechen“ statt „Verbrechen.“  
 „ 80, „ 14 „ o. lies „vorgesehener“ statt „vorgesehener.“









